

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

22. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XII. Gesetzgebungsperiode Donnerstag, 3. und Mittwoch, 9. Dezember 1970

Tagesordnung

1. Grüner Plan 1971
2. Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971
Spezialdebatte
Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft

Inhalt

Geschäftsbehandlung

Unterbrechung der Sitzung (S. 1721)

Bundesregierung

Schriftliche Anfragebeantwortung (S. 1641)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 1642)

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-22) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1971) (216 d. B.)

Berichterstatterin: Hanna Hager (S. 1643)

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (125 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 (240 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste
Spezialberichterstatterin: Hanna Hager (S. 1644)

Redner: Minkowitsch (S. 1646), Meißl (S. 1651), Steiner (S. 1659), Pfeifer (S. 1664), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 1671), Peter (S. 1675), Landmann (S. 1677), Bundesminister Dipl.-Ing. Doktor Weihs (S. 1680 und S. 1753), Heinz (S. 1685), Kern (S. 1687), Spielbüchler (S. 1692), Ing. Schmitzer (S. 1694), Egg (S. 1698), Brandstätter (S. 1702), Kriz

(S. 1705), Hagspiel (S. 1709), Hietl (S. 1713), Brunner (S. 1716), Dipl.-Ing. Tschida (S. 1718), Robak (S. 1723), Deutschmann (S. 1729), Dr. Scrinzi (S. 1733), Fachleutner (S. 1737), Ing. Karl Hofstetter (S. 1740) und Pansi (S. 1745)

Entschließungsantrag Kern betreffend Milch-erzeugerpreis (S. 1691)

Kenntnisnahme des Grünen Planes (S. 1758)

Annahme der Beratungsgruppe VIII (S. 1758)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen:

250: Änderung von Urlaubsvorschriften (S. 1642)

253: Änderung des Bundesgesetzes betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Elin-Union AG.

254: Änderung des Tauernautobahn-Finanzierungsgesetzes

255: Konvention über den Zollwert von Waren

256: Änderung des Wertzollgesetzes 1955 (S. 1642)

Anfragen der Abgeordneten

Haberl und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Baubeginn der Pyhrnpaß-Bundesstraße, Ortsdurchfahrt Liezen (340/J)

Horejs, Dr. Kerstnig und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Bau von Müllverbrennungsanlagen (341/J)

Dr. Gruber, Machunze und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Verkürzung der Aspirantenzeit für Pharmazeuten (342/J)

Haberl und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik, betreffend Salzkammergut-Bundesstraße Trautenfels-Tauplitz (343/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Regensburg und Genossen (259/A.B. zu 300/J)

Beginn der Sitzung: 12 Uhr 45 Minuten

Vorsitzende: Präsident Dipl.-Ing. **Waldbrunner**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident Dr. **Maleta**: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 20. Sitzung des Nationalrates vom 27. und 30. November und 1. Dezember 1970 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Seit der letzten Haussitzung ist eine Anfragebeantwortung des Bundesministers für

Präsident Dr. Maleta

soziale Verwaltung zur Anfrage 300/J der Abgeordneten Regensburger und Genossen, betreffend Besetzung des Leiterpostens des Landesarbeitsamtes Tirol, eingelangt. Die Anfragebeantwortung wurde vervielfältigt und den Antragstellern sowie allen Abgeordneten übermittelt.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident Dr. Maleta: Den eingebrachten Antrag 50/A der Abgeordneten Weikhart, Dr. Kotzina, Meißl und Genossen, betreffend Novellierung des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 34/1948, weise ich dem Bautenausschuß zu.

Ich ersuche den Schriftführer Abgeordneten Zeillinger um die Verlesung des Einlaufes.

Schriftführer Zeillinger: Von der Bundesregierung sind folgende Regierungsvorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, mit dem Urlaubsvorschriften geändert werden (250 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Elin-Union Aktiengesellschaft für elektrische Industrie geändert wird (253 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Tauernautobahn-Finanzierungsgesetz geändert wird (254 der Beilagen);

Konvention vom 15. Dezember 1950 über den Zollwert von Waren, einschließlich ihrer Anlagen I bis III, in der durch die Empfehlung des Rates für die Zusammenarbeit auf dem Gebiete des Zollwesens vom 7. Juni 1967 betreffend die Änderung der Konvention über den Zollwert von Waren geänderten Fassung (255 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Wertzollgesetz 1955 geändert wird (256 der Beilagen).

Präsident Dr. Maleta: Die vom Schriftführer soeben zur Verlesung gebrachten Regierungsvorlagen werde ich gemäß § 41 Absatz 4 GOG. in der nächsten Sitzung zur Zuweisung bringen.

Die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Vorlagen weise ich zu wie folgt:

Dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Bundesgesetz, mit dem das Marktordnungsgesetz 1967 geändert wird (2. Marktordnungsgesetz-Novelle 1970) (246 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Landwirtschaftsgesetz geändert wird (247 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz 1952 geändert wird (248 der Beilagen), und

Bundesgesetz, mit dem das Landarbeitsgesetz neuerlich geändert wird (Landarbeitsgesetz-Novelle 1970) (249 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Gesetzesantrag des Bundesrates vom 19. November 1970, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Arbeitszeitgesetz, BGBl. Nr. 461/1969, abgeändert wird (245 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der „Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke AG“ geändert wird (251 der Beilagen), und

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Übernahme der Bundeshaftung für Anleihen, Darlehen und sonstige Kredite der Österreichischen Rundfunk GmbH. geändert wird (252 der Beilagen).

Im Einvernehmen mit den Klubs schlage ich vor, die Debatte über die beiden auf der heutigen Tagesordnung stehenden Punkte unter einem abzuführen.

Falls dieser Vorschlag angenommen wird, wird zuerst die Frau Berichterstatter ihre beiden Berichte geben, sodann wird die Debatte gemeinsam abgeführt.

Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich — wie immer in solchen Fällen — getrennt.

Wird gegen diesen Vorschlag ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

Die Debatte wird daher über beide auf der Tagesordnung stehende Punkte gemeinsam abgeführt.

1. Punkt: Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung (III-22 der Beilagen) gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1971) (216 der Beilagen)

2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (125 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 (240 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe VIII**

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft

Kapitel 62: Preisausgleiche

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste

Präsident Dr. **Maleta**: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zu den Punkten 1 und 2, über die, wie soeben beschlossen wurde, die Debatte unter einem abgeführt wird.

Es sind dies:

Grüner Plan 1971 und

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971, Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VIII:

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft,

Kapitel 62: Preisausgleiche,

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Berichterstatter zu beiden Punkten ist die Frau Abgeordnete Hanna Hager. Ich bitte um die beiden Berichte.

Berichterstatlerin Hanna **Hager**: Ich berichte über die Arbeit des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1971) (III-22 der Beilagen).

Gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes vom 13. Juli 1960, BGBl. Nr. 155, hat die Bundesregierung am 24. September 1970 dem Nationalrat einen „Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft“ im Kalenderjahr 1969 (Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes — Grüner Plan 1971) termingerecht vorgelegt.

Wie der Grüne Bericht 1969 zeigt, ist der Netto-Produktionswert der Landwirtschaft geringfügig weiter gestiegen. Zugleich verringerte sich die Preisschere, da das Erzeugerpreisniveau um 4,7 Prozent höher war als im Jahr vorher, während der Preis-Index der betrieblichen Gesamtausgaben nur um 3,4 Prozent stieg.

Das Einkommen je Arbeitskraft konnte im Mittel der Betriebe um 11 Prozent auf fast 32.000 S beachtlich erhöht werden. Hierbei ist das Einkommen im Durchschnitt aller Hauptproduktionslagen gestiegen. Es waren vor allem die Ackerwirtschaften und die waldstärkeren Betriebe, in denen sich im Schnitt das Einkommen besonders günstig entwickelte. Relativ am schwächsten schnitten die grünlandstärkeren Betriebe des Südöstlichen Flach- und Hügellandes (vornehmlich aus strukturellen Gründen) sowie des Wald- und Mühlviertels (geringere Produktionsgrundlagen) ab.

Hervorzuheben ist die Verbesserung in der Einkommensstreuung. Hatten 1968 nur 41 Prozent der Betriebe Einkommen je Arbeitskraft von 30.000 S und mehr, so waren

es 1969 fast 52 Prozent, wobei sich der Anteil der Betriebe mit Einkommen je Arbeitskraft von 50.000 S und darüber von 12,9 auf 19,4 Prozent erhöhte.

Diese Ergebnisse zeigen, daß 1969 ein günstiges Jahr für die Entwicklung des Einkommens in der Landwirtschaft war. Eine weitere Verbesserung des Einkommens wird insbesondere durch Rationalisierungsmaßnahmen, strukturelle Änderungen, Hebung der Qualität der Produkte und Verbesserung der Vermarktung zu erwarten sein.

Im Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 des Landwirtschaftsgesetzes wird vorgeschlagen, für die Maßnahmen des Grünen Planes im Jahre 1971 Bundesmittel in der Höhe von 810 Millionen Schilling einzusetzen. Im Entwurf des Bundesfinanzgesetzes 1971 sind 400 Millionen Schilling als Summe der Ansätze 1/603 (ordentliche Gebarung) und 410 Millionen Schilling als Summe der Ansätze 5/603 (außerordentliche Gebarung) veranschlagt.

Für die Schwerpunktmaßnahmen, und zwar für die Verbesserung der Produktionsgrundlagen, für die Verbesserung der Struktur und Betriebswirtschaft, für Absatz- und Verwertungsmaßnahmen, für das Forschungswesen, für den Landarbeiterwohnungsbau und für Zinsenzuschüsse sind 101,5, 387, 14,5, 15, 36 und 256 Millionen Schilling vorgesehen. Daraus wird ersichtlich, daß die Hauptquote der Bundesmittel wieder für strukturverbessernde Maßnahmen vorgesehen ist. Die Zinsenzuschüsse werden die Inanspruchnahme eines Kreditvolumens von 1,4 Milliarden Schilling an Agrarinvestitionskrediten und von 100 Millionen Schilling für Kredite des Besitzstrukturfonds ermöglichen.

Der Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1971) wurde vom Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft in seiner Sitzung am 17. November 1970 in Verhandlung gezogen.

Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Pfeifer, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Meißl, Breiteneder und Pansi sowie der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs beteiligten, faßte der Ausschuß mit Stimmenmehrheit den Beschluß, dem Hohen Hause zu empfehlen, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle den vorliegenden Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1971) (III-22 der Beilagen) zur Kenntnis nehmen.

1644

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Hanna Hager

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem abzuführen.

Nun zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (125 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971, Spezialbericht zu Beratungsgruppe VIII:

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft,

Kapitel 62: Preisausgleiche,

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat in seiner Sitzung am 17. November 1970 die in der Beratungsgruppe VIII zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1971 der Vorberatung unterzogen. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft: In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1971 sind für die Land- und Forstwirtschaft in der ordentlichen Gebarung 2.195,820 Millionen Schilling und in der außerordentlichen Gebarung 410 Millionen Schilling, insgesamt daher 2.605,820 Millionen Schilling veranschlagt.

Dieser Ausgabenkredit gliedert sich in:

442,854 Millionen Schilling für den Personalaufwand;

312,562 Millionen Schilling für den Sachaufwand des Bundesministeriums (Titel 600), der nachgeordneten Dienststellen (Titel 605, 606 und 609) sowie der sonstigen Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens (Titel 607);

357 Millionen Schilling für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft (Titel 601);

810 Millionen Schilling für den Grünen Plan (Titel 603);

49,037 Millionen Schilling für den Zuschuß an den Weinwirtschaftsfonds (Titel 604);

634,367 Millionen Schilling für die Einrichtungen des Schutzwasserbaues und der Lawinenverbauung im gesamtwirtschaftlichen Interesse (Titel 608).

Die Verwendungszwecke der einzelnen Kredite sind in den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz eingehend erörtert.

Im Titel 600 mit einem Kredit von rund 135,3 Millionen Schilling ist neben dem Aufwand für das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft selbst und den Beiträgen Österreichs zu internationalen Organisationen auch ein Betrag von 19,9 Millionen Schilling als Beitrag zu den Aufgaben der Entwicklungshilfe vorgesehen.

Der Titel 601 wurde mit 357 Millionen Schilling dotiert, wovon ein Betrag von 239 Millionen Schilling für die Treibstoffverbilligung vorgesehen ist. Damit kann der Punktwert für die Berechnung der Treibstoffverbilligung von 75 Schilling im Jahre 1970 auf 80 Schilling im Jahre 1971 erhöht werden.

Für den Grünen Plan (Titel 603), dem wichtigsten Investitionsinstrument der Land- und Forstwirtschaft, sind gegenüber 1970 um 30 Millionen Schilling mehr in der ordentlichen Gebarung vorgesehen. Insgesamt sind für den Grünen Plan 810 Millionen Schilling präliminiert.

Unter dem im Jahre 1970 neugeschaffenen Titel 604 sind Zuschüsse an den Weinwirtschaftsfonds in der Höhe von 49,04 Millionen Schilling vorgesehen.

Für die Bestreitung des Personal- und Sachaufwandes der Lehr- und Versuchsanstalten, der den Lehranstalten angeschlossenen Institute, der sonstigen Einrichtungen des Schul- und Ausbildungswesens sowie der sonstigen nachgeordneten Dienststellen sind unter den Titeln 605, 606, 607 und 609 insgesamt 591,3 Millionen Schilling veranschlagt.

Unter dem Titel 608 sind die Kredite für den Schutzwasserbau und die Lawinenverbauung im gesamtwirtschaftlichen Interesse in der Höhe von 663,2 Millionen Schilling präliminiert. Darin enthalten sind 397,3 Millionen Schilling aus dem Katastrophenfonds zur Weiterführung vorbeugender Maßnahmen in den besonders hochwassergefährdeten Gebieten. In diesem Kredit sind außerdem die Beiträge Österreichs zur Erfüllung der internationalen wasserwirtschaftlichen Vereinbarungen und der Personal- und Sachaufwand der einzelnen Sektionen der Wildbach- und Lawinenverbauung enthalten.

Von den unter Kapitel 60 veranschlagten Einnahmen in der Höhe von 678,3 Millionen Schilling entfallen 397,3 Millionen Schilling auf die aus dem Katastrophenfonds zufließenden Mittel und weitere 28 Millionen Schilling auf Interessentenbeiträge zu Maßnahmen an Bundesflüssen. Die übrigen Einnahmen ergeben sich vor allem aus Mietgebühren und Amortisationsquoten im Rahmen der Bauhofgebarung sowie dem Verkauf von Anstalts-erzeugnissen und der Einhebung von Gebühren beim Grenzbeschaudienst und bei der Qualitätskontrolle.

Kapitel 62: Preisausgleiche.

Im Bundesvoranschlag für das Jahr 1971 sind für Preisausgleiche 2476,850 Millionen Schilling veranschlagt, denen 477,428 Millionen Schilling Einnahmen gegenüberstehen.

Hanna Hager

Die Ausgabenkredite verteilen sich auf:

301,300 Millionen Schilling für den Brotgetreidepreisausgleich (Titel 620),

1.830,349 Millionen Schilling für den Milchpreisausgleich (Titel 621),

132,001 Millionen Schilling für den Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten (Titel 622),

37,800 Millionen Schilling für den Zuckerpreisausgleich (Titel 623),

95,400 Millionen Schilling für den Futtermittelpreisausgleich (Titel 625),

80 Millionen Schilling für den Düngemittelpreisausgleich (Titel 626).

Die geringere Veranschlagung für den Brotgetreidepreisausgleich um 100 Millionen Schilling gegenüber dem Jahre 1970 wird mit der Annahme begründet, daß sich die bereits im Jahre 1968 eingeleiteten Maßnahmen zur teilweisen Umstellung der Produktion von Weizen auf Futtergetreide auch im Jahre 1971 weiter auswirken werden. Dazu kommt, daß zufolge des Witterungsverlaufes die Marktleistung an Brotgetreide aus der Ernte 1970 merklich geringer ist.

Der Gesamtbetrag für den Milchpreisausgleich wurde gegenüber dem Vorjahr um rund 4 Millionen Schilling erhöht.

Der Ansatz Preisausgleich bei Schlachttieren und tierischen Produkten hat gegenüber dem Jahre 1970 eine Verminderung um 9 Millionen Schilling erfahren. Dies vor allem deswegen, weil die Einnahmen aus den Importausgleichsbeträgen gemäß BGBl. Nr. 135/1969 um 8 Millionen Schilling geringer veranschlagt werden mußten.

Der für den Zuckerpreisausgleich veranschlagte Betrag ist gleich dem der Vorjahre.

Hingegen wurden die Mittel für den Futtermittelpreisausgleich um rund 46 Millionen Schilling erhöht. Diesen Mehrausgaben vor allem für erhöhte Lagerungs- und Frachtkosten stehen zweckgebundene Einnahmen aus dem Importausgleich in der Höhe von 34,4 Millionen Schilling, um 15,6 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr, gegenüber.

Für den Düngemittelpreisausgleich sind im Jahre 1971 80 Millionen Schilling vorgesehen. Damit kann im Jahre 1971 durch die Gewährung eines Transportkostenzuschusses ein einheitlicher Verbraucherpreis für den importierten Kunstdünger im gesamten Bundesgebiet gesichert werden.

Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Im Voranschlag 1971 des Wirtschaftskörpers Österreichische Bundesforste sind

die mit der Betreuung beziehungsweise Bewirtschaftung des 823.482 ha großen Bundesforstbesitzes — hievon 485.330 ha Wald — unumgänglich verbundenen Ausgaben und die dabei erzielbaren Einnahmen, insbesondere aus der Nutzung von rund 1,752.000 Festmeter Holz, vorgesehen. Veranschlagten Betriebsausgaben von 834,373.000 S stehen Betriebseinnahmen von 833,890.000 S gegenüber, was eine Differenz von nur 483.000 S ergibt. Die Österreichischen Bundesforste werden daher im Jahre 1971 voraussichtlich eine ausgeglichene Gebarung haben.

Zum Unterschied von den Voranschlägen der letzten Jahre wird daher für 1971 praktisch kein Abgang mehr erwartet. Dies ist nicht nur auf das Ansteigen der Holzpreise zurückzuführen, sondern auch auf die Erfolge der in den letzten Jahren in vermehrtem Umfang getätigten Investitionen und die sonstigen Rationalisierungsmaßnahmen. Dadurch konnte der ständigen Kostenprogression entgegengewirkt werden. Damit der Betrieb die für seinen wirtschaftlichen Erfolg wichtige Investitionstätigkeit fortsetzen kann, wurden im Budget 1971 die Investitionsmittel mit einem Betrag von 83 Millionen Schilling veranschlagt.

Im einzelnen entfallen von den für 1971 vorgesehenen Betriebsausgaben 550,9 Millionen Schilling auf den Personalaufwand — hievon 482,8 Millionen Schilling Aktivitätsaufwand und 68,1 Millionen Schilling Pensionsaufwand — sowie 283,4 Millionen Schilling auf den Sachaufwand.

Im Rahmen der Einnahmen entfallen 759,7 Millionen Schilling auf Erlöse aus dem Holzverkauf und 74,2 Millionen Schilling auf sonstige Einnahmen.

Bei der Betrachtung des Voranschlages der Österreichischen Bundesforste ist noch zu beachten, daß die Österreichischen Bundesforste Pensionslasten aus der Zeit vor der Errichtung dieses Wirtschaftskörpers im Betrage von mehr als 50 Millionen Schilling zu tragen haben und im Rahmen der Einförstungsrechte zu Abgaben im Werte von nahezu 70 Millionen Schilling verpflichtet sind. Auch ist zu berücksichtigen, daß den Österreichischen Bundesforsten beträchtliche Kosten aus der im öffentlichen Interesse gelegenen Betreuung von Waldflächen erwachsen, die keinen Ertrag abwerfen.

An der Debatte, die sich den Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Minkowitsch, Pfeifer, Meißl, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Wielandner, Dipl.-Ing. Dr. Leitner, Josef Schlager, Kern, Adam Pichler, Steiner, Maria Metzker, Land-

Hanna Hager

mann, Jungwirth, DDr. König, Egg, Dipl.-Ing. Tschida, Spielbüchler, Hietl, Windsteig, Hagspiel, Fachleutner, Pansi, Breiteneder, Koller und Dr. Spannocchi.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs beantwortete ausführlich die in der Debatte an ihn gerichteten Anfragen.

Bei der Abstimmung am 24. November 1970 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VIII gehörenden Teile des Bundesvoranschlags für das Jahr 1971 mit den im schriftlichen Bericht angeführten Abänderungen angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den **A n t r a g**, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft mit dem dazugehörenden Konjunkturausgleich-Voranschlag,

dem Kapitel 62: Preisausgleiche und

dem Kapitel 77: Österreichische Bundesforste mit dem dazugehörenden Konjunkturausgleich-Voranschlag

des Bundesvoranschlags für das Jahr 1971 (125 der Beilagen) wird mit den vorgeschlagenen Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Spezialdebatte abzuführen.

Präsident **Probst**: Ich danke der Frau Berichterstatterin für ihre beiden Berichte.

Wir gehen in die Debatte ein. Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Minkowitsch. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Minkowitsch (ÖVP)**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die moderne Nachrichten- und Verkehrstechnik im Zusammenhang mit vielen Erfindungen bewirkt, daß die Welt immer kleiner wird und daß sich als Folge davon die Weltwirtschaft immer mehr als Organismus versteht, der sich gegenseitig befruchtet, aber auch gegenseitig hemmend wirkt.

So hat zum Beispiel eine Getreidemißernte vor einigen Jahren in der UdSSR zum größten Getreidegeschäft geführt, das diese Welt je erlebt hat, und eine Folge davon war, daß die Seefrachttarife sprunghaft angestiegen sind und dadurch zum Beispiel einige österreichische Großexporte nach Indien nicht mehr durchgeführt werden konnten.

Die Währungsauf- und -abwertungen der letzten Jahre haben zwangsweise bis in die Brieftasche jedes einzelnen von uns hineingewirkt.

In jüngster Zeit hat das Auftreten eines neuen Schädlings im amerikanischen Maisgürtel zu einer Minderernte in Amerika geführt und, dadurch bedingt, schlagartig den internationalen Futtergetreidepreis und Futtergetreidemarkt angeheizt und die Preise emporschnellen lassen, was, ob wir es wollen oder nicht, seine Nachwirkungen auch auf die europäische Fleischproduktion und ihre Preisentwicklung haben wird.

Es bleibt dann der jeweiligen Regierung eines Landes überlassen, zu trachten, daß diese internationalen Entwicklungen an den Grenzen irgendwie noch abgepuffert werden können und daß sie nicht in voller Schlagkraft auf ein Land niederprasseln.

Wenn nun schon international solche Wechselwirkungen bestehen, meine Damen und Herren, um wieviel mehr ist dann innerhalb eines Landes — noch dazu eines Landes an den Schnittlinien der West- und Ostinteressen, eines Landes, das neutral und klein ist wie Österreich — ein derartiges Wechselspiel innerhalb einer Volkswirtschaft eine Selbstverständlichkeit? Deshalb hat sich eine zeitgemäße Politik schon längst vom Ich zum Wir hinaufentwickeln müssen. Um sozial zu sein in des Wortes vollster Bedeutung, wird man, ob man das haben will oder nicht, aufeinander Rücksicht zu nehmen haben, auch dann, wenn es sich um Interessen der österreichischen Bauernschaft handelt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube und hoffe, daß es die Überzeugung von immer mehr Damen und Herren auch dieses Hohen Hauses, gleich, wo sie sitzen mögen, ist, daß ein Denken in Ständen oder Klassen immer mehr nicht nur unmodern und überholt, sondern auch als wirtschaftlich fragwürdig, ja sogar als gefährlich angesehen werden muß. Alle Probleme, die in diesem Lande anstehen, müssen wir, wenn wir dieses Österreich in seiner Entwicklung, so wie sie bisher verlaufen ist, weiter stützen wollen, in sozial erträglicher Form lösen. Wir müssen also eine koordinierende Politik betreiben, die für ganze Zonen und Räume denkt.

In diesem Zusammenhang möchte ich festhalten, daß schon lange vor dem gängigen Schlagwort der Raumordnung mein Lehrmeister und politischer Vater, Eduard Hartmann, das Wort „Agrarpolitik geht alle an!“ geprägt hat. Er war es auch, der schon vor vielen Jahren gesagt hat, daß eine gute Agrarpolitik damit beginnt, daß Vollbeschäftigung, Währungsstabilität, Hebung der Masseneinkommen, sozialer Friede und das Wohlbefinden des inländischen Konsumenten selbstverständlich auch Sorge der bäuerlichen Abgeordneten sein müssen.

Minkowitsch

Deshalb hat sich der Österreichische Bauernbund in logischer Fortentwicklung dieser schon lange vorhandenen Gedankengänge immer mehr als Aufgabe die Politik für den gesamten ländlichen Raum gestellt. Diesen ländlichen Raum möchte der Bauernbund nicht kämpferisch als Antipode gegenüber der Stadtregion aufgefaßt wissen — damit hier nicht irgend etwas konstruiert wird, meine Damen und Herren —, sondern als Partner will er ihn verstanden wissen in der Auffassung, daß jeder Teil den anderen zur eigenen optimalen Weiterentwicklung dringend nötig hat.

Meine Damen und Herren! Ich darf ganz wenige Zahlen bringen, obwohl ich weiß, daß sie gerade in mittäglicher Stunde einigermaßen ermüdend wirken, und die österreichische Land- und Forstwirtschaft hier darstellen. Sie hatte im Jahr 1969 einen Produktionswert von 32,4 Milliarden Schilling und einen Exportwert von 7,3 Milliarden Schilling. Also etwa 10 Prozent des gesamtösterreichischen Exportes wurden durch die österreichische Land- und Forstwirtschaft dargestellt.

Und auch da gleich ein offenes Wort: So sehr wir uns alle freuen, daß die österreichische Eisen- und Stahlindustrie in der Lage ist, zum Beispiel als VOEST in Indien Stahlwerke zu errichten — worauf wir Österreicher alle stolz sind —, hat die gesamte Eisen- und Stahlindustrie insgesamt jedenfalls einen nur um wenige hundert Millionen Schilling höheren Exportwert als die Land- und Forstwirtschaft aufzuweisen. Das, was einen beklemmen und bedrücken muß, ist, daß wir das allgemein als einen großen Erfolg darstellen, die Exporte der österreichischen Land- und Forstwirtschaft aber als etwas, das nicht immer das Wohlwollen aller hier findet. Dabei ist die Wertordnung, glaube ich, vollkommen klaggestellt. Es fehlt hier, wie einer meiner Kollegen vor wenigen Tagen hier im Hause gesagt hat, an der nötigen Landwirtschaftsgesinnung.

Aber noch eine Zahl, glaube ich, ist von allgemeinem Interesse. Im Jahre 1968 ist die österreichische Land- und Forstwirtschaft Auftraggeber und Zahler in der Größenordnung von 28,2 Milliarden Schilling gewesen. Davon entfallen allein auf den gewerblich-industriellen Sektor insgesamt 20,2 Milliarden Schilling.

Meine Damen und Herren! Wenn hier auf diesem Sektor in der Wertigkeit, in der Investitionsfreudigkeit, auch in der Möglichkeit, notwendige Reparaturen durchführen zu können, eine Veränderung eintritt, ist die Wechselwirkung auf Zehntausende von Arbeits-

plätzen, für die wir uns alle gemeinsam verantwortlich fühlen wollen, automatisch gegeben.

Wir sind stolz darauf, daß die österreichische Land- und Forstwirtschaft eine höhere Steigerung der Arbeitsproduktivität aufzuweisen hat als die Industrie. Diese Zahlen sind schon oft im Hause genannt worden. Auf der Basis 1956 = 100 hat die Landwirtschaft 220,8 Punkte und die gesamte österreichische Industrie im Schnitt nur 187,3 Punkte erreicht und wird in der Produktivitätssteigerung einzig und allein von wenigen Sparten der chemischen Industrie überhaupt übertroffen.

Wenn man die Produktionsbedingungen miteinander vergleicht, dann glaube ich, daß wir alle miteinander auf das stolz sein können, was unter schweren Bedingungen erreicht werden konnte.

Desgleichen ist die jährliche Abgabe von 22.000 bis 25.000 Vollarbeitskräften aus dem landwirtschaftlichen Bereich in andere Berufe eine Größenordnung und ein Wertfaktor, den ich in Zahlen hier gar nicht erst ausdrücken möchte.

Trotz mannigfaltiger Schwierigkeiten konnten erstaunliche Erzeugungs- und Größenstrukturanpassungen im Laufe der letzten Jahre bewerkstelligt werden, und wir sind, glaube ich, gemeinsam der Überzeugung, daß das Inkraftsetzen der Bauernpension hier ebenfalls als das vielleicht größte Strukturgesetz wirksam werden und auch eine Tempobeschleunigung der Strukturanpassung herbeiführen wird.

Trotz dieser eindrucksvollen Bilanz, meine Damen und Herren, ist es landauf, landab Brauch, daß man gerne über die österreichische Landwirtschaft nörgelt und das, was sie bisher erreicht hat, gerne in den Schatten zu stellen versucht. Manchmal — entschuldigen Sie, wenn ich das sage — habe ich das Gefühl, daß derjenige, der hier nörgelt, den Splitter im Auge des Nächsten wohl sieht, den Balken im eigenen aber nicht spürt und nicht sehen will. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Denn ich glaube, es sind meistens dieselben, die mit beredten Worten es darzustellen verstehen, daß man einen Arbeitsplatzwechsel oder eine Versetzung einem Arbeiter nicht zumuten kann, weil er dort schon sein Eigenheim hat, weil dort schon seine Kinder in die Schule gehen und weil ein Schulwechsel während des Jahres überhaupt nicht opportun ist — Argumente, für die man Verständnis aufbringen kann, aber nur unter der einen Voraussetzung auch weiterhin gerne aufbringen wird, wenn man nur einen gewissen Prozentsatz dieses Verständnisses auch dann übt, wenn es sich

Minkowitsch

zufällig um Probleme handelt, die die österreichische Bauernschaft betreffen.

Die so oft fehlbeurteilte österreichische Land- und Forstwirtschaft hatte auch — und damit möchte ich mit den Zahlen im wesentlichen schon wieder aufhören — im Jahre 1969 einen wesentlichen Anteil daran, daß eine Saldenumkehrung der österreichischen Leistungsbilanz herbeigeführt werden konnte. Wir hatten im Jahre 1968 noch 2,2 Milliarden Schilling Passivum und im Jahre 1969 2,6 Milliarden Schilling Aktivum, und das war gerade im Zeitpunkt der europäischen Währungsauf- und -abwertungen ein Beitrag zur Stabilisierung und Gesunderhaltung der österreichischen Währung, die in ihrem vollen Ausmaß, jetzt, hinterdrein gar nicht mehr richtig abgeschätzt werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das SPÖ-Minderheitskabinett hat jedoch jetzt schon ohne eigene parlamentarische Mehrheit diesem, wie wir glauben, echt beachtlichen Teil der österreichischen Volkswirtschaft gegenüber Gesichtspunkte angewendet in der Bewältigung von Maßnahmen, von denen wir annehmen müssen, daß es nicht immer wirtschaftliche Gründe, sondern manchmal rein tagespolitische Überlegungen gewesen sind. Ich hoffe wirklich sehr, daß nicht der Gesichtspunkt, daß 84 Prozent der österreichischen Bauernschaft in den Reihen des Österreichischen Bauernbundes ihre politische Heimat sehen, irgendein Motiv für gewisse Maßnahmen gewesen sein soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich verhehle nicht, daß durch einiges, das im Laufe der letzten Monate passiert ist, manche mühsam und langjährig aufgebaute Vertrauensbasen zerstört worden sind und daß manches, was man vielleicht unter anderen Voraussetzungen leichter hätte gemeinsam über die Bühne bringen können, jetzt nur mehr auf größte Schwierigkeiten stößt.

Dieses Gefühl habe nicht nur ich allein, haben nicht nur meine Kollegen, die hier sitzen, sondern dieses Gefühl breitet sich, ob wir es haben wollen oder nicht, in der Bauernschaft im breitesten Maße aus und kommt zum Beispiel auch darin zum Ausdruck, daß die Auftragslage aus dem Land- und Forstwirtschaftsbereich in den einschlägigen Gebieten auf der Wiener Herbstmesse in einem katastrophalen Prozentsatz, den ich im Interesse der österreichischen Wirtschaft hier nicht öffentlich nennen möchte, zurückgegangen ist, was natürlich entsprechende Nachwirkungen auf breiten Sektoren haben wird.

Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky hat uns einmal gesagt, dieses Budget wäre gar nicht sozialistisch. Man muß dann nur fragen, wo

denn eigentlich die Transparenz bleibt, denn das war ja seinerzeit die Begründung für das Minderheitskabinett und die sogenannte Hohe Zeit des Parlaments, wo die einzelnen Meinungen in aller Öffentlichkeit ausgebreitet werden sollten. Dieses Budget also und die Begleitgesetze und flankierenden Maßnahmen verstärken noch die Tendenz dieses schwindenden Vertrauens der österreichischen Bauernschaft gegenüber der jetzigen Staatsführung. Die Hauptverantwortung dafür — das ist meine feste Überzeugung — trägt letzten Endes Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky; denn die Art und Weise, wie er sogar in Gegenwart von Delegationen in andere Ressorts hineinregiert, ist etwas, was wir in dieser Form in Österreich bisher noch nicht gekannt haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es hat keinen Sinn, wenn man hier lange herumredet und sich auf Verfassungskompetenzen beruft, es ist meine Überzeugung, die ich eben hier ausgesprochen habe. Die Hauptverantwortung ist klargestellt!

Eine schwere Last der Verantwortung nimmt in meinen Augen natürlich auch die Fraktion der Freiheitlichen Partei Österreichs auf sich, die sich als Dr. Kreiskys Schutz und Schirm für diese Budgetfrage deklariert hat. Die Fronten sind klar. Ich freue mich zwar nicht darüber, aber ich nehme zur Kenntnis, und wir werden das in aller Öffentlichkeit sagen und unsere Kollegen nicht nur aufklären, sondern über die bäuerlichen Kreise hinaus aufklären, was sich für den gesamten ländlichen Raum, aber auch für die Industrie- und Gewerberegion an negativen Auswirkungen hier ergeben wird.

Aber als sportlicher Gegner möchte ich zur FPÖ-Spitze einiges sagen: Ich empfinde sie als einen sehr geschickten Seiltänzer, nur, als unbefangener Zuschauer möchte ich folgendes auch festhalten: Diese Form der Akrobatik ist sehr ermüdend, noch dazu, wenn die Budgetzustimmung als ein einseitiges Bleigewicht wirkt. Ich wünsche nicht den Absturz, aber alles geht nur eine kleine Weile — erst recht auf der politischen Bühne. Und, meine Damen und Herren, auf dieser politischen Bühne wird meistens das Hosianna und das Crucifige im selben Stück gespielt!

Dieses Budget wird von meiner Fraktion aus folgenden wohlüberlegten Gründen abgelehnt.

Zunächst ein paar Gedanken zum Auslaufen der Autosondersteuer. Aber vielleicht darf ich noch einen anderen Gedanken hier einflechten, den gerade der Herr Bundeskanzler Doktor Kreisky gestern hier von der Regierungsbank aus ausgesprochen hat: Wenn die Landwirt-

Minkowitsch

schaft mit ihm verhandelt hätte, dann wären noch 300 oder 400 Millionen drinnen gewesen.

Meine Damen und Herren! Ich würde im Interesse des Herrn Bundeskanzlers Doktor Kreisky gewünscht haben, daß er diesen Anspruch nicht gemacht hätte. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn das ist die Deklaration einer Politik, die wir, bevor er das gestern gesagt hat, ohnedies zum Teil schon als unseriös empfunden haben. Wenn man von Transparenz spricht und wenn man auf den Tisch legt, was jeder für den anderen an Wertigkeit auch in Budgetzahlen hier zum Ausdruck bringt, dann hätte er auch ohne Aufforderung das, was rechtens gewesen wäre, in dieses Budget einzubauen gehabt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch etwas muß ich noch einmal aussprechen: Alle Hoffnungen, mit einzelnen unserer Bünde separat Verhandlungen mit dem Endziel führen zu können, doch vielleicht skandinavische politische Verhältnisse nach Österreich zu verpflanzen, sind vergeudete Liebesmüh! *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Nun komme ich auf das Auslaufen der Autosondersteuer zu sprechen. Die anfängliche Freude darüber war bald weitgehend verfliegen, denn der Preiserückstau der Autofirmen auf dem österreichischen Markt hat in diese Lücke sofort mit entsprechenden Preiserhöhungen nachgestoßen.

Meine Damen und Herren! Es war aber vorher bekannt, daß Autofirmen nicht nur nach reinen Kalkulationsfakten, sondern auch nach der Auffangmöglichkeit eines Marktes in verschiedenen Ländern verschiedene Preise handhaben und daß sich jetzt die Dinge so darstellen, daß im wesentlichen der einzige Nutznießer dieser Maßnahmen die Automobilindustrie ist — der ich das vom Herzen gönne — und die 600 Millionen Schilling als Defizit zurückbleiben. Meine Damen und Herren, ich unterstelle gar nicht, daß jemand der Verhandelnden womöglich der Automobilindustrie verpflichtet gewesen wäre; überhaupt nicht! Aber das Faktum ist gegeben, und die Konsumenten, die noch dazu einen alten Tauschwagen entsprechend abgewertet erhalten, werden nach dieser Preiserhöhung von dieser Aktion sehr wenig an Positivum haben.

Und jetzt kommt die Stellungnahme des Bauernbundes dazu. Das hätte man unter reicheren Umständen, wenn man unbedingt will, machen können. Schärfstens abzulehnen ist es jedoch, wenn dieses abgelutschte Wählerzuckerl, das in seiner Wertigkeit jetzt entsprechend gering dargestellt ist, durch eine Erhöhung der Dieselpreise diese fehlenden 600 Millionen Schilling wieder hereinbringen

soll. Daß trotz optischer Scheinerhöhung um 40 Millionen Schilling bei der Treibstoffrückvergütung im Land- und Forstwirtschaftsbereich eine reale Mehrbelastung von 200 Millionen Schilling für 1971 übrigbleibt, ist eine Tatsache, die man durch nichts hinwegdiskutieren kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Nächste ist die Umsatzsteuersenkung für Margarine auf 1,7 Prozent. Wir sehen ein, daß es uns kaum möglich sein wird, die Damen und Herren Abgeordneten der sozialistischen Fraktion von unserer Argumentation in diesem Punkte zu überzeugen. Ich möchte aber doch ersuchen, daß man sich hier einmal Gedanken darüber macht, daß diese Absenkung nichts anderes bedeutet als eine echte Wettbewerbsverzerrung, als ein Hereinnehmen des Status der Entwicklungsländer als Schmutzkonkurrenz für die österreichische Bauernschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir müssen nämlich zu den Bedingungen des Sozialstatus Österreichs mit seinen Steuerbelastungen weiter produzieren und kämen unsererseits gar nie auf den Gedanken, etwa zu fordern: Nehmen wir doch unbegrenzt, zollbegünstigt und abschöpfungsfrei japanische Exporte nach Österreich! Das wäre nämlich genau dasselbe. Wir wissen genau, wie viele Hunderttausende Arbeitsplätze durch eine solche Vorgangsweise in Österreich gefährdet würden. Wir verlangen das nicht. Aber wir erwarten, daß man eine ähnliche, gegenseitig aufeinander abgestimmte und rücksichtsvolle Politik auch im Spiel von Mehrheit und Opposition in diesem Hohen Haus weiter betreiben sollte! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber mit Bedauern muß ich feststellen, daß Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky echt überfordert scheint, wenn es um Gerechtigkeit oder Staatsklugheit geht. Überraschend war für uns in letzter Zeit lediglich, daß er auch schon als Zeitungsverkäufer versagt, wobei ich auf Struwe-Briefe und ähnliches gar nicht eingehen möchte.

Über die verfehlte Milchkrisengroschen-Politik hat schon mein Kollege Dr. Zittmayr hier gesprochen, und ich glaube, daß das von mir nicht wiederholt werden muß. Ich möchte nur festhalten, daß das einen massiven, millienschweren Einkommensentfall gerade für die Bergbauerngebiete und die Grünlandgürtel gewesen ist, deren Bewohner bei Gott nicht zu den begütertesten Menschen dieses Landes zählen.

Die sozialistische kleine Steuerreform trifft in letzter Konsequenz ebenfalls den ländlichen Raum und ist in ihrer Konzeption von uns abzulehnen gewesen. Denn die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden werden durch diese

Minkowitsch

Art, die jetzt gewählt worden ist, echt geschmälert. Und gerade die kleinen Gemeinden draußen sind es, die wohl von uns allen den Auftrag haben — und wir möchten ihnen diesen Auftrag zuschieben —, daß sie uns weiterhin die Erholungslandschaft entsprechend erhalten, die ihre infrastrukturellen Aufgaben bewältigen sollen, und die meist nur ein ganz mageres Budget haben. Wenn man davon dann die Ertragsanteile der Steuer noch entsprechend kürzt, sind das empfindliche Schnitte.

Ich muß hier noch einmal ausdrücklich festhalten, daß die Konzeption der Österreichischen Volkspartei durch das Auslaufenlassen des Zuschlags der Sondersteuern die Ertragsanteile der Länder und vor allem der Gemeinden nicht berührt hätte und deshalb für diesen Raum weitaus besser gewesen wäre. Wenn sich die SPÖ weiterhin nur als sozial, nur als Helfer der Kleinen und Schwachen darstellen möchte, dann darf ich Ihnen jetzt schon sagen, daß Ihnen nicht alle Herren Bürgermeister das glauben werden. Ich nehme doch an, daß nicht alle Bürgermeister der Zukunft nur mehr Thomas heißen können!

Der Clou des FPO-SPÖ-Paktes ist aber in meinen Augen eindeutig das Aussetzen der Weinsteuern. Meine Damen und Herren! Es gibt Abgeordnete, die sich auf dieses Faktum noch etwas einbilden möchten. Aber darf ich Ihnen hier ein paar ganz nackte Wahrheiten servieren.

Erstens ist in diesem Pakt enthalten und erstmals offen ausgesprochen, daß eine Junktimierung der Alkoholsonderabgabe mit der Mehrwertsteuer durchgeführt wird. Und diese einjährige Verspätung der Einbringung der Mehrwertsteuer gegenüber dem ÖVP-Konzept — denn nach dem jetzigen Pakt soll es ja so sein, daß die Mehrwertsteuer als Regierungsvorlage erst in der Herbstsession 1971 einzubringen sein wird, dann muß erst beraten und beschlossen werden — wird dann mindestens eine einjährige Umschulungs- und Einarbeitungszeit erfordern; sie wird mindestens um ein Jahr später, als es das ÖVP-Konzept vorgesehen hatte, in Kraft treten.

Zweitens: Der Differenzbetrag von einer zweijährigen Weinsteueraufhebung und einer einjährigen Alkoholsondersteuerverlängerung nur für Wein bringt eine zusätzliche Belastung von 300 Millionen Schilling zu Lasten der österreichischen Weinwirtschaft. Meine Damen und Herren! Wo da der Erfolg dieser Abmachung zu sehen sein soll, ist mir, von der Warte der Weinwirtschaft her gesehen, nicht ersichtlich. Aber es kommt noch etwas dazu: Die Konsumenten haben auch nichts davon, denn daß sich der Preis des Viertels nicht um

12 Groschen ändern wird — oder genau um 12,3 Groschen —, das hat sich schon herumgesprochen!

Die bedenklichste Auswirkung möchte ich wegen ihrer Gefährlichkeit hier nur andeuten: Durch das Nichtvertrautsein der Verhandlungspartner mit der Materie ist nämlich der Weiterführung der Juxten durch Kommissäre jetzt die gesetzliche Basis entzogen. Welche Lösungen auch immer hier ins Auge gefaßt werden, meine Damen und Herren — ich kann nur hoffen, daß es nicht wieder eine Lösung auf dem Buckel der österreichischen Weinbauern ist, von denen ich — aus eigener Erfahrung darf ich das sagen — weiß, daß sie lieber im Weingarten draußen hart arbeiten, als im Keller Schreibarbeiten verrichten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte nur so nebenbei feststellen, daß die sozialistische Wohnbauförderung eine Schlechterstellung des Eigenheimbaues beinhaltet, was ich ebenfalls als gegen den ländlichen Raum gerichtet ansehen muß, weil es in den Dörfern eben keine Wohnblocks gibt, sondern man dort in ungeheurer eigener Arbeitsleistung sich nur Einfamilienhäuser bauen kann. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dem Düngemittelpreisausgleich fehlen die 83 Millionen Schilling. Der Vollständigkeit halber möchte ich noch sagen, daß das Bergbauernhilfsprogramm von 90 Millionen Schilling, von ÖVP-Abgeordneten beantragt, leider auch zu Fall gebracht worden ist.

Zu diesen speziellen Schlechterstellungen der Land- und Forstwirtschaft kommen Unsicherheitsfaktoren, die, durch das Minderheitskabinett bedingt, einen verstärkten Preisauftrieb befürchten lassen. Wir sind jetzt ja schon glücklich, wenn es im Jahr 1971 nicht mehr als 5 Prozent Preisauftrieb geben soll.

Meine Damen und Herren! Jetzt zum Grünen Plan 1971, der ja unter einem verhandelt wird. Die Grünen Pläne wiesen aus: 1968 im Rechnungsabschluß 803 Millionen Schilling, 1969 im Voranschlag 750 Millionen Schilling und 1970 im Voranschlag 780 Millionen Schilling. Bei einer durchschnittlichen Verbraucherpreisindexsteigerung während der ÖVP-Alleinregierung von etwa 3 Prozent haben diese Grünen Pläne einen gewissen Gesamteffekt ergeben, der jetzt durch den hier enthaltenen Ansatz von 810 Millionen Schilling wesentlich geschmälert würde, da wir erstens mit einer Indexsteigerung von 5 Prozent zu rechnen haben werden, und zweitens wird ohnedies sofort eine Kürzung dieser Mittel um 3 Prozent, sprich 24 Millionen Schilling, vorgenommen. Außerdem tritt eine Gesamteffektsverminderung ein durch die schon genannten

Minkowitsch

flankierenden Maßnahmen der Treibstoff- und der Düngemittelverteuerung, mit denen sich die österreichische Land- und Forstwirtschaft, scheint's, abfinden muß. Das wirkt in seiner Gesamtheit, meine Damen und Herren, negativ potenzierend, und meine Fraktion kann dem Grünen Plan deshalb nicht zustimmen.

Um nun eine Legendenbildung um diese politisch bedeutsamste und publikumsbekannteste Zahl der österreichischen Agrarpolitik hintanzuhalten, möchte ich hier ausdrücklich folgendes feststellen: Der Grüne Plan 1971 in der Fassung der Regierungsvorlage wird jetzt nach Klärung des Schicksals der Budgetbegleitgesetze endgültig wegen unzureichender Dotierung abgelehnt, gerade weil wir im Hinblick auf den großen europäischen Markt und notwendige Strukturanpassungsmaßnahmen einer Tempo- und Umfangverminderung nicht zustimmen können!

Auch die Gegenseiten möchte ich ersuchen, sich das Primitivargument zu sparen, daß die Bauern oder die gesamte ÖVP gegen den Grünen Plan an sich wären. Wir sind ganz im Gegenteil davon überzeugt, daß der Grüne Plan als integrierender Bestandteil des Landwirtschaftsgesetzes eine ganz besondere Bedeutung hat, und gerade deshalb geben wir ihm nicht die Zustimmung, weil wir einer Abstumpfung dieses wertvollen Instruments der österreichischen Agrarpolitik nicht zusehen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Trotz oder vielleicht sogar wegen des Fortschrittes, der unsere Welt derzeit erfaßt, werden die Menschen immer ruhe- und erholungsbedürftiger. Österreich hat das Glück, eine gottgesegnete Landschaft zu besitzen, die Freunde und Gäste von nah und fern gerne nach Österreich kommen läßt. Daß diese gepflegt ist und gerade deshalb so wirkt, wird von allen als die größte Selbstverständlichkeit dieser Welt angesehen. Meine Damen und Herren! Daß immer mehr Hunderte Kilometer autobefahrbarer Güterwege es in der letzten Zeit ermöglichen, daß man zu ruhigen Plätzchen und verborgenen Schönheiten mit dem Auto vorstoßen kann, ist dem zum Teil mit Staatshilfe ermöglichten Güterwegebau durch die Bauern zuzuschreiben. Aber wer denkt schon darüber nach, daß diese Wege nachher von der österreichischen Bauernschaft allein erhalten werden müssen, obwohl nach Verkehrszählungen bis zu 80 Prozent andere Fahrzeuge diese Güterwege benützen.

Als Programm für eine immer besser funktionierende Erholungslandschaft glauben wir, daß im Interesse der Erhaltung der Ernährungsbasis und des Waldes in seiner Schutzfunktion wie als Grundlage für die Wasser-

und Energieversorgung unserer Heimat künftig die immer drückender werdenden Lasten der Wegerhaltung auf ein erträgliches Ausmaß für die Bauernschaft reduziert werden müssen.

Meine Damen und Herren! Im Rundfunkgesetz wurde seinerzeit festgehalten, daß ganz Österreich entsprechende Empfangsmöglichkeiten für die Programme des ORF erhalten muß, und ich glaube, daß wir jetzt alle die Überzeugung haben, daß das richtig ist. Konsequenterweise müßten wir im Fremdenverkehrsland Österreich aber auch daran denken, daß der Telefonanschluß in Streulagen zu finanziell erträglichen Bedingungen — der Telefonanschluß, der immer mehr zu einem modernen Betriebsmittel wird, auch für die österreichische Land- und Forstwirtschaft! — erschwänglich gestaltet werden muß. *(Beifall bei der ÖVP.)* Er ist ja erst die Voraussetzung moderner Kooperationsmethoden, die ohne das Telefon gar nicht durchgeführt werden können.

Hohes Haus! In ernster Sorge habe ich einige Entwicklungen aufgezeigt und Fakten geboten. Ich glaube nicht, daß die Politik der Drohung und der Junktimierungen, wie sie Herr Dr. Kreisky gegenüber Lebensfragen der österreichischen Landwirtschaft für richtig gehalten hat, der richtige Weg gewesen ist. Wir wissen alle nur zu genau, daß auch die Marktordnung in ihrer multilateralen Wirkung ein Instrument darstellt, das auf alle österreichischen Bevölkerungsschichten entsprechend einwirkt, und ich bin froh darüber, daß einsichtige Verhandlungen heute vormittag eine entsprechende Annäherung ergeben haben.

Ersparen wir doch bitte, meine Damen und Herren, unserem Lande klassenkämpferische Entwicklungen, die meine Jahrgänge bereits leidvoll erlebt haben, machen wir eine moderne Politik des österreichisch-klugen Leben-und-Leben-Lassens einschließlich der Bauernschaft dieses Landes, die noch keine Regierung eines Staates hat ungestraft vernachlässigen dürfen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Meißl. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Meißl** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, die Bauernbundabgeordneten freuen sich heute — wenn ich sie so ansehe — so richtig auf die Stellungnahme des freiheitlichen Sprechers. *(Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Graf: Das ist eine Übertreibung!)* Ich glaube schon, aber mit Unterton natürlich.

Gestatten Sie mir, daß ich zuerst feststelle, daß wir Freiheitlichen dieser Budgetgruppe und dem Grünen Plan zum Unterschied von Ihnen, meine Herren vom Bauernbund, vor

Meißl

allem bezüglich des Grünen Planes die Zustimmung geben werden. Es ist uns einfach unverständlich, und auch die Argumente des Herrn Präsidenten Minkowitsch waren nicht überzeugend, warum man 810 Millionen Schilling ablehnt. Das darf ich zuerst einmal sagen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Warum haben Sie in den letzten vier Jahren nicht zugestimmt?*) Da haben Sie Pech gehabt, Herr Kollege Tschida. Ich habe mir die Unterlagen schon mitgenommen.

Im Jahr 1967 hat der freiheitliche Sprecher, Meißl, dem Grünen Plan zugestimmt, weil er befriedigend erhöht wurde. Das ist hier nachzulesen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Tschida: Was ist in den nächsten Jahren?*) Da war es wieder nicht zufriedenstellend. Wir können ja unterscheiden, aber Sie können es nicht. Sie stehen heute auf dem Standpunkt: Weil hier ein sozialistischer Landwirtschaftsminister sitzt, muß man um jeden Preis ablehnen. Er ist in vielen Fällen — das werde ich ihm selbst sagen — für die Landwirtschaft nicht ganz glaubwürdig, weil Maßnahmen gesetzt wurden, die unserer Vorstellung nicht entsprechen. Bezüglich des Grünen Planes — das muß ich Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen — sind die Vorstellungen durchaus befriedigend.

Da wir schon beim Grünen Plan sind, darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, folgendes sagen: Wenn Sie die Gegenüberstellung von mehreren Jahren machen, kommen Sie nämlich zu einer anderen Einschätzung. Ich muß Ihnen aber noch etwas sagen: Warum eigentlich jetzt der sozialistische Landwirtschaftsminister und die freiheitliche Fraktion unbedingt das ausbaden sollen, was Sie in den vier Jahren Ihrer Regierung nicht erreicht haben, ist wirklich nicht einzusehen. (*Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.*)

Herr Präsident Minkowitsch hat Ziffern genannt. Ich möchte dazu sagen: Sie müssen eine Periode zusammen nehmen. Wenn Sie vier Jahre nehmen — ich habe das durchgerechnet —, kommen Sie auf folgende Rechnung: daß der Grüne Plan in den vier Jahren der ÖVP-Regierung im Schnitt um 2 Prozent gestiegen ist und jetzt immerhin — auch nach Abzug der 3 Prozent Kürzung — der Grüne Plan des Herrn Landwirtschaftsministers Weihs um fast 4 Prozent gestiegen ist! Das sind die Fakten, Herr Präsident Minkowitsch, so sieht es in Wirklichkeit aus. (*Abg. Minkowitsch: Die flankierenden Maßnahmen nicht vergessen!*)

Es steht der Grüne Plan zur Diskussion, und Sie lehnen heute den Grünen Plan hier ab. Sie lehnen damit im Grunde genommen

810 Millionen Schilling für die Landwirtschaft ab. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Aber der Prozentsatz ist am niedrigsten!*)

Darf ich Ihnen, Herr Ing. Tschida, etwas anderes sagen: Herr Präsident Minkowitsch versuchte natürlich, was verständlich ist, das Verhandlungsergebnis zwischen der Regierung und den Freiheitlichen schlechtzumachen — ich verdenke ihm das ja gar nicht —, wenn er davon spricht, daß der Wegfall der Autosondersteuer nicht viel bringt, wenn er davon spricht, daß der Wegfall der Weinsteuern ebenso nicht viel bringt. Er hat weiter gesagt: Die 40 Millionen Schilling sind eine Scheinerhöhung! Das ist keine Scheinerhöhung, das sind um 40 Millionen Schilling mehr für die Treibstoffrückvergütung. Das ist die Tatsache. Sie haben von Scheinerhöhung gesprochen, ich habe es mir aufgeschrieben. (*Abg. Minkowitsch: Optische Scheinerhöhung, weil man damit die Dieselpreis-erhöhung nicht herabsetzt!*)

Herr Präsident! Wollen wir in einen Streit darüber eintreten, was ein Faktum ist? Es ist keine Scheinerhöhung, sondern eine Tatsache. (*Abg. Minkowitsch: 200 Millionen Schilling! — Zwischenruf des Abg. Dr. Withalm.*)

40 Millionen Schilling ist auch unserer Meinung nach unbefriedigend. Ich habe es bereits bei der Beschlußfassung über die Erhöhung der Mineralölsteuer gesagt. Zugegeben. Aber Sie können doch nicht wegleugnen, daß 40 Millionen Schilling echt zu der Treibstoffrückvergütung dazugekommen sind. (*Abg. Dr. Withalm: Sie meinen, 240 Millionen sind echt dazugekommen an Belastung! Scheinbar gibt man jetzt die 40 Millionen dazu!*)

Herr Vizekanzler! Ich habe das aufgeschrieben, was Herr Präsident Minkowitsch gesagt hat, und dazu nehme ich Stellung. Er sprach von Scheinerhöhung, und das ist keine Scheinerhöhung, das sind um 40 Millionen Schilling mehr. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden, um mit Ihrer Diktion zu sprechen. (*Zustimmung bei der FPÖ. — Abg. Dr. Withalm: Da hat er recht, natürlich ist es eine Scheinerhöhung!*)

Meine Damen und Herren! Als Herr Präsident Minkowitsch dann weiter sagte, diese Erfolge seien im Grunde genommen keine Erfolge, ist mir plötzlich eine Vision gekommen, und ich habe mir gedacht: Was wäre gewesen, wenn wir beispielsweise versucht hätten, was auch zur Diskussion stand, 25 Prozent bei den Zuschlägen zur Einkommensteuer und zur Lohnsteuer als erste Etappe wegzubringen, oder für Wein die Alkoholsondersteuer? Ich

Meißl

habe gedacht, dann würde wahrscheinlich Präsident Minkowitsch hier stehen und sagen: Das bringt im Grunde genommen nichts, denn der Wegfall der Weinststeuer wäre für den Produzenten wichtiger gewesen, denn das andere bezahlt ja der Konsument. Bei der Autosondersteuer hätte es selbstverständlich dann geheißen: 25 Prozent — was bringt das? Das bringt ja eigentlich nichts. Hätten Sie wenigstens eine Steuer weggebracht. Das wäre ein Erfolg gewesen! — Ungefähr diese Vision habe ich gehabt, Herr Präsident Minkowitsch.

Aber ich verstehe auch, daß Sie heute in einer Lage sind, in der Sie natürlich den Verhandlungserfolg von uns Freiheitlichen nicht wahrhaben wollen. Sie hätten die Möglichkeit ja auch gehabt.

Jetzt gleich ein Wort zu Ihrer Feststellung — der Herr Bundeskanzler ist zurzeit nicht mehr hier — wegen der 300 Millionen. Um auch in der Diktion des Herrn Bundeskanzlers zu sprechen, möchte ich sagen: Ich glaube, er hat da etwas zu tief in die Saiten gegriffen. Das möchte ich feststellen. (*Abg. Graf: Nicht aufsässig werden!*) Aber andererseits: Sie, meine Damen und Herren, hätten es sich ja holen können. Warum waren Sie dazu nicht in der Lage, wenn es stimmen sollte, daß Sie für die Landwirtschaft diese 300 Millionen Schilling hätten holen können. Wenn man den Anteil der Autosondersteuer dazurechnet, sind es immerhin rund 200 Millionen für die Landwirtschaft.

Bezüglich Ihrer Meinung zur Autosondersteuer: Das kleine Land Österreich ist für den internationalen Automobilmarkt völlig unbedeutend. Die Firmen werden die Preise genau darauf ausrichten, ob wir 10 Prozent Steuer mehr oder weniger bezahlen! Das ist doch völlig unbedeutend. Wichtig aber ist, daß im nächsten Jahr soundso viele Tausende und Zehntausende Österreicher um 4000, 5000, 6000 oder 7000 S weniger bezahlen, als sie sonst hätten bezahlen müssen. Das erscheint und als sehr, sehr wichtig.

Wegen der „Seiltänzer“-Formulierung: Sie waren ja nicht bereit, überhaupt eine Verantwortung zu übernehmen, überhaupt ein Risiko einzugehen. (*Abg. Dr. Withalm: Seiltänzer wollen wir wirklich nicht!*) Wir gehen vielleicht auch ein Risiko ein — das will ich gar nicht bestreiten —, daß wir dieser Regierung jetzt die Möglichkeit geben, zu arbeiten. Sicherlich ist aber richtig, daß die Österreicher meinen — ganz gleich, ob positiv oder negativ —: Diese Regierung soll einmal zeigen, was sie kann.

Dieser Meinung waren wir auch und haben nach einem entsprechenden Verhandlungsergebnis die Zustimmung hiezu gegeben.

Herr Vizekanzler! Daß Sie so aktionsunfähig waren, dafür können wir wirklich nichts. Das muß ich Ihnen auch sagen. (*Abg. Dr. Withalm: Wer redet von aktionsunfähig?*) Sie waren es doch. Wenn man sich selbst, wie es „Ironimus“ so schön gezeichnet hat, in die Ecke stellt, anstatt wieder voranzugehen, dafür können wir Freiheitlichen wirklich nichts. Das haben Sie durch Ihre Erklärung getan (*Abg. Dr. Withalm: Wir haben erklärt, für das größte Defizit, das es jemals gab, wären wir nicht zu haben!*), Herr Vizekanzler, die ja nicht die Meinung Ihrer Leute war. Es war außerdem nicht die Meinung des Herrn Präsidenten, glaube ich sogar, und vieler Bauernbundabgeordneter, daß man den Grünen Plan unbedingt ablehnen soll. Auch das war nicht die allgemeine Meinung. Aber das Diktat Withalm—Koren hat befohlen: Ablehnen. Und da stehen wir eben zurzeit. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Nur ihr dürft ablehnen!*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun noch kurz oder auch etwas länger dazu Stellung nehmen, wie wir Freiheitlichen die Agrarpolitik sehen. Unser Standpunkt ist weiterhin unverändert: daß die Diskriminierung des ländlichen Raumes — davon war heute schon die Sprache — und der Menschen im ländlichen Raum aufhören soll, daß die soziale Gleichstellung zu erfolgen hat, daß sich die Einkommensverhältnisse so anzupassen haben, damit für die erbrachte Arbeitsleistung auch ein gerechter Lohn vorhanden ist.

Das sind die unverrückbaren Ziele unserer Agrarpolitik und werden es auch in Zukunft bleiben! Der Staat wird dabei Hilfestellung geben müssen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Dieselpreiserhöhung!*) Das wissen wir, das ist in einer sozialen Marktwirtschaft nicht anders. — Vorsicht, Herr Dr. Zittmayr, ich komme noch zur Milch, dann auch zur Margarine der Firma Ebhart & Herout, und so weiter. (*Abg. Dr. Withalm: Er hat von Dieselpreiserhöhung gesprochen! — Zwischenrufe des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.*)

Präsident **Probst** (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, meine Herren! Herr Abgeordneter Zittmayr, Sie sind ja zu Wort gemeldet!

Abgeordneter **Meißl** (fortsetzend): Es war sogar manchmal von dem „Margarine-Zittmayr“ die Rede. Man hat sich immer gewundert: Was hat jemand, der nur mit der Milch befaßt sein sollte, eigentlich damit zu tun, daß eine Margarinefabrik finanziert wird. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Damit haben*

1654

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Meißl

Sie mich jetzt verleumdet!) Nein, nicht verleumdet, Herr Dr. Zittmayr. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Jawohl!)* Sie haben keinen Gegenbeweis erbracht. Ich werde Ihnen heute noch aus einer Zeitschrift etwas vorlesen, wo das wieder erwähnt wird. Sie haben keine Klage eingebracht, daß das nicht stimmt. Das muß ich auch dazu feststellen. *(Zwischenrufe.)* Dann soll man halt vorsichtiger sein, Herr Dr. Zittmayr, mit den Zwischenrufen hier. *(Abg. Zeillinger: Es ist alles nachweisbar!)*

Wir sind der Meinung, daß der Staat dort, wo es angebracht ist, Hilfestellung geben soll. Angebracht ist es unserer Meinung nach in der jetzigen Situation auf jeden Fall in der Landwirtschaft. Ich habe es schon gesagt: Er hat die Aufgabe, die Diskriminierung unserer Menschen im ländlichen Raum zu beseitigen, und zwar individuell gesehen: Gleichberechtigter Berufsstand, höhere Bildung und Ausbildung.

Er hat natürlich mit seinen materiellen Mitteln das Weitere und Notwendige zu tun. Er hat hier im Rahmen einer zielbewußten Strukturpolitik — dazu dient der Grüne Plan, dazu dient das Strukturverbesserungsgesetz — Maßnahmen zu setzen, damit die notwendige Strukturverbesserung auch stattfindet. Hier werden wir als Freiheitliche jeder zielführenden Maßnahme immer unsere Unterstützung geben.

Ich habe schon gesagt, daß heute die Freiheitlichen erstmals diesem Budgetkapitel und dem Grünen Plan die Zustimmung geben werden. Ich habe das auch begründet.

Nur etwas möchte ich bei dieser Gelegenheit auch gleich sagen: Was uns Freiheitliche ehrlich gesagt etwas erschüttert, ist die Tatsache, daß man den vorhandenen Unmut und die dauernde Verärgerung, die vorhanden ist, dadurch abzureagieren versucht, indem man ununterbrochen die Freiheitlichen attackiert. Dafür haben wir wirklich wenig Verständnis. Das sollten Sie im eigenen Kreis austragen, wenn Sie damit nicht einverstanden sind, aber Sie sollten sich nicht einen anderen zur Zielscheibe für Ihre Verärgerung suchen. *(Abg. Graf: Sie sind zu empfindlich, Herr Meißl! Die ganze Freiheitliche Partei ist zu empfindlich!)* Nein, wir sind gar nicht zu empfindlich, nur haben wir kein Verständnis dafür, daß ... *(Abg. Graf: Sicherlich! Natürlich sind Sie empfindlich! Sie vertragen Kritik nicht! Sie kritisieren selbst nur! Sie vertragen keine Kritik! Sie üben nur Kritik!)* Wenn man 20 Jahre in diesem Hause als kleine Fraktion sitzt oder gegessen ist, da hat man schon allerhand einstecken müssen. Wenn ich daran denke, was der Herr Vizekanz-

ler uns oft hier gesagt hat, so war das nicht gar so schön, aber wir haben es leicht ausgehalten. *(Abg. Graf: Was haben ihm Sie gesagt? Seien Sie nicht so wehleidig, Herr Meißl!)* Aber Sie sind sehr empfindlich, Herr Graf. *(Abg. Graf: Wenn Sie sich in der Diktion nicht ändern, werden wir vertauschen! Ich werde dann auch etwas sagen!)* Bitte, gerne. Kommen Sie heraus, selbstverständlich. *(Abg. Graf: Sie fordern mich heraus! — Ruf bei der FPÖ: Sie glauben, Sie haben einen Freibrief für Zwischenrufe! — Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend):* Meine Herren! Sie müssen doch zugeben, daß Sie mehr sind, da drüben, wenn Sie dauernd stören. Ich bitte Sie!

Abgeordneter **Meißl** *(fortsetzend):* Ich stelle jetzt fest: Was machen Sie seit 20 Minuten ununterbrochen? Das ganze Forum hier will den freiheitlichen Sprecher mit Zwischenrufen attackieren. Sie dürfen das, aber wir dürfen uns nicht wehren. Das wäre Ihnen so recht, aber da werden Sie sich täuschen. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Kollege Meißl, darf nur der Zeillinger hier schreien? — Abg. Zeillinger: Das sind die Brückenabbrecher! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Was haben Sie gesagt, Herr Zeillinger? — Abg. Zeillinger: Sagen Sie, daß Sie mit uns reden werden wollen!)*

Vielleicht ist es wieder einmal möglich, zu einem Dialog zu kommen. *(Abg. Graf: Probieren Sie es! Fangen Sie an!)* Ich bin schon dabei.

Ich darf Ihnen sagen, was Ihnen unser Klubobmann auch schon erklärt hat: Wir werden — das wird im Verlaufe dieser Verhandlungen noch öfter passieren — auf sehr populäre Anträge von Ihnen nicht eingehen, weil wir eben im Zuge der Budgeteinigung bestimmte Dinge, die das Budget verändern könnten, einfach nicht beschließen werden und weil wir das nicht können. Das sage ich Ihnen in aller Offenheit. Das habe ich Ihnen das letztmal auch schon gesagt. Wenn Sie also wieder mit diesen populären Maßnahmen kommen, dann werden Sie die Zustimmung nicht bekommen. Ich darf Ihnen aber etwas sagen: Wenn Sie glauben, daß es besonders seriös ist ... *(Abg. Dr. Withalm: Für unpopuläre Maßnahmen wären Sie zu haben? Sie sagten: Populäre dürften wir nicht bringen, unpopuläre schon?)* Herr Vizekanzler, Sie haben schlecht hergehört. Ich habe ausdrücklich gesagt: Maßnahmen, die das Budget verändern. *(Abg. Dr. Withalm: Von „populären“ haben Sie gesprochen!)* Wir werden uns ja wahrscheinlich in den nächsten Tagen, vielleicht morgen schon wieder, an den Verhand-

Meißl

lungstisch setzen müssen. Es wurde das bereits gesagt. Wir werden uns über verschiedene Fragen beraten müssen. Es werden dort — vielleicht ist es Ihnen jetzt unangenehm, ich weiß es nicht — vielleicht FPÖ und ÖVP gemeinsame Standpunkte haben. Vielleicht ist Ihnen das schon unangenehm. Ich muß diese Frage stellen. *(Zwischenruf des Abg. Doktor Withalm.)* Bitte! *(Abg. Dr. Withalm: Wie werden Sie das machen, wenn das etwas kostet?)* Das habe ich Ihnen gerade gesagt, Herr Vizekanzler. Wenn es etwas kostet und das Budget des nächsten Jahres betrifft, so werden wir nicht zustimmen. Das habe ich Ihnen gerade gesagt. Sie sind immer gern für Offenheit. *(Abg. Dr. Withalm: Da werden nicht allzu viele Möglichkeiten sein! — Abg. Zeillinger: Genug!)* Es gibt genügend, Sie werden noch daraufkommen, wie viele Möglichkeiten da noch kommen. *(Abg. Zeillinger: Eine ganze Heeresreform liegt drinnen! Man muß nur wollen! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Kollege Zeillinger, das kostet viel Geld!)* Hier wird es schon angedeutet. Es kommen noch ganz andere Sachen. Sie müssen sich daran gewöhnen: In diesen Fragen werden wir Ihnen die Unterstützung und die Gefälligkeit nicht tun.

Wir betrachten solche Anträge eben als Alibi-Anträge; denn wenn beispielsweise — das möchte ich schon sagen — der Herr Abgeordnete Dr. Neuner beim Einkommensteuergesetz Änderungsanträge einbringt, die über 1 Milliarde Schilling kosten würden, dann muß ich Sie wirklich fragen, was Sie zu so einer Arbeit sagen würden, wenn Sie wieder hier heraußen säßen. Das darf ich Ihnen wirklich mit aller Deutlichkeit sagen. *(Abg. Dr. Haider: Sondersteuern auslaufen lassen!)*

Ich muß Ihnen noch etwas sagen: Man hat manchmal das Gefühl, daß es dem Bauernbund oder der ÖVP im allgemeinen eigentlich ganz recht ist ... *(Rufe bei der ÖVP: Was?)* Der jetzige Zustand. Sie sind der Sorgen und der Schwierigkeiten für das nächste Jahr, so glauben wir, enthoben. Es wird keine Neuwahlen geben, aber Sie haben die Möglichkeit, da einen Schwarzen Peter zu haben. *(Abg. Minkowitsch: Was Sie alles wissen, Herr Meißl!)* Sie können jetzt auf die Freiheitlichen losgehen. Was Idealeres kann es für Sie gar nicht geben, als Ihre Wünsche erfüllt zu sehen: Das Budget über die Runden, und noch die Möglichkeit, den Peter zu attackieren. Das ist doch das Schönste, was Ihnen ... *(Abg. Graf: Herr Meißl, darf ich Sie etwas fragen?)* Gerne. *(Abg. Graf: Sie scheinen auch nicht versessen zu sein auf Neuwahlen! — Das sollten Sie dazusagen!)* Da

muß ich Ihnen aber etwas sagen. Wenn man die Wahlen ... *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident **Probst** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte, der Redner hat das Wort. Ich kann das Wort nicht weitergeben. *(Abg. Peter: Herr Präsident! Heute ist ein Tag „schwarzer Demonstration“!)*

Abgeordneter **Meißl** *(fortsetzend)*: Wenn man das Ergebnis der Wahlen vom 4. Oktober nimmt — ich glaube, das hat bereits mein Klubkollege Peter gesagt —, dann kann ich mir vorstellen, daß Sie noch weniger Interesse daran haben. Wir würden uns schon stellen. Sie aber haben sicherlich kein Interesse. Ich denke daran, daß es für Sie das werden könnte, was ich jeden Tag ein paarmal sehe, wenn ich beim Forum-Kino vorbeigehe: Ein Waterloo für die ÖVP bei Neuwahlen im nächsten Jahr. Das möchte ich Ihnen dazu sagen. *(Zustimmung bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ. — Abg. Graf: Ihre Sorgen möchte ich haben!)* Sie waren so neugierig, das muß ich Ihnen schon sagen. *(Abg. Dr. Haider: Aber Sie sind der Napoleon!)* Napoleon hat in der Weltgeschichte keine schlechte Rolle gespielt. Das ist gar keine Frage.

Nun darf ich Ihnen sagen: Es stimmt natürlich, daß Sie im Grunde genommen sehr froh darüber sind, daß dieses Budget über die Runden kommt. Es ist auch der Bauernbund sehr froh, wenn dieses Budget und — das ist mir klar — vor allem auch der Grüne Plan mit Hilfe der beiden anderen Fraktionen über die Runden kommt, damit hier keine Schwierigkeiten entstehen.

Ich darf aber gleich noch etwas Ernstes anhängen, Herr Präsident. In einer Frage sind wir sicherlich Ihrer Meinung: Wenn es uns gelingen sollte, gemeinsam bestimmte Fragen zu lösen — Sie haben das heute schon erwähnt —, so werden Sie selbstverständlich auch unsere Unterstützung haben. Aber das ist schon wieder etwas, was dem Herrn Vizekanzler Dr. Withalm dann wahrscheinlich nicht paßt; das möchte ich auch noch dazu sagen. *(Abg. Dr. Withalm: Sie müssen fragen!)* Entschuldigen Sie und verzeihen Sie mir, wenn ich es ein bisserl hart formuliere. Ich möchte sagen: Das ist doch ein bisserl Heuchelei der ÖVP, wenn sie heute so tut, als ob sie im nächsten Jahr gerne gewählt hätte. Das konnte man daraus entnehmen. *(Abg. Graf: Herr Meißl! Ich habe an Sie eine Frage gestellt! Ich habe gefragt, ob Sie geradezu lustig waren auf Neuwahlen!)* Wir hätten es riskieren können! Jetzt sind wir schon wieder bei den Neuwahlen. Wir hätten es riskieren können! *(Abg. Graf: Was Sie aushalten, das hält die ÖVP noch viele Jahre aus! Merken Sie sich*

1656

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Meißl

das!) Abwarten, Herr Graf, werden wir sehen! (Abg. Dr. Blenk: Herr Meißl! Wer sagt Ihnen, daß Neuwahlen die einzige Alternative gewesen wären?)

Präsident **Probst** (das Glockenzeichen gebend): Meine Herren! Wir sind beim Grünen Plan und beim Landwirtschaftskapitel, aber nicht bei den Neuwahlen! Das haben wir schon besprochen.

Abgeordneter **Meißl** (fortsetzend): Oder noch nicht. Man weiß es ja nie. — Da haben Sie völlig recht: Es gäbe auch andere Möglichkeiten, aber es wird in der Öffentlichkeit im Grunde genommen nur diese eine Möglichkeit mehr ... (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Ich habe gesagt: in der Öffentlichkeit! Aufpassen! (Abg. Dr. Blenk: Ja warum? Weil gewisse Herren ...)

Nun darf ich im Zusammenhang mit dem Grünen Plan und überhaupt im Zusammenhang mit all den Förderungen der Landwirtschaft auch an den Herrn Minister ein Wort richten. Ich möchte folgendes feststellen.

Ich weiß, daß Ihnen vom Bauernbund das wieder nicht passen wird. Wir Freiheitlichen sind aber nun einmal der Meinung, daß das ganze Vergabewesen überdacht werden muß: Subventionen, Kredite, wobei wir der Meinung sind, daß Kredite weit besser sind als Subventionen. Ich möchte nur darauf verweisen, was ich voriges Jahr bereits gesagt habe, daß ich es als durchaus zielführend anschauen würde, wenn man allmählich einen Vergabemodus finden könnte — das wird nicht so rasch gehen, das weiß ich —, daß man irgendwie den Erfolg daranhängt, wie es in der Schweiz beispielsweise üblich ist, daß dort wohl die Kredite großzügig gegeben werden, daß aber, nachdem sich der betriebswirtschaftliche Erfolg eingestellt hat, dann ein kleiner oder größerer Rest erlassen wird. Das wäre eine durchaus brauchbare Maßnahme, um das nur schnell zu erwähnen.

Wir aber sind der Meinung, daß es notwendig wäre — das geht auch an den Herrn Bundeskanzler, denn er spricht soviel von Transparenz in den letzten Tagen —, daß man auch die Vergabe der Subventionen und Förderungen wirklich allen Menschen im ländlichen Raum, in der Landwirtschaft zugänglich machen müßte. Daß nicht alle etwas bekommen können, ist uns klar, aber es sollten zumindest die gleichen Chancen und die Waffen-gleichheit für alle bestehen.

Ich würde die Frage an den Herrn Minister richten, ob er sich vorstellen könnte, daß man, da es immerhin Bundesmittel sind — und das sei festgestellt —, die Durchführung dieser Maßnahmen vielleicht etwas im Sinne einer

wirklich zielführenden echten Strukturverbesserung machen könnte. (Abg. Fachleutner: Einberufung des Bauernrates?) Nein, nein! Ich darf Ihnen gleich sagen: Auf diesen Zwischenruf habe ich gewartet, Herr Fachleutner. Wir haben immer erklärt, und wir haben das auch dem Herrn Minister gesagt, daß wir mit einem neuen Gremium nicht einverstanden sind. Sicherlich: 84 Prozent Bauernbund — zur Zeit noch — sind uns auch nicht immer gerade angenehm, weil sie auch nicht immer ganz so fair, muß ich schon sagen, erkämpft werden. Wir wissen genau: die Subventionen, Herr Präsident, und die Kredite werden sehr oft nach Gesichtspunkten vergeben, die selbstverständlich einer Beeinflussung gleichkommen. (Zwischenruf.) Aber sie existieren. Das bescheinige ich Ihnen. Zur Zeit gibt es eine ÖVP-Mehrheit in den Landwirtschaftskammern von 82 Prozent. Das sind demokratisch gewählte Gremien, und daran darf auch von unserem Standpunkt aus nicht gerüttelt werden. Wenn sich der Herr Minister einen privaten Fachbeirat schafft, dann ist das seine Angelegenheit. Sollte er aber ein Gremium bilden, das vielleicht über irgendwelche Dinge entscheidet — also der Beirat: das war, glaube ich, die Frage —, dann wird er auch auf unseren Widerstand stoßen. Das darf ich Ihnen zu dieser Frage sagen. (Abg. Dr. Withalm: Dürfen Sie das?) Wir dürfen schon, nur bei euch hat man manchmal den Eindruck, daß ihr nicht dürft. Das ist der Unterschied. (Beifall bei der FPÖ. — Abg. Meitner: Nicht einmal der Withalm darf! — Abg. Zeillinger: Dürfen schon, aber trauen nicht! — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Denken Sie daran, was Sie im Ausschuß alles aufgeführt haben!) Was habe ich denn aufgeführt, Herr Tschida? (Zwischenruf.) Ich komme schon darauf! Ein bisserl Geduld! Ich habe nämlich gerade die Stichworte hier. Es ist keine fertige Rede, sondern es sind nur Stichworte, und ich habe gesehen, daß das jetzt schon da ist.

Es bleibt nach dieser Budgeteinigung offen, Herr Landwirtschaftsminister — das muß ich jetzt wirklich mit echter Kritik sagen —, daß in bestimmten Dingen nach unserer Meinung auch das Ministerium nicht entsprechende Rückenstärke gezeigt hat, denn in der Frage der Treibstoffrückvergütung oder des Abfanges dieser zusätzlichen Belastungen sind wir uns völlig klar, daß keine befriedigende Lösung eingetreten ist. (Abg. Dr. Haider: Ihr habt wissentlich zugestimmt!) Das war irgendwo sichtbar, daß man vielleicht von seiten des Ministeriums schon daran denkt. Ich kenne ja auch die Stellungnahme des Landwirtschaftsministeriums. Die läuft, glaube ich, auch darauf hinaus. Da sind — das sei auch zugegeben — die 40 Millionen Schilling zuwenig.

Meißl

Wir werden Sie daher, Herr Minister, bei jeder Gelegenheit fragen, welche Möglichkeiten Sie sehen, um diese neue Belastung der Landwirtschaft abzufangen.

Wir könnten uns vorstellen, daß es bei 10 Prozent oder 20 Prozent Erhöhung bleibt. Man kann das ja nicht genau ausrechnen. Das könnte vielleicht der Anteil sein, den wirklich die Landwirtschaft mit ihren Traktoren auf Bundesstraßen fährt. Aber mehr darf es nach unserer Meinung nicht sein. Wir werden den Herrn Minister diesbezüglich immer wieder interpellieren. Das möchte ich gleich sagen.

Ich möchte gleich auf die zweite Frage kommen, Herr Minister. Wir Freiheitlichen, und ich nehme an, auch der Bauernbund — das zumindest anzunehmen ist wohl selbstverständlich — und natürlich auch die anderen Bauernverbände sind mit der Regelung auf dem Milchmarkt noch nicht zufrieden. Sie haben den Betrag wohl auf 10 Groschen zurückgeführt, aber unserer Meinung nach müßte ehestens die Rückführung des Krisengroschens auf 7 Groschen erfolgen, auf den ursprünglichen Stand, bevor die ÖVP-Regierung erhöht hat. Das muß ich inzwischen auch wieder einmal feststellen: Sie haben den Krisengroschen erhöht. Unserer Meinung nach aber gehört er unter 7 Groschen abgesenkt, nämlich auf das Maß eines Werbegroschens, was er widmungsgemäß ursprünglich war.

Ich möchte in diesem Zusammenhang aber doch noch bezüglich der Milch — jetzt bin ich da, Herr Dr. Zittmayr — ein paar Dinge sagen. Mit dem Milchwirtschaftsfonds wird sich mein Fraktionskollege Peter noch befassen. Aber bezüglich der Milchwerbung möchte ich doch auch im Hohen Hause einmal einiges ausführen.

Es ist nicht einzusehen, daß der Trinkmilchumsatz zurückgeht. Wenn Sie die Statistiken anschauen, so beweisen sie Ihnen, daß es eine rückläufige Bewegung gibt, wenn sie auch nicht groß ist. Wir haben im Ausschuß bereits den Herrn Minister befragt. Er hat uns unserer Meinung nach keine zufriedenstellende Antwort geben können. Die Antwort, daß beispielsweise Automaten nicht aufzustellen sind, ist deshalb unglaublich, weil es woanders nämlich geht. Mit dem entsprechenden Nachdruck und wenn man vielleicht die richtigen Fachleute hätte, müßte man eine Ausweitung des Trinkmilchkonsums ohneweiters erreichen können.

Wir glauben aber, es ist nicht nur die Automatenfrage allein. Noch viel schlimmer ist eine verfehlte Werbung. Ich glaube, Sie haben auch den Artikel im „Trend“ gelesen, der sich mit

der verfehlten österreichischen Milchwerbung befaßt. Unter „Saure Milchwerbung“ kritisiert man, daß man ein Rezept, ein Motto versucht hat mit der „Erfolgsgeneration“, das psychologisch nicht eingeschlagen hat. (Zwischenrufe.) Aber was unserer Meinung nach noch viel schlimmer ist: Vielleicht ist es ein Fehler gewesen, daß man diese Werbeagentur dann aber nicht auswechselt oder daß man nicht zumindest anderen auch die Chance gibt, sich an den 15 Millionen Schilling für die Werbung zu beteiligen.

Sie lesen dann im „Trend“:

„Der von der Milchwerbung geförderte und sogar vom Fernsehen übertragene Schlagerwettbewerb ‚Talente 70 Erfolgsgeneration‘ schockierte freilich einige ältere Bauernführer, die entsetzt feststellen mußten, daß langhaarige Musiker, die eher wie potentielle Haschkunden wirkten, als Milchwerbe-Apostel benutzt wurden. Da die Bauern die Werbung selbst bezahlen (ein Werbegroschen pro Liter Milch), kontrolliert ein Werbeausschuß der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern die Propaganda für Milch, Butter und Käse. Weinbergers“ — das ist diese Agentur, von der ich gesprochen habe — „Kampagne erhielt in diesem Ausschuß ‚trotz einiger Kritik‘ bisher grünes Licht.“

Herr Minister, ich lese nur das, was hier festgestellt wird. Vielleicht ist es doch nicht uninteressant, wenn dann fortgesetzt wird:

„In der Werbebranche munkelt man schon seit Jahren, die Beziehungen zwischen Weinberger, Milchwirtschaftsfonds und Präsidentenkonferenz seien besonders innig. Handfeste Beweise für diese Behauptung können eifersüchtige Reklame-Produzenten allerdings nicht bieten. Mit mokantem Heben der Augenbrauen wird aber berichtet, daß der Komponist und Textdichter Dr. Günther Leopold, Sohn des mittlerweile pensionierten gleichnamigen Sektionschefs im Landwirtschaftsministerium, an der Agentur Weinberger beteiligt ist, die als Symbol ein Kleeblatt im Wappen führt.“

Vielleicht wäre es hier auch einmal notwendig, die Dinge zu überdenken, ob nicht etwa protektionistische Einstellung das Wirksamwerden einer wirklich guten Milchwerbung verhindert. Das sei in diesem Zusammenhang noch gesagt. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Da fällt euch über die Schädinger nichts ein?) Kommt schon noch. Keine Sorge!

Nun darf ich noch einige Worte aus einem besonderen Anlaß zum Grünen Plan sagen, weil der Grüne Bericht, den wir vorliegen haben, ein an und für sich optimistisches Bild infolge des Vergleichsjahres malt. Er stellt

Meißl

aber etwas fest, was nicht uninteressant ist, nämlich daß es in der österreichischen Landwirtschaft ein großes Einkommensgefälle gibt. Wenn man den zusammengefaßten Lagebericht 1969 liest, dann kommt man darauf, daß trotz relativ günstiger Lage manche Gebiete noch schlecht abschnitten. Es heißt hier: „Der Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Brutto-Nationalprodukt und Volkseinkommen ist zwar relativ etwas zurückgegangen; absolut haben sich die Anteile — nach einem Rückschlag 1968 — im Berichtsjahr wieder beträchtlich verbessert. Der Netto-Produktionswert der Landwirtschaft ist geringfügig weiter gestiegen, sodaß sich — wie schon 1968 — auch 1969 das Wachstum verlangsamt hat. Die weitere, und zwar etwas raschere Abnahme der Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen (25.000)“ — das stimmt — „führte zu einer neuerlichen Steigerung der Arbeitsproduktivität. Zugleich verringerte sich die Preisschere, da das Erzeugerpreisniveau um 4,7 Prozent höher war als im Jahr vorher, während der Preis-Index der betrieblichen Gesamtausgaben nur um 3,4 Prozent stieg.“

Aber dem steht gegenüber — und das möchte ich auch sagen —, daß es in Österreich Gebiete gibt, die an dieser anscheinend doch etwas brauchbaren Entwicklung keinen Anteil haben. Das sind die Gebiete — ich darf sie hier nennen —, die auch wieder im Grünen Bericht angeführt sind: „Relativ am schwächsten schnitten die grünlandstärkeren Betriebe des Südöstlichen Flach- und Hügellandes (vornehmlich aus strukturellen Gründen) sowie des Wald- und Mühlviertels (geringere Produktionsgrundlagen) ab.“ Hier sind wir der Meinung, daß die vom Herrn Minister — er zeigt es irgendwo an — geplanten regionalen Maßnahmen in starkem Ausmaß einzusetzen hätten.

Herr Minister! Ich möchte in diesem Zusammenhang an Sie die Frage richten, wie Sie sich eine stärkere Konzentration für diese sogar landwirtschaftlichen Entwicklungsgebiete — wenn ich sie so nenne, bitte ich um Entschuldigung, ich sitze auch in einem solchen Gebiet — vorstellen und wie man diesen Gebieten doch etwas mehr helfen könnte. (Abg. A. Schlager: Kollege Meißl, warum habt ihr bei den Budgetverhandlungen nicht Posten für dieses Gebiet herausgehandelt?) Ja darum frage ich ja gerade den Herrn Minister. Er hat im Grünen Plan eine sehr hohe Position unter Regionalförderung. Darum frage ich ihn, was er sich darunter vorstellt, und wie diese Mittel eingesetzt werden sollen. (Abg. A. Schlager: Kreisky hat gesagt, 300 Millionen Schilling wären für die Landwirtschaft!) Waren Sie nicht herinnen, als wir darüber gesprochen haben? Das ist schon ausgespro-

chen worden. (Abg. A. Schlager: Ihr seid doch zum Großteil mit bäuerlichen Stimmen gewählt!) Der Schlager ist zu spät gekommen, das ist das Malheur der ÖVP und des Bauernbundes! Immer wenn es im Hause um etwas geht, sind sie nicht da. Als letztes Mal ein Antrag der Landwirtschaft zur Abstimmung kam, waren nur 45 da. Vornehmlich der Bauernbund hat gefehlt. (Abg. Zeillinger: Da war eine Bauernbundesbesprechung!) Das haben wir nachher festgestellt. Das darf auch hier ausgesprochen werden. Ich kann nichts machen, wenn er etwas, was schon vor längerer Zeit besprochen wurde, jetzt wieder aufs Tapet bringt; dann muß man es ihm sagen.

Herr Minister! Wir haben noch andere Sorgen. Sie haben im Budget um 9 Millionen Schilling weniger für Exportstützungen eingesetzt. Sie haben auf diese Frage schon geantwortet, daß Sie glauben, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen. Was ist aber, wenn es infolge einer Entwicklung, die auch über ein Jahr nicht überschaubar ist, notwendig werden sollte, daß hier doch mehr eingesetzt werden müßte? Denn der Export auf diesem Gebiet erscheint uns als eine wesentliche Lebensgrundlage für unsere Landwirtschaft. Werden Sie dann bereit sein, allenfalls in Form eines Nachtragsbudgets die erforderlichen Mittel vom Hause zu verlangen? Denn der EWG-Vertrag — das wissen wir alle — ist noch in etwas weiterer Ferne. Der Interimsvertrag, die Zwischenlösung, kommt aber noch nicht zur Wirkung. Wir werden heuer mit Erleichterungen als Folge eines Vertrages mit der EWG nicht rechnen können.

Über die unzureichende Alters- und Krankenversorgung wird mein Fraktionskollege Dr. Scrinzi noch sprechen; zum Milchwirtschaftsfonds, wie ich schon gesagt habe, mein Kollege Peter. Der Bauernrat — etwas, was ich auch aufgeschrieben hatte — ist schon „konsumiert“ durch Fachleutner. (Abg. Fachleutner: Wir fressen aber nicht! — Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.) Das Klatschen ist jetzt aber nicht angebracht, Vorsicht! (Abg. Fachleutner: Wir konsumieren!) Nein, das war jetzt nicht angebracht.

Weiter darf ich noch etwas feststellen; das ist gleich wieder eine Kritik an Ihnen, Herr Bundesminister. Wir haben es Ihnen bereits wiederholt gesagt und eine mündliche Anfrage meinerseits ist auch in diese Richtung gegangen. Wir sind der Meinung, daß derartige Maßnahmen, die Sie mit der Bergbauernhilfe, den 36 Millionen Schilling gesetzt haben, nicht zielführend sind. (Abg. Landmann: Wie Sie sich hätten einsetzen können, haben Sie nichts getan!) Sie haben ja auch zugestimmt. Aber, Herr Landmann, Sie haben im Haus dafür gestimmt. Behaupten Sie doch jetzt nicht plötz-

Meißl

lich etwas anderes! (*Abg. Zeillinger: Es weiß der „Land“ nicht, was der „mann“ macht! — Heiterkeit.*) Das weiß er nicht mehr. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Aber kritisieren und dann erst recht zustimmen, das ist schöner!*)

Daß es trotzdem zu kritisieren ist, da gebe ich Ihnen recht. Aber alle, die ÖVP, die FPÖ und auch die SPÖ haben hier im Hause bei der Behandlung des Nachtragsbudgets zugestimmt. Was wollen Sie dann hier noch groß darüber reden? (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident **Probst** (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte den Redner reden zu lassen. Gerade Sie sind doch zum Wort gemeldet, meine Herren! Antworten Sie nachher! Gerade Sie beide!

Abgeordneter **Meißl** (*fortsetzend*): Darf ich Ihnen sagen, Herr Minister, das ist unserer Meinung nach wirklich keine echte Strukturpolitik. Ich bin ja an und für sich der Hoffnung, daß Sie auf verschiedenen Gebieten vielleicht doch neue und brauchbare Wege beschreiten werden. Aber das war es nicht.

Freuen möchte ich mich als freiheitlicher Sprecher darüber, daß es gelungen ist, immerhin eine bescheidene Post, die 500.000 S für die Hochlagenaufforstung auf eine Million Schilling aufzustocken. Wir halten das für eine sehr wichtige Maßnahme, weil damit durch das Hinaufschieben des Waldgürtels in den Fragen des Umweltschutzes auch etwas getan wird.

Nun noch ein Wort zum Wein. Davon war ja auch die Rede, Herr Präsident Minkowitsch. Ich möchte nicht noch einmal die Auseinandersetzung Alkoholsondersteuer — Weinsteuer erheben. Es ist richtig, die Alkoholsondersteuer für Wein wäre eine größere Position gewesen. Das war eben leider nicht drinnen. Aber was ich wissen möchte, ich folgendes — ich habe im Ausschuß auch schon danach gefragt —: Wenn man das Organ des Burgenländischen Wirtschaftsbundes liest, dann wird hier eine Kritik über die Praktiken laut, die heute beim Verkauf von Wein, vor allem in das Ausland, also im Exportgeschäft, geübt werden. Es geht um die Frage Herkunftszeugnis, Ursprungszeugnis. Es heißt: „Weiß Minister Weihs nicht, was sein Ministerium vereinbart hat? — Die Ausstellung der Ursprungszeugnisse für Wein wurde mit dem Landwirtschaftsministerium abgesprochen.“ Diese Frage erscheint mir deshalb wichtig, weil wir — ich glaube, da sind wir einer Meinung, Herr Präsident — wahrscheinlich die Überproduktion, die zweifellos zur Zeit auf dem Weinsektor vorhanden ist, nur dadurch steuern werden können, daß man versucht, den Export zu intensivieren. Hiefür werden eben bestimmte Voraussetzungen und Grundlagen notwendig sein. Vielleicht ist aber auch das eine dieser

Grundlagen, die notwendig sind. Herr Minister, dürfte ich Sie bitten, auch darauf eine Antwort zu geben.

Wenn ich noch einmal kurz zum Dieselölpreis zurückkomme — das freut Sie wahrscheinlich —, so möchte ich mit allem Nachdruck sagen, Herr Minister: Sie kennen bestimmt die Vergleichswerte — sie wurden von Ihrem Ministerium ausgeschickt —, wie die Landwirtschaft in anderen Ländern in der Frage des Dieselöls behandelt wird. Ich will nicht noch einmal die Tabelle hier zur Kenntnis bringen. Aber jedenfalls findet man in den anderen Ländern Mitteleuropas keinen Preis über 1,80 S. Ich glaube, das — und ich werde Sie daran erinnern — wird eine der Fragen sein, die wir Freiheitlichen Ihnen ständig vorlegen werden.

Wenn ich abschließend nun feststelle, daß wir Freiheitlichen dem Budget im Ganzen auf Grund des Ergebnisses der Budgeteinigung zustimmen werden, so werden wir das auch für das Kapitel Land- und Forstwirtschaft tun, wir werden es für den Grünen Plan tun, in der Hoffnung, daß der Herr Minister wirklich hier in der nächsten Zeit und im Laufe des nächsten Jahres die Voraussetzungen schafft, daß diese Belastungen, die heute zweifelsohne noch für die Landwirtschaft bestehen, abgebaut werden. Hier werden Sie immer unsere Unterstützung haben. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Steiner.

Abgeordneter **Steiner** (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Meißl, hat soeben begründet und gewissermaßen unterschwellig zum Ausdruck gebracht, warum die FPÖ dem Grünen Plan zustimmt und warum wohl wir abgelehnt haben und weiterhin ablehnen werden.

Ich darf hier ganz eindeutig feststellen: Es hat mancherorts Verwunderung ausgelöst, daß die ÖVP den Grünen Plan ablehnt. (*Zwischenruf des Abg. Zeillinger.*) Ich darf aber ganz eindeutig feststellen, meine Damen und Herren: Mit demselben Argument, mit dem sich Herr Meißl hier verteidigt hat, daß die FPÖ in der Vergangenheit das eine Mal ablehnte, das andere Mal annahm, müssen auch wir feststellen, daß der Grüne Plan für unsere Begriffe eben diesmal unterdotiert ist. (*Zwischenruf bei der FPÖ.*) Ich weiß auf Grund meiner Tätigkeit, daß seinerzeit der Herr Abgeordnete Scheuch zum Beispiel einmal zugestimmt hat. Wir wissen das. Aber mit dem gleichen Argument, das Sie hier vorgetragen haben, müssen wir sagen: Für unsere Begriffe ist der Grüne Plan zu gering dotiert. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Steiner

Meine Herren! Die Landwirtschaft hängt ja nicht allein vom Grünen Plan ab. Die Produktionslage, die Preise, die Kostenfrage, alle diese Umstände müssen mit berücksichtigt werden. Sie werden heute Gelegenheit haben, meine Herren von der FPÖ, natürlich auch die Damen und Herren der SPÖ, mit uns zu stimmen, wenn wir unsere Anträge einbringen: etwa meinen Antrag, den Sie seinerzeit im Finanzausschuß abgelehnt haben, den Antrag für die Bergbauern hinsichtlich der gestiegenen Futtermittelpreise; oder den Antrag, die vorjährigen Sätze für die Handelsdüngergestützung entsprechend wieder einzuführen; oder daß wir den Milchkrisengroschen abbauen und den Erzeugermilchpreis heben, das heißt eine Valorisierung verlangen, wie es im Antrag des Herrn Abgeordneten Kern heißt. Hier haben Sie Möglichkeiten, zu beweisen, meine Herren von der FPÖ, ob Ihre Bauernfreundlichkeit wirklich echt ist. Denn jetzt, bei Ihren Budgetverhandlungen — das muß ich feststellen — haben Sie auf die Bauern schlechthin vergessen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf aber unsere Ablehnung zum Grünen Plan darüber hinaus auch noch mit ein paar Zahlen begründen. Sie wissen so gut wie ich, daß etwa der Grüne Plan in seinen Ansätzen gegenüber den Ansätzen des Vorjahres kaum gestiegen ist, während das Gesamtbudget Mehrausgaben von 10 Prozent vorsieht. Ich darf Ihnen auch die Zahlen nennen: 805,8 Millionen Schilling standen 1970 für den Grünen Plan zur Verfügung, eingeschlossen die 36 Millionen, die wir noch zu bekommen haben. Sie wissen ja, wir bekommen sie über die Molkereien und nicht wie sonst üblich über die Kammern. Darüber hinaus sind es praktisch nur mehr 5 Millionen, die eine Mehrdotierung ausmachen. Und das ist nur ein halbes Prozent. Hier muß ich sagen: wenn nur ein halbes Prozent Aufstockung gegenüber dem Vorjahr vorhanden ist, so ist das keine Schwerpunktbildung, wie etwa der Herr Abgeordnete Pfeifer im Finanzausschuß bei der Behandlung des Kapitels Landwirtschaft betont hat, sondern nur ein Schwerpunkt in negativer Hinsicht.

Ich darf dazusagen: Wenn man die Kaufkraftentwicklung ansieht, wenn man die Kostensteigerungen des nächsten Jahres eigentlich schon erfassen kann — der Herr Präsident Benya hat ja in Innsbruck erklärt, daß es fünf Prozent sein werden und daß die Gewerkschaften erst ab fünf Prozent gewissermaßen wirkungsvoll eingreifen werden —, so muß ich sagen, daß auch diese Kaufkraftverdünnung überhaupt keine Berücksichtigung gefunden hat. *(Beifall bei der ÖVP.)* Die Schwerpunktverschiebung ist also wohl zu Ungunsten der Landwirtschaft eingetreten.

Die kühne Behauptung des Abgeordneten Pfeifer im Ausschuß, daß die SPÖ-Regierung mit Unterstützung der FPÖ eine Vorsorge für das kommende Jahr getroffen hat, wie sie noch kein Landwirtschaftsminister getroffen hat, ist doch sehr in Zweifel zu ziehen. Denn ich muß Ihnen sagen: Ist es eine Vorsorge, wenn etwa der Dieselölpreis um 70 Groschen steigt, was die Landwirtschaft 240 Millionen kostet, wovon praktisch nur 40 Millionen refundiert werden, sodaß die Landwirtschaft somit 200 Millionen Mehrbelastung auf sich nehmen muß?

Ist es etwa eine Vorsorge, wenn die Handelsdüngergestützung um 83 Millionen Schilling verringert wird und man einfach kaltschnäuzig diese Preiserhöhung auf die Landwirtschaft umlastet? Oder ist es eine Vorsorge, Herr Landwirtschaftsminister, wenn man das Bergbauernsonderprogramm einfach liquidiert und diese Mittel, die die Bergbauern wirklich gebraucht haben, einfach nicht mehr im Budget drinnen sind? — Ich weiß schon, aus Importeinnahmen und so weiter wurde das zum Teil finanziert, aber andererseits sind in den letzten Jahren hiefür Budgetmittel zur Verfügung gestanden.

Kann man es etwa als Vorsorge bezeichnen, wenn die SPÖ mit der FPÖ meinen Antrag auf Abgeltung der gestiegenen Futtermittelpreise niederstimmt? Ich möchte hier allerdings ganz genau betonen, daß wir Bergbauern natürlich die Kostenentwicklung auch im Flachland verfolgen und natürlich unseren Bauern, die Futtergetreide erzeugen, diese Verbesserungen vergönnen. Aber wir haben andererseits auch keine andere Möglichkeit, bei stagnierenden Preisen eben in Form einer anderen Abgeltung diese Mehrbelastung zu verkraften.

Ich darf feststellen, Herr Minister: Es war eine eindeutige Mißachtung der Bergbauernvertretung, daß man dieser Intention unsererseits nicht die Zustimmung gegeben hat. Denn die Bergbauern haben gesagt: Wir sind für diese Futtermittelpreiserhöhung, allerdings fordern wir für uns, daß hier auch ein entsprechender Ausgleich geschaffen wird.

Ich bringe, wie gesagt, diesen Antrag neuerlich ein, und zwar deshalb — obwohl er im Finanzausschuß mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ abgelehnt wurde —, weil ja immer von der Transparenz in der Politik die Rede ist und weil wir sehr wohl, meine Damen und Herren, auch diese Anträge hier im Hohen Hause abstimmen lassen wollen. Sie können selbst dazu entsprechend Stellung beziehen, Herr Meißl. *(Zwischenruf des Abg. Meißl.)* Das hat mit dem Grünen Plan in diesem Fall nichts zu tun. Sie können aber selbst vor die

Steiner

Bergbauern hintreten und sagen: Ich war dagegen! Deshalb wollen wir eine durchschaubare Politik betreiben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf Ihnen den Antrag der Abgeordneten Steiner und Genossen betreffend die Abänderung des Bundesfinanzgesetzes 1971 (125 der Beilagen) zum Vortrag bringen.

Antrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

In der Anlage I sind folgende Ansätze zu ändern:

1. Beim Ansatz 1/60146 haben beim Bundesvoranschlag 1971 die laufenden Ausgaben, sachliche, sowie die Summe statt „88'330“ (Mill.) „103'330“ (Mill.) zu lauten.

2. Beim Ansatz 5/60356 haben beim Bundesvoranschlag 1971 die laufenden Ausgaben, sachliche, sowie die Summe statt „193'000“ (Mill.) „268'000“ (Mill.) zu lauten.

Bedeckungsvorschlag:

Die Mehrkosten in der Höhe von 90 Millionen Schilling sind durch Minderausgaben beim Kapitel 1/59 (Finanzschuld) zu bedecken.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Antrag mit in Verhandlung zu nehmen. Ich darf die Herren der FPÖ, aber auch die Damen und Herren der SPÖ ersuchen, diesem Antrag doch die Zustimmung zu geben. Ich möchte die Herren der FPÖ wirklich ganz ehrlich ersuchen: Überdenken Sie Ihren Standpunkt. Vielleicht ist es möglich, trotz Ihrer Absprachen, die Sie auf Grund des Budgets gemacht haben, hier noch beizutreten. Sie würden wahrlich der Bergbauernschaft maßgeblich unter die Arme greifen. *(Abg. Pay: Denkt ihr daran und stimmt für den Grünen Plan!)* Herr Abgeordneter Pay, schauen Sie, mit Ihnen zu diskutieren ist für mich nicht möglich. Sie verstehen von der ganzen Landwirtschaft sehr wenig. Es ist also für die Katz! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte noch das eine sagen: Wir wollten — und das wollte eigentlich auch die FPÖ, insbesondere der Herr Abgeordnete Meißl — eine saubere Lösung in der Dieselölfrage. Wir glaubten, wir sollten uns einmal davon entfernen, uns immer wieder Subventionen vorwerfen zu lassen, wir sollten also eine klare Lösung finden etwa in der Form, daß man einfach beim Gasöl-Steuerbegünstigungsgesetz auch die Landwirtschaft und auch stationäre Motoren bei der gewerblichen Wirtschaft einbaut. Die befinden sich ja nicht auf der Straße.

Ich bin neben dem Herrn Abgeordneten Meißl im Finanzausschuß gesessen, wie er diesen Antrag einbrachte, und habe mir dort

gedacht: Jetzt gelingt es doch, daß man in der Landwirtschaft wenigstens diese sehr maßgebende Frage in der Form lösen kann. Leider, muß ich sagen, ist der Abgeordnete Meißl dann in der Budgetnacht nicht berücksichtigt worden. Sicher, man wird verstehen, die FPÖ hat populärere Dinge im Vordergrund gesehen und hat die bäuerlichen Dinge eher übersehen.

Ich darf auch bei den 40 Millionen Schilling, von denen schon die Rede war, dazu sagen: Das wird überhaupt nicht gesehen, daß die 40 Millionen Schilling ja auch nur eine Umgliederung im Budget sind! Sie sind nicht ein Zuwachs, sondern 3 Prozent Ermessenskredite werden eingespart, und die 3 Prozent Ermessenskredite machen bei der Landwirtschaft 39 Millionen aus. Also Sie haben sie praktisch nur umgeschichtet, erreicht haben Sie gar nichts in dieser Frage. *(Abg. Meißl: Sie sind nicht informiert, daß bei dieser Position nicht eingespart wird!)* Ja, bei dieser Position nicht, aber bei den anderen! *(Abg. Zeillinger: Sie haben ja gerade gesagt, Herr Kollege, bei dieser Position! Und das ist unrichtig!)* Es werden beim Landwirtschaftskapitel, im gesamten gesehen, durch Einschränkung von 3 Prozent Ermessenskrediten 39 Millionen Schilling eingespart. Und dann hat man einfach diese 39 Millionen plus 2 Millionen als weitere Treibstoffvergünstigungen umgelastet. *(Abg. Zeillinger: Die 40 Millionen sind nicht gekürzt! Lesen muß man können!)* Jawohl, das ist eine Tatsache, das steht doch in Ihrem Übereinkommen drinnen, das haben wir doch gelesen. Leugnen Sie doch nicht die Dinge einfach weg!

Ich muß also feststellen, daß leider die Landwirtschaft nicht im nötigen Maße im Budget Berücksichtigung gefunden hat und immer weiter steigende Kosten und Preise auf sich nehmen muß.

Die schwersten Schläge — wenn ich so sagen darf, Herr Minister — haben wohl die Bergbauern während des heurigen Jahres hinnehmen müssen, und wie ich schon sehe, ist es auch im kommenden Jahr in dieser Form zu erwarten. Sie haben also ungerechtfertigterweise, wie wir meinen, weil die Anlieferungsentwicklung das letztlich bestätigt hat, den Krisengroschen erhöht.

Ich darf Ihnen ganz ehrlich sagen, Herr Minister, die Bergbauern hat diese Krisengroschenerhöhung sehr schwer getroffen. Wir haben nicht die Möglichkeit — und hier wiederhole ich das, was ich im Finanzausschuß schon gesagt habe —, daß wir einfach die Produktion umstellen. Wir sind in einer klimatischen und topographischen Lage, die es einfach erzwingt, uns mit Rinderzucht und mit Milchwirtschaft zu befassen. Die Bergbauern werden schon verzagt. Sie setzen ohnedies das

Steiner

letzte Familienmitglied ein — sozusagen vom Kind bis zum alten Großvater —, um halbwegs ein Betriebseinkommen zu erwirtschaften. Aber es schaut so aus, als müßten gerade wir immer die Geschlagenen sein. Und wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß halt heuer wiederum mehr als 100 Millionen Schilling Mindereinnahmen zu verzeichnen sind.

10 Groschen haben Sie also nach wie vor vom Preis 1965 einbehalten, Herr Minister; ich betone: vom Preis 1965. Das wissen vielleicht viele der Damen und Herren gar nicht, daß die Milchbauern seit 1965 die gleichen Produktionspreise haben. Das hat mit dem Konsumentenpreis in dem Sinne nichts zu tun.

Ich möchte fragen: Wo kommen denn wir Bergbauern hin, wenn wir ständig zurückgelassen werden, wenn wir keine Möglichkeit der Valorisierung haben? Das wird ja mit der Zeit eine komplette Ausbeuterei! Ich muß Ihnen sagen, daß während dieser fünf Jahre doch 17 Prozent Kaufkraftverlust eingetreten ist. Wenn ich für das nächste Jahr — weil wir ja das Budget für das nächste Jahr beschließen — noch die 5 Prozent dazurechne, die Herr Präsident Benya angekündigt hat, so wären es sogar 22 Prozent Kaufkraftverlust. Und das — es muß doch gesagt werden — halten unsere Bergbauern auf die Dauer nicht aus. Hier muß etwas getan werden. Das ist ja schon eine Ausbeuterei unserer Bergbauernfamilien, die in keiner Weise gerechtfertigt ist!

Ich muß Sie auch fragen: Was tun Sie denn dagegen? — Sie verstärken noch die Konkurrenz für unsere Produkte in der Milchwirtschaft. Ja sie beschenken die Margarineindustrie mit 90 Millionen Steuermitteln, und hier stimmt die FPÖ mit! Das ist mir völlig unerklärlich! Man setzt einfach den Umsatzsteuerschlüssel auf 1,7 herab und verstärkt die Konkurrenz. Und wir wissen nicht, wie wir unsere Bergbauern über die Hürde bringen. (Abg. *H o r r*: Das mußt du dem Zittmayr sagen!)

Hier sagt noch der Kreisky, man soll den Armen helfen. Ich schließe die Bergbauern bei den Armen ein. Ich meine aber auch, daß wir doch Untersuchungen anstellen sollten: Wie könnten wir es erreichen, daß unsere Produkte, etwa die Butter, mehr Absatz finden?

Hier wird immer gesagt und es wird immer damit argumentiert, ja es wird geradezu als Druckmittel gegen die Landwirtschaft verwendet, daß die Butter für viele Schichten der Bevölkerung überhaupt nicht käuflich ist.

Dazu darf ich sagen: Natürlich, ich stehe schon zum Pensionsanpassungsgesetz. Aber wenn man nur prozentuell erhöht, dann wird es immer eine arme Schicht geben. Anscheinend ist jetzt hier diese soziale Transparenz

nicht gegeben, daß man einmal die unteren Einkommenschichten hebt. Ich bin der Meinung, man kann nicht hergehen und 7 Prozent dazugeben. Für die Mindestrentner, so habe ich mir ausgerechnet, macht das 94 S aus. Für die höheren Rentner wird es also das Drei- und Vierfache ausmachen. Man könnte doch hergehen, um auch diesen Menschen etwa den Konsum dieser sogenannten höherpreisigen Lebensmittel zu erlauben, hier echt für die Lebenshaltungskostensteigerung Zuschläge zu geben.

Dasselbe gilt auch für die Gehaltsregelungen. Wenn ich hier immer nur prozentuell vorgehe, so werde ich immer zugunsten des Besserverdienenden letztlich die Struktur verändern und werde immer eine Schicht mit einem sehr niedrigen Mindesteinkommen haben. Ich muß Sie also herzlichst ersuchen, darüber einmal nachzudenken.

Ich habe im Fernsehen beobachtet, daß diese Käuferschicht dann immer vom Landwirtschaftsminister zitiert wird, wenn etwa die Margarinesteuer, die Margarineimporte beziehungsweise die Pflanzenfettimporte in Rede stehen und die Landwirtschaft dagegen Stellung nimmt — daß man immer sagt: Diese Personenschicht kann sich die Butter ja gar nicht leisten.

Meine Damen und Herren! Da ist etwas drinnen. Ich weiß, Sie werden sagen, das Versicherungsprinzip eignet sich nicht dazu. Aber Sie hätten die Möglichkeit, da etwas über die Ausgleichszulage zu machen. Wir Bauern sind sehr der Meinung, daß diese Mindesteinkommensträger in Österreich eine Verbesserung ihrer Verhältnisse erfahren sollten.

Herr Landwirtschaftsminister! Ich möchte Sie ersuchen und auffordern: Treffen Sie Vorsorge dafür, daß auch diese armen Bevölkerungsschichten ein besseres Einkommen beziehen können, und treffen Sie insbesondere dafür Vorsorge, daß auch der Krisengroschen dann endlich einmal abgebaut wird.

Treffen Sie auch Sorge dafür, daß man nun über den Produzentenmilchpreis zu sprechen beginnt. Man muß diese Forderung einfach zur Kenntnis nehmen. Die Wertverminderung muß man zur Kenntnis nehmen, weil so etwas auch bei jedem anderen Österreicher berücksichtigt wird. Jeder, der seit fünf Jahren keine Veränderung bei seinem Lohn oder seinem Preis erhalten hat, wird sagen, daß eine Nachziehung erfolgen muß. Das gilt insbesondere für uns in der bäuerlichen Wirtschaft.

Nun, Herr Bundesminister, muß ich Ihnen vorwerfen, was Sie uns bis jetzt gekostet haben. Sie waren für uns ein sehr teurer Bundesminister. Ich habe mir das ausgerech-

Steiner

net. Bei einem Land mit der Größe, die das Salzburger Land hat, ist das leichter zu errechnen. Salzburg weist 5 Prozent des Einheitswertes Österreichs auf. Wir haben 13.000 Bauern. Es läßt sich bei uns nicht auf den Groschen genau, aber doch einigermaßen errechnen, welchen Schaden die Politik unseres Herrn Ministers den Bergbauern zugefügt hat.

Dieser Minister hat uns durch die Abstellung des Sonderprogramms allein bei der Strohaktion für die Bergbauern, bei der ein Bauer ungefähr einen Waggon Stroh kauft, 700 S gekostet. Auf dem Gebiete des Transportkostenzuschusses für entlegene Höfe hat er uns 370 S gekostet.

Auch der Futtermittelpreis, der gestiegen ist, kann für das gesamte Land in summa errechnet werden. Man kann das dann durch 13 teilen. Der Betrag, der herauskommt, wird natürlich von Betrieb zu Betrieb verschieden sein. Ich komme hier zusätzlich auf einen Wert von durchschnittlich 1520 S.

Dazu kommt die Krisengroschenerhöhung, die vier Monate hindurch wirksam war: 12 Groschen — die 10 habe ich hiebei gar nicht gerechnet —, das macht 800 S aus. Insgesamt ergibt sich also für den Bergbauern eine Mehrbelastung von 3390 S.

Für diese 3390 S haben Sie in einer Großartigkeit sondergleichen einen Ersatz von 300 S angeboten! Das ist, Herr Minister, ein Elftel dessen, was Sie uns auf der anderen Seite aus der Tasche gezogen haben! (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Das ist wirklich eine Frotzelei!

Dabei haben Sie noch vier Versionen angeboten. Ich war einigermaßen verwundert. Es hat einmal geheißen, die 36 Millionen beziehungsweise sage und schreibe 300 S pro Betrieb kriegen wir für die Landschaftserhaltung und die Landschaftspflegstätigkeit.

Als ich Sie dann im Zusammenhang mit den Futtermitteln gestellt habe, haben Sie gesagt, das Ganze sei im Sinne des Futtermittelerhöhungsantrages zu sehen.

Am folgenden Tag hat Herr Tull erklärt, das sei ein Ersatz für die Strohaktion.

Letztlich hat Kanzler Kreisky erzählt, das sei ein Ersatz für den Krisengroschen. (*Abg. Fachleutner: Der Kreisky muß es ja wissen!*)

Wofür ist es dann eigentlich ein Ersatz? Ich muß schon sagen, Herr Minister, Sie sind ein sehr teurer Landwirtschaftsminister für uns geworden. Ich habe hier noch gar nicht die anderen Kostensteigerungen einbezogen; auch diese ließen sich durchaus errechnen.

Man könnte errechnen, wie die Baukosten, die Maschinenpreise, die Haushaltsaufwendungen gestiegen sind. Ich glaube, hier könnte man noch ruhig einen Wert von 3800 S — das ist ungefähr der Durchschnittswert — dazu nehmen.

Ich nehme nun das kommende Jahr als Grundlage und gehe von einem Betrieb mit nur 10 Kühen aus, der eine Milchmarktleistung von ungefähr 20.000 Kilogramm hat. Hier werden diese 10 Groschen schon 2000 S ausmachen, es sei denn, Sie senken den Krisengroschen.

Bei der Bergbauernaktion sind es 1070 S. Bei den Futtermitteln — bleiben wir beim gleichen Preis — sind es 1520 S.

Nun kommen noch 770 S durch die Erhöhung des Preises für den Dieseltreibstoff und 500 S infolge der Handelsdüngerpreiserhöhung dazu.

Herr Minister! Sie werden uns also im nächsten Jahr 5860 S kosten. Ich muß Ihnen ehrlich sagen: Selbst wenn Sie die 2000 S beim Milchgroschen abbauen, sind es immer noch 3860 S, die uns der rote Landwirtschaftsminister mit blauer Unterstützung im nächsten Jahr kosten wird.

Nun darf ich ein ernstes Wort noch einmal an die FPÖ richten. Da sich die FPÖ hier wiederholt sehr bauernfreundlich gezeigt hat, glaube ich es noch immer nicht, daß sie nicht bereit ist, auch einer Verbesserung des Einkommens der Bauernschaft zuzustimmen. Ich kann es nicht glauben, daß Sie mit den Sozialisten sozusagen das Mansholt-Plan-Denken in Österreich verwirklichen wollen.

Ich möchte also schon meinen, daß die FPÖ ihren Standpunkt überdenken sollte, wenn sie draußen auf dem Lande weiterhin halbwegs als Partei gelten will, die doch bäuerliche Intentionen mitvertritt. Es wird nicht helfen, wenn sie diese freundliche Haltung nur bekundet. Wir werden das transparent machen, wir werden Sie bei allen Anträgen sozusagen herausfordern und der Öffentlichkeit zeigen, wie Sie letztlich zu den Dingen stehen. Ich glaube, Sie sollten sich überlegen, ob Sie eine Mitschuld an dieser sozialistischen Politik gegenüber den Bauern treffen soll.

Ich darf Ihnen ganz ehrlich sagen: Wir Bergbauern sind sowieso ein hartes und karges Leben gewohnt. Wir können auch kämpfen! Wir werden niemanden und nichts fürchten, wenn es um unsere Existenz geht! Wir werden auf parlamentarischer Ebene und auch außerparlamentarisch auftreten, wenn es darum geht, das von unseren Vätern ererbte Gut, das sie letztlich mit Schweiß und Arbeit dem

Steiner

heutigen Kulturstaat zugeführt haben, auch in Zukunft zu erhalten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der vom Herrn Abgeordneten Steiner gestellte Abänderungsantrag ist genügend unterstützt und steht damit auch zur Debatte.

Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Pfeifer zum Wort gemeldet.

Abgeordneter **Pfeifer** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich werde mich, bevor ich über das Landwirtschaftsbudget spreche, zunächst mit den Ausführungen des Herrn Präsidenten Minkowitsch ein wenig auseinandersetzen. Ich möchte zuerst das sagen, bei dem ich mit Herrn Präsidenten Minkowitsch einer Meinung bin.

Ich bin mit dem Herrn Abgeordneten Minkowitsch einer Meinung, wenn er sagt — er zitierte Hartmann —, die Agrarpolitik gehe alle an.

Ich bin mit ihm einer Meinung, wenn er zitiert, daß die Politik für den gesamten ländlichen Raum gestaltet werden muß. Ich ersehe daraus, daß der Herr Abgeordnete Minkowitsch auch das Landwirtschaftsprogramm, das Agrarprogramm der Sozialistischen Partei gelesen hat.

Ich möchte nun zu den Dingen kommen, bei denen ich mit ihm nicht d'accord bin.

Der Herr Abgeordnete Minkowitsch beklagte sich darüber, daß in Österreich sehr oft, wie er sagte, ein Fehlen der Landwirtschaftsgesinnung festzustellen ist. Das stellte Präsident Minkowitsch hier fest! 24 Jahre lang gab es eine ÖVP-Agrarpolitik, und heute lamentiert er wegen des Fehlens der Landwirtschaftsgesinnung. *(Abg. Kern: Das hat damit nichts zu tun! Sie wissen ganz genau: Es gibt auch andere Gruppen als die Bauern!)* Herr Kollege Kern! Ich bin dafür gerüstet, daß Sie heute natürlich bei meiner Rede wie immer ein Buh-Konzert starten werden. Ich lasse mich dadurch nicht beeinträchtigen. Es ist Ihre Sache, wenn Sie so etwas tun. Ich möchte das hier nur feststellen. Ich würde mich ja wundern, wenn Sie heute nicht einen Chor von Zwischenrufern für mich parat hätten; Sie haben ihn ja immer parat.

Dann sagte er unter anderem, daß dieses Budget eine Tendenz des schwindenden Vertrauens der Bauernschaft der Regierung gegenüber darstellt. Er zitierte dann den Bundeskanzler, der betont habe, daß für die Landwirtschaft noch irgend etwas drin gewesen wäre.

Der Herr Abgeordnete Minkowitsch beklagte sich auch darüber, daß man mit den

Bünden nicht geredet hätte. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Stellen wir doch, meine Damen und Herren von der Volkspartei, sachlich fest: Diese sozialistische Regierung wollte mit der großen Oppositionspartei reden. Diese Gespräche sind aber dadurch gescheitert, daß Sie kein besonderes Interesse daran gezeigt haben.

Bei dieser Gelegenheit gebe ich meiner persönlichen Meinung Ausdruck, daß Sie hier eine völlig falsche Taktik an den Tag gelegt haben, dies deswegen, weil Sie sich, wie ich glaube, darauf verlassen haben, daß nun der Herr Bundeskanzler wahrscheinlich mit der Freiheitlichen Partei verhandeln werde. Man werde sich vielleicht nicht einigen können und dann würde derselbe Dr. Kreisky reuig an die Adresse der großen Oppositionspartei zurückkommen.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Sie haben in diesem Fall echt va banque gespielt; sie haben hier eine Politik, die alles oder nichts bedeutet, vorgehabt. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Herr Kollege Pfeifer! Ist die Regierung verantwortlich für die Gesamtbevölkerung oder für die Partei?)* Sie haben sich selbst in das Outmanövriert, in dem Sie jetzt stehen. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Sie haben gesagt, 300 Millionen wären noch drinnen!)* Herr Kollege Tschida! Ich stelle sachlich fest, daß Sie an einer Verhandlung mit der Regierung nicht interessiert waren. Vielleicht wollte der Bauernbund verhandeln. Fest steht, daß seine Vertreter offenbar nicht verhandeln durften. *(Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Daß noch 400 Millionen Schilling für die Landwirtschaft drinnen waren!)*

Die Österreichische Volkspartei war nicht bereit, mit dieser sozialdemokratischen Regierung zu verhandeln. Sie dachten, daß es keine Einigung zwischen der Freiheitlichen Partei und der sozialistischen Regierung auf diesem Sektor geben werde. Vielleicht dachten und überlegten Sie, man werde schon wieder einmal reuig zur ÖVP zurückkommen müssen. Diese Rechnung ist nicht aufgegangen. Ich sage Ihnen, daß Sie hier eine völlig verkehrte Taktik angewendet haben. Sie liegen nun dort, wo Sie gar nicht gehofft haben, einmal hinzukommen, nämlich fern von den politischen Entscheidungen bei diesem Budget.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Kollege Minkowitsch ist unter anderem darauf zurückgekommen, daß er, stellvertretend für die ÖVP, zum Grünen Plan diesmal ein Nein sprechen muß, und zwar deswegen, weil dieser Grüne Plan zu gering dotiert ist — so meinte er — und daher abgelehnt werden muß.

Pfeifer

Der Abgeordnete Minkowitsch sagte, er sei nicht gegen den Grünen Plan an sich, sondern er sei gegen diesen Grünen Plan. Dieses Zitat klingt für mich so, als würde ein Hungernder erklären, er sei nicht gegen das Essen an sich, sondern nur gegen das jeweils vorgesetzte Essen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir nun über den Grünen Plan und über das gesamte Landwirtschaftsbudget reden, so möchte ich meine Ausführungen über das Budget damit beginnen, daß ich mich mit dem wichtigsten Bestandteil dieses Budgets, mit dem Grünen Plan, etwas näher befasse.

Hohes Haus! Der vorliegende Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, der Grüne Plan 1971, liegt nun als der 11. Grüne Plan seit seiner Einführung dem Hohen Hause vor. Es ist der erste Grüne Plan einer sozialistischen Regierung. Er wurde im Landwirtschaftsausschuß mit den Stimmen der Sozialistischen Partei Österreichs und der Freiheitlichen Partei gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen. Wie wir nun hörten, wird er auch hier im Hause gegen die Stimmen der Österreichischen Volkspartei beschlossen werden.

Wir halten fest: Die ÖVP und ihr Bauernbund lehnen den Grünen Plan 1971, ohne dafür ein einziges sachliches Argument vorbringen zu können, ab. (*Abg. Minkowitsch: Das ist Ihre Argumentation!*) Ich komme gleich darauf zu sprechen. Sie sagen nein zu einem Grünen Plan, dessen Ansätze bei dem Bundesbeitrag von 780 Millionen Schilling auf 810 Millionen Schilling erhöht wurden. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Minus 26!*) Kollege Tschida! Jetzt kommen wir darauf zu sprechen.

Können Sie sich noch an die Debatte im Finanz- und Budgetausschuß erinnern, als Ihre Leute — ich glaube, es war Dr. Zittmayr; Kollege Minkowitsch hat nicht abgelehnt — sagten: Wir lehnen es wegen zu geringer Dotierung ab! — Wir haben das zur Kenntnis genommen. Am nächsten Tag gab es eine Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses. Wir alle erwarteten nun den Paukenschlag des Herrn Klubobmanns Professor Koren. Er sagte schon im zweiten Satz seiner Erklärung: Wir sind der Meinung, daß eine radikale Kürzung der Ermessenskredite von 5 Prozent angebracht erscheint. Das war die ÖVP-Alternative! Herr Kollege Tschida! Ihre Alternative. Um 40 Millionen Schilling weniger. So sagte Koren.

Die ÖVP sagt also zum Grünen Plan — wie ich schon betont habe — nein. Die freischaf-

fenden Bauern des ÖVP-Bauernbundes sagen zur Erhöhung der im Grünen Plan veranschlagten Mittel der Agrarinvestitionskredite, die von 1,2 auf 1,4 Milliarden Schilling, also um 200 Millionen Schilling, erhöht wurden, nein. Die freischaffenden Vertreter des Bauernbundes und die gesamte ÖVP sagt nein zur Schwerpunktbildung im Grünen Plan.

Den Ausdruck „freischaffende Bauern“ hat uns der Abgeordnete Dr. Krainer unlängst hier von diesem Pulte aus erklärt. Ich zitiere nicht mich, sondern ich zitiere hier nur Doktor Krainer.

Sie sagen nein zu den Auswirkungen des Grünen Plans 1969, der unter Ihrem Minister Schleinzner ausgearbeitet wurde. Die ÖVP und ihre Bauernvertreter sagen ein Nein zu den unter Ihrem Minister Schleinzner zusammengefaßten Ergebnissen aus dem Lagebericht 1969.

Die ÖVP sagt ein Nein zu den finanziellen Erfordernissen der Landwirtschaft für die in Aussicht genommenen Maßnahmen für 1971. Die ÖVP sagt nein zu den Erläuterungen für die in Aussicht genommenen Maßnahmen. Die ÖVP und ihre freischaffenden Vertreter des Bauernbundes sind gegen eine Verbesserung der Produktionsgrundlage in der Landwirtschaft.

Sie, meine Damen und Herren von der großen Oppositionspartei, sind gegen eine Verbesserung der Struktur und der Betriebswirtschaft in der Landwirtschaft. Sie sind gegen die im Grünen Plan enthaltenen Absatz- und Verwertungsmaßnahmen für die Landwirtschaft. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Warum haben Sie voriges Jahr dagegen gestimmt?*)

Sie sind gegen das landwirtschaftliche Forschungswesen. Sie stimmen gegen die sozialpolitischen Maßnahmen des Grünen Planes. Sie und Ihre Bauernbund-Abgeordneten stimmen gegen die kreditpolitischen Maßnahmen in der Landwirtschaft, die um 200 Millionen Schilling auf 1,4 Milliarden Schilling erhöht wurden. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Was habt ihr bisher gemacht?*)

Dieselbe ÖVP und ihre freischaffenden Bauernvertreter haben 1966, als es den ersten Grünen Plan von der ÖVP-Alleinregierung vorzulegen galt, an einer von Schleinzner und der ÖVP-Regierung verfügten Kürzung des Bundesbeitrages von 667,6 Millionen Schilling im Jahre 1965 auf 540 Millionen Schilling im Jahre 1966, also um ein Weniger von 127,6 Millionen Schilling für die österreichische Bauernwirtschaft, überhaupt nichts gefunden und damals freudig frohlockend zugestimmt.

Pfeifer

Heute, wo der höchstdotierte Grüne Plan seit seinem Bestehen von einer sozialistischen Regierung vorliegt (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*), sagt die ÖVP nein, und ihre freischaffenden Bauernvertreter sind nicht frei in ihrer Entscheidung und müssen wie im Zeitalter der Leibeigenschaft gehorchen.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Wie schnell haben Sie Ihre Erklärungen über Ihre Grünen Pläne der Vergangenheit vergessen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Den General Kreisky haben wir noch nie gehabt!*) Da hörte man von Ihrer Seite, Ihr abgewählter Landwirtschaftsminister Schleinzer sei das beste Zugpferd. Kollege Fachleutner, Sie waren doch der Interpret! (*Abg. Fachleutner: Bitte!*)

Der Herr Abgeordnete Dr. Schleinzer erklärte selbst vor einigen Jahren — im Jahre 1965 — in der „Allgemeinen Bauern-Zeitung“, dem Organ des Kärntner Bauernbundes, zum damals noch geringer dotierten Grünen Plan folgendes — ich zitiere hier wörtlich —:

„Der Grüne Plan enthält entschiedene Vorkehrungen für die Zukunft eines wettbewerbsfähigen österreichischen Bauernstandes. Die Dynamik der internationalen Entwicklung zwingt uns, mit unseren Maßnahmen, besonders zur Verbesserung der Agrarstruktur, mit den anderen Ländern Schritt zu halten. Das ist eine Aufgabe im Interesse der Gesamtbevölkerung. Man darf die Zukunft nicht gefährden, um es sich bei der Lösung von Gegenwartsfragen bequem zu machen.“

So argumentierte damals Ihr ÖVP-Minister Schleinzer, den Sie immer als bestes Zugpferd bezeichnet haben. Sie lehnen heute den Grünen Plan, der das wichtigste Instrument des Landwirtschaftsbudgets ist, ab. (*Abg. Doktor Withalm: Warum haben Sie damals abgelehnt, wenn das richtig war, was Schleinzer gesagt hat?*)

Vom Finanzminister und Fachmann Professor Koren erfuhr man in einer Rede vom 21. Oktober 1969 — ich zitiere auch hier wörtlich —:

„Ihre entscheidenden Instrumente“ — gemeint ist die Agrarpolitik — „sind das System der Marktordnungen zum Ausgleich von Produktion und Absatz und der Grüne Plan als umfassendes strukturpolitisches Instrument.“

Das sagte also Professor Koren. (*Abg. Doktor Withalm: Da hat er recht!*)

Und nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz kurz zu einer zweiten Stellungnahme des Herrn Professor Koren, die danach kam. Ein Jahr später sagte derselbe

Professor Koren als nunmehriger Abgeordneter und Klubobmann der ÖVP im Oktober 1970 in einer Parlamentsrede — auch hier zitiere ich ihn wieder wörtlich —:

„Die Bauern dieses Landes, die seit zwei Jahrzehnten von einem wirtschaftlichen und sozialen Strukturprozeß heimgesucht werden, wie ihn keine andere soziale Gruppe zu ertragen hat, und die ein soziales und moralisches Recht darauf haben, von der Gesellschaft nicht im Stich gelassen zu werden, waren die ersten Opfer Ihrer Verunsicherungstaktik.“

Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP und Ihre freischaffenden Bauernvertreter, verunsichern. Sie lassen die gesamte österreichische Bauernschaft durch die Ablehnung dieses heute in Rede stehenden Grünen Planes im Stich. Sie stimmen heute entschieden in aller Öffentlichkeit gegen die gesamte österreichische Bauernschaft.

Als Bauer und Sprecher der sozialistischen Regierungsfraktion dieses Hohen Hauses stelle ich fest, daß trotz der angespannten Budgetsituation durch eine echte erhöhte Dotierung des Grünen Planes und durch eine echte Schwerpunktbildung im vorliegenden Grünen Plan wie aber auch — das soll hier gesagt werden — durch das staatspolitische Verantwortungsgefühl der Freiheitlichen Partei die hart arbeitende österreichische Bauernschaft die Mittel rechtzeitig erhalten wird, die ihr selbstverständlich zustehen.

Die österreichische Bundesregierung hat die notwendige Vorsorge für die österreichische Landwirtschaft in verstärktem Maße durch die erhöhte Sicherstellung der landwirtschaftlichen Förderungsmittel im vorliegenden Grünen Plan getroffen. Wir werden diesem Grünen Plan im Interesse der österreichischen Landwirtschaft zustimmen. Wir überlassen es einem völlig desorientierten Bauernbund (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*) und der ÖVP sowie ihren freischaffenden Bauernvertretern in diesem Parlament, das wichtigste strukturpolitische, entscheidende und umfassende Instrument der österreichischen Landwirtschaft, den Grünen Plan 1971, abzulehnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie lachen darüber. Aber was sollte man im Finanz- und Budgetausschuß wirklich für einen Eindruck von Ihnen gewinnen? War damals nicht die Frage angebracht: Who is who? Wer ist wer noch in der ÖVP?

Lassen Sie mich jetzt, Hohes Haus, mit den Fragen des Landwirtschaftsbudgets besonders befassen. In diesem Hohen Haus wird heute das Schicksal der Budgetgruppe Land- und Forstwirtschaft im Rahmen des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1971 entschieden. Es

Pfeller

wird in diesem Zusammenhang über ein Agrarbudget entschieden, dessen Verantwortung und dessen Konzeption zum erstenmal durch eine sozialdemokratische Regierung zu vertreten ist. Die Obsorge für die Belange der österreichischen Land- und Forstwirtschaft wird damit zum erstenmal in der Geschichte der Zweiten Republik zur Gänze in den Händen der Sozialistischen Partei Österreichs und seiner Regierung liegen.

Bevor ich mich mit den Zahlen und Budgetschwerpunkten des vorliegenden Kapitels Land- und Forstwirtschaft befasse, möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, daß entgegen der Greuelpropaganda, die der Bauernbund — offensichtlich ohne wesentliche Erfolge — draußen auf dem flachen Lande zu betreiben versucht, für die Belange der österreichischen Landwirtschaft, für die Belange der österreichischen Bauernschaft mehr Mittel in diesem sozialistischen Budget für das Jahr 1971 enthalten sind als je in einem Budget zuvor, als je in einem Budget, das unter Ihrer Federführung, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, entstanden ist.

Allein im Kapitel Land- und Forstwirtschaft werden Gesamtausgaben in der Größenordnung von rund 2,6 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen, was gegenüber dem Budget 1970 eine Steigerung von etwa 150 Millionen Schilling bedeutet.

Die Förderungsmaßnahmen für die Land- und Forstwirtschaft, deren wesentlichsten Teil die Treibstoffverbilligung darstellt, werden mit rund 300 Millionen Schilling festgelegt und damit um rund 70 Millionen Schilling über dem Bundesvoranschlag 1970 liegen. Der Punktwert wird demnach von 75 S auf 90 S je Punkt erhöht. Die Mittel des Grünen Planes werden, wie ich schon betont habe, für 1971 ebenfalls in einem erhöhten Maße veranschlagt. Auch damit werden die Ansätze des letzten ÖVP-Budgets überschritten.

Die Bundeszuschüsse an den Weinwirtschaftsfonds sollen 1971 rund 49 Millionen Schilling betragen gegenüber 30 Millionen Schilling im letzten ÖVP-Budget.

Nich zu übersehen ist auch, glaube ich, das ebenfalls präliminierte Konjunkturausgleichsbudget, der Konjunkturausgleich-Voranschlag in der Höhe von 430 Millionen Schilling.

Weil Herr Kollege Minkowitsch in seinen Ausführungen auch über den Düngemittelpreisausgleich gesprochen hat, so darf ich auch dazu, Herr Kollege Präsident Minkowitsch, ganz kurz Stellung nehmen. Für das Jahr 1971 sind für den Düngemittelpreisausgleich im Budget 80 Millionen Schilling vorgesehen. (Abg. Steiner: Voriges Jahr das Doppelte!)

Seien Sie vorsichtig mit diesen Behauptungen, ich komme schon darauf.

Sie, meine Herren vom Bauernbund, können gegen die Kürzung der Mittel für den Düngemittelpreisausgleich nicht genug protestieren. Ich darf bei dieser Gelegenheit die sehr bescheidene Frage stellen: Warum haben Sie nicht schon im Budgetjahr 1968 ebenso dagegen protestiert, als der Budgetansatz für den Düngemittelpreisausgleich von rund 302 Millionen auf rund 164 Millionen Schilling gekürzt wurde? Schon seinerzeit hat der damalige ÖVP-Finanzminister eine weitere Reduktion dieses Ansatzes für die nächsten Jahre angekündigt, da auf Grund der damals herrschenden Überproduktion auf dem Getreidesektor eine weitere Förderung des Handelsdüngerabsatzes kaum vertreten werden konnte.

Ich konzidiere Ihnen, Herr Minister außer Dienst Schleinzner, daß Sie sich damals sicherlich für die Bauernschaft verwendet haben. Nur war wahrscheinlich auch damals das Geld nicht da. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Schleinzner: Berufen Sie sich nicht auf unsere Agrarpolitik!)

Ich bin mit Ihnen, meine Herren vom Bauernbund, einer Meinung, wenn Sie sagen, daß die Preise der Betriebsmittel für den Bauern niedrig gehalten werden sollten, und ich meine, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, dieses Ziel auch zu erreichen. Einer der Wege dahin führt über die Genossenschaften. Ich möchte aber bezweifeln, daß die Genossenschaften heute diesen ihren eigentlichen Hauptzweck überhaupt noch erfüllen. Meine Damen und Herren von der ÖVP! Gehen Sie einmal hinaus und vergleichen Sie die Preise, die Genossenschaften und Händler für die gleichen Produkte verlangen. Sie werden kaum einen Unterschied bemerken. Ich darf in diesem Zusammenhang zu einem konkreten Beispiel kommen.

Einer der besonders für die Grunddüngung und für die Grünlanddüngung interessanten Dünger ist das Thomasmehl, welches Österreich jährlich in einer Größenordnung von etwa 200.000 bis 300.000 Tonnen einführt. Laut Statistischem Zentralamt waren es 1967 rund 306.000 Tonnen. 327.000 Tonnen waren es auf Grund der Statistik im Jahre 1968. 1969 rund 250.000 Tonnen und im ersten Halbjahr 1970 zirka 170.000 Tonnen. Dafür gibt ebenfalls laut Statistischem Zentralamt die österreichische Bauernschaft etwa zwischen 160 und 200 Millionen Schilling jährlich aus; und zwar waren es 1967 rund 189 Millionen Schilling, 1968 rund 202 Millionen Schilling, 1969 — auch hier zitiere ich die Statistik — rund 155 Millionen Schilling und im ersten Halbjahr 1970

1668

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Pfeifer

rund 106 Millionen Schilling. Es handelt sich hier also um für die österreichische Landwirtschaft bedeutende Beträge.

Mit Erstaunen entnehme ich dieser Importstatistik aber auch, daß die Preise je Herkunftsland sehr unterschiedlich sind. So bezahlt der Importeur seit 1967 für Thomasmehl aus der Bundesrepublik von 651 S bis 664 S, aus Belgien und Luxemburg von 662 S bis 644 S und aus Frankreich von 580 S bis 579 S je Tonne.

Aber hören und staunen Sie, meine Damen und Herren: Obgleich die WÖV, also die Warenzentrale Österreichischer Verbände, landwirtschaftlichen Genossenschaften wesentlich weniger pro Tonne bezahlt, und zwar laut Importstatistik und ohne dabei die in dieser Branche üblichen Geheimrabatte zu berücksichtigen, bezahlen die Landwirte bei ihrer Genossenschaft die gleichen Preise wie bei den Händlern.

Ich darf hinzufügen, daß die WÖV auch noch geringere Frachtsätze bezahlt, nämlich ab Grenze im Durchschnitt 165,20 S je Tonne, obgleich sie im Osten Österreichs beträchtliche Mengen dieses Produktes verkauft.

Völlig unbegreifbar erscheint mir aber die Tatsache, daß der Handel, in diesem Fall die Firmen Chemia und Dehag, die Ware zu höheren Preisen einkauft, als er sie letztlich erhalten könnte, sich höhere Frachtraten im Inland leistet, nämlich im Durchschnitt für Importe aus Luxemburg bei 197 S, aus der wesentlich näher gelegenen Bundesrepublik aber 210 S und aus Belgien 203 S pro Tonne, er aber trotzdem zu gleichen Preisen wie die Genossenschaft liefert.

Meine Damen und Herren! Kennen Sie einen Händler auf der Welt, der seinen Kunden etwas schenkt? Ich glaube, hier wird auf Kosten des Staates allzu sorglos gewirtschaftet, und es wäre an der Zeit, die Frage Düngemittelpreisstützung sehr gründlich zu erörtern. Kalkuliert man nämlich den durchschnittlichen staatlichen Stützungsbetrag von nur 83 S pro Tonne ein, so hat Österreich frei Empfangsstation den höchsten Düngemittelpreis Europas, nämlich 848 S, während der Durchschnittspreis frei Empfangsstation in Frankreich etwa bei 560 S, in Belgien etwa bei 600 S, in der Bundesrepublik Deutschland bei 750 S und in England infolge seiner Stützung gar nur bei 410 S je Tonne liegt.

Ich glaube, meine Herren vom Bauernbund, daß auf diesem Gebiet Klarheit geschaffen werden muß und daß es schon lange an der Zeit wäre, dem Staat hier Lasten abzunehmen. Versuchen wir es gemeinsam, und ich bin sicher, daß es uns gelingen wird, eine für die

bäuerliche Bevölkerung tragbare Lösung zu finden. Sie, meine Herren vom Bauernbund, müssen aber auch bereit sein, hier einmal im Interesse der Bauern und nicht, wie ich glaube, im Interesse von Geschäftsleuten zu handeln.

Hohes Haus! All das soll von dieser Stelle aus der österreichischen Bauernschaft klar gesagt werden. Aber noch wesentlicher als diese paar Zahlen, die ich Ihnen auf Grund der Importstatistik und auf Grund der Zitierung unserer Meinung zum Düngemittelpreisausgleich gesagt habe, scheinen mir die großen Probleme der österreichischen Landwirtschaft an sich zu sein, die Sorgen und Nöte, aber auch die Möglichkeiten und Chancen der österreichischen Bauern in der Zukunft.

Worum es uns Sozialisten gerade in der Agrarpolitik geht, ist vor allem, neue Akzente zu setzen, deren Wirkungen imstande sind, die österreichische Landwirtschaft endlich aus jener Sackgasse herauszubringen, in die sie durch die konservative Politik der vergangenen Jahre hineingeführt worden ist. (*Abg. Kern: Wo sind sie denn, die neuen Konzepte? Auf die warte ich schon die ganze Zeit!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP! Daß dies nicht nur unsere Meinung ist, möchte ich Ihnen an Hand kurzer Zitate aus den Monatsberichten für Wirtschaftsforschung, aus dem Heft 8/1970 nachweisen, die unter der Überschrift „Zur Neuorientierung der Agrarpolitik“ unter anderem folgendes ausführen — ich zitiere wörtlich —: „Traditionelle Agrarpolitik im Dilemma“. — „Die Industriestaaten waren bestrebt, die Auswirkungen des wirtschaftlichen Umbruchs auf dem Agrarsektor zu mildern. Insbesondere versuchte man mit Hilfe der Preis- und Marktpolitik die landwirtschaftlichen Einkommen zu stützen.

Diese Politik war jedoch nicht sehr erfolgreich.

Heute sieht sich die Agrarpolitik in einem unbehaglichen Dreieck gefangen. Die Disparität konnte nicht abgebaut werden, es häufen sich unverkäufliche Überschüsse, die finanziellen Lasten der Agrarpolitik steigen progressiv. Die Spannungen zwischen Agrarpolitik und allgemeiner Wirtschaftspolitik haben zugenommen, die Landwirtschaft wurde immer stärker isoliert. Es wuchs die Unzufriedenheit sowohl unter den Landwirten, die in ihrem Beruf keine Zukunft mehr sehen, als auch der Konsumenten und Steuerzahler, die sich durch hohe Nahrungsmittelpreise und steigende öffentliche Ausgaben für die Landwirtschaft übervorteilt meinen und in der Agrarpolitik

Pfeller

ein Faß ohne Boden sehen ... Eine realistische Agrarpolitik muß die wirtschaftliche Dynamik und gesellschaftliche Entwicklung beachten. Diese Zukunftsorientierung wird vernachlässigt, wenn nur die Besonderheiten der Landwirtschaft und ihre Benachteiligung betont werden und daraus die Forderung nach einer Sonderstellung des Agrarsektors im Wirtschaftsgefüge abgeleitet wird.

Die Landwirtschaft ist in dieser Sicht ein Wirtschaftszweig wie jeder andere. Ihr fällt primär die Aufgabe zu, möglichst rationell und nur so viel zu produzieren, als der Markt bei Preisen aufnehmen kann, die eine angemessene Entlohnung der in der Landwirtschaft eingesetzten Produktivkräfte sicherstellen."

Hohes Haus! Mit der Meinung dieses unverdächtigen Zeugen, des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, trifft sich im wesentlichen auch unsere Meinung, die Meinung der sozialistischen Fraktion im österreichischen Nationalrat und die Meinung der österreichischen Bundesregierung zu diesen schwierigen und umfangreichen Fragen.

Die herkömmliche Landwirtschaftspolitik, die bisher in Österreich betrieben worden ist, ist mit ihrem Latein zu Ende, ob wir das nun wollen oder nicht, ob Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, das nun paßt oder nicht. Sie werden ja kommen und Gegenargumente bringen. Aber das ist unsere Auffassung.

Für diese gerade auch für die österreichische Bauernschaft so bedauerliche Entwicklung kann die in den vergangenen Jahren in Österreich in der Agrarpolitik federführende Instanz, der ÖVP-Bauernbund, nicht von Schuld freigesprochen werden. Seine offizielle Politik war und ist gegenüber der Gesamtwirtschaft, vor allem aber gegenüber dem Bauernstand selbst, wie wir glauben, eine unverantwortliche.

In der Öffentlichkeit wird die österreichische Bauernschaft durch jene Vertreter, die zwangsläufige wirtschaftliche Entwicklungen ganz einfach ignorieren wollen, zu einem fordernden Berufsstand abgewertet, der nicht bereit ist, wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten für sich gelten zu lassen (*Abg. Kern: Das spricht ein Bauer! Habe die Ehre! Das ist unwahrscheinlich!*), unentwegt nach Sonderbehandlung ruft und den Steuerzahlern die Wechsel dafür zu präsentieren trachtet. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Für eine solche Politik, meine Damen und Herren der rechten Seite dieses Hauses, sind wir nicht zu haben! Für eine solche Politik, die der Bauernschaft gegenüber unwürdig und

der Konsumentenschaft gegenüber unfair ist, werden Sie allein die Verantwortung zu tragen haben!

Gegenüber der Bauernschaft selbst verweigert der Bauernbund eine realistische Darstellung der tatsächlichen Probleme, aber auch ihrer vielfältigen Möglichkeiten.

Dieses Wunschenken, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus, vermag jedoch die landwirtschaftlichen Probleme, die in großem Maße vorhanden sind, in keiner Weise zu lösen, vermag der Bauernschaft keine dauerhafte Hilfeleistung anzubieten, sondern trägt lediglich dazu bei, die Kluft im Denken zwischen den Bauern und den Konsumenten, aber auch zwischen den Bauern und den Unternehmern noch weiter zu vertiefen.

Diese im Sachlichen ebenso unhaltbare wie unverantwortliche Politik wurde überdies — wir wissen das sehr genau, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP — durch von Ihnen in die Welt gesetzte Schreckgespenster begleitet, die nichts anderes bezwecken, als die SPÖ-Vorstellungen auf agrarpolischem Gebiet zu verschleiern, zu entstellen und durch Verleumdungen zu ersetzen.

Wir wissen ganz genau, was Sie teils unumwunden, teils unterschwellig den Bauern draußen seit Jahr und Tag einzureden versucht haben. Von all diesen Schreckgespenstern, meine Damen und Herren der ÖVP, ist jedoch keines eingetreten! (*Zwischenruf des Abg. Steiner.*) Es wurden keine Bauernhöfe verstaatlicht, Herr Kollege Steiner, es wurden keine Kühe von Politikommissaren aus den Ställen entführt, es wurden keine Kirchen geschlossen. All das haben Sie behauptet! (*Widerspruch bei der ÖVP.*) Von all Ihren Schreckgespenstern ist keines Wirklichkeit geworden. (*Lebhafte Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Ich stelle also fest: Von all Ihren Schreckgespenstern ist keines Wirklichkeit geworden. Genau das ist es, was Ihre Politik, meine Damen und Herren von der ÖVP, immer unglaubwürdiger gemacht hat und immer unglaubwürdiger machen wird. (*Abg. Kern: Das glaubt nicht einmal der Kreisky!*) Aber der Wähler glaubt's, sonst würden Sie nicht hier auf diesen ÖVP-Oppositionsbänken sitzen.

Die von Ihnen in der Vergangenheit betriebene Agrarpolitik nützt letztlich niemandem. Eine Umorientierung der Landwirtschaftspolitik wird in den nächsten Jahren eine der vornehmsten und vordringlichsten Aktivitäten der Wirtschaftspolitik sein müssen. Die österreichische Bauernschaft wird ein neues Selbstverständnis zu entwickeln haben, wie dies gerade die fortschrittlich denkenden österrei-

Pfeifer

chischen Bauern in immer größerem Ausmaß bereits tun.

Die österreichische Landwirtschaft muß aus ihrer Isolation, in die Sie sie hineingeführt haben, heraus. Unsere Politik, sehr geehrte Damen und Herren der ÖVP, ist nicht einem illusionären Wunschdenken verhaftet. Wir wollen und werden den österreichischen Bauern reinen Wein einschenken. Wir werden ihnen nicht das Blaue vom Himmel herunter versprechen, sondern werden der österreichischen Bauernschaft (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: ... noch mehr auflasten!*), so wie wir das jetzt bereits tun, ihre gesamtwirtschaftliche Position in realistischer Art und Weise darstellen. Wir wissen, daß der bäuerliche Mensch ein viel zu realistischer Mensch ist (*Abg. Kern: Wie der Pfeifer!*), um nicht auch von selbst diese an der Wirklichkeit orientierten Vorstellungen entwickeln zu können.

Auch für die Landwirtschaft werden künftighin die oft harten Gesetze des Marktes zu gelten haben, mit denen Sie sich doch, meine sehr geehrten Damen und Herren der ÖVP, in so hohem Maße verbunden fühlen. Daß bei diesen vor uns liegenden schwierigen Umstellungsprozessen die Allgemeinheit, repräsentiert durch den Staat, selbstverständlich in finanzieller wie in organisatorischer und beratender Hinsicht umfassende Hilfestellungen für die österreichische Landwirtschaft bieten wird, soll den österreichischen Bauern von dieser Stelle aus zugesichert werden.

Wir wollen auch in der Landwirtschaft den wirtschaftlichen Wandel fördern, nicht die Strukturen konservieren. Der österreichische Landwirt wird in seiner Produktion in weit größerem Ausmaß als bisher an den Bedürfnissen und Entwicklungen der Nachfrage, also an den Gegebenheiten der Märkte, orientiert sein müssen. Industriell-gewerbliche Produktionsmethoden werden in zunehmendem Ausmaß auch die landwirtschaftliche Produktion bestimmen. Rationelles Kosten- und Ertragsdenken darf nicht vor dem Bauernhof haltmachen. Das jedoch bedarf auch in diesen Belangen geschulter Landwirte. Die Bildungsmöglichkeiten werden wesentlich zu intensivieren sein. Die Bauernschaft wird ihre Produktion in marktnäherer Form anzubieten haben als bisher. Sie wird direkt an den Konsumenten herantreten müssen.

Bei all diesen Aktivitäten, Hohes Haus, wird es die derzeitige Bundesregierung als eine vornehme Aufgabe betrachten, im Namen der Allgemeinheit der österreichischen Landwirtschaft die nötigen umfangreichen Förderungsmaßnahmen zu bieten. Agrarpolitische

Aktivitäten, an diesen Zielen ausgerichtet, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden letztlich allen Beteiligten nützen. Insbesondere werden sie auch das Einkommen der Bauernschaft selbst erhöhen: Durch Produkte, nach denen größere Nachfrage besteht; durch Ausschaltung der bisher üblichen Zwischenhandelsgewinne; nicht zuletzt durch eine rationellere Produktion selbst.

Ziel der nun durch die Regierung Kreisky eingeleiteten Agrarpolitik ist es, eine allmähliche Umorientierung in dieser Richtung einzuleiten. Erste Akzente setzt hierbei das heute zu beschließende Landwirtschaftsbudget für das Jahr 1971. (*Abg. Steiner: Wir spüren es schon!*) Die Förderungsschwerpunkte des Budgets 1971 liegen bei einer progressiven Agrarstrukturpolitik.

Landwirtschaftspolitik bedeutet für die gegenwärtige Regierung Wirtschaftspolitik schlechthin, bedeutet Wachstumspolitik, die die Einkommen vermehrt, damit den Konsum anregt und die Einkommen auch der Bauernschaft erhöht.

Landwirtschaftspolitik bedeutet auch Konjunkturpolitik, die verhindern soll, daß negative konjunkturelle Entwicklungen zu Wachstumsverlusten und damit zu Einkommensverlusten bei der österreichischen Bauernschaft führen.

Landwirtschaftspolitik, meine sehr geehrten Damen und Herren, bedeutet für die gegenwärtige Bundesregierung auch Fremdenverkehrspolitik, um in diesem wichtigen Dienstleistungssektor vielen österreichischen Bauern Zuerwerbsmöglichkeiten aufzubauen und bereits bestehende intensivieren zu helfen.

Landwirtschaftspolitik bedeutet für das Kabinett Kreisky auch Industriepolitik, um für jenen aus der Landwirtschaft abwandernden natürlichen Strom von Arbeitskräften gute und zukunftssichere Arbeitsplätze im industriellen Bereich sicherzustellen.

Landwirtschaftspolitik, meine Damen und Herren der ÖVP, bedeutet für die Regierung auch Integrationspolitik, um dem österreichischen Agrarsektor in einem größeren europäischen Markt neue Zukunftschancen zu eröffnen.

Landwirtschaftspolitik bedeutet für die Regierung in langer Frist auch Bildungspolitik, um die Chancen gerade der jungen Menschen in den agrarischen Bereichen auf vielfältige Art und Weise zu steigern.

Hohes Haus! Lassen Sie mich anlässlich dieser Beschlußfassung über ein erstes sozialistisches Agrarbudget hier in aller Form noch folgendes versichern: Die Landwirtschaft und

Pfeifer

die Forstwirtschaft, der freie Bauernstand bilden für die SPÖ und für ihre Regierung einen unverzichtbaren Bestandteil der österreichischen Volkswirtschaft. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Die Leistungen der österreichischen Bauern für das reibungslose Funktionieren unserer Wirtschaft, insbesondere zur Deckung des Nahrungsmittelbedarfes der österreichischen Konsumenten, verbürgen eine zukunftsichere Entwicklung der österreichischen Bauernschaft. Mit einer antiquierten Blut-und-Boden-Mythologie jedoch (*ironische Heiterkeit bei der ÖVP*), meine sehr geehrten Damen und Herren, werden diese vielschichtigen Probleme nicht zu lösen sein.

Im Denken wie im Handeln wird die österreichische Landwirtschaft den Weg von der gegenwärtigen Isolation zur künftigen Integration beschreiten. Dabei, Hohes Haus, werden die von ihr selbst entwickelten Kräfte durch die sozialistische Agrarpolitik umfangreiche Unterstützung erfahren.

Diese Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren, die vielen unverständigen ÖVP-Bauernvertretern lächerlich erscheint, haben wir hier in ihren wesentlichen Zügen darzustellen und werden wir gegenüber der österreichischen Bauernschaft energisch vertreten.

Diese unsere österreichische sozialistische Agrarpolitik werden wir für die österreichische Bauernschaft durchführen, ob es Ihnen paßt oder nicht. Wollen Sie es noch einmal von mir hören? Dann sage ich es Ihnen noch einmal! (*Abg. Ing. K. Hofstetter: Für Blut und Boden!*) Das haben Sie gesagt! Die Blut-und-Boden-Mythologie haben Sie jahrzehntelang den Leuten einzureden versucht, das waren Ihre ÖVP-Bauernbund-Abgeordneten, das waren Sie, das war die Kern- und Fachleitner-Bank! (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Wir wissen uns mit weiten Teilen der österreichischen Bauernschaft in diesen unseren agrarpolitischen Vorstellungen eins. Wir wissen auch, daß jener Teil der österreichischen Bauernschaft, der die Dinge auf jene realistische Art und Weise betrachtet, wie wir das nun tun wollen, einen immer größeren Teil der Bauernschaft ausmacht.

Ob Ihre Politik, die Politik der großen Oppositionspartei dieses Hauses, bei der österreichischen Bauernschaft künftighin noch viel Verständnis finden wird, möchte ich gerade anlässlich der Beschlußfassung über das Budget für das Jahr 1971 stark in Zweifel ziehen. Die österreichischen Bauern werden es nicht verstehen können, daß Sie aus rein parteipolitischen Überlegungen, ohne ein klares sachliches Argument anführen zu können,

ein Landwirtschaftsbudget ablehnen, das den Bauern wesentliche Verbesserungen bringt.

Die österreichische Bauernschaft wird es gleichfalls nicht verstehen können, daß Sie sogar den Grünen Plan, den Sie selbst immer als wichtigstes Instrument der Agrarpolitik bezeichnet haben, ablehnen. Dadurch lehnen Sie auch die Grundlage der Aufteilung der Förderungsmittel an die österreichische Bauernschaft ab.

Völlig unverständlich wird Ihre Haltung, meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP, wenn Sie sogar den Grünen Bericht ablehnen, der nichts anderes beinhaltet als eine Darstellung der von Ihnen selbst, meine Damen und Herren von der ÖVP (*Abg. Kern: Wurde nicht abgelehnt! Bleiben wir bei der Wahrheit!*), im Jahre 1969 vergebenen Förderungsmittel. Aber diese Politik, Herr Kern und sehr verehrte Damen und Herren von der ÖVP, haben nicht wir zu vertreten. Das werden Sie den österreichischen Bauern klarmachen müssen. (*Ruf bei der ÖVP: Das ist etwas anderes, der Grüne Bericht!*) Vielleicht nehmen Sie den Grünen Plan auch noch einmal an! Es wäre sehr gut für Sie.

Wir vertreten die von der Regierung Kreisky und ihrem Landwirtschaftsminister eingeschlagene agrarpolitische Richtung. Wir vertreten das Landwirtschaftsbudget für das Jahr 1971 und wir vertreten den von der sozialistischen Regierung entwickelten Grünen Plan gegenüber der österreichischen Landwirtschaft.

Abschließend, Hohes Haus: Lassen wir über diese Politik die österreichischen Bauern frei und unabhängig selbst entscheiden. Ihnen dient die von uns hier eingeschlagene Agrarpolitik. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Zittmayr das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zu Beginn, bevor ich zu meinen eigentlichen Ausführungen komme, doch vielleicht die eine oder andere Feststellung des Herrn Abgeordneten Pfeifer und des Herrn Abgeordneten Meißl kurz streifen.

Herr Abgeordneter Pfeifer hat uns entgegengehalten, wir lehnen den Grünen Plan ab, ohne irgendeinen Grund dafür angeben zu können (*Abg. Pfeifer: Einen sachlichen!*), ohne einen sachlichen Grund dafür angeben zu können.

Ich möchte es der österreichischen Bauernschaft überlassen, ob es ein sachlicher Grund

1672

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

ist oder nicht, wenn man einen Plan und einen Ansatz im Budget deshalb ablehnt, weil er überhaupt nicht den Erfordernissen entspricht, weil eine Unterdotierung krassen Ausmaßes vorliegt (*Zustimmung bei der ÖVP*) und weil dieser Grüne Plan nicht auf jene Dinge Rücksicht nimmt, die die österreichische Landwirtschaft in der gegenwärtigen Zeit noch aushalten muß: die Preissteigerungen, die Geldwertverdünnung und die Wirksamkeit der durch den Grünen Plan finanzierten Maßnahmen. Sie wissen genau, daß man im Jahr 1971 mit den Mitteln des Grünen Planes mindestens um 10 bis 20 Prozent weniger Wege bauen kann, weil die Kosten für den Wegebau so stark gestiegen sind, und daß man um mindestens 10 bis 20 Prozent weniger Stallungen bauen kann, weil die Kosten so stark gestiegen sind, weil also die Wirksamkeit dieser Budgetmittel einfach nicht entspricht, um die bisherigen Maßnahmen im Rahmen des Grünen Planes weiterführen zu können, geschweige denn mehr machen zu können.

Wenn das für die Österreichische Volkspartei und für den Bauernbund kein Grund ist, eine solche Vorlage abzulehnen, dann weiß ich nicht, welchen Grund es sonst gäbe. Wenn Sie das als eine besondere Errungenschaft ansehen, wenn Sie bei den Opfern, die Sie mit diesem Budget und diesem Grünen Plan der Bauernschaft auferlegen, Vorteile sehen, dann wird es ebenfalls den Bauern überlassen sein, das zu beurteilen.

Sie, Herr Abgeordneter Pfeifer, haben vehement in Ihrem Blatt gegen die Düngerkürzung Stellung genommen. Und Sie haben sich vor der Wahl deklariert: Josef Pfeifer ist daher ein kompromißloser Vertreter der Interessen der kleinen und mittleren Bauern.

Was sehen wir heute? Daß der Herr Abgeordnete Pfeifer, der hier als der einzige Bauer in der sozialistischen Fraktion die Interessen des Bauernstandes vertritt, heute vielfach (*Abg. Dr. Tull: Herr Kollege! Es kommt nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität an!*) auf die wirklichen Interessen der Bauernschaft vergessen hat.

Wenn er hier formuliert, die Österreichische Volkspartei und der Bauernbund lehnen es ab, daß Mittel für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, daß Strukturverbesserungen durchgeführt werden, daß für die Forschung Mittel bereitgestellt werden, dann täuscht er sich. Denn Sie, Herr Abgeordneter Pfeifer, können ja unseren Anträgen auf Erhöhung des Grünen Planes um 90 Millionen Schilling, auf Aufstockung des Düngemittelpreisausgleiches um 83 Millionen Schilling

(*Abg. Ing. Häuser: Warum habt ihr denn nicht in den letzten vier Jahren aufgestockt?*) zustimmen. Und Sie können unserem Initiativantrag auf Gasölverbilligung zur Abwendung der Belastung von 200 Millionen Schilling für die österreichische Bauernschaft zustimmen. Wenn Sie dem zustimmen, dann stimmen wir gerne dem Grünen Plan zu. Sie haben es also in der Hand! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Sie haben es in der Hand. Wenn Sie unseren Anträgen zustimmen, dann sind wir gerne bereit, dem Grünen Bericht und dem Grünen Plan die Zustimmung zu geben. (*Abg. L a n c: Ist das auch in dem Koren-Bedeckungsplan drinnen?*) Unsere Anträge sind finanziell bedeckt, wir haben die entsprechenden Bedeckungsvorschläge gemacht. (*Rufe bei der SPÖ: Wo?*) Unsere Anträge sind ordnungsgemäß bedeckt (*Abg. Dr. Tull: Herr Kollege, wo?*) in den entsprechenden Ansätzen. Unsere Anträge sind ordnungsgemäß bedeckt. (*Rufe bei der SPÖ: Wo? — Abg. Dr. Tull: Wo sind sie bedeckt?*) Unsere Anträge sind ordnungsgemäß in den jeweiligen Kapiteln bedeckt. Ich werde Ihnen das noch zuleiten. Wenn Sie glauben, es ist eine besondere Errungenschaft, „wo?“ zu schreien, wo Sie gar nicht wissen, wo es überhaupt steht, dann tut es mir leid! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Vizekanzler Häuser! Ich würde Ihnen dringend empfehlen, unsere Anträge, die beim Präsidium bereits vorliegen, genau zu studieren. Dann können Sie auch die entsprechenden Ansätze herauslesen.

Der Herr Abgeordnete Pfeifer hat behauptet, dieses Budget und dieser Grüne Plan seien eine ausgezeichnete Vorsorge für die österreichische Landwirtschaft. Ich glaube, es ist wirklich sehr bedauerlich, wenn er das als ausreichende Vorsorge ansieht. Es war ja sehr interessant, zu hören, welche Kurve er bei der Frage des Düngemittelpreisausgleiches genommen hat. Da ist er sogar auf ausländische Importpreise und Frachtkosten gekommen, nur um der österreichischen Landwirtschaft vorzugaukeln, wie wichtig das sei, damit sie die Mehrbelastung von 83 Millionen Schilling bei dieser Angelegenheit vielleicht vergißt. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. B a b a n i t z: Widerlegen Sie es doch mit Zahlen!*)

Dem Herrn Abgeordneten Meißl darf ich vielleicht auch noch ganz kurz etwas sagen. Warum die Zustimmung zum Grünen Plan nicht gegeben wurde, habe ich, glaube ich, schon erwähnt.

Zur zweiten Frage bezüglich der Margarineindustrie und den Anwürfen, die Sie in diesem Zusammenhang ständig gegen meine Person

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

vorbringen, darf ich Ihnen hier noch einmal erklären, daß ich weder mit der Geschäftsführung noch mit der Werbung dieser Firma etwas zu tun habe und daß ich in keiner Weise in irgendeinem Dienstverhältnis zu ihr stehe. (*Zwischenruf des Abg. Meißl.*) Nein, ich habe mit der Firma Ebhart & Herout nichts zu tun. Ich möchte das noch einmal unterstreichen und Ihnen folgendes sagen: Wenn Sie glauben, gegen meine Person ununterbrochen von dieser Stelle aus vorgehen und draußen eine so unerschwellige Verleumdungstaktik betreiben zu können, dann täuschen Sie sich. Das werde ich mir auf die Dauer nicht bieten lassen. (*Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Regen Sie sich nicht auf!*) Ich rege mich Gott sei Dank nicht auf. Das ist ja das große Glück: Wenn man über 100 Kilogramm hat, regt man sich nicht mehr so leicht auf. (*Heiterkeit.*)

Ich darf aber noch eines sagen: Die Herren Abgeordneten der Freiheitlichen Partei und auch der Sozialistischen Partei hätten mich ja ungeheuer schädigen können, wenn sie nicht der Steuerentlastung auf dem Margarine-sektor zugestimmt hätten. Sie hätten mich also so treffen können. Warum haben Sie es nicht getan? Wir haben Sie mehrmals dazu eingeladen, auf diese ominöse Umsatzsteuerbegünstigung für Margarine zu verzichten, denn der Bauernverband selbst hat Ihnen — sie haben es auch in ihrem Blatt geschrieben — den Auftrag erteilt, dagegen auch vorzugehen. (*Abg. Meißl: Wir nehmen von niemandem Aufträge entgegen!*) Ja, ja, das weiß ich.

Sie vergessen die Probleme der Landwirtschaft sehr schnell, Herr Abgeordneter Meißl! Sie haben ja auch Ihren wunderbaren Initiativantrag, den Sie beim Kapitel Landwirtschaft eingebracht haben, wieder sang- und klanglos zurückgezogen. Es war nur das Pech, daß er bereits in den Zeitungen des Bauernverbandes und in Ihren eigenen Zeitungen als großer Erfolg hingestellt wurde — drei Tage später haben Sie ihn sang- und klanglos zurückgezogen. Das ist die Tatsache. (*Zwischenrufe.*)

Nun darf ich aber vielleicht noch ganz kurz auch einige Dinge zum Grünen Bericht erwähnen. Wir ersehen aus dem Grünen Bericht 1969, daß die Landwirtschaft in diesem Jahr eine günstige Entwicklung genommen hatte und daß sich der Rohertrag gegenüber dem vorhergehenden Jahr um 7 Prozent erhöhte. Es ist auch erwähnenswert, daß die Arbeitsproduktivität neuerlich gestiegen ist. Das zeigt, daß trotz der 25.000 Menschen weniger in der Landwirtschaft die Produktion und die Produktivität enorm gesteigert werden konnten.

Auch die Betriebseinkommen sind erfreuerlicherweise um 11 Prozent angestiegen, und zwar auf zirka 31.000 S pro Arbeitskraft. Ich möchte dazu feststellen, daß diese Einkommensentwicklung im Vergleich zum Vorjahr positiv ist, daß aber trotzdem ein wesentlicher Abstand zu anderen Berufsgruppen vorliegt und daß die Disparität zu anderen Berufsgruppen weiter besteht.

Der Herr Abgeordneter Meißl hat richtig erwähnt, daß es innerhalb der österreichischen Landwirtschaft auch ein starkes Einkommensgefälle je nach den entsprechenden Produktionszonen gibt. Das ist aber nach meiner Meinung eine Tatsache, die wir nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in allen anderen Berufen feststellen müssen. Innerhalb jedes einzelnen Berufsstandes gibt es eben ein starkes Einkommensgefälle. Wir bemühen uns aber selbstverständlich von unserer Seite aus, das Einkommensgefälle möglichst in engen Grenzen zu halten.

Die österreichische Landwirtschaft hat 1969 laut Grünem Bericht 10 Milliarden Schilling für maschinelle und bauliche Investitionen aufgewendet. Das ist ein ganz enormer Betrag: 10 Milliarden Schilling! Sie ersehen daraus, daß nur diese zwei Gruppen: „Maschinelle Investitionen und Reparaturen“ und „Bauliche Investitionen und Reparaturen“ einen Großteil der bäuerlichen Einnahmen aufsaugen und daß es daher für die österreichische Land- und Forstwirtschaft nicht gleichgültig ist, wie sich die Preisentwicklung auf diesen beiden wichtigen Sektoren vollzieht. Ich komme auf diesen Punkt noch zurück.

Ich darf aber vielleicht eines doch feststellen — der Grüne Bericht 1969 zeigt folgendes —: Es hat sich herausgestellt, daß die Agrarpolitik des Herrn Bundesministers Dr. Schleinzer richtig war, daß die Maßnahmen zur Umlenkung von Brotgetreide auf Futtergetreide, die Maßnahmen zur Umlenkung von Milch auf Fleisch, die Maßnahmen zur Strukturverbesserung, die marktpolitischen Maßnahmen, die sozialpolitischen Maßnahmen, zum Beispiel die Bauernpension oder die Einbeziehung der Landwirtschaft in das Arbeitsmarktförderungsgesetz, die Einbeziehung der Landwirtschaft in die Wohnbauförderung, sehr maßgebliche und wichtige Maßnahmen waren. Es zeigt sich, daß diese Maßnahmen der ÖVP-Regierung richtig gewesen sind, und zwar haben wir diese Dinge zum Teil, besonders was die Arbeitsmarktförderung und die Wohnbauförderung hinsichtlich der Landwirtschaft betrifft, gegen den härtesten Widerstand der Sozialisten beschlossen.

1674

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Ich möchte das hier besonders erwähnen, denn es wird draußen so dargestellt, als ob die Sozialisten — wie wir es jetzt auch gehört haben — alles für die kleinen und mittleren Bauern machen würden. (*Abg. Pansi: Und die Arbeitsmarktförderung?*) Aber ihr habt euch gegen die Einbeziehung der Landwirtschaft vehement ausgesprochen. (*Abg. Ulbrich: Was ist mit der Bauernpension? Waren wir dagegen?*) Herr Abgeordneter Ulbrich, das stimmt leider nicht. Ich möchte nur sagen: Sie haben in Ihren Publikationen und in Ihrem Wirtschaftsprogramm auch davon geschrieben, die Bauern seien die Opfer einer falschen Agrarpolitik. Das steht in Ihrem Programm. (*Abg. Ulbrich: Der ÖVP-Politik!*) Und jetzt setzt der Herr Minister Dr. Weihs diese Politik fort. Ich weiß nicht, was dann richtig ist. Ist das die katastrophale Politik? (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Meine Damen und Herren! Leider kann man durch Schreien die Argumente nicht ersetzen.

Nun zum Grünen Plan 1971. Der Herr Abgeordneter Pfeifer hat festgestellt, der Grüne Plan 1971 sei der höchstdotierte, den es jemals gegeben hat, er hat uns diese riesige Steigerung aufgezeigt.

Ich darf hier ganz leise folgendes feststellen: Wir haben 1971 810 Millionen Schilling im Grünen Plan; wir hatten 1970 780 Millionen Schilling plus 36 Millionen durch das Budgetüberschreitungsgesetz und kamen also auf rund 816 Millionen Schilling. Das ist aber keine Steigerung, sondern ein Gleichbleiben, obwohl die Ausgaben des Budgets faktisch um 9 Prozent gestiegen sind. Außerdem haben wir noch eine Kürzung der Ermessenskredite um rund 38 Millionen Schilling erleben müssen, dafür sind 41 Millionen Schilling bei der Treibstoffverbilligung dazugekommen. Wenn gesagt wird, daß das eine Errungenschaft ist, daß man riesige Mengen an Geldern zur Verfügung hat, dann muß ich das hier ablehnen. Diese Feststellung stimmt nicht, denn es ist praktisch ein Stagnieren, ein Gleichbleiben der Mittel, und das bei der Entwicklung, die ich schon aufgezeigt habe.

Wie wir dem Bericht des Wirtschaftsforschungsinstitutes entnehmen können, haben wir jetzt eine Preissteigerung im Ausmaß von rund 5 Prozent (*Ruf bei der SPÖ: 4,8 Prozent!*); 4,8 Prozent, damit wir ganz ehrlich sind, damit wir ja nicht dieser Regierung etwas unter-schieben, denn die 5 Prozent Preissteigerung ist ja eine Reizschwelle. Das wurde heute schon festgestellt. Ob die österreichischen Sparer auf die Dauer ihre Spareinlagen mit 3,5 bis 3,7 Prozent Verzinsung in der Sparkasse werden liegen lassen, wenn die Geld-

wertverdünnung 5 Prozent beträgt, das ist eine Frage, die die Österreicher beantworten werden. Wir stellen aber auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft Preissteigerungen um 8 Prozent bei Maschinen und um 12,5 Prozent bei Baulichkeiten fest. Das ergibt also — wie ich schon angeführt habe —, daß wir an Stelle von 100 km Güterwegen nur rund 85 km bauen können, daß wir an Stelle von 1000 Stallungen nur 850 Stallungen bauen können, und so weiter.

Sie ersehen daraus, daß die Situation für die Landwirtschaft auf Grund dieser massiven Geldwertverdünnung unerträglich wird und daß die Landwirtschaft in eine Lage kommt, wo dann nicht nur das eintritt, was der Herr Kollege Pfeifer gesagt hat, sondern wo die Bauern einfach aus dieser Preis-Kosten-Entwicklung die Konsequenzen ziehen und ihre Höfe verlassen müssen, wenn das so weitergeht und wenn nicht dagegen energisch eingeschritten wird. (*Zwischenrufe des Abg. Pansi.*) Die Entwicklung gegenüber dem Vorjahr, die ich erwähnt habe, ist bei den Ansätzen drinnen, und wir müssen auf Grund der Einstellung der sozialistischen Regierung: „Wachstum geht vor Stabilität“ fürchten, daß wir 1971 den gleichen Verdünnungsfaktor von 5 Prozent haben werden, und auf unserem Gebiet auf dem Bausektor noch mehr.

Es werden aber auch alle Dienstleistungen für den Bauern teurer, und es sinkt auch die Kaufkraft der Förderungsmittel für die Landwirtschaft. Die Aktionen der Landwirtschaftskammern müssen eingeschränkt werden, weil man mit dem gleichen Geld nicht mehr so viele Stunden mit Planierarbeiten arbeiten kann. Die Zusammenlegungen müssen gekürzt werden, weil die Geldmittel einfach nicht mehr denselben Umfang der Maßnahmen zulassen. Es ist daher keine ausreichende Vorsorge getroffen, und wir müssen die größten Befürchtungen für den Berufsstand der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen hier anmelden.

Wir haben ja von der Regierungsseite, vom Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky, wunderbare Feststellungen gehört, zum Beispiel bei der Messeeröffnung in Ried, daß ihm das Einkommen der Landwirtschaft so am Herzen liege und daß er alles tun werde, um die Einkommenssituation der Bauern zu verbessern. (*Abg. Peter: Das haben wir aber von den Schwarzen vorher auch schon gehört!*) Er hat also davon gesprochen, und wir wissen ja, daß das Reden seine große Stärke ist. Aber es ist leider so, daß es nachher meistens dann nicht dazu kommt und daß nichts daraus wird.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Jedenfalls sehen wir aus diesem Budget, daß der Düngemittelpreisausgleich von rund 163 Millionen auf 80 Millionen Schilling gekürzt wurde, und ich erlaube mir in diesem Zusammenhang neuerlich hier im Hause den Antrag auf Abänderung des Bundesfinanzgesetzes 1971 (125 der Beilagen) einzubringen:

Der Nationalrat wolle beschließen:

In der Anlage I ist folgender Ansatz zu ändern:

Beim Ansatz 1/62606/34 hat

a) die Bezeichnung des Aufgabenbereiches statt „Transportkostenzuschuß“ „Preisausgleichsmaßnahmen“ zu lauten,

b) beim Bundesvoranschlag 1971, laufende Ausgaben, sachliche, an Stelle der Zahl „80'000“ (Mill.) „163'750“ (Mill.) zu treten und

c) beim Bundesvoranschlag 1971 die Summe statt „80'000“ (Mill.) „163'750“ (Mill.) zu lauten.

Bedeckungsvorschlag:

Die Mehrkosten von 83,75 Millionen Schilling sind durch Mehreinnahmen beim Ansatz 2/52204/43 Umsatzsteuer zu bedecken.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Antrag mit in die Beratungen aufzunehmen.

Ich habe schon betont, daß die Erhöhung der Düngemittelpreise in einer Zeit der Kostensteigerungen für die Landwirtschaft eine arge Belastung ist und daß diese 83 Millionen Schilling eine effektive Einkommensverminderung der Bauern darstellen.

Es wurde bereits festgestellt, daß auch die Mittel für die Bergbauernförderung nicht ausreichen, und wir haben diesbezüglich einen Antrag auf Erhöhung der Mittel um 90 Millionen Schilling gestellt.

Wir haben außerdem eine Belastung von 200 Millionen Schilling für die Landwirtschaft durch die Erhöhung des Dieselölpreises, und wir haben die Belastung in der Höhe von 200 Millionen Schilling für den Krisenfondsbeitrag, der von der Landwirtschaft bezahlt werden muß.

Wir laden daher die anderen Fraktionen dieses Hauses ein, dem Antrag auf eine Erhöhung des Düngemittelpreisausgleiches auf 163 Millionen Schilling beizutreten; wir laden Sie ein, auch dem Bergbauernantrag auf Erhöhung der Mittel um 90 Millionen Schilling beizutreten; wir laden Sie ein, dem Initiativantrag der Österreichischen Volkspartei auf Gasölverbilligung für die Land- und Forstwirtschaft auch Ihre Zustimmung zu geben; und wir erlauben uns außerdem, in einer

Entscheidung darauf hinzuweisen, daß Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens dringend erforderlich wären, um die Kaufkraftverdünnung und die Kostensteigerungen auszugleichen und um der Landwirtschaft einen gerechten Anteil am Volkseinkommen zu ermöglichen.

Wir bedauern, daß unsere Anträge auch von der Freiheitlichen Partei nicht unterstützt werden konnten, daß auch von dieser Seite der Antrag bezüglich des Handelsdüngers nicht akzeptiert werden konnte, daß die 90 Millionen Schilling für die Bergbauern nicht akzeptiert wurden und daß man die Gasölverbilligung vergessen hat und damit der Landwirtschaft die 200 Millionen Schilling Belastung bringt. Wir haben es auch sehr bedauert, daß unser Entschließungsantrag bezüglich der Einkommensverbesserung von den Sozialisten und auch von den Freiheitlichen abgelehnt wurde.

Es wurden daher bei diesen Verhandlungen die berechtigten Interessen der Bauern vernachlässigt und vergessen. Wir stellen fest, daß diese schweren Belastungen der bäuerlichen Bevölkerung durch den Kaufkraftschwund, durch die übertriebene Kostensteigerung, im Grünen Plan und auch im Kapitel Landwirtschaft nicht entsprechend gewürdigt wurden und daß die Förderungsmittel, die dort vorgesehen sind, eine geringere Wirksamkeit haben, weil man mit dem gleichen Geld weniger Maßnahmen durchführen kann. Wir sehen eine direkte Belastung der Landwirtschaft durch die Opfer, die ihr besonders durch die Dieselölpreiserhöhung auferlegt wurden; dasselbe gilt für den Handelsdünger.

Das sind die Gründe, warum wir dem Kapitel Landwirtschaft und dem Grünen Plan wegen der unzureichenden Dotierung und der Nichtberücksichtigung der Entwicklung keine Zustimmung erteilen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Der vom Redner vorgetragene Abänderungsantrag ist genügend unterstützt und steht zur Verhandlung.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Peter das Wort.

Abgeordneter **Peter** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man den Agrarsprechern der Österreichischen Volkspartei aufmerksam folgt, so stellen sie Probleme zur Diskussion, die einer eingehenden Würdigung bedürfen.

Ich bitte um Ihr Verständnis dafür, wenn ich als Laie auf dem Gebiet der Agrarpolitik zu dieser Haushaltsgruppe das Wort ergreife.

1676

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Peter

Ich tue es von dem Gedanken und der Überzeugung her, daß Agrarpolitik nicht nur ein Anliegen der Bauern, sondern ebenso ein solches der Konsumenten und damit der gesamten Wirtschaft sein soll.

Ich würde vorerst einmal den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei vorschlagen, die Rechenmaschine zur Hand zu nehmen und zu überprüfen, was jene Anträge, die von ihnen im bisherigen Verlauf der Budgetdebatte gestellt worden sind, für ein Gesamterfordernis an Mitteln ausmachen würden. Ich werfe diese Frage auf, weil die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei in der Zeit von 1966 bis 1970 den Sozialisten meines Erachtens einen berechtigten Vorwurf gemacht haben. Sie haben den Sozialisten mit allem Nachdruck in Erinnerung gerufen, daß die seinerzeit von der linken Hälfte des Hauses gestellten Oppositionsanträge besonders zur Haushaltsgruppe der Sozialpolitik ungeheure zusätzliche Mittel erfordert hätten.

Es scheint den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei gar nicht bewußt zu werden, wie sehr sie sich jetzt auf der Linie des Nur-Forderns bewegen. (*Ruf bei der ÖVP: 163 Millionen! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Wir sind sehr bescheiden geworden!*)

Ich bitte um das Verständnis und die Genehmigung des Herrn Präsidenten, wenn ich ganz kurz von der zur Behandlung stehenden Haushaltsgruppe abweiche und auf ein Ereignis eingehe, das sich heute mittag auf der Universitätsrampe vollzogen hat.

Der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei und meine Wenigkeit hatten den Studenten zu bildungspolitischen Budgetproblemen Rede und Antwort zu stehen. Im Rahmen dieser Diskussion hat mich der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei eingeladen, der Initiative der Österreichischen Volkspartei bezüglich der Hochschul-Milliarde beizutreten, die sie nunmehr zu ergreifen beabsichtigt.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Ich bitte um Ihr Verständnis dafür, wenn ich mich gegen die Einladung des Herrn Abgeordneten Dr. Koren aus folgendem Grund zur Wehr setzen mußte: Wenn es Ihnen mit dieser „Bildungs-Milliarde“ ernst ist, dann hätten Sie doch den Rahmen dieses Hohen Hauses wählen können, um uns im Verlauf des heutigen Tages diesen von Ihnen beabsichtigten Antrag auszuhändigen, damit wir Gelegenheit gehabt hätten, ihn zu studieren und einer eingehenden Würdigung zu unterziehen.

Und so blieb es bei einer Polemik zwischen den Klubobmännern der ÖVP und der FPÖ.

(*Abg. Steiner: Kapitel Unterricht kommt erst!*) Herr Abgeordneter Steiner: Was heißt „Kapitel Unterricht kommt erst“? Eine so wesentliche Initiative wäre doch wert gewesen, sie eingehend beim Kapitel Wissenschaft und Forschung im Finanzausschuß abzuhandeln.

Ich darf daher — weil der Klubobmann Dr. Koren nicht da ist — eine Bitte beim Herrn Bundesparteiboss und beim Herrn Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei deponieren: Bitte haben Sie die Güte, uns Ihren Antrag über die „Bildungs-Milliarde“ noch heute auszuhändigen, und beschränken Sie sich bitte nicht auf den Antrag, sondern übermitteln Sie auch die Bedeckungsvorschläge, über die der Klubobmann der Österreichischen Volkspartei bei der heutigen Diskussion auf der Universitätsrampe noch nicht Auskunft zu geben vermochte. Wir sind gerne bereit, Ihr Anliegen ernsthaft zu prüfen, sofern Sie geneigt sind, eine ernsthafte Gesprächsgrundlage zu schaffen.

Nun, Herr Bundesminister, bitte ich um Ihr Verständnis, wenn ich als Laie auf ein Agrarproblem aufmerksam mache, das einem frei gewählten Abgeordneten in der Diskussion mit Landwirten immer wieder begegnet: Es ist die große Sorge der Bauern, wonach die Verhältnisse innerhalb des Milchwirtschaftsfonds nicht so gelagert wären, daß man sie als zeitgemäß und völlig in Ordnung bezeichnen könnte. Die Zusammensetzung des Milchwirtschaftsfonds steht heute nicht zur Diskussion. Jedoch bewegt mich die Frage, ob die Information den Tatsachen entspricht, daß im Rahmen der Verwaltungskommission des Milchwirtschaftsfonds Beschlüsse in gravierenden Fragen nur mit einer Vier-Fünftel-Mehrheit — ich wiederhole: mit einer Vier-Fünftel-Mehrheit — herbeigeführt werden können.

Sollte das den Tatsachen entsprechen, dann werfe ich die Frage auf, Herr Landwirtschaftsminister, um welche Art der Demokratie es sich innerhalb des Milchwirtschaftsfonds handelt; qualifizierte Mehrheiten sind in der Demokratie in der Regel durch Zwei-Drittel-Mehrheiten charakterisiert. Worin also bestehen die Beweggründe für eine Vier-Fünftel-Mehrheit im Rahmen der Verwaltungskommission des Milchwirtschaftsfonds?

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob innerhalb des Milchwirtschaftsfonds die Vorgangsweise so ist, daß sie in allen Punkten als mit den gesetzlichen Grundlagen vereinbar bezeichnet werden kann. Ich möchte heute nicht auf einzelne Probleme eingehen, bin aber in der Lage, Ihnen die Einzelfälle gesondert

Peter

zu unterbreiten, an Hand der ich den Eindruck habe, daß es innerhalb des Milchwirtschaftsfonds nicht die eine oder andere, sondern viele Entscheidungen gibt, die meines Erachtens nicht immer die gesetzliche Deckung aufweisen können.

Bauern beklagen sich auch darüber, Herr Bundesminister, daß der Verwaltungsaufwand innerhalb des Milchwirtschaftsfonds ein überaus hoher ist, und sie verlangen, daß nach dem Rechten gesehen wird.

Ich bin darüber hinaus mit einem Vorschlag konfrontiert worden, den ich Ihnen mit der Bitte um Überprüfung unterbreiten möchte, ohne daß ich selbst in der Lage bin, ein Urteil über denselben abzugeben; dazu fehlen mir die Fachkenntnisse und darüber hinaus mangelt es mir auch an persönlicher Erfahrung in diesem Bereich. Ich wurde gebeten, diesen Vorschlag weiterzuleiten und zu ersuchen, daß er sowohl vom Bundesminister für Landwirtschaft als auch von den zuständigen Agrarexperten der Österreichischen Volkspartei geprüft wird.

Ich halte fest, daß es sich um keine FPO-Initiative handelt, der irgendein antragsmäßiger Charakter zugeordnet werden und die etwa im Rahmen des Bundesfinanzgesetzes 1971 untergebracht und unmittelbar behandelt werden soll. Mir wurde vorgeschlagen, Ihnen, Herr Bundesminister, folgendes zu unterbreiten: Man möge erwägen, die preisgeregelten Käsesorten, wie Emmentaler, Stangenkäse, Edamer und Geheirat, und die nicht preisgeregelten Käsesorten, wie Streichkäse, aus der Marktordnung herauszunehmen und auf eine marktwirtschaftliche Grundlage zu stellen.

Ich weiß, daß die Verwirklichung dieses Problems nicht nur mit populären Maßnahmen verbunden ist, sondern daß es sich um eine typische Medaille mit zwei Seiten und natürlich auch mit einer Kehrseite handelt, denn die Herausnahme aus der Stützung bedeutet eine Erhöhung des Preises. Beides ist unabdingbar miteinander verbunden. Aber ich beziehe mich jetzt auf verschiedene Erklärungen des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky, der sehr oft und sehr nachhaltig von einer echten Hilfe für die Bauern gesprochen hat.

Wir Freiheitlichen sind der Meinung, daß die Hilfe für die Bauern nicht allein in der Stützung bestehen kann, weil diese ja in erster Linie für den Konsumenten gedacht ist, um ihm eine Erleichterung zu verschaffen, die nur im mittelbaren Zusammenhang mit den Interessen der Bauern steht.

Kann man, Herr Bundesminister, den Käse aus der Preisstützung herausnehmen?

Ich nehme die negative Seite vorweg. Sie besteht in der Verteuerung des Käsepreises; nach den mir verfügbaren Informationen um 4 S bis 4,50 S pro Kilogramm. Ich weiß, daß das eine Belastung ist, die man ernst nehmen, überlegen und erwägen muß.

Aber nun die positive Seite des Problems. Welche Vorteile wären mit dieser Maßnahme verbunden? Es käme zu einem Wegfall der Investitionsbeihilfe sowie der Produktionskostenstützung in einem Ausmaß von 100 bis 110 Millionen Schilling, die auf diese Art und Weise gewonnen werden könnten. Weiter würden die Frachtkostenvergütungen entfallen und hier zu einer Kostenersparnis von 15 Millionen Schilling führen.

Man erreicht auch eine bedeutende Ersparnis im Verwaltungsaufwand des Milchwirtschaftsfonds durch Wegfall der Investitions- und Produktionskostenprüfung. Die Ziffer kann ich nicht angeben, weil mein Gewährsmann darüber keinen genauen Aufschluß geben konnte. Sie kann durch den Fonds leicht beigestellt werden.

Daß darüber hinaus auch der begünstigte Transporttarif die Österreichischen Bundesbahnen entlastet, stellt nur ein Randproblem dar. In der Endkonsequenz würden wir einen ersten Schritt zum Abbau einer wirtschaftsdirigistischen Maßnahme setzen, was uns Freiheitlichen am Herzen läge.

Ich stehe auf Grund der Gespräche mit Fachleuten und mit Bauern, die mit dieser Materie vertraut sind, unter dem Eindruck, daß der Milchwirtschaftsfonds unbedingt reorganisations- und reformbedürftig ist.

Ich rufe in Erinnerung, ohne selbst ein Werturteil abgeben zu können, daß bäuerliche Kreise der Ansicht sind, der Verwaltungsaufwand des Milchwirtschaftsfonds hätte eine in jeder Weise unvertretbare Höhe erreicht und die Funktionäre des Milchwirtschaftsfonds, Herr Bundesminister, bekämen Vergütungen für ihre Arbeit, die das Übliche in diesem Staate bei weitem überschreiten.

Als agrarpolitischer Laie stelle ich diese Problematik zur Diskussion und bitte Sie als Fachmann dazu Stellung zu nehmen. Sollten Sie die Bedenken der Fachleute und der bäuerlichen Kreise, die ich hier vertreten habe, teilen, dann bitte ich Sie, die Mißstände im Milchwirtschaftsfonds so rasch wie möglich zu beseitigen. *(Beifall bei der FPO.)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Landmann das Wort.

Abgeordneter Landmann (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Pfeifer, einer meiner Vorredner, hat hier Aus-

Landmann

führungen gemacht, von denen man, wenn man ihnen gefolgt ist, unwillkürlich den Eindruck bekommen hat, daß für die Landwirtschaft seit einem halben Jahr der Wohlstand ausgebrochen ist. Nur hat Kollege Pfeifer scheinbar diese Klubsitzung in Baden nicht besucht, wo Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky erklärt hat, man müsse den Bauern den Brotkorb höher hängen. *(Heftiger Widerspruch bei der SPO. — Abg. Steininger: Wo steht denn das?)* Wir haben es doch in den vergangenen Monaten verspürt. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der SPO. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Das war in einer Zeitung zu lesen. *(Rufe bei der SPO: In welcher Zeitung?)* Es war im Sommer im „Kurier“ zu lesen. Wir haben in den vergangenen Monaten deutlich verspürt, daß die Einkommensschmälerungen, die durch die sozialistische Minderheitsregierung eingetreten sind, auf dem Rücken der Bauern getragen werden. *(Heftige anhaltende Zwischenrufe.)*

Präsident: Also bitte beruhigen Sie sich wieder!

Abgeordneter **Landmann** *(fortsetzend)*: Ich glaube, daß Kollege Pfeifer mit diesen Ausführungen, die er hier gemacht hat, den Kontakt mit der Bauernschaft ja bereits wirklich verloren hat.

Wenn der Kollege Peter hier den Vorschlag unterbreitet hat und seiner tiefen Sorge Ausdruck verliehen hat, daß wir Anträge einbringen und diesbezüglich keine Bedeckungsvorschläge haben, so kann ich nur sagen:

Diese Anträge sind gekommen, weil wir von tiefer Sorge wegen der Einkommensschmälerung, die die Landwirtschaft in den letzten Monaten hinnehmen mußte, erfüllt sind. Wir haben diese Abänderungsanträge für die Bergbauern wegen der Dieselpreiserhöhung eingebracht. Sie, Herr Kollege Peter, haben scheinbar diese Millionen, die Sie in den Verhandlungen zwischen den Freiheitlichen und den Sozialisten erreicht haben und die die Staatsschulden wieder erhöht haben, auch vergessen.

Ich komme jetzt zu einem Spezialkapitel. Man hört jetzt überall den Ausdruck „ländlicher Raum“. Fast jeder Redner hat ihn in den Mund genommen. Ich bin davon überzeugt, daß der ländliche Raum nicht nur unsere Täler und die flachen Gebiete unseres Landes umfaßt, sondern auch die Berggebiete unserer Heimat. Dazu gehören auch die Gebiete unserer Almen und Hochregionen, wo wir den Menschen den Erholungsraum sichern sollen. Aber solche ländliche Räume und solche Erholungsräume sind nur zu halten,

wenn die Verkehrsverhältnisse in diesen Gebieten in der Zukunft wirklich auch so vorangetrieben werden, wie dies in der Vergangenheit der Fall war. Wir haben in Österreich auf Grund unserer Strukturverhältnisse immerhin noch etwa 20.000 unerschlossene Höfe. Im Grünen Bericht sind weniger angegeben. Aber man hat bei Erhebungen in Tirol festgestellt, daß die Befahrbarkeit der Wege nur bei Trockenheit gegeben ist; bei Regen sind die Wege schon schwer befahrbar und bei schlechten Witterungsverhältnissen, wie bei Schneefall, überhaupt nicht mehr. Persönlich bin ich der Auffassung, daß die Forderung aufgestellt werden muß, daß jeder Hof eine Zufahrt bekommen muß; denn jeder Hof, der bereit ist, den Lebensraum und den Erholungsraum für unsere Bevölkerung mitzuhalten, hat ein Recht auf einen Zufahrtsweg.

Dieser Zufahrtsweg ist nicht nur dafür da, die landwirtschaftliche Produktion in diesen Räumen aufrechtzuerhalten, sondern dieser Weg ist auch dazu da, daß wir den Nebenerwerb in diesen Gebieten ermöglichen. Nebenerwerb ist meiner Ansicht nach dann möglich, wenn diese Höfe eben über einen befahrbaren Weg erreicht werden können, um den Betroffenen nebenbei eine Arbeit in irgendeinem fremden Betrieb ermöglichen zu können.

Weiters ist der Fremdenverkehr in diesen Gebieten nur möglich, wenn halbwegs gut befahrbare Wege vorhanden sind. Ich glaube, daß unsere Bergbauernschaft für den Fremdenverkehr in den vergangenen Jahren Großes geleistet hat. Durch den Bau der Güterwege wurde die Bergbauernschaft in finanzielle Lasten gestürzt, wozu jetzt noch die Erhaltung dieser Güterwege kommt. Präsident Minkowitsch hat bereits darauf hingewiesen, welche Belastungen die Güterwege in der Erhaltung mit sich bringen.

Bei der Präsidentenkonferenz wurde eine Kommission eingesetzt, wo man über diese Erhaltungsfragen diskutieren will. Es sind der Gemeindeverband sowie die Bundesländer Tirol, Salzburg, Steiermark und Niederösterreich vertreten, weiters die Verbindungsstelle der Bundesländer.

Ich bin der Auffassung, daß im Zuge der nächsten Finanzausgleichsverhandlungen die Gemeinden wirklich in die Lage versetzt werden müssen, diese Wege miterhalten zu können. Ich bin überzeugt und bin Gemeindepolitiker genug, daß ich weiß, daß die Gemeinden jetzt nicht in der Lage sind, größere Summen für diese Maßnahmen zu erreichen. *(Abg. Robak: Auch während der OVP-Regierung nicht!)* Während der OVP-Regie-

Landmann

runge war der Bau der Güterwege vordringlich. Wenn die Wege einmal gebaut sind, so ist es eine Notwendigkeit, diese Wege auch zu erhalten. Wenn jemand irgendwo im Gebirge wohnt, so wird er das einsehen. Ich glaube, daß es im Burgenland leichter sein wird, diese Wege zu erhalten, als in den ländlichen Gebirgsräumen, wie es Ihre Nachbarn ja bestätigen können. In Salzburg und auch in Tirol ist es wesentlich schwieriger, diese Güterwege zu erhalten, als dies im Burgenland oder im Flachland der Fall ist. (*Abg. Ulbrich: Wo sind denn die meisten Bergbauern?*) In Niederösterreich sind auch Bergbauern, und zwar mit Rücksicht auf die Größe des Landes natürlich nicht wenige. Die extrem gelegenen Bergbauernhöfe, meine Damen und Herren, sind aber wirklich in den Alpenregionen der Gebirgsländer zu finden.

Wir sollten uns in dieser Frage einigen, daß ein Güterweg nur dann als solcher bezeichnet werden kann, wenn er mit einer harten Asphaltdecke versehen wird, denn sonst wird eine Erhaltung dieser Güterwege fast unmöglich.

Wir mußten in den letzten Monaten und besonders in der letzten Woche erleben, daß die Dieselpreiserhöhung hier von der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei beschlossen worden ist. Dadurch wird man natürlich beim Güterwegbau in größere Schwierigkeiten kommen. Ich bin überzeugt davon, daß der Raupenunternehmer und der Fuhrwerksunternehmer nicht in der Lage ist, diese Preiserhöhung aus seiner Kalkulation herauszunehmen und nicht auf den Auftraggeber umzulegen. Ich habe auch gewisse Bedenken, daß die Forderungen, die von dieser Seite immer wieder erhoben werden, nämlich daß sie seit zehn Jahren die gleichen Preise und den gleichen Stundenlohn haben, auf Grund dieser Maßnahme eine gewisse Erhöhung bringen könnten. Das ist das Produkt der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei, das sie mit der Maßnahme der Dieselpreiserhöhung erreicht haben.

Daher wäre die Forderung aufzustellen, daß wir aus dieser Treibstoffverteuerung Mittel für die Erhaltung der Güterwege bekommen, die im Zuge des nächsten Finanzausgleichs für die Gemeinden zur Verfügung gestellt werden müßten. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Steiner: Der Ulbrich fährt umsonst in den Bergen herum!*)

Diese Maßnahmen bedeuten ja nicht nur eine landwirtschaftliche Förderung, sondern eine Förderung für jeden, der diese Wege benützt. Man hat in den letzten zwei Jahren Zählungen angestellt, die jederzeit bewiesen

werden könnten. In Tirol hat man in fünf Bezirken diese Zählungen vorgenommen. In diesen zwei Tagen befuhren 75,3 Prozent Pkw, 2,5 Prozent Motorräder, 2 Prozent Mopeds und nur 5 Prozent Traktoren diese Wege und 4 Prozent Lastkraftwagen. Wenn man das bedenkt, dann weiß man, welche Fahrkapazität diese Güterwege aufzuweisen haben. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Wenn man das noch nach Bundesländern aufteilt, ist interessant, daß diese Wege nur zu 40 Prozent im Durchschnitt von den Anrainern befahren worden sind. In weiteren 40 Prozent war überhaupt kein Zusammenhang mit der Benützung dieser Wege durch Interessenten verbunden, denn es waren Ausflugsfahrten. Ich kann als Obmann einer solchen Güterwegeinteressentenschaft selbst ein Lied davon singen, wieviel Verkehr sich auf diesen Güterwegen abwickelt. Wenn es noch dazu möglich ist, in weitere Regionen vorzustoßen und so noch die Alpwirtschaft zu erreichen, so sind das zum Großteil oft sogar Konkurrenzunternehmen unserer Bergbahnen, die in diesen Räumen stark vertreten sind. Ich bin der Auffassung, daß diese Forderungen, daß man aus der Mineralölabgabe auch die Landwirtschaft für die Erhaltung der Güterwege beteiligt, eine Berechtigung haben. (*Ruf bei der SPÖ: Noch mehr fordern!*)

Mit dieser Frage hängt natürlich auch unsere Waldwirtschaft eng zusammen. Ich möchte von der Waldwirtschaft des Bauernwaldes sprechen, denn es steht mir nicht zu, irgend etwas über den Großwald zu sagen; dazu wird einer meiner Kollegen Stellung nehmen.

Meine Herren! Der Bauernwald ist doch etwas, was den Gesundbrunnen für unsere Landschaft darstellt. Wenn dieser Wald nicht erschlossen ist, so ist natürlich seine Bewirtschaftung sehr erschwert. Wir haben doch in den vergangenen Jahren sehr viel Waldwege gebaut. Die Forstwirtschaft ist ja nach drei Gesichtspunkten zu sehen: in ihrer Nutzfunktion, in der Schutzfunktion und in der Funktion des Erholungsraumes. Diese Waldwege sind doch auch dazu vorhanden, daß ein Nutzen aus dem Bauernwald gezogen werden kann, der natürlich nur dann gegeben ist, wenn man in der Lage ist, selbst die Arbeitspitze zu bewältigen; denn die Abfuhrkosten werden sich dank der Dieselpreiserhöhung im nächsten Jahr wesentlich verteuern, und man hat dadurch wieder eine Einkommensschmälerung auf dieser Seite zu erwarten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das ist die soviel gepriesene Bauernfreundlichkeit, die der Bundeskanzler Kreisky vor allen Dingen in der Zeit vor den Tiroler

1680

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Landmann

Landtagswahlen nicht nur in Form von Broschüren, sondern auch in Reden, die er ja so gern hält, an den Tag legte. Er redet im Haus sehr wenig, er ist im Hause auch sehr wenig anwesend, aber draußen wird natürlich davon gesprochen, welche Bauernfreundschaftlichkeit er hat.

Wir sehen doch in diesen Maßnahmen, die wir in diesen zwei Wochen bereits erlebt haben, wie die „Bauernfreundschaftlichkeit“ aussieht. (*Abg. Hellwagner: Kollege Landmann! Das hätten Sie alles haben können, wenn Sie mit uns echt um das Budget verhandelt hätten! — Widerspruch bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Robak.*)

Herr Abgeordneter! Wenn Sie aufgepaßt hätten, würden Sie wissen, daß (*Rufe und Gegenrufe*), wie unser Bundesparteiobermann Dr. Withalm es ausgeführt hat, „echte Verhandlungsbereitschaft“ nur in einem Maße vorhanden war, daß man nur gesprächsweise über diese Dinge mit Ihnen irgendwo konkrete Verhandlungen eingehen konnte. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Steininger: Kollege Landmann! Von 1966 bis 1970!*)

Ich darf dann noch über die Schutzfunktion des Waldes etwas sagen. Wir sind uns doch hoffentlich darüber einig, daß die Gebiete des Waldes in den Zonen, wo Wald und Karst aneinandergrenzen, einer der wichtigsten Faktoren sind, die für die Erhaltung des Landschaftsbildes, für einen geordneten Wasserhaushalt, für eine gesunde Luft wesentliche Aufgaben zu erfüllen haben, und dadurch wird auch dem Wald in seiner Funktion als Erholungsraum noch mehr Bedeutung beigegeben werden.

Aber wir vermissen es leider, daß wir in die Lage versetzt würden, aus diesen Bauernwäldern wirklich kostendeckende Preise für die einzelnen zu erarbeiten. Das war in den letzten Jahren infolge der Katastrophenfälle noch schwieriger, als es in Zukunft der Fall sein wird. Gott sei Dank haben sich die Katastrophen im letzten Jahr in einem Maß bewegt, das wirklich sehr gering war. Aber heuer werden die Maßnahmen, welche die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit der Freiheitlichen Partei gesetzt hat, auch auf diesem Gebiet Einkommensschmälerungen mit sich bringen. (*Abg. Wielandner: Holzpreise wie noch nie, Kollege Landmann!*) Lieber Abgeordneter Wielandner! Sie haben natürlich die fünfziger Jahre scheinbar verschlafen, sonst müßten Sie wissen, daß wir zu der Zeit höhere Holzpreise gehabt haben, als es jetzt der Fall ist! Die Gesteungskosten für einen Meter Holz in der Arbeit und in der Bringung waren wesentlich geringer, als sie heute sind. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber zu jener Zeit haben Sie wahrscheinlich von einer Waldwirtschaft und von der Bauernfreundschaftlichkeit überhaupt nicht einmal geträumt, sondern überhaupt gar nichts festgestellt. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Ich darf wohl in dieser Weise noch ein paar Wünsche anfügen. Wenn man daran geht, das Mehrwertsteuersystem einzuführen, so ist es, glaube ich, ein berechtigter Wunsch der Forstwirtschaft, daß man bei dieser Gelegenheit nicht nur die Forstwirtschaft allein sieht, sondern daß man für das Holz auch eine separate Steuergruppe schaffen würde. (*Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Das ist ein Wunsch, den wir von der Waldwirtschaft aussprechen möchten.

Im übrigen glaube ich, daß wir alle einer Meinung sein sollten, daß die Wirtschaftsweise in unseren Wäldern, der Erholungsraum, den die Bergbauernschaft und die Bauernschaft für alle instandhält (*Abg. Ulbrich: Auch für Sie!*), große Leistungen für die allgemeine Bevölkerung mit sich bringt. Wir gönnen es jedem Städter, daß er sich in diesen gesunden Erholungsräumen seine Tatkraft holt, die er dann wieder notwendig braucht. Besonders Sie, Herr Kollege Ulbrich, möchte ich einladen, der Sie, obwohl Sie ein Salzburger Mandat haben, von den Bundesländern wirklich nicht allzuviel verstehen und schon gar nicht von der Landwirtschaft irgendeine Ahnung haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wenn Sie so freundlich sein würden, landwirtschaftlichen Nachhilfeunterricht zu nehmen, bin ich gern bereit, das in Tirol einmal nachzuholen. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Weihs. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Oskar **Weihs:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auf mich ist bereits eine Fülle von Fragen niedergegangen, sodaß ich glaube, daß man die erste Runde beantworten sollte.

Der Herr Präsident Minkowitsch hat seine Rede damit eingeleitet, daß er auf die wirtschaftliche Verflechtung Österreichs hingewiesen hat. Ich stimme ihm hier voll und ganz bei: Wir sind ein vom Ausland abhängiges Land, sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite. Gerade diese Abhängigkeit auf der Ausfuhrseite bringt es mit sich, daß wir sehr oft in gewisse wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten.

Ich darf im besonderen zuerst einmal auch zu der Frage, die er im Zusammenhang damit angeschnitten hat, daß es eine verfehlte Milch-

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

krisengroschenpolitik gegeben habe, einige Bemerkungen machen. Es ist bekannt, daß wir im ersten Halbjahr mit einer Überproduktion zu rechnen gehabt haben, die in der Höhe von 6 Prozent war, und daß die Schätzungen weiterhin lauteten, daß die Überproduktion anhalten würde. Die letzte revidierte Schätzung weist eine Mehranlieferung an Milch von wahrscheinlich 2,7 Prozent im Jahre 1970 aus. Diese Mehranlieferung im ersten Halbjahr sowie auch die, die nun noch immer vorhanden ist, wird erhöhte Beträge für die Stützungen der Exporte erfordern. Hier darf ich ganz kurz anführen, daß im ersten Halbjahr für Exportstützungen insgesamt 202,7 Millionen Schilling aufgewendet werden mußten, wobei im Einzelfall für Butter netto 20,90 S, für Vollmilchpulver 6,50 S, für Schnittkäse 8,29 S, für Hartkäse 7,75 S gezahlt werden mußten.

Nun hat sich in den letzten Tagen gezeigt, daß diese Stützungsätze leider nicht mehr zu halten sind und daß wir für Vollmilchpulver bereits 6,70 S an Stützung zahlen müssen — für Butter gibt es keinen Stützungssatz, weil wir in den letzten Wochen keine Butter exportiert haben —, daß aber vor allem auch der Schnittkäse im Stützungssatz angestiegen ist, und zwar auf 8,40 S. Sogar der Stützungssatz für Emmentaler hat sich erhöht, und wenn ich nun das GATT-freie Kontingent zu dem nehme, was ich normal stützen muß, dann ist der Betrag ebenfalls von 4,45 S auf 4,60 S gestiegen.

Ich darf in Erinnerung rufen, daß bei den letzten Milchverhandlungen die Vertreter der Landwirtschaft der Meinung waren, daß wir höchstens mit 4 S bei Hartkäse und mit 16 S bei Butter zu rechnen hätten. Es ist jedenfalls anders gekommen, und ich glaube, es war eine sehr vorsichtige Haltung, als wir den Krisengroschen vorläufig nur auf 10 Groschen zurückgeführt haben.

Aber nun, meine Damen und Herren — ich will nicht gerade behaupten, daß es etwas Fürchterliches ist, das auf uns zukommt —, haben die Verhandlungen mit England gezeigt, daß England in Angleichung an die EWG-Marktregelung spätestens ab 1. April 1971 einen Schwellenpreisplan, und zwar insbesondere für Vollmilchpulver, Magermilchpulver, Kondensmilch, Frischrahm und konservierten Rahm einführen will. Wenn man weiß, daß wir im Jahresdurchschnitt rund 12.000 Tonnen Vollmilchpulver nach England exportieren, so heißt das nun mit anderen Worten: Wenn der Vollmilchpulver-Schwellenpreis mit 273 Pfund je Tonne spätestens bis 1. April 1971 festgesetzt wird, dann benötigen wir über den Durchschnittsstützungs-

satz je Kilogramm Vollmilchpulver von derzeit 6,70 S bei Anhebung dieses Schwellenpreises eine zusätzlich Stützung von etwa 6 S pro Kilogramm.

Wenn man hier weiter liest, daß der Schwellenpreis der EWG für Vollmilchpulver im Laufe der Verhandlungen Englands mit der EWG gleichgezogen werden soll, so bedeutet das, daß wir dann einen Schwellenpreis von 437 Pfund je Tonne haben werden. Mit anderen Worten ausgedrückt: Der vorgesehene Schwellenpreis würde sich fast — es stimmt nicht ganz — verdoppeln und damit natürlich auch im Falle eines Falles die Exportstützung — das heißt, wenn ein Export dorthin dann überhaupt noch rentabel ist.

In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht auch gleich die Frage des Herrn Abgeordneten Peter bezüglich des Milchwirtschaftsfonds beantworten. Nach dem Gesetz beschließt die Verwaltungskommission mit Vierfünftelmehrheit. Ich war 20 Jahre Mitglied der Verwaltungskommission des Milchwirtschaftsfonds und habe ungefähr — ich kann es nicht genau sagen — zwischen 84 und 85 Verwaltungskommissionssitzungen mitgemacht, bei denen in jeder Sitzung einstimmige Beschlüsse gefaßt worden sind, mit einer einzigen Ausnahme, wo drei Vertreter der Bundeswirtschaftskammer gegen einen Beschluß gestimmt haben. Alle diese Beschlüsse sind auf Grund des Gesetzes gefaßt worden.

Wenn Sie weiter vorgebracht haben, daß es manchmal gesetzlicher Grundlagen entbehre, wenn Beschlüsse gefaßt wurden, so darf ich darauf folgendes antworten: In jedem Fonds ist ein Staatskommissar, der die Aufgabe hat, die Beschlüsse der Verwaltungskommission auf ihre gesetzliche Grundlage zu prüfen. Stellt er fest, daß mit diesen Beschlüssen irgendwelche gesetzlichen Vorschriften nicht beachtet worden sind, hat er dagegen Einspruch zu erheben. Mir ist bis heute kein Fall bekannt, wo ein solcher Einspruch erfolgt ist.

Nun zum Verwaltungsaufwand des Milchwirtschaftsfonds. Der Verwaltungsaufwand wird ganz separat gedeckt, und zwar nicht durch Bundesmittel, sondern er wird durch eine Umlage in Höhe von 0,37 Prozent des Umsatzes eingehoben. Die Ausgabe auch dieser Beträge wird vom Rechnungshof kontrolliert und auf die Zweckmäßigkeit geprüft.

Es wurde auch der Vorschlag gemacht, preisgeregelter und nicht preisgeregelter Käsesorten aus der Marktordnung herauszunehmen. Herr Abgeordneter Peter, Sie haben bereits richtig erwähnt, daß das automatisch eine Preiserhöhung mit sich bringen würde. Aber es gibt noch andere Schwierigkeiten, die man

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

bei dieser Frage überlegen und ins Kalkül ziehen muß. Bisher ist es so, daß der Fonds die Aufgabe oder auch die Möglichkeit hat, sogenannte Produktionsauflagen zu erteilen. Das heißt, er kann zum Beispiel den Molkeereien auftragen, entweder Käse zu machen oder, falls erforderlich, Butter zu erzeugen. Würde nun die Käseproduktion aus der Lenkungsmöglichkeit beziehungsweise aus dem Marktordnungsgesetz herausgenommen werden, dann bestünde keine Möglichkeit mehr, auf die Erzeugung einzelner Betriebe Einfluß zu nehmen. Würde es sich dann ergeben, daß beispielsweise eine bestimmte Käsesorte besonders preisgünstig zu verkaufen ist, dann würden sich voraussichtlich alle Betriebe auf diese Sorte stürzen, und es würde dann unter Umständen — ich theoretisiere jetzt und überlege, was passieren könnte — eine Knappheit in einer anderen Sparte eintreten.

Es könnte zum Beispiel sein, wenn dem Fonds die Möglichkeit der Produktionsauflage genommen wird, daß wir unter Umständen einen Mangel an Butter hätten. Das ist eine Möglichkeit, die man bei dieser Frage mit ins Kalkül ziehen muß. Man hätte also auch keinen Einfluß auf das Erzeugungsprogramm, und damit könnte die inländische Versorgung, die ja Vorrang hat — und innerhalb der inländischen Versorgung wieder der Vorrang in der Reihenfolge Milch, Butter und Käse —, eventuell gestört werden. Das ist eine Frage, die man sehr genau prüfen und überlegen müßte, wenn solche Forderungen herangezogen werden.

Sie meinten, daß dann der Wegfall der Investitionsbeihilfen ein Vorteil wäre, daß damit 100 Millionen Schilling erspart werden könnten, daß ein Teil der Frachtkosten wegfiel und daß vor allem bei der Prüfung ebenfalls Kosten eingespart werden könnten; letztlich würde das einen Abbau des Dirigismus bedeuten.

Die Frage, ob ein Betrieb investieren darf oder nicht, ist heute immerhin noch im Rahmen des Milchwirtschaftsfonds zu lösen, und zwar deshalb, weil damit die gesamte Strukturbereinigung in der Molkereiwirtschaft in Zusammenhang steht. Würde man dem vollständig freien Lauf lassen, würde man vielleicht das Gegenteil von dem erreichen, was wir in Wirklichkeit bezwecken, nämlich eine Strukturbereinigung innerhalb der Betriebe, eine Spartenteilung bei den Betrieben und damit eine ziemlich erhebliche Kosten senkung.

Untersuchungen haben ergeben, daß beispielsweise ein Butterbetrieb, der unter 2000 kg Butter pro Tag erzeugt, nicht rentabel

ist. Ein Großteil dieser Abteilungen der Betriebe ist nicht hundertprozentig, sondern nur zwischen 25 und 40 Prozent ausgelastet, was natürlicherweise eine Kostenverteuerung mit sich bringt.

Man muß auch diese Frage bei den Überlegungen miteinbeziehen, denn allein bei einer entsprechenden Strukturbereinigung innerhalb der Molkereiwirtschaft rechnen die Fachleute mit erheblichen Einsparungen an öffentlichen Mitteln, weil dadurch der Abgang des Milchwirtschaftsfonds, der aus öffentlichen Mitteln gedeckt wird, wesentlich geringer wäre.

Die Herren Abgeordneten Steiner und Minkowitsch haben Fragen aufgeworfen, die sich im besonderen auf die preisliche Situation der Landwirtschaft beziehen. Man hat immer alle jene Fakten herangezogen, die ein Minus für die Landwirtschaft bringen. Es wurde dabei übersehen, daß es eine Reihe von Fakten gibt, die natürlicherweise auch ein sehr erhebliches Plus für die Landwirtschaft bringen.

Ich darf hier zum Beispiel nur auf die Einnahmen aus der Viehwirtschaft hinweisen und feststellen — und das sage nicht ich, sondern das schreibt das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung —, daß die Mehreinnahmen im ersten Quartal 250 Millionen Schilling ausmachten und daß die Einnahmen der Landwirtschaft aus dem Verkauf von Schweinen, Rindern, Kälbern im zweiten Quartal ebenfalls 250 Millionen Schilling ausmachten. Ich bitte, das im Monatsbericht, Heft 8 aus 1970 nachzulesen. (*Abg. Deutschmann: Herr Minister! Was hat das mit dem Budget zu tun?*) Entschuldigen Sie vielmals! Sie haben uns hier nicht allein die Auswirkungen des Budgets vor Augen geführt, sondern Sie haben generell ... (*Abg. Steiner: Das Minus geben Sie zu! — Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Minus 700 Millionen bei Brot- und Futtergetreide!*) Ja, Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr, gegen Naturereignisse kann weder die Bundesregierung noch ich etwas unternehmen. Hier scheinen vielmehr Ihre Beziehungen zum Petrus nicht ganz zu funktionieren. (*Heiterkeit.*)

Trotz alledem möchte ich doch der Ordnung halber feststellen, daß man nicht nur Negative, sondern auch Positive miteinbeziehen muß, um dann vielleicht die Dinge ziemlich in die Waage zu bekommen. Denn, Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr, wir dürfen doch nicht vergessen — das würde in erster Linie auch für den Herrn Abgeordneten Steiner und auch für den Herrn Abgeordneten Landmann in gleicher Weise gelten —: Besonders im Berggebiet ist die Lage nicht so fürchterlich, wie Sie sie geschildert haben.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

Ich darf Ihnen ganz kurz ins Gedächtnis rufen: Die Durchschnittspreise aller weiblichen Zuchtrinder waren im ersten Quartal um 1372 S, im zweiten Quartal um 849 S und im dritten Quartal um 545 S höher! (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Schleinzer, Öllinger, Weihs!*) Ich habe mein Amt am 22. Mai übernommen. Ich darf Ihnen auch das ins Gedächtnis zurückrufen.

Wir haben sogar — das wird sicherlich den Vertreter Tirols und auch den Vorarlbergs interessieren — die letzten Zuchtviehexporte mit nicht unerheblichen Beträgen gestützt, um einen vollständigen Zusammenbruch, der auf dem italienischen Markt gegeben ist, in irgendeiner Form auszugleichen. (*Abg. Steiner: Da sieht man doch, daß die Viehpreise im Fallen begriffen sind!*) Ja da liegt die Ursache in Italien. Wenn Sie die Viehpreise auf dem Inlandmarkt betrachten, dann sehen Sie nicht einen solchen Niedergang. Um diesen Niedergang auch im dritten Quartal auszugleichen, sind wir eben mit Mitteln beigesprungen, um ein Absinken zu vermeiden. Auch das müßte man zumindest korrekterweise festhalten.

Ich will nicht weitere Zahlen verlesen. Wenn Sie jedoch die Durchschnittspreise bei den Kühen betrachten, dann stellen Sie fest, daß diese im ersten Quartal um 1554 S, im zweiten Quartal noch um 1157 S und noch um über 1000 S im dritten Quartal höher gewesen sind.

Meine Damen und Herren! Sie sehen also, daß es doch eine, wie ich glaube, tragbare Agrarpolitik ist, wenn man versucht, die aus dem Ausland kommenden Einflüsse zu mildern. Niemand weiß, wie lange diese Einflüsse noch anhalten werden. Wir wissen allerdings sehr genau, daß auf Grund der schlechteren Futterverhältnisse in Italien sehr beachtliche Schlachtungen in diesem Lande selbst stattfinden.

Herr Abgeordneter Steiner! Sie sagten unter anderem, daß bei den Milchbauern seit 1965 die gleichen Produzentenpreise gelten. (*Abg. Steiner: Ja!*) Das ist richtig. Sie haben jedoch wieder etwas übersehen: Die Konsumenten zahlen seit 1. Jänner 1967 über den Verbraucherpreis 1 S bei der Milch, um Ihnen die Stützung für Exporte zu ermöglichen. Ich darf darauf verweisen — Herr Abgeordneter Zittmayr weiß das so gut wie ich ... (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Gestrichen! Qualitätsbezahlung!*) Das ist nicht gestrichen worden, Herr Abgeordneter! Ich möchte Sie bitten, sich den Voranschlag genau anzusehen. Dann werden Sie sehen, daß von den Konsumenten — wenn ich das so sagen darf: Sie zahlen sie nicht — die Qualitätsbezahlung

mit 115 Millionen Schilling aus diesen Mitteln erfolgt und daß die Differenz auf 300 Millionen Schilling, also rund 185 Millionen Schilling, für die Subventionierung der Exporte zur Verfügung steht.

Ich glaube, daß man doch auch diese Fragen in die Überlegungen, die hier angestellt wurden, miteinbeziehen soll.

Der Herr Abgeordnete Minkowitsch — ich glaube, das waren Sie, Herr Präsident — hat, wenn ich das richtig verstanden habe, die Frage der Telephonanschlüsse moniert. Die Förderung der Telephonanschlüsse ist meiner Meinung nach in den ländlichen Gebieten eine Notwendigkeit. Das Ressort hat mit der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern 1968 die Aufgabe übernommen, mit der Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung Möglichkeiten der Verbilligung der Anschlüsse, etwa durch Gemeinschaftsbildungen, zu überlegen beziehungsweise zu prüfen. Soweit ich informiert bin, laufen derzeit zwei solcher Modellfälle. Ich bin jederzeit bereit, bei einem vernünftigen Ergebnis dieser Modellfälle alles zu unternehmen und alles zu fördern, was man in dieser Hinsicht tun kann.

Nun zur Frage der Treibstoffverbilligung. Dieses Thema wurde sehr oft angeschnitten. Hier, meine Damen und Herren, muß ich auch einen kleinen Fehler korrigieren: Die zusätzlichen Mittel betragen nicht 40 Millionen, sondern 62 Millionen Schilling. Wir hatten nämlich im Budget 1970 218 Millionen und haben jetzt 280 Millionen.

Auf Grund dieser Tatsache werden wir in der Lage sein, den Punktwert von 75 S um etwas mehr als 90 S zu erhöhen. Wir müssen erst abwarten, wie die Zählungen ausgehen. (*Abg. Steiner: Herr Minister: „auf etwas mehr“!*) Um etwas mehr als 90 S. Das heißt: 91, 92 oder 93 S, Herr Kollege Steiner. (*Abg. Machunze: „auf“! Ihre Darlegung sagte: Sie erhöhen um 90 S!*) Um etwas mehr als 90 S wird der Punktwert betragen. Herr Abgeordneter Machunze! Sie können mir nicht unterschieben, daß ich um 90 S hinaufgehen wollte. Dazu fehlen mir leider Gottes die Mittel. Ich glaube, daß wir diese Zählung abwarten müssen, um dann den effektiven Punktwert berechnen zu können.

Aber ich kann sagen, daß generell bei dem schillingmäßigen Bedarf rund 28 Prozent des Bedarfes damit abgegolten sind. 72 Prozent des Bedarfes abzudecken bin ich auf Grund der Budgetverhältnisse nicht in der Lage.

Nun hat der Herr Präsident Minkowitsch auch noch über die Frage Weinexport und Schutz der Herkunftsbezeichnung ... (*Abg.*

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Welhs

Kern: Meißl war das!) Ich bitte um Entschuldigung, das war der Kollege Meißl. Er hat über die Frage Weinexport und Schutz der Herkunftsbezeichnung gesprochen. Es ist bekannt, daß von seiten des Ressorts eine Weingesetz-Novelle in Ausarbeitung ist, die neben einer schärferen Formulierung der Verschnittregelung auch einen besonderen Schutz für bestimmte Herkunftsbezeichnungen bringen soll. *(Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)*

Darüber hinaus sind wir gerade derzeit in bilateralen Verhandlungen mit Deutschland, daß der Schutz der Herkunftsbezeichnung dort gegeben wird. Denn nur auf Grund dieser sind wir dann in der Lage, entsprechend zollfreie beziehungsweise abschöpfungsfreie Qualitätsweine zu exportieren.

Nun fragte mich der Herr Abgeordnete Steiner wegen der Strohaktion und der Transportaktion. Ich könnte ihm darüber sehr lange und sehr viel erzählen: daß im Jahre 1969 — das können Sie alles nachlesen; ich sage kein einziges Wort, das nicht stimmt — im Budget noch 11,8 Millionen für beide Aktionen enthalten waren und im Budget 1970, das ich zu effektuieren hatte, nichts mehr drinnen war. Aber das nur so am Rande.

Es wurden die Transportkosten nicht auf Grund meiner Ingerenz gestrichen. Sie können mich nicht auf Grund Ihrer Rechnung damit belasten, sondern es war ein Wunsch der Präsidentenkonferenz, diese Maßnahmen auf Besitzaufstockung — Umstellungsaktionen — zu legen. Von unserem Ressort wurde es den Präsidenten freigestellt, aus diesen Mitteln die Beträge dafür zu verwenden. Aber in erster Linie wurden doch diese Aktionen aus den Einnahmen von importierten Futtermitteln, aus dem Futtermittelpreisausgleich gedeckt. Seitdem wir — wie im vergangenen Jahr — eine Bedarfsdeckung auf dem Futtermittelsektor bereits haben, haben wir natürlich auch fast keine Importe und damit verbunden keine Einnahmen aus diesem Titel zu erwarten.

Herr Abgeordneter Steiner! Ich würde Sie bitten, diese Belastungspost, die Sie mir aufgebürdet haben, zu streichen. Dafür kann ich nichts. *(Abg. Steiner: Aber der einzelne Bauer hat das Geld nicht! Unser Präsident in Salzburg ist nicht der Meinung und hat behauptet, daß er die Strohaktionen sehr wohl angezogen und Ihnen einen Brief geschrieben hat!)* Ich darf noch einmal darauf aufmerksam machen, daß es den einzelnen Präsidenten freigestellt wurde, ob sie diese Aktion weiterführen wollen oder nicht. Es liegt also an jedem Präsidenten, in welchem

Ausmaße er diese Aktionen weiter fortführen will.

Im übrigen haben Sie auch zu der Futtergetreide-Preiserhöhung gesprochen. Sie haben gesagt, daß diese Aktion durch die Verengung des Preises zwischen dem Brotgetreide und dem Futtergetreide natürlicherweise den Überschuß an Brotgetreide etwas eindämmen wird. Es war auch der Fall, daß dieser Beschluß einhellig gefaßt wurde und daß — Herr Abgeordneter Steiner, jetzt muß ich wieder etwas richtigstellen — die Erhöhung, die die Bergbauern für das halbe Jahr 1970 zu tragen haben, durch die sogenannte Bergbauernhilfe von 36 Millionen Schilling, die Sie als nicht sehr bedeutend bezeichnet haben, doch einigermaßen abgegolten ist.

Wenn Sie mir noch gesagt haben, daß die Frage der Bergbauern-Sonderaktion nun nicht durchgeführt wurde, daß diesbezüglich nichts vorgesehen ist, dann kann ich nur darauf verweisen, daß diese Bergbauern-Sonderaktionen — wie sie bezeichnet werden — immer wieder aus dem Futtermittelpreisausgleich beziehungsweise aus den Einnahmen aus dem Futtermittelpreisausgleich finanziert wurden. Es ist kein Geheimnis, daß wir auf Grund der heurigen Ernte im nächsten Jahr mit erheblichen Mengen an Importen zu rechnen haben werden. Hier werden dann sicherlich Beträge zur Verfügung stehen, die dann für die eben bestimmten Zwecke verwendet werden können.

Ich darf mich nun einem anderen Kapitel zuwenden. Wenn sich der Herr Abgeordnete Meißl sowie der Herr Abgeordnete Landmann mit der Frage des ländlichen Raumes und der Einkommensverhältnisse im ländlichen Raum beschäftigt haben, so darf ich darauf erwidern, daß zur Erschließung des ländlichen Raumes in erster Linie der Grüne Plan zur Verfügung steht. Denn dort haben wir nicht nur die Beträge für die Verkehrserschließung, dort haben wir nicht nur die Beträge für die Elektrifizierung drinnen, sondern wir haben sie für eine Reihe von Maßnahmen — für Alm- und Weidewirtschaft und ähnliche Dinge —, die eben notwendig sind, um diesen ländlichen Raum gerade im Berggebiet zu erschließen.

Bei grober Schätzung sind für die Berggebiete rund 280 Millionen Schilling im Jahre 1971 für diese Zwecke als Beihilfe zur Verfügung gestellt. Es ist bekannt, daß das Wort „Beihilfe“ natürlich schon entsprechende andere Beträge mitaktiviert, sodaß das Volumen letztlich wesentlich größer ist als der Betrag, der im Grünen Plan vorhanden ist.

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

Ich meine auch, daß der Grüne Plan gar nicht so schlecht ist, wie einige Abgeordnete gesagt haben. Denn im ersten Jahr der vorigen Alleinregierung — im Jahre 1966 — waren 579,5 Millionen Schilling im Grünen Plan enthalten. Im ersten Jahr der derzeitigen Bundesregierung scheinen immerhin 810 Millionen Schilling im Grünen Plan auf.

Ich gebe noch eines zu bedenken, was die Damen und Herren vielleicht nicht ins Kalkül gezogen haben: Sollte eine konjunkturelle Abschwächung eintreten und sollte sich dadurch eine gewisse Arbeitslosigkeit abzeichnen, so sind gerade für Zwecke des Grünen Planes in dem Konjunkturausgleichsbudget weitere 151 Millionen Schilling enthalten, die man dann, entsprechend den Notwendigkeiten, restlos für die angeführten Zwecke verwenden kann.

Ich habe eine Frage des Herrn Abgeordneten Meißl noch nicht beantwortet, der mich wegen der Transparenz des Vergabewesens angesprochen hat. Ich habe schon erklärt: Damit in Zukunft jedermann weiß, wofür er welche Beträge als Förderung oder als Kredit anfordern kann, werden diese Richtlinien in Kurzfassung bei den Gemeindeämtern angeschlagen, und in jedem Bürgermeisteramt wird das komplette Paket der Richtlinien zu finden sein, sodaß, wie ich glaube, es in Zukunft niemanden geben kann, der erklärt: Ich weiß nicht, für welche Zwecke ich Beträge anfordern kann beziehungsweise für welche Programme Mittel des Ressorts zur Verfügung stehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der Herr Abgeordnete Meißl hat auch noch gefragt, was eigentlich in den Entwicklungsgebieten geschehe. Dazu darf ich doch auf folgendes verweisen:

Wir haben heute schon eingangs festgestellt, daß die Agrarpolitik nicht isoliert zu betrachten ist, sondern daß sie im Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik zu sehen ist. Das heißt mit anderen Worten, daß man solche Entwicklungsgebiete nicht nur allein von der agrarischen Seite her betrachten muß, sondern daß diese Gebiete auch als Region natürlicherweise auch mit anderen wirtschaftlichen Möglichkeiten angesehen werden müssen. Eine befriedigende Lösung solcher Problemgebiete tritt wirklich nur dann ein, wenn man gleichzeitig versucht, auch durch industrielle und gewerbliche Betriebe solche Zentren zu bilden, daß man einen Nebenerwerb schaffen kann und daß man zum Beispiel in den Berggebieten durch entsprechende Investitionen für Fremdenzimmer in den einzelnen Bauernhöfen zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten schaffen kann. Ich glaube, daß auf diesem Sektor, wie man heuer bei dieser Explosion des

Fremdenverkehrs feststellen konnte, noch sehr, sehr große Chancen bestehen. Nicht jedermann weiß, daß auch dazu Mittel zur Verfügung stehen.

Man darf dabei nicht vergessen, daß, wenn Interessentenbeiträge für die Wege, die dann zu den einzelnen Höfen führen, bezahlt werden müssen, dann selbstverständlich auch Einnahmen kommen, wenn die Fremden diese Wege benützen und in diesen Häusern — wie sich das immer mehr zu entwickeln scheint — ihren Urlaub verbringen.

Ich glaube, daß wir diesbezüglich auf einem sehr richtigen und vernünftigen Weg sind, den man weiterverfolgen sollte. Nur sind eben, wie gesagt, alle diese noch ausstehenden großen Problemkreise nur schrittweise zu lösen, weil wir auch nur schrittweise das Geld dafür zur Verfügung haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Heinz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Heinz** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die heutige Debatte zum Kapitel Landwirtschaft gibt mir Gelegenheit, kurz einige Probleme auf dem Gebiete der Versorgung mit Fleisch, Obst und Gemüse, soweit sie in die Kompetenz des Landwirtschaftsministers fallen, aufzuzeigen.

So waren zum Beispiel in den letzten Jahren vor allem in den westlichen Gebieten Österreichs immer wieder Versorgungsschwierigkeiten bei Fleisch, Obst und Gemüse aufgetreten. Die Interessenvertretungen der Dienstnehmer, Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund, haben immer wieder auf diese Unzukömmlichkeiten bei den zuständigen Stellen sowohl hier in Wien als auch in den Landeshauptstädten draußen hingewiesen und gebeten, Abhilfe zu schaffen.

Die wirtschaftliche Struktur Vorarlbergs hat zur Folge, daß es ein ausgesprochenes Zuschußgebiet für Schlachtvieh ist. Etwa drei Viertel des Jahresbedarfes muß aus dem Osten Österreichs und aus dem Auslande eingeführt werden.

Eine besonders starke Nachfrage ist jeweils in den Monaten Juli und August wegen der Hochsaison im Fremdenverkehr festzustellen. Hier sind die Ansprüche, die vom Fremdenverkehr auf diesem Sektor gestellt werden, besonders groß.

Heuer ist es nun durch eine vorsorgliche Import- und Einlagerungspolitik des Landwirtschaftsministeriums und des Viehverkehrsfonds bei Schlachtrindern und Schlachtschweinen möglich gewesen, den jeweiligen Bedarf

1686

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Heinz

zu decken. Auch für die kommenden Feiertage ist eine gesicherte Versorgung bei diesen Fleischsorten gewährleistet.

Damit wird nun auch auf die Versorgungssituation in den westlichen Zuschußgebieten Rücksicht genommen, während in den früheren Jahren Importbeschränkungen ausschließlich nach der Marktlage in den wichtigen Aufbringungsgebieten im Osten Österreichs verhängt wurden.

Schwieriger gestaltet sich die Versorgung mit Schlachtkälbern, da nicht immer die erforderlichen Importe infolge ähnlicher Schwierigkeiten auf den ausländischen Märkten erfolgen können. Leider wurde diese Situation in den letzten Jahren noch durch die Freigabe heimischer Schlachtkälber zum Export verschärft, wodurch sich, wie gesagt, die Versorgungssituation im Inland ebenfalls verschärfte. Es wären — ich glaube, das ist heute schon in der Debatte angeklungen — im Hinblick auf die angestrebte Umstrukturierung in der Landwirtschaft noch Möglichkeiten, die es meines Erachtens zu nützen gilt.

Hinsichtlich der Versorgung mit Obst und Gemüse gilt ähnliches. Auch hier wurden in den letzten Jahren Importbeschränkungen nach der Marktlage in den wichtigen Aufbringungsgebieten im Osten Österreichs verhängt, während nur zu oft die jeweilige Versorgungssituation in den westlichen Bundesländern keine Berücksichtigung gefunden hat. Solche Importbeschränkungen bedeuteten zwangsläufig in den Zeiten der Nachfragespitze eine Verknappung des Angebotes und damit verbunden unerwünschte Preissteigerungen.

Es war daher naheliegend, daß Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund in den vergangenen Jahren immer wieder auf Landesebene eine Lockerung in der Form angestrebt haben, daß der Landwirtschaftsminister die Landeshauptmänner in den in Betracht kommenden Bundesländern auf dem Delegierungswege ermächtigt, entgeltliche Rechtsgeschäfte über die Einfuhr von Schlachtschweinen, Schlachtkälbern, Obst und Gemüse zu genehmigen. Diese Delegierungsermächtigungen sollten unbeschränkt gelten und nicht durch fallweise Importbeschränkungen des Landwirtschaftsministeriums außer Kraft gesetzt werden.

Leider haben sich seitens des Verfassungsdienstes beim Bundeskanzleramt gegen die Erlassung einer solchen Verordnung, mit der also die Landeshauptmänner ermächtigt werden sollten, Einfuhrbewilligungen für Obst und Gemüse auszustellen, sofort verfassungsrechtliche Bedenken ergeben. Nach Auffassung des Verfassungsdienstes würde eine solche

Verordnung zur Rechtsunsicherheit führen, weil der Landeshauptmann dem Bundesminister gleichgeordnet wäre und seine Zuständigkeit von Umständen abhängig wäre, die sich der Kenntnis der Parteien entziehen. Es wurde vom Verfassungsdienst gesagt, die Antragsteller wüßten nie, ob die Erledigung eines Antrages noch durch den Umfang der Ermächtigung des Landeshauptmannes gedeckt ist oder nur durch das Bundesministerium erfolgen könnte. Und dies wiederum würde der Forderung einer klaren Zuständigkeitsverteilung widersprechen.

Ebenso unmöglich erwies sich aus der derzeitigen Rechtslage auch eine Delegierung der Landeshauptmänner zur Ausstellung von Einfuhrbewilligungen für Schlachtschweine und Schlachtkälber. Nach dem dafür in Frage kommenden Marktordnungsgesetz bedürfen die Einfuhren solcher Waren der Bewilligung des Viehverkehrsfonds. Eine Delegierung könnte demnach nur im Einzelfalle, und zwar erst nach Beschlußfassung durch die Verwaltungskommission des Viehverkehrsfonds, erfolgen.

Trotz dieser rechtlichen Schwierigkeiten, die ich hier aufgezeigt habe, ist Landwirtschaftsminister Dr. Weihs mit einem Erlaß vom 16. Juli 1970 der von uns angestrebten Lockerung bei der Versorgung mit Obst und Gemüse entgegengekommen. Dieser Erlaß des Landwirtschaftsministers ermächtigt die bei den Landesregierungen bestellten funktionellen Organe, für bestimmte Obst- und Gemüsesorten in einer mengenmäßig festgesetzten Höhe Einfuhrbewilligungen auszustellen, um damit lokale Versorgungsschwierigkeiten auf dem Frischmarkt zu beheben.

Nachdem dieser Erlaß mit 31. Oktober 1970 außer Kraft getreten ist, geht unser Ersuchen an den Landwirtschaftsminister dahin, auch für 1971 eine solche Dienstanweisung zu erlassen, damit auch im kommenden Jahr bei lokalen Versorgungsengpässen bei Obst und Gemüse auf Landesebene sofort Einfuhrbewilligungen erteilt werden können.

Im Zusammenhang mit der Versorgung der westösterreichischen Märkte aus der inländischen Produktion möchte ich daran erinnern, daß wir 25 Jahre nach Kriegsende noch immer zuwenig Kühlwaggons und Kühlaautos besitzen, um so leichtverderbliche Ware zeitgerecht und in befriedigender Qualität anzuliefern. Die Verteiler bedienen sich heute für die lange Strecke von den östlichen Erzeugungsgebieten bis zu den Absatzmärkten vor dem Arlberg vielfach nur gewöhnlicher Lastkraftwagen, sodaß die transportierten Kirschchen, Erdbeeren, Marillen, Tomaten und andere Früchte oft nicht mehr im besten Zustand auf den Märkten angeliefert werden.

Heinz

Dazu kommt noch ein verhältnismäßig hoher Transportkostenanteil. So betragen zum Beispiel bei 1 kg Tomaten die Transportkosten vom Burgenland nach Vorarlberg 70 Groschen, für die Steigen noch weitere 70 Groschen Verpackungskosten, also insgesamt 1,40 S.

Unter diesen Umständen war es nicht verwunderlich, daß gleichzeitig mit diesen Lockerungsbemühungen in der Versorgung mit Obst und Gemüse auch die Aufhebung der Bagatellverordnung gefordert wurde.

Bei dieser Bagatellverordnung geht es um folgendes: Ursprünglich wurde im Rahmen des Außenhandelsgesetzes die Einfuhrfreiheit für entgeltliche Rechtsgeschäfte, sofern der Wert 500 S nicht überstieg, festgelegt. Diese bis 1968 gültige Regelung ermöglichte die Einfuhr von Obst und Gemüse aus dem Ausland bis zum Werte von 500 S ohne Einfuhrbewilligung, was von den Bewohnern in den westlichen Bundesländern, vor allem im kleinen Grenzverkehr, gerne ausgenutzt wurde.

Leider wurde diese Gesetzesbestimmung von Importeuren auf dem landwirtschaftlichen Sektor mißbräulich angewendet. Man hat in Form von Sammelsendungen Obst und Gemüse aus dem EWG-Raum importiert und dazu noch meistens zu Zeiten, in denen auf Grund der inländischen Ernte diese Waren mit einer Einfuhrsperre belegt waren. Waggonweise ist so zweitklassige Ware, vor allem aus dem Raum München, auf den österreichischen Märkten aufgetaucht.

Dieser Mißbrauch der 500-Schilling-Freigrenze und die spätere Erhöhung der Einfuhrfreigrenze von 500 S auf 1000 S bei der Neufassung des Außenhandelsgesetzes im Jahre 1968 veranlaßte damals das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, nicht zuletzt auch unter dem Druck der Handelskammern, verschiedene Obst- und Gemüsesorten der Bewilligungspflicht nach dem Außenhandelsgesetz, auch wenn deren Wert 1000 S nicht übersteigt, zu unterwerfen. Damit wurde die Einfuhr dieser Obst- und Gemüsesorten im kleinen Grenzverkehr an eine Bewilligung gebunden und damit praktisch unterbunden; es sind also hier praktisch keine Einfuhren mehr getätigt worden.

Die frühere Einfuhrfreiheit im begrenzten Rahmen bei Obst und Gemüse wiederherzustellen, ist daher nach wie vor Anliegen der Dienstnehmerorganisationen, vor allem in den westlichen Bundesländern. Eine gänzliche oder teilweise Aufhebung der Bagatellverordnung sollte deshalb vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft neuerlich geprüft werden.

In dieses Budgetkapitel fällt auch die mangelhafte Inlandskontrolle in verschiedenen Bundesländern nach dem Qualitätsklassengesetz. Wir sind uns dabei bewußt, daß der Aufbau einer wirksamen Inlandskontrolle zur Einhaltung der Qualitätsvorschriften wegen personeller und budgetärer Probleme sehr schwierig ist. Neben dem Großhandel gibt es in Österreich über 30.000 Detailgeschäfte, was naturgemäß einen großen und arbeitsaufwendigen Einsatz der Kontrollorgane erfordert.

Trotzdem fordern wir das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft auf, für die Einschulung von Inlandskontrollorganen Sorge zu tragen, weiters wie bisher in Koordinierungsgesprächen mit Ländervertretern auf einen verstärkten Einsatz der Inlandskontrollorgane einzuwirken und zur Erhöhung der Wirksamkeit diese Länderbesprechungen zu intensivieren.

Nur so wird es möglich sein, den Bemühungen des Qualitätsklassengesetzes mit den in der Zwischenzeit erlassenen Verordnungen Rechnung zu tragen. Wir sind auch der Meinung, daß weitere Qualitätsklassenverordnungen in Zukunft notwendig sein werden.

Meine Damen und Herren! Wenn sich auch die heutige Landwirtschaftsdebatte in erster Linie mit Fragen des Wirtschaftswachstums, der Strukturveränderungen, dem Subventionsystem und anderen Dingen beschäftigt, so ersuche ich doch den Herrn Bundesminister und das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, auch weiterhin den Fragen einer wirksamen und raschen Marktversorgung sein Augenmerk zu schenken. Die Wirtschaftsprognosen für 1971, nicht zuletzt auch jene des Leiters des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, Professor Nemschak, warten mit unerfreulichen Details hinsichtlich der Entwicklung der Verbraucherpreise auf. Es sollte deshalb von den zuständigen Stellen der Landwirtschaft alles unternommen werden, damit nicht im kommenden Jahr durch Versorgungsengpässe unerwünschte Preissteigerungen entstehen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kern. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Kern** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst einmal auf einige Sätze, die mein Vorredner hier gesprochen hat, eingehen, und zwar hat er besonders auf die positive Auswirkung der Fleischeinlagerung hingewiesen. Ich kann das nur unterstützen. Ich möchte seine Worte nur insofern einschränken, als er gemeint hat, daß das erst

1688

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Kern

im heurigen Jahr so gewesen wäre. Ich möchte doch vermerken, daß das auch in den vergangenen Jahren — Gott sei Dank — so war auf Grund des Bestehens der Marktordnung.

Wir wollen nur hoffen, daß auch in Zukunft diese Möglichkeit besteht. Es ist nun einmal so, daß die landwirtschaftliche Produktion nicht gleichmäßig das ganze Jahr anfällt, sondern daß es also eben manchmal größere Beschickungen gibt. Damit hat man die Möglichkeit, durch Einlagerungen und durch spätere Auslagerungen auch ein doch einigermaßen entsprechend gleiches Angebot zu garantieren.

Bezüglich der Kälber ist zu sagen: Ich kann mich nicht erinnern, daß in den letzten Monaten oder Jahren Kälber exportiert worden wären. Es ist de facto so, daß sich auf Grund der Entwicklung — und nicht nur in Österreich —, die ja damit zusammenhängt, daß der Kuhbestand auf Grund der höheren Milchleistungen eingeschränkt werden muß, eben weniger Kühe weniger Kälber ergeben. Aus diesem Grund gibt es daher auch diese Auswirkung auf diesem Gebiet.

Kollege Pfeifer hat hier moniert, daß an der unzulänglichen Landwirtschaftsgesinnung, die Präsident Minkowitsch einleitend auch angezogen hat, die Agrarpolitik der ÖVP schuld wäre. Herr Kollege Pfeifer! Ich werde mir dann erlauben, im Verlaufe meiner Ausführungen — er ist leider Gottes jetzt nicht da — gerade auf dieses Problem näher einzugehen.

Ich möchte nur eines sagen, weil er gerade in diesem Zusammenhang mehrmals den Ausdruck „freischaffende Bauern“ verwendet hat. Ich fürchte, daß, wenn man dieses Wort „freischaffend“, das man bis dato ja nur für die Künstler verwendet hat, auf die Bauern anwendet, dann unter Umständen, wenn die Sozialisten sehr lange Zeit hätten, Agrarpolitik zu machen, wir dann vom „freischaffenden“ Bauern als Lebenskünstlern reden müßten. Sie wissen alle ganz genau, was Lebenskünstler sind.

Zum Wunschenken der Bauern. Herr Kollege Pfeifer! Ich sollte Ihnen nicht sagen müssen, welcher Strukturwandel in den letzten Jahren und Jahrzehnten sich in unserer Landwirtschaft ergeben hat. Wenn Sie hier sagen, daß die Landwirte, also die Bauern, ihrem Wunschenken noch immer huldigen, daß sie also das, was sie bis jetzt in ihrem Betrieb an Betriebsgrößen und so weiter haben, nicht verändern wollten, so möchte ich Ihnen sagen: Das geht denn doch vollkommen daneben.

Es sind in den letzten Jahrzehnten an die 500.000 Arbeitskräfte abgewandert. Ich möchte

dem gegenüberstellen, daß heute vormittag Kollege Zeillinger darauf hingewiesen hat, was an konservativer Einstellung es heute in anderen Bereichen gibt. Das möchte ich hier dazu gesagt haben.

Und nun zu meinem Hauptthema, über das heute zu sprechen ich mir vorgenommen habe: Landwirtschaftsgesinnung oder bäuerliche Gesinnung der SPÖ-Minderheitsregierung.

Meine Damen und Herren! Ich habe hier die Budgetrede 1971 des Herrn Ministers Androsch und ich habe hier die Budgetrede des Herrn Finanzministers Professor Stephan Koren, gehalten im vergangenen Herbst, vor der Budgeterstellung 1970.

Hier ist also für das Kapitel Landwirtschaft folgendes festzuhalten. Ich zitiere die Aussagen dieser beiden Minister. Ich möchte nur die letzten Sätze zitieren. Damals stellte also Herr Minister Professor Koren fest: „Der gesamte Sachaufwand im Kapitel Landwirtschaft im Voranschlagsentwurf 1970 erreicht 2065 Millionen Schilling, um 131 Millionen Schilling mehr als 1969. Der Grüne Plan ist mit 780 Millionen dotiert, wobei besonders die Mittel für Zinsenzuschüsse um rund 15 Prozent erhöht wurden. Zusätzlich wurde für das landwirtschaftliche Strukturverbesserungsgesetz vorgesorgt und ebenso für den Weinwirtschaftsfonds.“ — Ohne Kommentar!

Und nun die letzten Sätze der Ausführungen des Herrn Ministers Androsch zum gleichen Thema: „Insgesamt stehen der Landwirtschaft für 1971 an Förderungsmitteln, aus Mitteln des Grünen Planes, an Preisstützungen netto und an Zuschüssen zur bäuerlichen Sozialversicherung 4520 Millionen zur Verfügung.“

Ich möchte festhalten: Es ist das erstemal, daß ein Finanzminister hier unter Schwerpunkten für Land- und Forstwirtschaft festhält, daß hiezu, also zu den Mitteln für die Landwirtschaftsförderung, auch die Mittel aus dem Sozialbudget gehören und daß hiezu auch die Mittel für den Preisausgleich gehören. Es ist das erste Mal. Ich möchte ganz besonders darauf hingewiesen haben. Denn diese Tatsache, daß man immer wieder hier diese Dinge vermischt, sie nicht klar und deutlich ausspricht, führt leider Gottes dazu, daß in der Öffentlichkeit die Meinung besteht oder bestehen muß, die Landwirtschaft wäre der Hauptempfänger von Subventionen oder von Förderungsmitteln.

„Die Bundesregierung sieht die Aufgabe einer modernen Agrarpolitik in der Verbesserung der Einkommenslage der in der Landwirtschaft Beschäftigten durch alle mit dem wirtschaftlichen Gesamtkonzept in Einklang stehenden Maßnahmen.“ Soweit die Einleitung

Kern

der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky am 27. 4. dieses Jahres betreffend Agrarpolitik.

Und man könnte hiezu sagen — es hat unlängst Kollege Müller diesen Satz geprägt —: Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube! Ich brauche darauf nicht näher einzugehen. Meine Herren Vorredner haben hiezu schon einiges gesagt, inwieweit also durch Preissteigerung bei den Produktionsmitteln, durch die völlig überflüssige Milchpreissenkung ab 1. Juli, mit neuen Belastungen, Dieselölpreiserhöhung und letzten Endes auch durch zu geringe Dotierung der Mittel im Agrarbudget derzeit eine wesentlich schwierigere Situation für die Landwirtschaft besteht.

Ich möchte aber dazu ganz besonders jetzt einen Umstand anführen, der mir sehr stark aufgefallen ist, nämlich die Tatsache, daß erstmals eine Regierung vor der Budgeterstellung einen Bericht über die Förderungsmittel in einem vergangenen Jahr dem Hohen Hause vorgelegt hat. Ich glaube, daß dieser Umstand, also die Vorlage dieses Subventionsberichtes, letzten Endes vielleicht auch doch als Alibi dafür, daß man eben der Landwirtschaft diesbezüglich in Zukunft weniger Förderungsmittel geben möchte, diene.

Ich möchte also auf diesen Bericht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz kurz zu sprechen kommen. Es wurde uns dieser Bericht vor einigen Wochen — es war Ende Oktober — übermittelt. Wenn man ihn ansieht — es ist ein sehr umfangreicher Band —, so stellt man sich unwillkürlich die Frage: Was ist mit diesem Bericht eigentlich beabsichtigt? Denn der Bericht selbst gibt darüber keinerlei Auskunft, er enthält keinerlei Erläuterungen, nur eine Unzahl von Tabellen. Diese sind auf der ersten Seite nach der Zuständigkeit der Bundesministerien zusammengefaßt.

Die Zusammenfassung ergibt, daß 1969 von insgesamt 5,2 Milliarden Schilling an Subventionen oder Förderungsmitteln 4,3 Milliarden oder 83 Prozent in den Zuständigkeitsbereich der Land- und Forstwirtschaft fallen. Der uneingeweihte Leser muß den Eindruck bekommen, daß die Landwirtschaft den Löwenanteil an den Förderungsmitteln erhalten hat.

Nun könnte man sagen, daß die Regierung bloß formal nach den Ansätzen im Budget vorgegangen wäre und daß sie sich an die Begriffe in den Erläuternden Bemerkungen zum Bundesfinanzgesetz gehalten hätte und einfach die Förderungsausgaben als Subventionen deklariert hätte. Ich darf ganz kurz auf diese Erläuternden Bemerkungen hinweisen.

In den Erläuterungen zum Bundesfinanzgesetz 1969 steht auf Seite 29:

„Unter ‚Förderungsausgaben‘ sind Darlehen und Zuschüsse an Dritte zur Erfüllung wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und sportlicher Aufgaben veranschlagt.“

Demnach gibt es dreierlei Arten von Förderungsausgaben oder Subventionen, nämlich solche auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen, weiters Ermessenskredite in Form von begünstigten Darlehen und Ermessenskredite in Form von Zuschüssen.

Der vorliegende Bericht aus dem Jahre 1969 berücksichtigt nun die Ermessenskredite in Form von Darlehen überhaupt nicht. Der Bericht ist bei der Wiedergabe von Förderungsausgaben in Form gesetzlicher Verpflichtungen und in Form von Zuschüssen äußerst lückenhaft und willkürlich.

Ich darf hier einige Beispiele anführen. Laut Bundesrechnungsabschluß für das Jahr 1969 fehlen folgende Förderungsausgaben:

Ansatz 1/15304 Aufwand nach dem Krankenanstaltengesetz rund 160 Millionen Schilling, Beiträge zum Anleihendienst der Wohnbaufonds (Zinsen) im Betrag von über 111,5 Millionen Schilling, Beiträge zum Anleihendienst der Wohnbaufonds (Tilgung) 67.550.000 S. Diese Liste geht so weiter. Ich möchte Ihnen ersparen, das alles aufzuzählen.

Insgesamt fehlen also, wenn man diese Vorgangsweise, die hier bei der Erstellung des Berichtes verfolgt wurde, berücksichtigt, 1,4 Milliarden, das sind 26 Prozent der gesamt ausgewiesenen Mittel im Ausmaß von 5,2 Milliarden Schilling. Das heißt, statt 5,2 müßten es insgesamt 6,5 Milliarden Schilling sein. Soweit also, meine sehr geehrten Damen und Herren, die „Korrektheit“ dieses Berichtes.

Da dieser Bericht natürlich von der Öffentlichkeit wertend betrachtet wird, das heißt die Zurechnung der aufgezeigten Förderungsausgaben zum Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft schon bedeutet, daß die Landwirtschaft die alleinige Nutznießerin dieser Förderungsmittel ist — so wird es gesehen —, muß ich Sie, Herr Minister, fragen: Ist Ihnen das nicht aufgefallen? Sie als zuständiger Ressortchef, der Sie die Interessen der Landwirtschaft und der Bauernschaft zu vertreten haben, hätten doch Ihre Herren Ministerkollegen und den Herrn Bundeskanzler darauf aufmerksam machen müssen, daß dieser Bericht in der Öffentlichkeit einen ausgesprochen falschen, negativen Eindruck machen muß. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich zitiere den „Kurier“ vom 28. Oktober 1970. Das war an

Kern

dem Tag, nachdem dieser Bericht im Minister- rat vorgelegt und zum Beschluß erhoben wor- den ist. Im „Kurier“ steht:

„Nur Agrarier ließen ‚Federn‘. Subventions- ersparnis bloß ‚halb echt‘.

... so stellt sich jetzt heraus, daß Doktor Androsch nur rund 500 Millionen — und zwar bei den Agrariern — echt einsparen konnte, während 400 Millionen bloß im Subventions- topf umverteilt wurden.

Zum erstenmal kennt man jetzt wenigstens alle Subventionsempfänger und das genaue Ausmaß der Zuwendungen. Dr. Androsch legte nämlich dem Ministerrat Dienstag eine genaue Subventionsbilanz vor. Allein die Addition aller Einzelsummen nahm zwei Stunden in Anspruch. Insgesamt wurden 1969 über das Budget 5,2 Milliarden Schilling hiefür ausge- schüttet. Größter ‚Kunde‘: die Landwirtschaft mit rund 4,3 Milliarden Schilling. Davon büßt sie allerdings nächstes Jahr rund 500 Mil- lionen ein.“

Soweit, meine Damen und Herren, der Kommentar des „Kuriere“ zu diesem so- genannten Subventionsbericht.

Sie, Herr Minister, können doch nicht — so wie dies im „Kurier“ auf Grund der Ver- öffentlichung dieses Berichtes angenommen worden ist, ich sage angenommen werden mußte — der Meinung sein, daß zum Beispiel die Mittel für die Wildbachverbauung, die Mittel für die Lawinerverbauung und die Mittel für die Gewässerregulierung, im Aus- maß von über 600 Millionen Schilling in diesem Bericht aufgezeichnet, Subventionen für die Landwirtschaft sind. Sie wissen so gut wie wir alle, daß diese Mittel dazu da sind, um die Gesamtbevölkerung vor Un- wetterschäden, vor Hochwässern und vor Lawinenniedergängen zu schützen.

Sind Sie, Herr Minister, nicht auch der Auffassung, daß beispielsweise die Mittel des Grünen Planes, soweit sie für den Güterwege- bau verwendet werden, doch dazu dienen, um den Fremdenverkehr entsprechend zu för- dern? Und sind Sie, Herr Minister, nicht auch der Meinung, daß die Preisausgleiche, die den größten Brocken beinhalten — und damit komme ich auf das zurück, was ich schon ein- gangs gesagt habe —, doch zu einem Teil, ich möchte sagen, zu einem überwiegenden Teil — darüber kann man natürlich streiten — den Konsumenten zugute kommen und nicht den Bauern, wie dies immer wieder und noch immer in der Bevölkerung gemeint wird?

Ich darf vielleicht ganz kurz hiezu die Stellungnahme des Wirtschaftsforschungs- institutes, das im Jahre 1968 eine Studie über

diese Preisausgleiche erarbeitet hat, zur Kenntnis bringen und mit Genehmigung des Herrn Präsidenten ganz kurz einige Gedanken zitieren. Hier wird geschrieben:

„Den größeren Vorteil von der Subven- tionierung hat, wer auf Preisänderungen weniger elastisch reagiert. Unter den der- zeitigen österreichischen Verhältnissen strenger Reglementierung des Außenhandels und des Preisausgleiches folgt auf Grund der er- rechneten Elastizitäten, daß von den öffent- lichen Mitteln, soweit sie den im Inland ver- kauften Mengen“ — gemeint ist die Milch — „zugerechnet werden können, rund 70 Prozent den Verbrauchern und rund 30 Prozent den Erzeugern zugute kommen.“

Anders verhält es sich natürlich bei den Exportmengen, wo die Situation natürlich anders ist. Ähnlich ist es auch beim Brot- getreide, aber wenn ich die Preisausgleiche bei Zucker hernehme, die dazu dienen, um einen gleichmäßigen Zuckerpreis in ganz Österreich zu garantieren, wo die Fracht damit bezahlt wird. Man kann daher nicht sagen, daß diese Mittel den Bauern oder der Land- wirtschaft zugute kommen, wie das in diesem Bericht, wenn auch nicht beabsichtigt, zum Ausdruck kommt.

Auf diese bekannten und im Parlament sehr oft aufgezeigten Tatsachen nimmt dieser Bericht der Regierung überhaupt keine Rück- sicht. Da dieser Bericht in keiner Weise er- klärt, was die Regierung unter Subvention überhaupt versteht, andererseits durch die Vorlage desselben Neidkomplexe geweckt werden, ich möchte sagen geweckt werden müssen, muß ich denn doch als bäuer- licher Vertreter — nennen Sie es Notwehr — Sie, Herr Minister, fragen, wie Sie zu ein- zelnen Zuschüssen, die der Staat gewissen Körperschaften gibt, Stellung nehmen, ob auch Sie diese Zuschüsse als Subvention betrachten.

Im Jahre 1969 hat der Bund für Wohnungs- bau, Wasserversorgung, Kanalisationsanlagen 3,6 Milliarden Schilling ausgegeben. Die Bun- desbahnen erhielten für ihre Pensionslasten einen Zuschuß von 1,7 Milliarden Schilling; außerdem wurde ihr Defizit von einer Mil- liarde durch den Staat abgedeckt. Ab 1970 bekommen die Bundesbahnen als Abgeltung für ihre Sozial- und Subventionstarife 350 Mil- lionen. Auch hier könnte ich noch fortsetzen.

Herr Bundesminister! Ich glaube, daß man diese Dinge denn doch so sehen sollte, daß hier nicht ein falscher Eindruck entstehen kann.

Herr Bundesminister! Ich habe Sie bereits im Finanzausschuß bei Beratung des Kapitels Land- und Forstwirtschaft gefragt, ob Sie

Kern

bereit sind, eine Überprüfung dieses Berichtes anzuordnen, und Sie haben mir damals auch zugesagt.

Ich frage Sie heute, Herr Minister: Bis wann werden Sie in der Lage sein, dem Ministerrat und dann dem Parlament das Ergebnis dieser Überprüfung vorzulegen?

Wir sind durchaus für die Vorlage eines Subventionsberichtes, wir haben absolut nichts dagegen. Dieser müßte aber einen klaren, wissenschaftlich anerkannten Subventionsbegriff zum Inhalt haben, es müßten außerdem alle Zuwendungen des Staates an andere ausgewiesen werden. Unter diesen Umständen werden wir ohne weiteres für die Vorlage des nächsten Subventionsberichtes stimmen beziehungsweise bereit sein, diesen positiv aufzunehmen.

Herr Minister! Ich kann Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, daß dieser vorgelegte Bericht mangelhaft, willkürlich und daher unobjektiv ist. Mit der Vorlage dieses Berichtes hat die Regierung unter dem Deckmantel einer bloß formalen Aufzeichnung offenbar manipuliert. Der Grund — so muß angenommen werden — liegt darin, wie ich schon gesagt habe, ein Motiv, ein Alibi für die Kürzungen im Agrarbudget zu haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun darf ich einen Entschließungsantrag zur Kenntnis bringen und motivieren.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Kern und Genossen betreffend Maßnahmen zur Regelung der Preise für landwirtschaftliche Produkte.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zur Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens insbesondere auf dem Milchsektor durch Anhebung des seit 1965 gleich gebliebenen Erzeugermilchpreises und vollständigen Abbau des Milchkrisengroschens zu ergreifen, damit die großen Kaufkraftverluste und die gestiegenen Betriebskosten ausgeglichen werden.

Es haben mein Kollege Steiner und andere Kollegen bereits auf die derzeitige wirtschaftliche Situation, die sich in den letzten Jahren besonders schwierig gestaltet hat, hingewiesen. Ich möchte ganz besonders noch darauf verweisen, daß bekanntlich die Milchproduktion in erster Linie unseren Bergbauern vorbehalten bleibt und bleiben muß und daß die Bergbauern fast keine Möglichkeit haben, auf andere agrarische Produkte umzusteigen, wie das meinetwegen im Flachland doch der Fall sein kann.

Seit dem Jahre 1965 erfolgte beim Milchproduzentenpreis keine Änderung, und inzwischen — auch das ist schon gesagt worden — wurde durch den Kaufkraftverlust der Milchgroschen insgesamt gesenkt.

Ich möchte besonders die Kollegen von der Freiheitlichen Partei, aber natürlich auch die Kollegen von der linken Seite des Hauses ersuchen, hier ihre Zustimmung zu geben beziehungsweise uns hier entsprechend zu unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend darf ich ganz kurz einiges zu dem sagen, was Herr Minister Weihs in seiner Wortmeldung moniert hat.

Herr Minister Weihs hat darauf hingewiesen, daß die Frage der Entwicklung der Preise doch nicht so schlecht wäre, weil es Sparten gebe, wo — und das bestätige ich — in der letzten Zeit Preisverbesserungen eingetreten sind, insbesondere bei Schlachtrindern, zum Teil auch bei Zuchtrindern. Er hat Zahlen genannt, er hat hier von insgesamt 500 Millionen, 250 im ersten und 250 im zweiten Quartal, gesprochen.

Herr Minister! Auch hier muß man alles in allem sehen. Man muß hier mitberücksichtigen, daß die Frage des Milchgeldes in diesen bäuerlichen Betrieben eine große Rolle spielt. Hier sind wir ganz stark ins Hintertreffen geraten. Letzten Endes muß man darauf hinweisen, daß nun einmal durch die Kostensteigerung sicherlich ein Teil dieser Aufwärtsentwicklung wieder weggenommen worden ist.

Meine sehr Geehrten! Ich möchte hier auf die Entwicklung der Lebend-Schweinepreise verweisen und Ihnen die Problematik der agrarischen Situation, des Verkaufes der agrarischen Produkte vor Augen führen.

Noch vor wenigen Wochen betrug der Lebend-Schweinepreis 16 S bis 16,50 S, jetzt teilweise 13 S, 13,50 S.

Ich möchte darauf hinweisen, daß der Brotgetreidepreis seit über 15 Jahren vollkommen gleich geblieben ist, daß der Milchpreis — das habe ich bereits gesagt — seit 1965 gleich geblieben ist. Ich möchte hier nicht anführen, was sich inzwischen bezüglich der Stundenlöhne oder auch der Entlohnungen der Handwerkerstunden getan hat — Maurerstunden, Stunden beim Mechaniker und so weiter.

Und all das, meine sehr Geehrten, hat die Landwirtschaft hinzunehmen, ohne die Möglichkeit zu haben, das in irgendeiner Form überwälzen zu können.

Und wenn heute hier vom Dieselöl — einer Frage, die uns ganz besonders belastet — zum

Kern

wiederholten Male gesprochen worden ist, möchte ich noch eines hinzufügen. Es sind nicht nur die 200 Millionen, die uns direkt belasten, es besteht meiner Ansicht nach auch die große Gefahr, daß ein Teil des erhöhten Dieselölpreises, der von den Frächtern getragen werden muß, letzten Endes doch irgendwie, weil es wahrscheinlich gar nicht anders möglich ist, wieder auf die Frachtgüter überwältigt wird, und wir würden auch in dieser Frage wieder zum Handkuß kommen.

So ist die Situation.

Wenn wir in Zukunft diese Probleme doch so lösen wollen, daß die Landwirtschaft als einer — und das wird mir niemand abstreiten können — der bedeutendsten Berufsstände auch einigermaßen wirtschaftlich bestehen kann, dann, glaube ich, muß die Regierung Kreisky einen anderen Kurs einschalten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Der Abgeordnete Kern hat einen Entschließungsantrag eingebracht, der genügend unterstützt ist und daher mit in Verhandlung steht.

Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Spielbüchler. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Spielbüchler** (SPO): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich doch ein paar Sätze zu dem sagen, was der Kollege Landmann im Zusammenhang mit der Erhaltung der Güterwege in den Gemeinden gesagt hat. Ich gebe ihm völlig recht, wenn er sagt, daß dem einzelnen Landwirt nicht zugemutet werden kann, daß er die Wege, die dann ganz allgemein benützt werden, besonders auch in Fremdenverkehrsgebieten, allein erhalten soll. Aber, Kollege Landmann, ich darf Ihnen sagen: Das ist uns in den sozialistischen Gemeinden, in Fremdenverkehrsgemeinden schon längst bewußt. Ich darf von meiner eigenen Gemeinde, in der ich 25 Jahre Bürgermeister bin, sagen, daß es schon zur Selbstverständlichkeit geworden ist, daß alle diese Wege durchwegs von der Gemeinde erhalten werden.

Ich gebe dem Kollegen Landmann auch recht, wenn er meint, daß die Gemeinden im Finanzausgleich zu kurz gekommen sind, zuwenig Mittel haben, um ihre Wege, Gemeindestraßen und so weiter erhalten zu können. Kollege Landmann — er ist leider nicht da —, wer war es denn, der Sondersteuern und Zuschläge außerhalb des Finanzausgleiches eingeführt hat, wo die Gemeinden nichts bekommen haben? Ich gebe Ihnen völlig recht: die Gemeinden werden sich in Zukunft beim Finanzausgleich sehr anstrengen müssen.

Zum Ablauf der heutigen Debatte darf ich zunächst feststellen, daß es nicht uninteressant ist, daß wieder stundenlang Probleme der Landwirtschaft besprochen wurden — das ist der Streitgegenstand — und daß sich bemerkenswerterweise niemand mit Problemen der Forstwirtschaft beschäftigt hat, obwohl wir alle wissen, daß die österreichische Forstwirtschaft gesamtwirtschaftlich von ungeheurer Bedeutung ist und auch ihre Probleme hat. Aber es scheint so zu sein, daß die Forstwirtschaft im allgemeinen und die Österreichischen Bundesforste im besonderen mit ihren Problemen doch selbst fertig werden, und das ist gut so.

Deshalb möchte auch ich mich jetzt nicht mit diesen Fragen und Problemen beschäftigen, sondern mit einem anderen Problem, das heute auch noch zuwenig zur Sprache gekommen ist, nämlich mit dem Problem Fluß-, Wildbach- und Lawinenverbauung.

Wir alle wissen, daß unser Land Kulturen, Siedlungen, Straßen, Brücken, Lichtleitungen, Telephonleitungen im Interesse der Allgemeinheit absichern muß, damit nicht ungeheure Katastrophenschäden entstehen. Wir alle wissen, daß hochwasserführende Flüsse, wenn sie nicht oder nicht rechtzeitig verbaut werden, zwangsläufig immer wieder ungeheure Schäden verursachen, und wir wissen alle und wissen das vor allem aus eigener Erfahrung, jeder von uns, daß bei schweren Regenfällen und besonders, wenn mehrere Gewitterfronten aus verschiedenen Windrichtungen auf einen Punkt zusammengeführt werden, ein Zustand entstehen kann, wo es nicht mehr regnet, sondern schüttet, und daß wasserlose Bäche in einem Zeitraum von einer halben Stunde zu reißenden Wildbächen werden können.

Der Bund trägt, glaube ich, die Hauptverpflichtung. Wir wissen — das haben wir auch immer wieder ausgesprochen —, daß vorbeugende Maßnahmen wichtiger und vernünftiger sind, als Schäden, die nachher eingetreten sind, zu beheben.

Und nun möchte ich eines sagen, weil ich glaube, dazu berechtigt zu sein: daß wir Abgeordneten als Volksvertreter in diesem Parlament das Problem des Wasserschutzbau, der Wildbach- und Lawinenverbauung immer ernst genommen haben. Ich glaube, das mit Recht sagen zu dürfen, weil ich 25 Jahre in dem Haus tätig bin und bezeugen kann, daß in diesen 25 Jahren Abgeordnete aller Parteien — und zwar jedes Jahr — sich um die Sache angenommen haben und daß wir gemeinsam — auch wieder Abgeordnete aller Parteien — nicht nur einmal, sondern

Spielbühler

nahezu jedes Jahr bei den zuständigen Ministern vorgesprochen haben, um mehr Mittel zu erreichen, daß wir Initiativen ergriffen und daß wir Gesetze beschlossen haben. Ich darf feststellen: Das war nie ein Streitgegenstand.

Ohne daß ich mich nun mit Ziffern und Zahlen und Vergleichen beschäftigen will, möchte ich feststellen, daß im Voranschlag 1971 für diesen Zweck zwar etwas mehr Mittel eingesetzt sind und der Minister im Ausschuß auf meine Anfrage die Erklärung abgegeben hat, daß dafür vorgesorgt werden wird, daß die dort beschäftigten Arbeiter auch das ganze Jahr hindurch beschäftigt werden. Aber ich möchte doch so wie in den Vorjahren auch heuer ganz offen Kritik anbringen, und zwar deshalb, weil auch heuer wieder so wie in den Vorjahren die Bundeszuschüsse für diesen Zweck eigentlich gekürzt werden und die Mehreinnahmen und die Mehrausgaben — heuer etwa 10 Millionen Schilling — nur auf mehr Mittel aus dem Katastrophenfonds zurückzuführen sind. Ich glaube, daß das nicht richtig ist, und ich sage das, was ich auch in den letzten Jahren immer wieder gesagt habe: Es war nicht Sinn und Zweck des Katastrophenfondsgesetzes, daß man sich auf der anderen Seite Bundeszuschüsse erspart, sondern es war Sinn und Zweck des Katastrophenfondsgesetzes, daß mehr getan werden kann.

Ich möchte daher mit allem Nachdruck, auch für das kommende Jahr, feststellen, daß das nicht der Wille des Gesetzgebers war und daß es nicht im Sinne des Katastrophenfondsgesetzes liegt, wenn man die Bundeszuschüsse in dem Ausmaß, als mehr Mittel aus dem Katastrophenfonds zur Verfügung stehen, kürzt.

Die Verlängerung der Geltungsdauer des Katastrophenfondsgesetzes um weitere vier Jahre ist nur zu begrüßen. Ein Auslaufen dieser bewährten Einrichtung, die ja doch eine Versicherung nahezu für das ganze österreichische Volk darstellt, wäre unverantwortlich gewesen, und ich glaube, das würde uns sehr bald auf den Kopf gefallen sein.

Nun werden aus den Mitteln des Katastrophenfonds 2 Prozent den Ländern übergeben, um es den Feuerwehren zu ermöglichen, schwerpunktmäßig entsprechende Katastropheneinsatzgeräte anzuschaffen. Ich glaube, das billigen wir ganz allgemein.

Es sind aber auch im Gesetz 8 Prozent der Mittel aus dem Katastrophenfonds für die Lawinenverbauung an Bundesstraßen vorgesehen. Ich glaube, die Absicherung der Straßen, insbesondere der Bundesstraßen, kann nicht genug ernst genommen werden. Bei den heutigen Verkehrsverhältnissen — besonders

auch in Fremdenverkehrsgebieten — können wir es uns auf die Dauer einfach nicht leisten, daß Verkehrsstraßen, die ununterbrochen von Fahrzeugen benützt werden müssen, wo kaum eine halbe Minute vergeht, ohne daß ein Fahrzeug fährt, nicht entsprechend abgesichert werden.

Lawinengänge, das wissen wir alle, können schwere Folgen für Gut und Leben haben und, wenn das in Fremdenverkehrsgebieten passiert, selbstverständlich auch den Ruf Österreichs als Fremdenverkehrsland schädigen; ich verweise auf das große Unglück am Tauern. Wenn dann ein solches Lawinenunglück passiert, dann wissen wir, daß immer wieder Schuldige gesucht werden, dann wird nach dem Staatsanwalt gerufen, dann wird nach dem Richter gerufen, und dann wird um Gesetze gerufen.

Erlauben Sie mir, daß ich aus eigener Erfahrung gerade im Zusammenhang damit folgendes sage: Ich glaube nicht, daß man eine solche Verantwortung in ein Gesetz einfangen kann. Naturgewalten sind unberechenbar und lassen sich nicht in Gesetze einfangen. Selbst der Fachmann, selbst der Ortsansässige kann unter Berücksichtigung aller Erfahrungen, der Geländeverhältnisse, der Temperatur mit Sicherheit nie voraussagen, ob eine Katastrophe passieren wird oder nicht.

Zwei Beispiele: Im Vorjahr haben wir Tage hindurch an einer Bundesstraße damit gerechnet, ja man hätte 100:1 gewettet, daß die Lawinen abgehen müssen. Sie sind nicht abgegangen. Es kann genau das Umgekehrte der Fall sein, daß man selbst als Ortsansässiger mit jahrzehntelanger Erfahrung glaubt, es hat in der Nacht angezogen und die Temperaturverhältnisse sind so, daß es unmöglich ist, daß noch eine Lawine abgeht. Es kann aber trotzdem passieren.

Ich darf wieder ein Beispiel sagen: Ich konnte vor Jahren eine Bundesstraße, die einfach benutzt werden mußte, weil die Arbeiter Tag für Tag zur Arbeit und die Schüler zur Schule fahren mußten, eine Bundesstraße, die wegen Lawinengefahr gesperrt werden mußte, nur dadurch wieder freibekommen, daß ich als Bürgermeister erklärte, ich schlafe nachts in jedem Lawinengang. Es könnte aber trotzdem etwas passieren.

Die Probleme der Verantwortung sind hier sehr groß. Würde man mit Vorschriften und Gesetzen versuchen, Verantwortliche zu finden, würde sich niemand finden. Davon bin ich überzeugt. Eine Bundesstraße zu sperren, weil Lawinengefahr besteht, ist kein Kunststück. Aber das würde in der Praxis unter Umständen bedeuten, daß man als Bürger-

1694

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Spielbücher

meister, als Straßenverwaltung oder als Sicherheitsbehörde vor Weihnachten die Straße sperren und im Frühjahr, im März die Sperrung wieder aufheben müßte. Das ist bei den heutigen Verkehrsverhältnissen leider nicht möglich.

Daher glaube ich, und damit schließe ich schon ab: Es gibt kein anderes Mittel, solche Lawinenunfälle zu verhindern, als systematisch die Lawinen an den Hauptverkehrsadern zu verbauen. Diese Verantwortung tragen wir nämlich, und diese Verantwortung müssen wir übernehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Schmitzer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. **Schmitzer** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erlebe nun die zehnte Budgetdebatte zum Kapitel Landwirtschaft, und zwar neunmal auf der Galerie oben, meistens mit einer Klasse Landwirtschaftsschüler, und heute das erstemal hier.

Wenn ich den letzten halben Tag Revue passieren lasse, so fällt mir ein neuer Stil vor allem bei der sozialistischen Fraktion auf. Ich habe das Gefühl, daß in Zukunft nur einige Herren von der sozialistischen Fraktion und wahrscheinlich wir vom ÖAAB Konsumentenvertreter sein werden, denn der Kollege Pfeifer hat sich gerade als Vertreter der Bauernschaft deklariert, und der Kollege Spielbücher hat als Bürgermeister über Lawinenverbauung gesprochen.

Mir fällt aber auch etwas zweites auf, wenn ich die vorjährige Debatte zum Kapitel Landwirtschaft Revue passieren lasse — ich habe mir heute noch einmal das Protokoll vom 10. Dezember 1969 angeschaut —, daß ein ganz anderer Ton und ein ganz anderer Stil vorhanden sind. Sicherlich haben sich die Fronten verkehrt und gewechselt. Voriges Jahr war es eine Vorwahl-Budgetdebatte. Ich werde später noch einiges zitieren.

Nun darf ich auf einige Fragen replizieren, und zwar zuerst auf eine Antwort des Herrn Ministers.

Herr Minister! Sie haben gesagt: Der Grüne Plan ist mit 810 Millionen Schilling dotiert. Das dürfte nicht mehr ganz stimmen, denn die 3 Prozent Ermessenskreditkürzung kommen ja weg.

Zum Herrn Kollegen Pfeifer vielleicht auch ein Wort. Herr Kollege Pfeifer! Ich habe das Gefühl, daß Sie nicht in der Richtung gesprochen haben, daß die Regierung das Landwirtschaftsgesetz zu exekutieren hat, denn Sie

haben gesagt, daß der Grüne Plan von der Bauernschaft abgelehnt wird. Der Grüne Plan ist jedoch von der Regierung zu exekutieren. Die Regierung ist auf Grund des Landwirtschaftsgesetzes dazu verpflichtet. Man kann jetzt den Schwarzen Peter meiner Meinung nach nicht mehr dem Bauernbund in die Schuhe schieben, sondern die Regierung hat das zu machen. *(Abg. Pfeifer: Herr Kollege! Ich habe gesagt, daß die ÖVP den Grünen Plan ablehnt!)*

Ich könnte jetzt Zitate aus dem Ausschuß bringen. Ich habe wortwörtlich mitgeschrieben, was Herr Präsident Minkowitsch und was Herr Dr. Zittmayr gesagt hat. Die Begründung, warum der Grüne Plan abgelehnt wird.

Herr Kollege Pfeifer! Ich glaube, hier müssen Sie die volle Wahrheit sagen, das heißt den vollen Text, und dürfen nicht einige Dinge herausgreifen.

Herr Dr. Zittmayr hat gesagt: Wir lehnen zurzeit — „zurzeit“, hat er wörtlich gesagt — den Grünen Plan deswegen ab, weil uns die Dotierung zuwenig ist. — Das war der Sinn der Formulierung.

Herr Präsident Minkowitsch hat gesagt: Wir lehnen zurzeit den Grünen Plan deswegen ab, weil die Nebengesetze noch nicht beschlossen sind und weil wir daher noch gar nicht wissen, wie es weitergeht.

Es war dann noch ein weiterer Punkt, den Sie, glaube ich, auch aus dem Zusammenhang gerissen verwendet haben: die Ablehnung des Grünen Berichtes, und mich hat gewundert, daß niemand etwas dagegen gesagt hat. Wir haben im Ausschuß den Grünen Bericht nicht abgelehnt. *(Abg. Kern: Das habe ich gesagt!)* Die ÖVP-Fraktion hat dem Grünen Bericht zugestimmt. Das möchte ich ganz deutlich sagen und klarstellen.

Dann noch eine Frage: Genossenschaften. Herr Kollege Pfeifer! Ich glaube, die Frage Weiterverarbeitung, vertikale und horizontale Integration, diese Dinge müßten Sie vorher überlegen, wenn Sie diesen Ausspruch tun und diese Vergleiche zwischen Handel und Genossenschaften bringen. Ich glaube, der Handel wird mir jetzt nicht böse sein — Herr Dr. Mussil ist nicht hier, aber Präsident Graf ist da —, wenn ich sage: Es hat einen Grund, warum die Genossenschaften entstanden sind. Ich glaube, darüber brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Und wir wollen die Genossenschaften auch nicht allein haben, sondern wir wollen sie mit einer kontrollierenden Funktion neben vielen anderen Aufgaben auch haben, und zwar im Hinblick auf Produktion, Vermarktung und Weiterverarbeitung — hier

Ing. Schmitzer

wird noch eine große Aufgabe zu erfüllen sein — und auch im Hinblick auf die Lagerhaltung, ein Punkt, der uns Konsumenten sehr stark angeht; denn die Genossenschaften haben dadurch sehr viel Kapital festgelegt und haben eine sehr große Aufgabe zu erfüllen, die auch uns angeht.

Sie haben dann das Heft 8 des Wirtschaftsforschungsinstitutes genannt und zitiert. Herr Kollege Pfeifer, völlig richtig. Aber ich glaube, eines ist nicht richtig: die Folgerungen, die Sie daraus ziehen. Denn wenn man wirtschaftspolitische Folgerungen zieht — auch in der Agrarpolitik —, muß man eine Dreiheit beachten: die produktionstechnischen Dinge, die betriebswirtschaftlichen Dinge und die volkswirtschaftlichen Dinge. Wenn in dieser Dreiheit die Parität nicht hergestellt ist, gibt es wirtschaftliche Schwierigkeiten. Ich glaube, in dieser Richtung müßten Sie mehr die Akzente setzen.

Sie haben dann weiter gesagt, Kreisky wird eine neue Agrarpolitik machen, er wird den Konsum anregen. Ich glaube, Herr Kollege Pfeifer, so billig kann man es sich nicht machen. Wir wissen doch, daß der Konsum im agrarischen Bereich auf Grund der begrenzten Kalorienaufnahme — wir haben einen Arzt im Hause — irgendwo begrenzt ist. Wir können den Kalorienkonsum nicht immens erhöhen oder weiter ausdehnen. Wir können vielleicht die Nahrungsmittel verbessern. Daher ist vielleicht in einzelnen Bereichen, im Bereich der Milchwirtschaft etwas zu erwarten, aber im gesamtagrarischen Bereich ist eine wesentliche Konsumsteigerung nicht zu erwarten. (*Abg. Pfeifer: Das habe ich auch nicht behauptet, Herr Kollege! Zitieren Sie mich richtig!*) Sie haben gesagt, er wird durch die neue Agrarpolitik den Konsum anregen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich als Konsumentenvertreter zu den Fragen der Landwirtschaft Stellung nehme, so deshalb, weil die Landwirtschaft — das wurde heute schon oftmals behauptet — ein Teil der gesamten Volkswirtschaft ist und in dieser sowohl als Produzent als auch als Konsument integriert ist.

Daher ist moderne Agrarpolitik mehr als Produzentenschutzpolitik, auch mehr als Agrarwirtschaftspolitik, sie ist vielmehr ein wesentlicher Bestandteil der Gesellschaftspolitik, der Siedlungs- und Raumordnungspolitik und der Natur-Grundlagenpolitik. Gerade in der heutigen Zeit, wo so viel über Umweltschutz und Umwelthygiene gesprochen wird, kommt dieser Frage eine immer größere Bedeutung zu.

Ich glaube, es war der Herr Präsident Min-kowitsch, der das schon angedeutet hat. Sicher wird der ländliche Raum in der Zukunft immer mehr Pluralität aufweisen. Es wird im ländlichen Raum ein Zusammenleben zwischen Bauern, Gewerbe und Arbeitnehmer, also Wirtschaft und Arbeitnehmer immer größer werden. Aber es wird die Landwirtschaft bei der Umweltgestaltung eine lebensnotwendige Aufgabe zu erfüllen haben. Ich glaube, diesen Punkt müßten wir als Konsumenten auch viel mehr sehen, wenn wir über agrarpolitische Fragen sprechen.

Die Agrarpolitik darf für die Arbeitnehmer und Konsumenten nicht abseits liegen, da sie in zweierlei Hinsicht berührt werden. Als Konsumenten von Agrarprodukten sind wir in erster Linie an der Versorgung mit Nahrungsmitteln bei guter Qualität interessiert. Hier möchte ich mich schon etwas länger aufhalten.

Voriges Jahr hat ja die Frau Kollegin Winkler — ich kann mich noch gut daran erinnern — einiges zur Frage der Insektizide und im Zusammenhang mit der Butter gesagt. Frau Kollegin Winkler! Ich glaube, das ist ein Punkt, wo wir als Konsumenten wirklich ein immenses Interesse an der Landwirtschaft haben müssen. Jetzt haben wir ja keine Wahl vor uns, daher können wir diesen Bereich anders behandeln.

Auf die Produktion können wir Einfluß nehmen. Wir haben ein Pflanzenschutzgesetz. Ich als Landwirtschaftslehrer, der damit zu tun hat, meine, daß es ein gutes Pflanzenschutzgesetz ist. Wir haben ein Futtermittelgesetz. Ich wunderte mich auf Grund der vorjährigen Debatte, daß Sie damals im Juni bei der Behandlung dieser beiden Gesetze keinen Einwand erhoben haben. Wir haben doch die Möglichkeit, auf die Produktion Einfluß zu nehmen. Ich möchte nur auf die Hormonverfütterung, auf die Antibiotika und auf all die anderen Dinge verweisen. Wir können darauf Einfluß nehmen, wenn die Inlandsproduktion entsprechend hoch ist. Ich werde dann später noch bei der Frage des Versorgungsgrades darauf zu sprechen kommen.

Ich würde sagen, daß wir mit diesen Dingen nicht scherzen sollten. Wir sollten nicht Dinge verzapfen, die fachlich einfach nicht haltbar sind. Ein Landwirtschaftsschüler nach dem zweiten Jahr oder ein guter Schüler der vierten Klasse Hauptschule müßte so viel Chemiekennntnisse aufweisen, daß er überzogen hätte, daß das nicht stimmen kann, was hier im Hause voriges Jahr gesagt wurde. (*Abg. Herta Winkler: Das hat gestimmt!*) Nein, das hat nicht gestimmt. Ich kann zitieren,

1696

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Ing. Schmitzer

Frau Kollegin Winkler. Seien Sie mir nicht böse: Die Auslegung hat nicht gestimmt. Ich könnte das wörtlich zitieren. Der Herr Minister Schleinzner hat gesagt: 20 Prozent der Toleranzgrenze, das heißt ein Fünftel. (*Neuerlicher Zwischenruf der Abg. Herta Winkler.*) Sie haben gesagt: 80 Prozent, und 20 Prozent wären noch offen gewesen.

Wir Konsumenten sind aber auch an angemessenen stabilen Preisen interessiert. Auch hier können wir, wenn wir eine autarke, eine leistungsfähige Landwirtschaft haben, viel mehr Einfluß nehmen als dann, wenn wir einen sehr geringen Selbstversorgungsgrad hätten und auf die Außenwirtschaft angewiesen wären.

Nun möchte ich als Konsument noch auf einen Punkt besonders eingehen. Es handelt sich um die Frage der Lagerhaltung und der Vorratshaltung für Krisenzeiten. Ich glaube, die Anlage einer nationalen Reserve ist ein Anliegen der gesamten Bevölkerung. Wir haben das in der Schweiz studiert. Dort ist diese Reserve in zweierlei Hinsicht vorhanden, im privaten Haushalt und von Staats wegen. Der Staat nimmt uns hier ja enorme Kosten ab. Uns Arbeitnehmer interessiert aber auch die wirtschaftliche Situation und die Stärke der Landwirtschaft, und zwar deswegen, weil sie als Konsument von Gewerbe- und Industrieprodukten sehr wesentlich am Aufstieg der gesamten Wirtschaft beteiligt ist und daher in hohem Maße zur Vollbeschäftigung und zur Sicherung der Arbeitsplätze beiträgt. Um nur ein Beispiel zu bringen — ich habe die Zahlen von 1969 noch nicht zur Verfügung —: 1968 hat die österreichische Landwirtschaft 28 Milliarden Schilling konsumiert, davon waren 20 Milliarden Schilling in die Technik und in die Bauwirtschaft geflossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun darf ich vielleicht auch noch einiges zu dem neuen Stil in der Agrarpolitik sagen. Der Herr Präsident Minkowitsch hat schon gesagt: Die Agrarpolitik der SPÖ schwankt zwischen dem Hosianna und dem Crucifige. Wenn ich auch hier die letzten Jahre ansehe, so war es so: Immer wurde wer verteufelt, immer wurde wer in den Himmel gehoben. Einmal war es Schleinzner, der eine falsche Agrarpolitik gemacht hat; das war 1968; Sie können es im Protokoll nachlesen. Im Jahre 1969 war es der Bauernbund, der den „armen Schleinzner“ keine gute Agrarpolitik machen ließ. Schleinzner wäre ja ein moderner Agrartechniker gewesen, aber man hat den „armen Doktor Schleinzner“ nicht lassen.

Meine Schlußfolgerung daraus: Die Agrarpolitik — ich bin jetzt daran interessiert, wie

das weitergeht — der SPÖ-Fraktion war in der Vergangenheit ein Spielball der Tagespolitik! Ich kann mich noch erinnern, daß vor einigen Jahren — ich glaube, es war im Herbst 1967 — eine große Diskussion in St. Pölten im Hippolyt-Heim gewesen ist. Dort hat der damalige Abgeordnete Dr. Kreisky einen Vortrag gehalten, und zwar so in der Richtung: Nun bin ich in der Stadt, jetzt kann ich daher mit der Agrarpolitik die Gefühle aufschaukeln und mir dadurch manches andere vom Leibe halten. Die Aussprüche in Baden und vorgestern bezüglich der 300 oder 400 Millionen Schilling, die sich die Bauernschaft hätte holen können, gehen ja auch in diese Richtung. Das geht jetzt in der ganzen Budgetdebatte so und bei der Debatte über die Marktordnungsgesetze ebenfalls.

Nun möchte ich auch eine Erklärung abgeben, Herr Minister. Auch wir vom ÖAAB werden mit dem Bauernbund und mit den anderen Bündnen konform gehen. Auch wir werden gegen die Aufsplitterungstendenzen, sofern sie vorhanden sein sollten, zu Felde ziehen. Ich möchte Sie bitten, das auch zur Kenntnis zu nehmen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Warum bin ich auf diese Frage zu sprechen gekommen? Weil ich glaube, daß das gefährlich ist, Herr Minister. Wir und diejenigen, die einigermaßen mit wirtschaftspolitischen Dingen zu tun haben und Bescheid wissen, sind sich im klaren, daß es in einer modernen Wirtschaft nur mehr auf die Parität in der Wirtschaft ankommt, auf den Ausgleich zwischen den Gruppen. — Herr Kollege Sekanina ist da, Herr Dr. Mussil ist nicht da. — Ich glaube, eine der wichtigsten und richtigsten Entscheidungen in den letzten Tagen war die einvernehmliche Lösung, die gestern oder vorgestern bezüglich der Metallarbeiterlöhne getroffen wurde. Ich glaube, in dem agrarischen Bereich müßte auch in dieser Richtung gearbeitet werden, daß eine Parität in der Wirtschaft, zwischen den Wirtschaftskörpern zustande kommt; denn gerade die Landwirtschaft würde unter der Methode eines Ministers Staribacher: Wachstum und Stabilität!, doch am meisten leiden, weil einfach das Wachstum der Landwirtschaft auf Grund der geringen Rationalisierungsmöglichkeit gegenüber den anderen Wirtschaftskörpern immer zurückbleiben würde.

Nun noch ein Punkt, der mir erwähnenswert scheint: das Budget 1971. Der Herr Finanzminister hatte ja angekündigt, daß das Budget 1971 eine große Wende sein werde. In der Debatte kam dann zum Vorschein: Was

Ing. Schmitzer

wollt ihr? Das ist ja mehr oder weniger ein Koren-Budget, die Fortsetzung des Koren-Budgets, es ist kein sozialistisches Budget!

Ich glaube, gerade das ist falsch. Das Budget hat ja auf Grund der vorliegenden Situation erstellt zu werden. Die Situation ist nun einmal von Jahr zu Jahr nicht dieselbe. Das Budget hat daher nicht als Anschlußbudget an das vorhergehende Jahr zu fungieren, sondern für das nächste Jahr. Die Funktion liegt ja im nächsten Jahr.

Es wäre hier noch auf viele Dinge Bezug zu nehmen. Ich möchte nur einen Punkt herausgreifen, nämlich die Frage der Strukturpolitik. Es ist dies ein Punkt, der sehr oft nebulos behandelt wird. Ich möchte dazu als Abgeordneter des ländlichen Raumes folgendes sagen: Die Strukturpolitik in der Landwirtschaft darf nicht isoliert, das heißt auf die Landwirtschaft allein bezogen, gesehen werden. Die Bauern leben nämlich nicht im luftleeren Raum. Die Strukturprobleme dürfen daher nur im gesamtwirtschaftlichen Geschehen gesehen werden.

Die Auflassung landwirtschaftlicher Betriebe beziehungsweise der Übergang von Vollerwerbsbetrieben zu Nebenerwerbsbetrieben hängt mit der Struktur, das heißt mit der strukturellen Entwicklung der gesamten Wirtschaft eines Gebietes, eines Raumes, oder der gesamten Volkswirtschaft zusammen, hängt ab von den vorhandenen Arbeitsplätzen, von der Möglichkeit der Ansiedlungen von Betrieben, von der Schaffung von Arbeitsplätzen, vom Ausbau des Fremdenverkehrs und, wie der Herr Kollege Spielbüchler auch angezogen hat, vom Ausbau des Verkehrsnetzes.

Man darf daher die Strukturpolitik nicht isoliert sehen. Nun wurde von der sozialistischen Fraktion immer wieder behauptet, die Strukturumwandlung gehe zu langsam vor sich. Auch jetzt vor einigen Tagen wurde das behauptet. Der Herr Kollege Zeillinger war zwar anderer Meinung; er hat gesagt, die Politik des Bauernbundes war so schlecht, daß jeden Tag 77 Bauern sterben oder abwandern müssen. Er hat das in einem anderen Sinne gemeint.

Wir sind, wie ich glaube, alle einer Meinung, wenn wir sagen, diese Umstrukturierung muß vor sich gehen. Ich würde aber folgendes zu bedenken geben, wenn man sagt, sie gehe zu langsam vor sich. Eine ganz einfache Rechnung: Im Jahre 1968 — die Zahl für 1969 habe ich nicht zur Verfügung — hat in Österreich die Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes im Durchschnitt etwa 420.000 S bis 450.000 S gekostet. Wenn ich jetzt das mit 20.000 Ab-

gewanderten multipliziere, so entsteht ein ganz schöner Betrag.

Ich möchte daraus folgernd behaupten, wir hätten uns eine raschere Strukturumwandlung wirtschaftlich überhaupt nicht leisten können, wir hätten diese Arbeitsplätze in entsprechender Form gar nicht schaffen können, wenn wir nicht wollten, daß ein neues Proletariat entsteht. Denn eines ist sicher, Herr Kollege. Schauen Sie, wie es in Amerika ist, dort werden Tausende Arbeiter, und zwar Professionsisten, qualifizierte Arbeiter gesucht. Nebenbei gibt es aber eine große Arbeitslosigkeit, ein Problem, das eine moderne Wirtschaft zu bewältigen hat. Ich glaube, wir sind in Österreich auch nicht daran interessiert, daß die abgewanderten Bauern nicht brauchbare Hilfsarbeiter werden, die in die Wirtschaft nur schwer oder gar nicht eingeschleust werden können, sondern wir sind an einem harmonischen Übergang interessiert, an einem Übergang, wo diese Leute umgeschult und eingeschult werden und in die Wirtschaft eingegliedert werden können.

Dieser Prozeß ist ja schon im Gange. Mit einer Zahl kann ich das vielleicht erläutern. Wir haben in Niederösterreich im Durchschnitt der letzten fünf Jahre — das wird Sie interessieren, Herr Minister — 1000 bis 1200 Schüler in den Berufsschulen. Damit ist die Entscheidung schon gefallen. Denn wenn ich jetzt einen 30jährigen Umtrieb oder eine 30jährige Generationenfolge unterstelle, so kann ich heute schon sagen, wie viele landwirtschaftliche Betriebe in Niederösterreich in 30 Jahren vorhanden sein werden. Nachdem aber der Prozeß schon zehn Jahre im Gange ist, können wir sagen, in zirka 15 bis 20 Jahren werden wir etwa 30.000 Vollerwerbsbetriebe in Niederösterreich haben — momentan sind es etwa 65.000, insgesamt haben wir 121.000 —, sodaß ich daraus folgern möchte, daß die Strukturumwandlung schon im Gange ist beziehungsweise die Weichen schon gestellt sind.

Vielleicht noch zu einem Punkt, der mich als Arbeitnehmer interessiert, aber auch die Bauernschaft interessieren wird, und das ist die Frage des Prozentsatzes der in der Landwirtschaft Beschäftigten und die Frage des Selbstversorgungsgrades. Diesbezüglich gibt es ja Untersuchungen, die aussagen, daß er sich zwischen 65 und 85 Prozent bewegen soll. Nun glaube ich, daß in den letzten Jahren hier doch eine Klärung eingetreten ist, sodaß man heute schon auf Grund von schwedischen Verhältnissen sagen kann, daß ein Selbstversorgungsgrad unter 75 bis 78 Prozent negative Auswirkungen haben kann. Wir haben in

1698

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Ing. Schmitzer

Schweden in der Milchwirtschaft — Sie kennen diesen Bericht sicherlich, Herr Minister — eine Entwicklung, die für uns in Österreich alles andere als angenehm wäre. Ich glaube daher, daß im Rahmen der Anpassung der Produktion an den Bedarf oder der Autarkie doch ein Umdenken bei uns am Platze wäre.

Vielleicht noch einige Worte zur Frage landwirtschaftlicher Schulgesetze. Der Herr Kollege Brandstätter wird ja darüber noch sprechen. Sie haben versprochen, der Herr Bundeskanzler schon in der Regierungserklärung und Sie, Herr Minister, im Ausschuß, ich glaube es war Anfang Juli, die Frage der höheren Lehranstalten, also das Kompetenzgesetz in der nächsten Zeit zu regeln. Ich möchte an Sie die Frage richten, wie weit die Sache mit einer höheren forstlichen Bundeslehranstalt steht. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß die Schulgesetzgebung doch in der nächsten Zeit geregelt werden müßte, denn wir sind uns nach meiner Meinung alle klar, daß in einer modernen Wirtschaft die geistige Aufrüstung eine der wichtigsten Fragen in der Zukunft ist, denn die geistige Wertigkeit in der Produktion wird in der Zukunft immer mehr zunehmen im Verhältnis zur Wertigkeit des Kapitals.

Zum Schluß möchte ich noch folgendes sagen: In der Wirtschaft und auch in der Agrarwirtschaft geht es um die Parität. Bleibt die Landwirtschaft zurück, so hat dies gesamtwirtschaftliche Folgen: es wird die Landwirtschaft als Konsument zurückgehen, weniger konsumieren; dieser Rückgang wird sich auch in der Produktion auswirken, und es wird die Folge schließlich Preiserhöhungen sein. Wir haben dafür Schweden als Beispiel. Die Fehler einer falschen Agrarpolitik werden letztlich die Konsumenten mit zu bezahlen haben.

Ohne jetzt auf den Umweltschutz und die Siedlungspolitik sowie den Fremdenverkehr einzugehen, möchte ich mit denselben Worten — zufällig wie der Herr Präsident, ohne uns abgesprochen zu haben — von Minister Hartmann schließen: Die Agrarpolitik geht alle an, auch uns Konsumenten, und darf kein Spielball der Tagespolitik sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Egg. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Egg (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn man die Zeitungen der letzten Wochen aufmerksam gelesen hat und die Debatten im Budgetausschuß und im Haus zu den Fragen der Landwirtschaft und des Grünen Planes

aufmerksam verfolgt hat, kann man einige Feststellungen machen, Feststellungen, die mit den Diskussionen, die jetzt im Haus abgewickelt wurden, doch einigermaßen im Widerspruch stehen.

Zum ersten wurde in den Pressemeldungen sehr deutlich sichtbar, daß Überraschung, zum Teil sogar Zustimmung zum Gesamtkapitel Landwirtschaft nicht nur von der unabhängigen Presse, sondern auch von Presseorganen gezeigt wurde, die der derzeitigen Bundesregierung nicht sehr wohlwollend und sehr freundlich gesinnt sind. Zum zweiten überraschend aus dem Grund, weil die unterschiedliche Kritik seitens hoher ÖVP-Funktionäre auch zumindest eines vermuten läßt, nämlich daß eine gewisse Befriedigung darüber vorhanden ist, daß kein Bruch zu dem vorhergehenden Landwirtschaftsbudget eingetreten ist.

Wenn heute eigentlich sehr mäßig kritisiert wurde, so ist das durchaus verständlich, weil immerhin 25 Jahre hindurch die Vertreter des Bauernbundes in Wahrheit nichts anderes als das Budget der eigenen Regierung zu vertreten hatten, also sehr viele Wünsche und Ärgernisse schlucken mußten und heute sich in dem einen oder anderen Punkt auf diese Art und Weise Luft zu machen vermochten.

Eine der unsachlichsten kritischen Bemerkungen jedoch waren die des ÖVP-Abgeordneten Steiner im Finanz- und Budgetausschuß. Er sagte dort unter anderem, daß die Auswirkungen des Budgets 1971 dazu führen, daß die Bergbauern in Österreich liquidiert werden. Dieser Ausdruck, der hier gefallen ist, muß wohl einer Berichtigung zugeführt werden, insbesondere deshalb, weil man bei einer derartigen Äußerung die Situation, wie sie tatsächlich ist, sehen soll. Und wie sieht nun die Situation tatsächlich aus, also zu einem Zeitpunkt aufgenommen, zu dem immerhin noch die Budgets der ÖVP-Regierung wirksam waren?

Die Bergbauernbetriebe haben sicher wesentlich ungünstigere Produktionsvoraussetzungen als alle anderen Bereiche der Landwirtschaft. Sie stellen aber immerhin ein Drittel aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe dar, die mehr als die Hälfte des Bundesgebietes zu bewirtschaften haben. Wenn man den Berghöfekataster durchsieht, dann stellt man fest, daß immerhin von 126.000 Bergbauernbetrieben allein 50.000, also eine sehr beachtliche Zahl, Zuerwerbsbetriebe sind; und es ist damit zu rechnen, daß die Zahl dieser Zuerwerbsbetriebe ständig weiter steigt.

Egg

Daraus ergibt sich eine Reihe von echten Sorgen, weil es um die Erhaltung der Existenz gleichermaßen wie um die Erhaltung der Umwelt, um die Erhaltung der Voraussetzungen für den Fremdenverkehr und die Erhaltung des Erholungsraumes für die Bevölkerung geht. Die Bergbauern verdienen deshalb besondere Beachtung und Berücksichtigung, wozu wir uns als Sozialisten ausdrücklich und uneingeschränkt bekennen. *(Abg. Steiner: Da müßten Sie aber die Budgetansätze wesentlich ändern!)*

Wenn wir aber, meine Herren von der OVP, die Einkommensverhältnisse der Bergbauern, insbesondere jener der Zuerwerbsbetriebe, untersuchten, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt haben, dann muß man hier feststellen *(Abg. Steiner: Reden Sie doch einmal von den bäuerlichen Zuerwerbsbetrieben!)*, daß sich doch einiges an Notwendigkeiten ergeben hätte, die beileibe nicht berücksichtigt worden sind.

Es ist vorerst einmal festzuhalten, daß zweifellos die Rentabilitätslage der Bergbauernbetriebe eine äußerst labile ist. Besonders bescheiden aber, und das ist ein Umstand, auf den hingewiesen werden muß, ist der Anteil dieser Bergbauern an der Einkommenschöpfung der Landwirtschaft schlechthin. Während der Anteil bis 32 Prozent etwa gleich war wie 1968, ist der Reinertragsanteil gar nur 10 Prozent in diesem Zeitraum gewesen, obwohl ein Drittel der Land- und Forstwirtschaft Bergbauern sind. Dazu kommt noch, daß immerhin 1968, also zur Zeit einer OVP-Alleinregierung, überhaupt kein Reinertrag erzielt werden konnte. *(Abg. A. Schlager: Herr Sozialminister! Passen Sie gut auf! Er sagt es Ihnen richtig!)*

Wenn man die Ergebnisse aus dieser Zeit berücksichtigt, dann muß man sagen, daß die Nebenverdienste eine der Voraussetzungen sind, um tatsächlich auf Sicht gesehen die Existenz der Bergbauern zu erhalten.

Schon jetzt ist mehr als die Hälfte der Besitzerfamilien in Bergbauernbetrieben gemischtberuflich tätig. Zu dieser tatsächlichen Lage einige Bemerkungen etwa aus dem Lande Tirol, und zwar insbesondere aus Osttirol. Es zeigen die Ziffern sehr deutlich, wie die Situation aussieht.

Wir haben festzustellen, daß das Steueraufkommen pro Kopf in Osttirol mit 633 S im Jahr an letzter Stelle in Tirol und Österreich liegt und daß der Bezirk Imst mit 689 S als echtes Notstandsgebiet im sogenannten „goldenen Westen“ bezeichnet werden kann. *(Abg. Steiner: Auf Grund der Bergbauernstruktur!)*

Immerhin ist dazu zu sagen, daß in diesem echten Notstandsgebiet, bei einer OVP-Regierung in Tirol, trotz 25 Jahre OVP-Minister lediglich zwei kleinere Betriebe hervorgebracht wurden. Es war also in diesem Zeitraum in Osttirol der OVP-Regierung überhaupt nicht möglich, größere Industriebetriebe für die Zuerwerbstätigkeit zu schaffen.

Nicht viel besser, muß ich Ihnen sagen, meine Herren von der OVP, ist die Situation bei den Nebenerwerbsbetrieben in Westtirol und im Wipptal im besonderen. Im Bezirk Reutte sind 90 Prozent der Bergbauernbetriebe auf Zuerwerb angewiesen. Allein von 16.500 Bergbauernbetrieben in Tirol sind 2500 entsiedlungsgefährdet. Alles Dinge, die der OVP schon seit Jahrzehnten bekannt sind, deren Entwicklung schon längst bekannt ist *(Abg. Steiner: Diese Situation verschlechtern Sie also noch!)*, was die OVP aber bisher nicht zum Anlaß genommen hat, die notwendigen Verbesserungen herbeizuführen. Das muß auch sehr deutlich gesagt werden. Zwar haben Sie wohl sehr viel Geld schlechthin aufgewendet, aber die Zeit ist inzwischen weitergeschritten, und sehr viel Zeit wurde von Ihnen für die Bereinigung dieser Probleme versäumt. So ist die Situation tatsächlich. *(Abg. Steiner: Mit 300 S werden Sie sie nicht retten können!)*

Wenn man nun feststellt, was sich im Laufe der letzten Wochen hinsichtlich der Vorbereitung des Budgets im Rahmen der Landwirtschaft, aber auch hinsichtlich der Vorsorgen getan hat, so kann man ruhig sagen, daß einiges Positives im Budget 1971 festgelegt ist. *(Abg. Steiner: Einiges, aber nicht viel!)*

Zum ersten muß man festhalten, daß Besitzfestigungs- und Umstellungsmaßnahmen sowie Verkehrserschließungsmaßnahmen auch in Bergbauerngebieten vorbereitet sind; zum zweiten ist vorgesehen, daß die landwirtschaftliche Regionalförderung in Berggebieten zu einer einzigen ausgerichteten Förderungsmaßnahme zusammengezogen wird *(Abg. Landmann: Da müssen Sie die 36 Millionen auch dazugeben!)*; zum dritten, daß die Besitzförderung zur Umstellung von Berg- und Problemgebieten endlich koordiniert und konzentriert durchgeführt wird; zum vierten, daß durch die Neubestimmung der Bergbauernbetriebe im Rahmen einer Neuerlassung der Bergbauernverordnungen eine Basis zur Vermeidung von Härten geschaffen wird, weil immerhin die letzte Erfassung 1963 stattgefunden hat; schließlich daß auch die Verkehrserschließung für die nächste Zukunft im Hinblick auf die Mobilität der Arbeitskräfte in ländlichen Gebieten verbessert werden wird. Auch die absatzfördernden Maßnahmen,

1700

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Egg

Herr Abgeordneter (*Abg. Steiner: Treten Sie meinem Antrag bei?*), sind als Grundlage für den Transportausgleich für Getreide und Milch entsprechend geschaffen worden.

Derzeit ist auch die Erstellung eines Entwicklungsplanes in Arbeit, um die Grundlagen für die Sicherung der Existenz in den Berggebieten entsprechend herbeizuführen. Zu diesem Zweck wurde im Landwirtschaftsministerium eine eigene Abteilung „Regionalpolitische Maßnahmen — Bergbauernfragen“ errichtet.

Auch im Bereich des ERP sind Vergaben von Mitteln für Fremdenverkehrsbetriebe vorgesehen, die in entsiedlungsbedrohten Gebieten entsprechend bremsend wirken sollen. Es sind auch Zuschußaktionen des Handelsministeriums für solche Beherbergungsbetriebe bevorzugt vorbereitet.

Man sieht, daß hier tatsächlich mit Ernst an die Arbeit gegangen wird. Es ist aber auch festzuhalten, daß das Arbeitsmarktförderungsgesetz mit jenen Mitteln, die wir im Jahre 1971 einsetzen können, die Basis dafür bietet, daß abwandernde Bauern und Bauernkinder nicht nur als Hilfsarbeiter in die Industrie, in das Gewerbe und in das Gastgewerbe gehen müssen, sondern darüber hinaus die Möglichkeit haben, noch zusätzlich zu lernen, um qualifizierte Berufe ausüben zu können.

Die Zusammenfassung der im Landwirtschaftsbudget und im Grünen Plan für die Bergbauerngebiete finanziell sichergestellten Aufgaben beweist, daß das Budget im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen alle Notwendigkeiten berücksichtigt. Die Zielsetzung der Schwerpunkte sichert ein besseres Budget, als dies in den letzten Jahren der Fall war.

Der Bauernbund beziehungsweise seine Vertreter, meine Damen und Herren, haben erklärt, daß sie allein die repräsentativen Vertreter der Bauernschaft aller Bundesländer seien. (*Abg. Steiner: In Tirol weitestgehend schon!*) Trotzdem ist es Ihnen nicht gelungen, unter der 25jährigen Führung des Landwirtschaftsministeriums durch die ÖVP die brennenden Probleme der Bauernschaft oder gar jene Probleme der Bergbauern zu lösen.

Dies ist auch verständlich, meine Damen und Herren von der ÖVP (*Abg. Steiner: Ich freue mich, daß Sie meine Ausführungen eigentlich unterstreichen!*), wenn man die Begründung hierfür in den „Salzburger Nachrichten“ vom 7. 9. 1970 liest, worin es heißt — ich zitiere jetzt —: „Bisher trottete der Bauernbund wie ein braver Stier gleich hinter zwei Stierführern einher, dem ÖVP-Wirtschaftsbund und dem ÖVP-Arbeiter- und

Angestelltenbund, die den gutmütigen Koloß am Nasenring hielten. Saftige Krisengroschen-erhöhungen wurden in den letzten Jahren vom Bauernbund mit verblüffender Melancholie hingenommen. Erst jetzt beginnt sich der Bauernbund von dieser Kette zu lösen.“ Offensichtlich deshalb, weil er sich nicht mehr im Rahmen der ÖVP entsprechend durchsetzen muß. (*Abg. Landmann: Da war nur ein Unterschied, den Sie nicht begreifen werden!*) Ihr Kommentar, Herr Kollege Landmann, beweist immerhin auch, daß im Rahmen der ÖVP von einer echten Interessenvertretung wenig übrigbleibt.

Ein anderes Beispiel lieferten die Tiroler Landwirtschaftsfunktionäre. Sie weigerten sich, im Interesse der Existenzhaltung der Bergbauern den Krisengroschen zu staffeln, und alle diesbezüglichen Verhandlungen im Lande haben zu keinem Ergebnis geführt. (*Abg. Landmann: Wie staffeln Sie denn die 300 S?*)

Unverständlich ist ebenfalls, daß Ihre Vertreter im Finanz- und Budgetausschuß bei der Behandlung des Kapitels Landwirtschaft den Fahrtkostenzuschuß und die kostenlose Bereitstellung von Schulbüchern kritisiert haben, wobei gerade diese Maßnahme primär den Bergbauern mit ihren kinderreichen Familien eine entsprechend spürbare Entlastung bringt. Sie brauchen sich nur bei den etwa 390.000 Landwirtschaften in Österreich in Erinnerung zu rufen, wie viele Kinder wir dort haben, die auch eine entsprechende Leistung erhalten. (*Abg. Steiner: Damit es keine Legendenbildung gibt: Wir haben gesagt, diese Maßnahmen soll das Verkehrsministerium und das Unterrichtsministerium setzen!*)

Das ist immerhin auch eine sehr beachtliche Leistung der sozialistischen Regierung, die man ebenfalls sehen muß. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Herren! Der Finanzminister der ÖVP hat immerhin mit diesen Zuschüssen aus dem Familienlastenausgleichsfonds Budgetlöcher gestopft. Auch das kann in diesem Zusammenhang gesagt werden.

Und immer wieder hört man den Vorwurf von der ÖVP-Seite an die sozialistische Regierung, sie sei an den Preiserhöhungen schuld, sie sei schuld, daß sich die Kaufkraft vermindere. Das hat unter anderen auch Abgeordneter Zittmayr sehr deutlich ausgesprochen.

Sie vergessen, meine Herren von der ÖVP, offensichtlich gern und absichtlich, daß die sozialistische Regierung erst seit 20. April dieses Jahres im Amt ist und daß bis zu diesem Zeitpunkt allein schon eine Steigerung

Egg

der Lebenshaltungskosten um 3,9 Prozent eingetreten ist, wobei wir jetzt bei etwa 4,8 Prozent stehen. Wenn man das mathematisch nehmen möchte, dann wäre bestenfalls die Verantwortung für 1 Prozent vorhanden.

Aber selbst dann, wenn man das so sehen wollte, ist festzustellen, daß der Schwerpunkt der Ursachen der Preiserhöhungen ja auf Gebieten liegt, wo man von der Regierung her nicht entsprechend starke Einflußmöglichkeiten hat.

Das ist also beispielsweise bei den Mieten, weil Sie, meine Herren von der ÖVP, nicht mitgehen, und bei industriellen und gewerblichen Waren, also in Bereichen, wo Sie der sozialistischen Bundesregierung kein ausreichendes Instrumentarium hinterlassen haben. Selbst die bescheidenen Änderungen des Preistreiberei- und des Preisänderungsgesetzes werden ja von Ihnen bekanntermaßen immer wieder kritisiert.

Für die Belastungen der Bevölkerung und damit auch der Bauernschaft durch diese Preiserhöhungen, meine Damen und Herren, trägt also vor allen Dingen der Wirtschaftsbund die Schuld, und die Herren der Landwirtschaft haben im Rahmen des Bauernbundes sicher die Möglichkeit, dem Wirtschaftsbund hierfür einen herzlichen Dank auszusprechen.

Es gibt noch eine Reihe von Zahlen in dem Zusammenhang, die als Details im Budget der Landwirtschaft dargelegt werden könnten. Ich möchte mich jedoch nur noch auf zwei andere Positionen in meinen Ausführungen konzentrieren.

Zum ersten möchte ich einmal darauf hinweisen, daß im Bereiche des Katastrophenschutzes beispielsweise die Dotierung der ÖVP-Regierung 1968 mit 820 Millionen Schilling war, im Jahre 1969 mit 758 Millionen Schilling, also eine Verminderung um 62 Millionen Schilling. Das ist diesmal im Budget nicht der Fall.

Wenn hier der Abgeordnete Dr. Leitner kritisiert hat, daß die Mittel zur Verbauung des Drauflasses in Sillian in der Höhe von 60 Millionen Schilling nicht zur Verfügung stehen, so ist dazu eine Bemerkung zu machen. Es ist festzustellen, daß für die Verbauung des Drauflasses in Sillian schon seit den Damnbrüchen anlässlich der Hochwasserkatastrophe im Jahre 1966 die Möglichkeit und die Notwendigkeit bestanden hatte, entsprechend Vorsorge zu treffen. Jetzt erst liegen zwei Ausbauplanvarianten hierfür vor, und in diesem Zusammenhang sind derzeit hydrogeologische Untersuchungen über die Eignung der Bodenverhältnisse im Gange. Unabhängig davon,

meine Damen und Herren, welche der Varianten von den Fachleuten gewählt wird, kann schon jetzt festgestellt werden, daß diese Maßnahme im fünfjährigen Ausbauplan 1971 bis 1975 für den Flußbau in Tirol einbezogen ist.

Bezüglich der Innverbauung, die ebenfalls kritisiert wurde, ist festzustellen, daß der vorrangigste Abschnitt jener zwischen der Universitätsbrücke und der Kranewitter Brücke liegt. Die Frage der Realisierung dieses Bauabschnittes hängt jedoch von der Ausarbeitung eines Vorteilsoperates ab, welches noch nicht zur Verfügung steht. Aber auch diese Maßnahme ist in das fünfjährige Ausbauplan 1971 bis 1975 für den Flußbau in Tirol einbezogen.

Bezüglich der Sorge, daß infolge angeblicher Verkürzung der Mittel für die Wildbachverbauung 180 Stammarbeiter in Innsbruck ihren Arbeitsplatz verlieren, kann ich den Kollegen Leitner ebenfalls beruhigen. Nach mir zur Verfügung stehenden Informationen haben sich die zuständigen Minister für Land- und Forstwirtschaft, Bauten und Finanzen darauf geeinigt, daß die für die Wildbachverbauung vorgesehenen Mittel in voller Höhe bei der Land- und Forstwirtschaft verbleiben werden. Damit sind also die Befürchtungen einer diesbezüglichen Kündigung zweifellos hinfällig.

Es hat sich der Kollege Landmann, und das möchte ich ergänzend sagen, wegen der Benützung der Güterwege durch die Fremden in Westösterreich beschwert, wo nach vorliegenden Zählungen 80 von 100 Benützern fremd sind. (*Abg. Landmann: Das war doch keine Beschwerde, sondern nur eine Feststellung!*) Sicher eine Feststellung. Man sollte nur dabei nicht vergessen, daß diese Feststellung gleichzeitig mit der Beschwerde gekoppelt war (*Abg. Landmann: Das war eine Feststellung, unterschreiben Sie doch nicht etwas!*), daß diese Fremden es sind, die diese Güterwege benützen. Das, obwohl gerade die Fremden Geld bei den Bergbauern lassen.

Wenn man also diese Positionen sieht und außerdem den Vergleich anstellt, daß im Jahre 1968 43 Millionen, im Jahre 1969 aber nur 39 Millionen aus dem Grünen Plan für die Bergbauern im Sonderprogramm zur Verfügung gestellt wurden, dann ist auch hier zu sagen, daß in den einzelnen Positionen die Landwirtschaft auch unter der Leitung von ÖVP-Ministern nicht jene Wünsche befriedigt bekommen hat, die ihr als richtig erschienen sind.

Noch ein Beispiel: Das Gesamtkapital Ausgaben der Hoheitsverwaltung — Landwirtschaft ist im Jahre 1969 mit 2350 Millionen, im Jahre 1970 mit 2469 Millionen, im Jahre

1702

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Egg

1971 mit 2608 Millionen präliminiert worden. Das heißt also, wenn man dieses Kapitel gesondert betrachtet, sind immerhin wieder um 139 Millionen Schilling mehr eingebaut, und das, meine Damen und Herren, obwohl in diesem Budget etwa 9 Milliarden Schulden zurückgezahlt werden müssen.

Ich bin also der Meinung, daß selbst ein OVP-Landwirtschaftsminister es schwer gehabt hätte, bessere Dotierungen für dieses Budget festzulegen, als es tatsächlich der Fall war.

Diese Bemerkung möchte ich noch mit einer anderen Überlegung begründen. Laut „Profil“ hat ja zu Beginn 1970 der damalige Finanzminister Professor Koren eine Diskussionsgrundlage für das Budget 1971 ausgearbeitet. Der Inhalt war: Keine Anlage von Rücklagen in der Sozialversicherung, eine Erhöhung der Mineralölsteuer, auch für Landwirte — also Sie sehen, da wären Sie nicht darum herumgekommen —, eine Anpassung von Preisen und Tarifen an die steigenden Kosten bei Bahn, Post, Zigaretten — etwas, was bei der sozialistischen Regierung nicht erfolgt ist —, der Abbau der Düngemittelstützung und eine weitere Verschiebung der Familienfondsregelung. Also immerhin Überlegungen, die sehr deutlich zeigen, daß die Schwerpunktbildung selbst bei dieser Entwicklung, wie wir sie jetzt vor uns haben, für die Landwirtschaft durchaus akzeptabel ist.

Die OVP wirkt also nicht nur unglaublich, denn, meine Damen und Herren, sie ist es auch. Denn immerhin hat am 19. August das „Volksblatt“ selbst geschrieben, daß die Ablehnung des Budgets, ohne es zu kennen, unseriös sei. Trotzdem hat Herr Dr. Withalm am 22. August, also drei Tage danach, erklärt, daß er das Budget aus grundsätzlichen Erwägungen ablehne. Also es wurde abgelehnt, bevor man es überhaupt gekannt hat. Wenn man auch dazu noch schließlich die Stellungnahme des Herrn Dr. Withalm zum Bundesfinanzgesetz 1970 durchsieht, dann wird auch hier erst deutlich, mit welcher „Sachlichkeit“ heute diskutiert wurde.

Auf Seite 13279 ist im stenographischen Protokoll der Sitzung vom 24. 10. 1969 festgehalten, und zwar gesprochen in dem Fall von Herrn Dr. Withalm: „Als die Österreichische Volkspartei vor bald vier Jahren die Alleinverantwortung auf sich genommen hatte, stand sie in der Budgetfrage vor der schwierigen Aufgabe, gegenüber früheren Ansätzen, die mehr oder minder auf der Basis der Gefälligkeitsdemokratie zustandegekommen waren, wieder eine klare Rangordnung der Verpflichtungen des Staates festzulegen.“ — Dasselbe, meine Damen und Herren, können auch wir Sozialisten bei der Bündelpolitik der OVP mit

Recht feststellen. — „Diese Aufgabe konnte nicht schon im ersten von ihr vorgelegten Staatshaushaltsplan zur Gänze gelöst werden, weil eine so radikale Vorgangsweise nur zu Störungen hätte führen können. Sie erforderte vielmehr ein schrittweises Vorgehen, einen allmählichen Umbau, der erst heute als im großen und ganzen abgeschlossen bezeichnet werden kann.“

Also erst nach vier Jahren, so wurde der Meinung Ausdruck gegeben, sei die Budgetsituation in einer Form geändert worden, wie es den Herren der OVP behagt.

Auch wir können die uns gestellten Aufgaben nicht schon im ersten Budget zur Gänze lösen. Der Beginn ist jedoch gemacht. Deshalb stimmen wir dem vorliegenden Budgetentwurf im Kapitel Landwirtschaft zu. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst *(der soeben den Vorsitz übernommen hat)*: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brandstätter. Er hat das Wort.

Abgeordneter Brandstätter (OVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Egg hat gerade erklärt, daß die OVP-Abgeordneten den Vorschlag auf kostenlose Beistellung der Schulbücher kritisiert hatten. Das stimmt, aber dazu möchte ich doch einiges feststellen.

Er hat nämlich nicht gesagt, daß im Unterausschuß bereits der Antrag auf eine jährliche Beihilfe von 400 S eingebracht wurde. Mit dieser jährlichen Beihilfe werden nämlich zwei Dinge erreicht: es bekommen die Eltern den Betrag, um Schulbücher, Fahrtkosten und so weiter ersetzt zu erhalten, gleichzeitig haben aber bedürftige Kinder einen besonderen Vorteil; denn es ist eine Tatsache, daß bedürftige Kinder weitestgehend auch heute schon die Schulbücher von den Schulen, von den Elternvereinen, von den Gemeinden und so weiter ersetzt bekommen. *(Beifall bei der OVP. — Abg. Lukas: Aber nicht in einer solchen Weise!)* Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es zeigt sich, daß die OVP diejenige Partei ist, die für die Bedürftigen eintritt *(neuerlicher Beifall bei der OVP — Abg. Lukas: In roten Gemeinden!)*, weil sie zu der Beistellung der Schulbücher zusätzlich noch die 400 S beantragt. An Ihnen liegt es, den Beweis zu erbringen, daß Sie mittun. *(Abg. Moser: Das glaubt Ihnen nicht einmal der „Korneuburger Stadtanzeiger“!)*

Meine Damen und Herren! Gestern hat Bundeskanzler Dr. Kreisky hier gesagt, es wären für die Landwirtschaft ohneweiters noch 300 Millionen oder 400 Millionen Schilling drinnen gewesen. Dazu muß ich sagen, daß

Brandstätter

dann zumindest nach meiner Auffassung der Herr Landwirtschaftsminister versagt hat, wenn er nicht imstande war, bei seinem Finanzminister zu erreichen, daß wirklich alle nur möglichen Mittel für die Landwirtschaft ausgeschöpft wurden.

Der Herr Minister Dr. Weihs hat bei einer Versammlung des Bauernverbandes, bei der ich auch anwesend war, auf meine Frage hin, wie er sich zu den ... *(Zwischenruf des Abg. Wodica:)* Bitte, Herr Abgeordneter? *(Abg. Wodica: Da haben Sie nicht gut abgeschnitten!)* Sie haben es gehört, wir waren also miteinander dort: Da habe ich den Herrn Bundesminister Dr. Weihs gefragt, wie er sich nun als Landwirtschaftsminister stellen wird, denn vorher war er als Abgeordneter bei uns als reiner Konsumentenvertreter bekannt. Auf meine Frage, wie er es nun halten wird, hat er gesagt, selbstverständlich wird er jetzt als Landwirtschaftsminister für die Bauern eintreten. Auf die Tatsache hin, daß der Herr Bundeskanzler sagt, ein paar hundert Millionen wären noch drinnen gewesen *(Abg. Wodica: Das hat der Bundeskanzler gesagt!)*, muß ich doch feststellen, daß sich der Herr Landwirtschaftsminister eben nicht durchgesetzt hat. Es kann also wieder nur der Bauernbund sein, der für die Bauern etwas erreicht. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wodica: Das klingt sehr überzeugend, nur Sie selbst glauben es nicht!)* Das ist meine Sache, Herr Abgeordneter Wodica. *(Abg. Wodica: Es ist aber auch meine Sache, das festzustellen!)* Das ist wieder Ihre Sache. Da sind wir uns einig. Selbstverständlich. *(Ruf bei der ÖVP: Seid einig!)*

Nun zum Herrn Abgeordneten Pfeifer. Er hat von Blut-und-Boden-Mythologie gesprochen. Dazu möchte ich doch sagen, daß es gerade die ÖVP und der ÖVP-Bauernbund war, der schon sehr viel geleistet hat. Ich möchte nur das Arbeitsmarktförderungsgesetz erwähnen, das Strukturverbesserungsgesetz und alle diese Dinge, unsere Anstrengungen, die wir unternehmen, um für Bauern Nebenverwerbsmöglichkeiten auf dem Lande draußen zu schaffen. Ich kann also wirklich sagen: Es hat vielleicht einmal eine Blut-und-Boden-Mythologie gegeben, aber uns kann man das bestimmt nicht vorwerfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun möchte ich zu einigen Fragen des land- und forstwirtschaftlichen Schul- und Ausbildungswesens Stellung nehmen. Die bäuerliche Bevölkerung und ihre Vertreter stehen ja den Bildungsfragen sehr positiv gegenüber. Das Programm der Präsidentenkonferenz betont ganz am Anfang: Eine umfassende Bildung ist Voraussetzung für die Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Probleme.

Im land- und forstwirtschaftlichen Schul- und Berufsausbildungswesen ist besonders nach dem zweiten Weltkrieg sehr viel geschehen. Ich erwähne nur die Errichtung und Ausgestaltung von Berufsschulen, Fachschulen, Höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten sowie des Bundesseminars für das landwirtschaftliche Bildungswesen. Nach der Betriebszählung 1951 hatten rund 51.000 Personen eine fachliche Schulbildung. 1960 waren es bereits 90.000. Das ist ein Plus von 77 Prozent.

Die Zahl der Betriebsinhaber mit Fachschulbildung stieg in diesem Zeitraum von 18.000 auf 33.000. Das ist eine Steigerung von 81 Prozent. Seither sind diese Zahlen noch wesentlich gestiegen. Allein im Schuljahr 1968/69 besuchten rund 38.500 Personen die land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten. Außerdem besuchten im Jahre 1968 rund 12.000 Personen land- und forstwirtschaftliche Kurse.

Erfreulich ist die Tatsache, daß trotz Rückganges der Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Berufstätigen der Besuch besonders der Fachschulen und der Höheren landwirtschaftlichen Bundeslehranstalten steigt. Waren es im Schuljahr 1960/61 33.000 Personen, die die land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten besuchten, so waren es im Schuljahr 1968/69 bereits 38.500. Die Zahl der Fachschulbesucher stieg in diesen acht Jahren um 32 Prozent, die Zahl der Besucher Höherer landwirtschaftlicher Lehranstalten um 34 Prozent.

Das Land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsgesetz, welches 1952 geschaffen und 1965 entscheidend verbessert wurde, enthält die gesetzliche Voraussetzung für die Lehrlingsausbildung mit Facharbeiter- beziehungsweise Gehilfenprüfung und Weiterbildung bis zur Meisterprüfung. Die Ausbildung zum Facharbeiter und Meister verfolgt das Ziel, ein Höchstmaß an fachlicher allgemeiner und charakterlicher Schulung zu vermitteln. Allein in den Jahren 1964 bis 1969 wurden mehr als 3500 Meisterprüfungen abgelegt.

Von Seite der SPÖ wird immer wieder die Ansicht vertreten, daß von der Betriebsgröße allein das Wohl und Wehe des Bauernstandes abhängt. Ich darf Ihnen dazu sagen: In erster Linie ist es eine gediegene Berufsausbildung, welche die Grundvoraussetzung für einen Betriebserfolg bildet. Auch die Höheren landwirtschaftlichen Lehranstalten wurden ausgebaut und weitgehend auf fünfjährigen Betrieb umgestellt. Die Hochschulberechtigungsverordnung aus dem Jahre 1968 hat diese Aufbauarbeit dadurch anerkannt, daß seither den Absolventen Höherer landwirtschaftlicher

Brandstätter

Lehranstalten alle Studienrichtungen an Universitäten und Hochschulen zugänglich sind.

Meine Damen und Herren! Bis jetzt konnte ich durchaus erfreuliche Tatsachen aufzeigen. Es gibt aber leider auch noch sehr unerfreuliche Probleme. So müssen wir mit Nachdruck verlangen, daß die Regierungspartei nicht länger die weitere Entwicklung des landwirtschaftlichen Bildungswesens verhindert. Ich erinnere daran, daß die landwirtschaftlichen Schulgesetzentwürfe noch in der Koalitionszeit zuerst vom Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Hartmann und dann vom Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Schleinzer in einem Koalitionskomitee ausgearbeitet wurden. Die SPÖ-Regierungsmitglieder haben die fertigen Entwürfe aber im Jahre 1965 unsachlicherweise blockiert. Es ist ja noch lebhaft in Erinnerung, daß eine Zustimmung zu diesen Gesetzen von der Ernennung von niederösterreichischen Pflichtschullehrern abhängig gemacht wurde. Die Tatsache, daß der Herr Bundesminister Dr. Weihs dem Koalitionskomitee angehörte und daß er heuer jenen Entwurf zur Begutachtung aussenden ließ, den er seinerzeit mit erarbeitete, gab zur Hoffnung Anlaß, daß nun die Sozialisten endlich zur Einsicht gekommen sind. Da aber die Begutachtungsfrist Ende Oktober abgelaufen ist und bis heute dem Hohen Haus keine Regierungsvorlage vorgelegt wurde, sehe ich mich veranlaßt, die Bundesregierung und besonders den Herrn Minister Dr. Weihs aufzufordern, unverzüglich die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Ich komme nun zum geplanten Schülerbeihilfengesetz. Ich finde es unververtretbar, daß der Entwurf des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst die landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschüler von dieser gesetzlichen Studienförderung ausschließt. Wir verlangen mit Nachdruck die Einbeziehung dieser landwirtschaftlichen Schulen in die geplante Studienförderung, wenn nötig durch eine eigene Verfassungsbestimmung.

Und noch einen Schönheitsfehler hat dieser Entwurf. Er trägt zur Beseitigung der räumlichen Bildungsschranken zuwenig bei, da die Schüler aus den schulfernen Gebieten zuwenig berücksichtigt werden. Die Heimbeihilfen sind im Hinblick auf die Höhe der tatsächlichen Kosten zu niedrig angesetzt. Um diese Ungerechtigkeit auszuschalten, müssen die Beihilfen für jene Schüler, welche in Internaten wohnen, erhöht werden, da deren Eltern im Schnitt pro Jahr um 10.000 S mehr belastet sind. Auch bei den Fahrtkosten ist der jährliche Selbstbehalt von 2000 S entschieden zu hoch. Gerade in den ländlichen Gebieten gibt es noch echte Begabungsreserven, die auszuschöpfen sich lohnt.

Die größere Belastung der Landkinder durch den beschwerlichen und zeitraubenden Schulweg oder die Trennung vom Elternhaus bei Heimaufenthalt kann nicht vermieden werden. Die finanzielle Mehrbelastung kann bei einigem guten Willen aber ausgeglichen werden.

Und nun zur Frage der Beratungstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft. Ich glaube, daß die Zusammenarbeit zwischen den Landwirtschaftsschulen und den Beratungskräften noch verbessert werden muß.

In der Nachkriegszeit bis Mitte der fünfziger Jahre standen produktionstechnische Fragen mit dem Ziele einer Steigerung der Erzeugung im Vordergrund. Inzwischen sind die Fragen der Kosten und des Absatzes in den Vordergrund gerückt. Gerade die Absatzsorgen der Bauern sind es, welche die Sozialisten immer zum Anlaß nehmen, um gegen die ÖVP-Agrarpolitik zu polemisieren.

Ich möchte hier nur an die vorjährige Budgetdebatte zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft erinnern. Es hat sich wie ein roter Faden durch die Reden der Sozialisten gezogen, wenn sie immer gesagt haben: Es wird zuviel produziert, wir kümmern uns nicht um den Absatz, die Produktion ist zu hoch! Heute hat sogar der Herr Bundesminister Dr. Weihs von der Regierungsbank im Zusammenhang mit dem Problem des Käsepreises von einer Butterknappheit gesprochen. Sie sehen also, meine Damen und Herren, wie nahe Überfluß und Mangel gerade bei den landwirtschaftlichen Erzeugnissen beisammen sein können.

Die Situation auf dem Weltmarkt zeigt vor allem aber auch, daß dann, wenn Österreich auf Einfuhren angewiesen ist, im Ausland weder billige Futtermittel noch billige Nahrungsmittel zu haben sind. Der Herr Bundesminister hat von erheblichen Mitteln aus Futtermittelfuhren gesprochen. Herr Bundesminister! Gar so überwältigend werden diese Mittel nicht sein, da wir genau wissen, daß die Futtermittelpreise auch auf dem Weltmarkt keineswegs niedrig sind. Man sieht es also sehr deutlich, daß gerade bei der landwirtschaftlichen Erzeugung eben ein Höherer mitredet und daß es nur allzu berechtigt ist, wenn hier gewisse Reserven vorhanden sind.

Die landwirtschaftliche Beratung muß neben der Spezialisierung vor allem auf die betriebswirtschaftliche Entwicklung Rücksicht nehmen. Die Zahl der Berater wird ja laufend erhöht. Trotzdem sind es zuwenig Fachleute, die bis jetzt eingesetzt sind. Im Jahre 1961 waren es 279 Berater und 250 Beraterinnen, die in der Landwirtschaft tätig waren. Im Jahre 1966 betrug die Zahl 501 Berater und 308 Beraterinnen.

Brandstätter

Um eine individuelle Betriebsberatung zu ermöglichen, muß die Zahl der Beratungskäfte weiter erhöht werden. Diese Beratungskräfte brauchen vor allem eine umfassende fachliche Grundausbildung und zusätzlich dauernde Fortbildung. Dazu wären Kurse und Seminare des Landwirtschaftsministeriums und des Agrarwirtschaftlichen Institutes sowie des Berufspädagogischen Institutes des Bundesseminars in Wien Ober-St. Veit zu intensivieren. An der Hochschule für Bodenkultur wäre eine Lehrkanzel für Beratungswesen notwendig, wie sie zum Beispiel in Stuttgart-Hohenheim bereits besteht. Dies ist notwendig, weil 20 Prozent der Absolventen der Hochschule in den Beratungsdienst gehen.

Der landwirtschaftlichen Forschung muß auch besonderes Augenmerk geschenkt werden, weil gesunde Nahrungsmittel für die Volksgesundheit von besonderer Bedeutung sind. Die Landwirtschaft hat eine wesentliche Mitverantwortung an der Gesunderhaltung der österreichischen Bevölkerung. Dies darf aber nicht dazu führen, daß man der Bauernschaft rationelle Produktionsmethoden verwehrt und gleichzeitig eine billige Produktion fordert. Die Wissenschaft und Forschung hat erhöhte Aufgaben zur Vermeidung gesundheitsschädlicher Wirkungen der modernen Produktionsmethoden. Sie muß daher entsprechend dotiert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe versucht, in wenigen Worten aufzuzeigen, welche Leistungen die Bauernschaft mit Hilfe der Lehr- und Beratungskräfte auf dem Schul- und Ausbildungssektor erbracht hat. Es wären all die Leistungen der Landwirtschaft, die wir im Interesse der Volkswirtschaft in den letzten Jahrzehnten erbracht haben, nicht möglich gewesen, wenn wir nicht einerseits diese Kräfte zur Verfügung gehabt hätten, andererseits aber nicht die Bauern jederzeit bereit gewesen wären, mitzuarbeiten, um sich weiterzubilden.

Ich möchte mit allem Nachdruck feststellen, daß aber auch die beste Ausbildung die Existenz unseres Berufsstandes nicht sichern kann, wenn die Regierung den Bauern derart unverantwortlich hohe Belastungen wie, um nur ein Beispiel zu nennen, die Erhöhung des Dieselölpreises auferlegt.

Die Bauern sind sich der Verantwortung um unser Land bewußt. Sie haben bewiesen, daß sie bereit sind, sich durch intensive Schulung die Voraussetzung zu verschaffen, um mit der modernen Technik und den neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft Schritt halten zu können.

Es wäre hoch an der Zeit, wenn auch die SPÖ-Regierung sich der Verantwortung bewußt würde, die sie im Interesse des gesamten Volkes für die Bauernschaft zu tragen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kriz. Er hat das Wort.

Abgeordneter Kriz (SPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf die Ausführungen des Kollegen Brandstätter näher einzugehen, ist aus Zeitmangel leider nicht mehr möglich. *(Zwischenruhe bei der ÖVP.)* Aber, meine Herren, das erübrigt sich auch, da jedes Kind weiß, wer seit eh und je, Herr Minister Soronics, in Österreich für die Bedürftigen eingetreten ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Als Abgeordneter eines Gebietes, in welchem viele kleine Landwirte und Weinbauer tätig sind, werde ich fast täglich mit den Problemen dieser Menschen konfrontiert. Aber nicht nur seit meiner Tätigkeit als Abgeordneter, sondern schon seit meiner frühen Jugend haben mich ihre Sorgen begleitet, stammt doch meine Mutter selbst aus einer Weinbauerfamilie. Besonders in allerjüngster Zeit sind diese Probleme offenkundig geworden, da uns das heurige Jahr, wie Sie alle selbst wissen, eine Rekordweinernte beschert hat.

Präsident Minkowitsch hat eingangs kurz über die derzeitige Weinsituation gesprochen. Gesatten Sie, meine Herren von der rechten Reichshälfte, daß ich diese Frage einmal aus einer anderen Sicht aufrolle.

Diese Ernte hat die Sorgen der österreichischen Weinbauern vergrößert und ihnen die verfehlte Agrarpolitik, für welche der Bauernbund seit 25 Jahren verantwortlich zeichnet, deutlich vor Augen geführt.

Bekanntlich ist allein in den letzten zehn Jahren die Weingartenfläche von 35.048 ha auf 46.921 ha ausgeweitet worden. Durch die Umstellung, wie Sie selbst wissen, von der Stock- auf die Hochkultur, die Verbesserung des Pflanzenschutzes und durch den Einsatz ertragreicherer Reben erfolgte gleichzeitig eine Verdoppelung der Flächenenerträge. Aber weder Handel noch Genossenschaften ist es bis heute gelungen, die Konsequenzen aus der so stark gestiegenen Produktivität zu ziehen.

Es ist bis heute nicht gelungen, den Anbau so zu steuern, daß durch eine entsprechende echte Sortenbereinigung große Mengen Wein gleicher Qualität erzeugt werden können.

Nur das Angebot von Qualitätswein in größeren Mengen eröffnet uns Chancen auf den ausländischen Märkten. Sie glauben doch

Kriz

selbst nicht, daß sich der inländische Weinkonsum, der nach den neuesten Meldungen derzeit bei zirka 40 Liter pro Kopf und Jahr liegt, noch weiter steigern läßt? (*Abg. Anton Schlager: Weil der Weikhart nichts trinkt!*) Wir trinken wohl; doch wir alle sind Autofahrer und wissen, wieviel wir trinken können, Herr Kollege! Dabei ist zu bedenken, daß in dieser Menge der sogenannte indirekte Export, das heißt der Verbrauch der ausländischen Urlauber in Österreich, begriffen ist. Oder wollen Sie das bestreiten?

Ein oft gebrachter Vergleich mit der entsprechenden Konsumquote pro Kopf in Italien und Frankreich hinkt deswegen, weil die in diesen Ländern konsumierten Tischweine meines Erachtens einen erheblich niedrigeren Alkoholgehalt haben.

Die notwendige Folgerung aus dieser Tatsache ist von den dafür Verantwortlichen nur sehr, sehr, sehr zögernd in Angriff genommen worden. (*Abg. Dr. Mussil: Die Alkoholsteuer!*) Wir haben die Alkoholsteuer nicht erfunden. (*Abg. Dr. Mussil: Sie sollen sie abschaffen!*) Herr Abgeordneter Mussil! Ich gebe sogar zu, daß auch Sie nicht der Urheber der Weinsteuer sind. Denn schon vor 850 Jahren haben die Klöster eine Wein-Sondersteuer eingehoben.

Warum die Chancen bei den Exportmärkten bisher nicht genützt wurden — ich bin fast versucht zu den Herren Genossenschaftlern zu sagen: genützt werden konnten —, ist ein offenes Geheimnis. — Sie lachen: Sie wissen, warum.

Sehen wir uns einmal bestimmte Exportstatistiken an. Herr Dr. Mussil! Jetzt passen Sie bitte auf! Lesen Sie jetzt nicht Zeitung! Die offizielle Statistik des Österreichischen Statistischen Zentralamtes weist für das Jahr 1969 eine Weinausfuhr in die Bundesrepublik Deutschland in der Höhe von 22.879 hl aus. Bitte notieren Sie das! (*Abg. Dr. Mussil: Steht im stenographischen Protokoll!*) Das Deutsche Statistische Bundesamt in Wiesbaden hingegen vermerkt für dasselbe Jahr, also für 1969, eine Weineinfuhr aus Österreich in der Höhe von 114.084 hl. (*Neuerliche Zwischenrufe des Abg. Dr. Mussil.*)

Präsident **Probst**: Den Herrn Abgeordneten Mussil höre ich dauernd, ich weiß aber nicht, wo er sitzt. Ich muß ihn immer suchen. (*Heiterkeit.*)

Abgeordneter **Kriz** (*fortsetzend*): Denken Sie an das Jahr 1969! Herr Abgeordneter Mussil! Da war der Herr Minister Staribacher noch nicht im Amte. Sie wissen, wer damals im Amte war. (*Abg. Fachleutner: Herr Abgeordneter! Was sagen Sie zur Aussage*

des Bundeskanzlers, Exporte nach Schweden durchzuführen? Wie weit sind wir da?) Das wird kommen. Nur Ruhe! Herr Abgeordneter Fachleutner! Was Sie in 25 Jahren nicht zusammengebracht haben, verlangen Sie jetzt von uns in sieben Monaten! Wir werden aber mehr machen als Sie! Da können Sie beruhigt sein. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Welche Bewandnis es mit der Diskrepanz hat, weisen Artikel in den verschiedenen Tageszeitungen nach. So heißt es zum Beispiel am 4. August dieses Jahres wörtlich in einem Wiener Blatt — bitte hören Sie zu —:

„Derartige Praktiken haben ihre Ursachen in der wunderbaren Weinvermehrung, die diverse Handelsfirmen jährlich zur Aufbesserung ihrer Bilanzen durchführen. Denn was geschieht? Um die große Nachfrage nach österreichischem Wein im Ausland möglichst billig zu befriedigen, verschneiden diese Firmen Wein aus den Originalanbaugebieten in den Zollfreilagern mit ausländischen Produkten und bringen ihn unter österreichischen Markenbezeichnungen auf den Markt.“

Wir wollen davon absehen, daß er des öfteren nicht einmal verschnitten, sondern lediglich mit Wasser und Zucker aufgebessert wird, was Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, sicher auch verspüren können, sollten Sie im Ausland einmal versucht sein, einen garantiert echten Gumpoldskirchner zu verkosten.

Es kommt noch besser. Das stammt nicht von mir, Herr Abgeordneter Mussil, sondern das stammt vom „Kurier“, von Ihrem „Kurier“. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

„Manchmal bemüht man sich gar nicht einmal darum, sondern macht es sich noch einfacher, indem man einige Waggons spanischen Rotweines auf dem Ursprungszeugnis als burgenländischen Rotwein deklariert und an bundesdeutsche Konsumenten weiterverkauft.“

So stand es im „Kurier“ vom 4. August. Wer es nicht glaubt, kann es nachlesen.

Mit solchen Praktiken, Hohes Haus, wurde der Ruf des österreichischen Qualitätsweines im Ausland ruiniert. Solche Praktiken waren aber nur möglich, weil man ein nicht der heutigen Situation angepaßtes Weingesetz duldet.

Bisher war der Bauernbund, der so gerne für die Agrarpolitik verantwortlich zeichnen möchte, nicht in der Lage, für eine derartige Anpassung des Weingesetzes 1962 zu sorgen.

Erst sozialistische Weinbauvertreter haben anläßlich einer Vorsprache bei Landwirtschaftsminister Weihs auf dieses Problem hin-

Kriz

gewiesen und eine Zusage zur Novellierung des Weingesetzes erwirkt.

Herr Abgeordneter Graf! Sie können lachen! Mir macht das nichts aus. Ich lache aber bei Ihren Ausführungen auch nicht. *(Abg. Graf: Nicht immer, wenn ich lache, lache ich unbedingt über Sie! Ich darf Ihnen das sagen!)* Aha, Sie können sich gut herausreden. Sie können das im „Kurier“ nachlesen, wenn Sie es nicht glauben. *(Abg. Graf: Ich habe es nicht bezweifelt!)*

Dem Vernehmen nach sind die ressort-internen Arbeiten an der Novellierung abgeschlossen, und es kann demnächst mit der Aussendung des Novellenentwurfes gerechnet werden. Der wesentliche Inhalt dieses Entwurfes wird sein, daß als österreichischer Weißwein in Hinkunft nur jener exportiert werden darf, der zur Gänze aus österreichischen Trauben hergestellt wurde. Bei Rotwein sollen 85 Prozent genügen.

Angesichts dieser Fakten erscheint die plötzliche und hektische Aktivität mancher bauernbündischer Weinbauernvertreter im Niederösterreichischen Landtag geradezu belustigend. Ich habe hier einen Antrag. Sie brauchen es nicht zu glauben, aber man hätte das schon früher machen können.

Obgleich man in den vergangenen vier Jahren der OVP-Regierung Zeit genug und die Mehrheit im Parlament gehabt hätte, hielt man es offenbar nicht für notwendig, eine solche Novellierung vorzunehmen, geschweige denn Vorarbeiten dazu zu leisten. Die Interessenvertreter der Weinbauern beziehungsweise die Genossenschaftsvertreter werden ihren Mitgliedern wohl erzählt haben, sie hätten sich gegen den Weinhandel nicht durchsetzen können. Haben Sie sich, meine Herren Weinbauernvertreter, vielleicht auch auf anderen Gebieten nicht durchgesetzt? Bei den Förderungen etwa konnten Sie sich ganz gut durchsetzen — klagen umgekehrt immer wieder die Vertreter des Weinhandels —, obgleich Sie diese Förderungen nicht immer zielführend einsetzen.

Ich erinnere an die Subventionierung des Ankaufs von einigen tausend Weingläsern für eine Weinkost, die eine burgenländische Winzergenossenschaft erhielt. Und das, meine Damen und Herren, aus Mitteln des Grünen Planes, welche der Strukturverbesserung sowie der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Landwirtschaft dienen sollen!

Wie wenig Sie den Entwicklungen am Weinmarkt folgen konnten, meine Herren Genossenschafter, zeigt das Beispiel, daß etwa der

Niederösterreichische und der Burgenländische Winzerverband nicht in der Lage sind, Traubensaftkonzentrate in der gleichen Qualität, wie es das Ausland bietet, inländischen Verbrauchern zu offerieren. Kollege Hietl, schreib nur mit! *(Abg. Fachleutner: Darf er das nicht?)* Daher müssen Traubensaft und Traubensaftkonzentrate schon seit längerer Zeit eingeführt werden. Zum Nachteil von euch, zum Nachteil der österreichischen Weinbauer!

Statt ihre volle Kraft für die Bemühungen um Steigerung der Weinexporte zu verwenden, verbinden sich österreichische Winzergenossenschaften mit Weinhändlern, wie beispielsweise — aus meiner engeren Heimat erzählt — die Wachauer Winzergenossenschaft mit Herrn Mautner Markhof.

Meine Herren Weinbauvertreter! Ist das der Weg in die Zukunft: die Zusammenarbeit mit Händlern? Mit Händlern, welche die Notlage besonders der kleinen Weinbauer und das derzeitige Überangebot ausgenützt und Traubenpreise von 1,20 S bezahlt haben? *(Abg. Fachleutner: Was hat die GÖC gemacht? — Abg. Weikhart: Mehr bezahlt!)* Die Zusammenarbeit mit jenen Weinhändlern, die für österreichische Weine im Ausland zumindest teilweise eine Negativwerbung betrieben haben?

Ob man das als erfolgreiche Agrarpolitik bezeichnen kann, möchte ich bezweifeln. Die Auswirkungen für den Weinbauer liegen im Verfall der Weinpreise, die in meinem Wahlkreis von 1967 bis 1969 um 22 Prozent zurückgegangen sind und wohl noch weiter fallen werden. Es wird jahrelanger Anstrengungen von offiziellen Stellen, von Verbänden und von Einzelpersonen bedürfen, um den österreichischen Weinexport dermaßen auszuweiten, daß den Weinbauern ein Einkommen ermöglicht wird, welches auch ihnen die aktive Teilnahme an der fortschreitenden Entwicklung der Volkswirtschaft sichert.

Zwei Jahrzehnte lang wurde in Österreich Weinbaupolitik ohne Blick auf die Zukunft betrieben. Es war höchste Zeit, eine neue Entwicklung einzuleiten. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Wie schaut diese neue Entwicklung aus?)*

Nun noch einige Bemerkungen zu den bisherigen Äußerungen der Bauernbund-Abgeordneten zum Budget 1971. Der Herr Staatssekretär Haider ist nicht da. Herr Kollege Fachleutner! Sind Sie so nett, und sagen Sie es ihm dann. *(Abg. Fachleutner: Ich werde es ihm ausrichten!)* Immer wieder beklagen Sie sich, welche Belastungen die Landwirtschaft auf Grund von Preissteigerungen zu

1708

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Kriz

tragen hätte. Minister Weihs hat Ihnen ja bei Abschluß der ersten Runde taxativ auch die Mehreinnahmen mitgeteilt.

Natürlich gibt es, so wie in anderen Berufssparten, gerade im Waldviertel notleidende Kleinbauern, die vom Subventionstopf — wenn man es so sagen will — von den stärkeren und größeren Bauern mit mehr Einfluß weggedrängt wurden.

Nach den Monatsberichten des Instituts für Wirtschaftsforschung, Ausgabe August, waren die Mehreinnahmen im ersten Halbjahr um sieben Prozent höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Meine Herren vom Bauernbund! Jetzt frage ich Sie: Warum haben Sie in den vergangenen vier Jahren nicht — ich sage es noch einmal: nicht! — gegen die Kunstdüngerpreiserhöhung, gegen die Weizenpreissenkung oder gegen die Erhöhung des Krisengroschens durch die OVP-Alleinregierung protestiert? (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Es ist bekannt, daß sich der Herr Abgeordnete Dr. Haider manchmal in der Rolle des Starkmachers gefällt. Er soll seine Freude haben. Bedenklich wird die Sache aber, wenn er Interviews gibt, in denen er unter anderem folgendes zu Redakteur Leutgeb von den „Faber-Blättern“ Mitte August gesagt hat:

„Was Dr. Kreisky in diesen Apriltagen 1970 wirklich gemacht hat, ist ein halber Staatsstreich. Wenn sich seine Minderheitsregierung schon mit einem Akt auf die Regierungsbank gehievt hat, den man beinahe als staatsrechtliches Partisanenstück bezeichnen kann, so wird sie auch alle möglichen Methoden anwenden, um sich dort zu halten.“

Hier ist das Bild von Herrn Staatssekretär Dr. Haider (*der Redner zeigt ein Zeitungsblatt vor*), Sie können dann das Interview durchlesen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das sind kriegerische Worte!*)

Meine Damen und Herren! Wäre diese Stellungnahme nur ein Einzelfall gewesen, dann könnte man sie als eine Entgleisung werten, auf die man nicht besonderen Wert legen sollte. Wir sind aber im Laufe der Monate hellhörig geworden, und so wiegen die Sätze, die der Herr Staatssekretär außer Dienst bei der Parlamentsdebatte am 28. Oktober in bezug auf Bauernfragen neuerdings ertönen ließ, gelinde gesagt — seien Sie mir nicht böse — als eine Drohung, man könnte sagen, Hetze gegen alle anderen arbeitenden Bevölkerungsschichten. (*Abg. Dr. Mussil: „Hetze“ dürfen Sie nicht sagen!*) Herr Abgeordneter Dr. Mussil! Bitte hören Sie zu.

Mit Staunen hörte man da aus dem Munde des Parlamentariers — ich zitiere wiederum wörtlich —:

„Ich darf dieser Regierung versichern, daß die geordneten Kolonnen der bäuerlichen und ländlichen Bevölkerung auch heute, wenn es notwendig ist, durchaus bereit sind, in das innenpolitische Geschehen entscheidend einzugreifen.“ (*Abg. Dr. Mussil: Selbstverständlich! — Abg. Fachleutner: Bei der Ausbeutungspolitik ist das ein Verbrechen?*)

Herr Abgeordneter Fachleutner! Hören Sie jetzt gut zu, was ich sage: So alt ist der Herr Staatssekretär außer Dienst Dr. Haider auch wieder nicht, daß er nicht um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre auf den Bauernstand Bescheid wüßte. Da konnte man wirklich sagen, daß es den Arbeitern und Angestellten größtenteils wirtschaftlich schlecht ergangen ist. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Mussil.*) Herr Abgeordneter Dr. Mussil! Ich weiß nicht, ob es Ihnen schlecht gegangen ist. Den meisten ist es schlecht gegangen, aber bei Ihnen weiß ich es nicht. Ich will die Schreckgespenster dieser Zeit nicht mehr heraufbeschwören.

Aber als die arbeitende Bevölkerung kaum noch Nahrungsmittel kaufen konnte, ist es auch unseren Bauern — und ich glaube, daß das stimmt — schlecht ergangen. Noch in keiner Zeitepoche wurden derart viele Bauernhäuser versteigert, noch nie derart viele Familien mit ihren Kindern vom Hof gejagt wie damals. Falls sich Herr Staatssekretär außer Dienst Dr. Haider nicht mehr daran erinnern kann, frage er doch im Lande Niederösterreich herum!

Wir Sozialdemokraten (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Sozialisten!*) — Sie haben gestern nicht zugehört — wollen diese Zeit, die wahrlich nichts Gutes für alle Österreicher gebracht hat, endgültig vergessen.

Ich wiederhole: Wir Sozialdemokraten wollen diese Zeit, die wahrlich nichts Gutes für alle Österreicher gebracht hat, endgültig vergessen. Wir wollen uns nicht wieder gegenseitig aufputzen lassen, etwa unter der Devise: „Willst du nicht mein Bruder sein, hau ich dir den Schädel ein.“ (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Fachleutner: Das kommt aber von Marx!*)

Ich habe gesagt, wir wollen uns nicht wieder aufputzen lassen, auch wenn Herr Staatssekretär außer Dienst Dr. Haider und manche seiner Klubkollegen dies manchmal nicht zur Kenntnis nehmen wollen.

Kriz

Meine Damen und Herren! Aber das haben bisher die Österreicher mit der Abgabe ihrer Stimmzettel bewiesen, und das werden sie auch in Zukunft beweisen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hagspiel. Er hat das Wort.

Abgeordneter **Hagspiel** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Sehr geschätzte Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Kriz, hat es bedauert, daß der Bauernbund unter der Führung des Herrn Ministers Schleinzer bei der Einführung des Absatzförderungsbeitrages nicht demonstriert hätte. Erlauben Sie mir, daß ich Ihre Gedanken wieder herüber vom Weinkonsum auf die Milch leite. Ich werde auf dieses Thema noch zu sprechen kommen.

Einst gab es einen Spruch, der erwünschte Satttheit und Wohlstand beleuchtete, wenn es hieß: „dies ist ein Land, das von Milch und Honig fließt“.

Jetzt stehen wir mitten in einer Zeit, wo dieser Milchstrom als ungemütlich, als belastend empfunden wird und dem man den Hahn so gerne zudrehen würde.

Noch vor einem Vierteljahrhundert, zu Weihnachten 1945, hat der damalige Bundeskanzler Dipl.-Ing. Leopold Figl bei seiner Weihnachtsansprache dem österreichischen Volk zugerufen: „Ich kann euch auf den Weihnachtstisch nichts legen, den frierenden alten Leuten kein Holz und keine Kohle, den hungernden Kindern keine Butter und keine Milch. Ich kann euch nur zurufen, haltet aus im Glauben an Österreich.“

Erschütternd für die Älteren, unglaublich für die Jugend klingen diese Worte.

Und doch, wenn wir unseren Horizont öffnen, ist auch heute noch viel Elend und Hunger auf dem Weltenrund. Es mag fast so scheinen, daß die Welt in zwei Kreisläufe geraten ist, den Kreislauf des Überschusses und den Kreislauf der Not, des Hungers und der Entbehrung. Wir bilden uns ein, in einer Zeitepoche zu leben, in der der Geist der Erfindung und des Fortschritts ein jedes Hindernis zu bewältigen vermag. Trotzdem ist es, sicherlich trotz ernsthaften Bemühens, noch niemandem gelungen, diese zwei Kreisläufe ineinander zu bringen, denn sie würden sich wohl tuend ergänzen.

Es ist aber auch unser Vaterland von gar nirgends her abgesichert, daß nicht Lücken in der Versorgung durch irgendwelche Umstände von außen her eintreten könnten. Wenn die Versorgung vom Ausland her gestört

würde oder ganz ausbliebe, hätten wir in 14 Tagen wieder die Lebensmittelmarken in unserem Lande!

Es ist geradezu ein europäisches Problem geworden, daß die Überschüsse, auch wenn sie nicht groß sind, mit öffentlichen Mitteln gestützt werden und jeder Staat dem anderen dieses Sorgenpaket vor die Türe legt. Jeder kann selber schauen, wie er damit fertig wird.

Es wäre aber jeder Zivilschutz sinnlos, wenn auf der anderen Seite die Erhaltung und Förderung einer leistungsfähigen Landwirtschaft verkannt würde.

Die Landwirtschaft ist heute noch trotz Modernisierung und Technisierung wie vor Hunderten von Jahren auf das Keimen und Werden im Boden, auf das Wachsen und Gedeihen der Tiere, auf das Mitspielen der Witterung angewiesen. Der Bauer muß warten können. Er muß auch bereit sein, Risiken auf sich zu nehmen. Aber man kann von ihm nicht erwarten, daß er jedes Jahr auf das Dekagramm genau vorausahnen kann, wieviel er zu produzieren hat. So mußte er es erleben, daß im vergangenen Sommer wie ein Schreckgespenst die Kunde durch das Land gejagt wurde, wir würden in Milch und Butter erstickten.

Trotz gegenteiliger Behauptung der gewählten Interessenvertretung, der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, trotz geeigneter Lösungsvorschläge derselben ist es wiederum zur Einführung des Absatzförderungsbeitrages in einer Höhe von 19 g gekommen.

Daß diese Maßnahme Unmut und Verbitterung der Bauern heraufbeschworen hat, ist geradezu selbstverständlich, zumal der Erlaß rückwirkend verfügt wurde. Legen wir einmal das Ohr an das Volk: wer wäre bereit, eine solch einschneidende Einnahmensenkung in Kauf zu nehmen? Nur der Bauer soll gefügig hinnehmen, wie all seine Bedarfs- und Produktionsmittel im Preis hemmungslos hinaufschnellen, wie selbstverständlich manche Berufsgruppen hinnehmen, mit kürzerer Arbeitszeit mehr zu verdienen. Aber vom Bauern wird erwartet, daß er mit noch mehr Arbeiten das bestehende Einkommen höchstens hält. Vom Nachziehen ist nirgends die Rede.

Als der sozialistische Landwirtschaftsminister im Sommer dieses Jahres von den Bauern eine Erhöhung des Absatzförderungsbeitrages, also eine Kürzung des Milchgeldes verlangte, stützte er sich auf eine Prognose, welche für 1970 eine 6,5prozentige Erhöhung der Milchlieferung gegenüber 1969 vorhersagte.

1710

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Hagspiel

Daraus leitete er folgendes zusätzliches Exportstützungserfordernis für die zweite Hälfte 1970 ab: Butter 57,5 Millionen, Emmentaler 27,9 Millionen, Schnittkäse 32,7 Millionen, Vollmilchpulver 85,6 Millionen, Magermilchpulver 12,8 Millionen, insgesamt 216,5 Millionen. Diese Mittel sollten von den Bauern durch eine Erhöhung des Absatzförderungsbeitrages aufgebracht werden.

Die Vertreter der Bauern bezeichneten die Prognose, von der der Minister ausging, als nicht realistisch, bezweifelten deshalb den Bedarf an Exportstützungsmitteln und mußten konsequenterweise die geplante Erhöhung des Absatzförderungsbeitrages ablehnen.

Die sozialistische Presse beschuldigte darauf den Bauernbund der Verantwortungslosigkeit und des politischen Opportunismus: „ÖVP bagatellisiert Milchproblem“, „Bauern lehnen offenbar Mitverantwortung ab“.

In einem weiteren Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ stand folgendes zu lesen:

„Landwirtschaftsminister Dipl.-Ing. Doktor Weihs wandte sich mit Recht an die Präsidentenkonferenz, die bisher den Milchpreis bestimmt hat, und ersuchte sie, die notwendigen Maßnahmen vorzuschlagen, um die Milchflut einzudämmen. Doch jetzt auf einmal erklärten sich die Herren Präsidenten, die sich sonst immer als die alleinigen Vertreter der Landwirtschaft aufspielen, als nicht zuständig. Sie, die diese Milchschwemme auf dem Gewissen haben, möchten nun die Verantwortung auf den sozialistischen Landwirtschaftsminister abwälzen.“

Und schließlich hieß es in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 12. Juli 1970 unter dem Übertitel „Scheu vor Verantwortung“:

„Die Politik, die gegenwärtig die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern macht, ist einer großen Organisation unwürdig. Einen solchen wirtschaftspolitischen Kurs hätten die Vorgänger von Minkowitsch und Lehner, die Präsidenten Wallner und Griefner, sicherlich niemals gesteuert. Es scheint wahr zu sein, daß selten etwas Besseres nachkommt.“

Tatsächlich konnten die Vertreter der Bauernschaft die von Minister Weihs vorgeschlagene Milchpolitik nicht gutheißen. Sie konnten ihn aber auch nicht von der beabsichtigten Erhöhung des Absatzförderungsbeitrages abhalten, denn die Zuständigkeit für die Erhöhung und die Senkung des Absatzförderungsbeitrages liegt allein beim Landwirtschaftsminister.

Dieser machte von diesem Recht im Erlaß vom 29. Juli 1970 entgegen dem Protest sämt-

licher bäuerlicher Organisationen Gebrauch und erhöhte am 29. Juli 1970 und behielt vom Milchgeld der Bauern zusätzlich 12 g je Liter Milch ein.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur auf die Proteste der sozialistischen Bauernvertreter des Arbeitsbauernbundes eingehen, weil ich annehme, daß seitens der Arbeitsbauernbündler, die hier im Parlament Sitz und Stimme haben, zu diesen Fragen Stellung bezogen wird.

Schon im Jahre 1968, als unter Minister Schleinzner der Absatzförderungsbeitrag erhöht wurde, schrieb das Organ der sozialistischen Bauernvertreter: „Die Milchpolitik des ÖVP-Bauernbundes ist völlig verfehlt“. Und weiter: „Die starke und unterschiedslose Herabsetzung des Milchpreises trifft zwar alle Milchproduzenten, aber wirklich geschädigt werden vor allem jene kleineren und mittleren Vollbauernbetriebe in den industriefernen Grünland- und Berggebieten, die weder auf eine andere Produktion noch auf einen geeigneten Nebenerwerb ausweichen können.“ Und dann hieß es, „daß sozialistische Bauernfunktionäre schon seit langem zum Zwecke der Steuerung der Milchüberproduktion eine Staffelung des Milchpreises verlangt haben. Diese Forderung gilt auch heute noch und sieht vor, daß die klimatisch günstig gelegenen Großproduzenten, die ohne große Schwierigkeiten auch andere Agrarprodukte erzeugen können, ab einer jeweils festzulegenden Milchmenge keine beziehungsweise nur einen Teil der staatlichen Milchpreissubvention bekommen“. So der „Arbeitsbauernbündler“ am 1. Juni 1968.

An dieser Haltung änderte sich auch nichts, als nun ein sozialistischer Landwirtschaftsminister dieselbe Maßnahme ergriff. Im Organ des Arbeitsbauernbundes heißt es dazu: „Der Arbeitsbauernbund hat eine generelle Erhöhung des Krisenfondsgroschens nie gut geheiß, da er die Auffassung vertritt, daß dieser Weg sicherlich der einfachste in seiner Handhabung, gleichzeitig aber auch der unsozialste in seiner Auswirkung ist.“ Und später heißt es: „Der Arbeitsbauernbund lehnt eine weitere Anwendung der Regelung der Milchproduktion, wie sie vom Bauernbund bisher gehandhabt wurde, entschieden ab, er befürwortet Maßnahmen, die

a) eine Einschränkung der milchliefernden Betriebe durch freiwillige Aufgabe der Milchlieferung und

b) eine Staffelung des Milchpreises zur Folge haben.“

Als Diskussionsvorschlag wird dann wiederum eine Reduzierung der staatlichen Milch-

Hagspiel

preisstützung für die größeren milchproduzierenden Betriebe vorgeschlagen.

Am Schluß dieses Artikels heißt es noch: „Mit der alleinigen Erhöhung des Krisenfondsgroschens ist eine Gesundung auf dem Sektor der Milchwirtschaft nicht zu erwarten.“

Es wird mich sehr interessieren, was die Vertreter des Arbeitsbauernbundes nun zu ihrem Vorschlag beziehungsweise zu der Milchpolitik ihres Landwirtschaftsministers heute sagen werden.

Kurze Zeit nachdem der Landwirtschaftsminister die Erhöhung des Absatzförderungsbeitrages beziehungsweise die Kürzung des Milchgeldes verfügt hatte, mußte er eingestehen, daß er von völlig falschen Voraussetzungen ausgegangen war. Anstatt der 6,5prozentigen Steigerung gegenüber der Milchlieferung im vorigen Jahr wird derzeit nur von einer 2,5- bis 3prozentigen Mehranlieferung gesprochen. Auch in diesem Zusammenhang möchte ich nochmals die „Neue Agrarzeitung“ des sozialistischen Arbeitsbauernbündlers zitieren. Es heißt dort: „Wenn die Daten, denen zufolge sich Minister Weihs letzten Endes zur Erhöhung des Krisenfondsgroschens entschlossen hat, falsch gewesen sind, so wird er gut beraten sein, sich die neuen Zahlen besonders genau anzusehen; aber auch jene Leute, die ihm solches Zahlenmaterial vorlegen.“

In der Zwischenzeit wurde bekannt, daß Sie unsere Exportverpflichtungen auf dem Molke- reisektor nicht einhalten können und beispielsweise zur Erfüllung unserer Butterexportverpflichtungen Rahm importieren müssen.

Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Butterverbilligungsaktion im heurigen Sommer in einem ganz anderen Licht. Soweit mir bekannt ist, haben Sie, Herr Minister, über den finanziellen Aufwand dieser Aktion hier im Haus noch nie berichtet. Jedoch dürfte je Kilogramm Mehrabsatz ein Stützungsbetrag von 30 bis 35 S erforderlich gewesen sein. Damit ist aber diese Butterverbilligungsaktion wesentlich teurer als das Stützungserfordernis bei exportierter Butter im heurigen Jahre. Die Form, der Umfang und der Zeitpunkt der Butterverbilligungsaktion scheint daher aus der Sicht der Landwirtschaft unglücklich gewählt.

Dabei soll man uns keinesfalls unterstellen, daß wir gegen Butterverbilligungsaktionen im Inland wären. Wir haben zuletzt vor einigen Tagen hier im Hause einen Antrag gestellt, an Stelle der Umsatzsteuersenkung bei Margarine, welche auf den Margarinepreis nur eine minimale Auswirkung haben kann, mit dem Betrag von rund 60 Millionen Schilling

eine gezielte Butterverbilligungsaktion durchzuführen.

Als bei der Alleinregierung Klaus der Steuersatz bei Margarine von 1,7 auf 5,5 Prozent hinaufgesetzt wurde, erklärte der Klubobmann der Sozialistischen Partei, Herr Doktor Pittermann, der Bauernbund wäre Liebling der Österreichischen Volkspartei, und mit dieser Maßnahme mache man die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher. Es ist nun eine Tat dieser Regierung, daß sie die Steuern gesenkt hat und der Margarineindustrie 90 Millionen Schilling überließ. Beweist etwa diese Tat, daß jetzt gar die Landwirtschaft Liebling der Sozialistischen Partei ist?

Wenn auch die Einführung des Krisengroschens unter Landwirtschaftsminister Doktor Schleiner keine helle Freude heraufbeschworen hat, so trifft es uns heute viel härter, weil sich die Preisschere noch mehr zuungunsten der Landwirtschaft geöffnet hat und weil die Situation eine ganz andere ist. Damals gab es sowohl beim Export von Milchprodukten als auch bei Vieh bis dahin nie gekannte Schwierigkeiten. Der Hartkäseexport war praktisch zum Erliegen gekommen, da die EWG eine bestehende überstaatliche Handelsbegünstigung gegenüber Österreich kündigte. 1968 mußte ein großer Teil der angelieferten Milch zu Butter verarbeitet werden, weshalb es auch hier zu Exportschwierigkeiten kam.

Völlig anders sind zurzeit die Verhältnisse auf den Märkten im In- und Ausland. Derzeit kann insbesondere Hartkäse ohne Schwierigkeit und zum überwiegenden Teil im Ausland abgesetzt werden. Es kann daher mehr Milch in den stützungsfreien Käseexport umgeleitet werden. Dazu kommt, daß der Witterungsverlauf des heurigen Jahres eine merklich verkürzte Vegetationsperiode bewirkte. Wir haben in Österreich große Gebiete, die aus geographischer und klimatischer Lage heraus sich nur für Grünlandwirtschaft eignen und keine Möglichkeit haben, sich auf andere Produktionszweige umzustellen. Vor allem sind dies die Berggebiete, die durch die geringen Heuvorräte und die im Preis stark gestiegenen Kraftfuttermittelpreise, dazu noch die Reduzierung des Milchpreises in eine sehr ernste Situation hineingetrieben werden.

Wenn auch vor einigen Jahren besonders hier auf der linken Seite dieses Hauses die Mansholtschen Pläne in manchen Köpfen triumphierenden Einzug gehalten haben, dessen Grundgedanke es ja ist, nur dort zu produzieren, wo es am rationellsten geht, und die Berggebiete über 800 m Seehöhe anzupflanzen, hoffe ich doch, daß sich inzwischen die Einsicht durchgesetzt hat, daß dies bei uns in Österreich eine undurchführbare Theorie ist.

Hagspiel

Durch die Verdichtung der Städte ist es gerade ein Erhaltungstrieb der Bevölkerung, noch einen natürlichen Erholungsraum im ländlichen Gebiet zu besitzen.

Aber man bekommt so manches Mal das bedrückende Gefühl, daß das sonst so groß geschriebene soziale Denken in Unordnung geraten ist, weil man einfach nicht bereit ist, den Bauernstand an dem stets steigenden Wohlstand in einem nur annähernden Verhältnis mit teilhaben zu lassen. Nur mit Zureden und Moralpredigten allein können wir vor allem die jungen Leute nicht halten. Wenn sie einmal die Scholle verlassen haben, sind sie nicht mehr hinzubringen, und die Landschaftspflege könnte den Staat viel teurer zu stehen kommen. Wir haben bereits Beispiele von Deutschland, wo aus öffentlichen Mitteln bezahlte Sportvereine das Gras mähen, heuen und anzünden müssen, nur damit die Landschaft ein freundliches Bild behält.

Diesem Raum entstammt der Ausspruch unseres Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky, der ja in der Regierungserklärung ein besseres Einkommen den Bauern versprach: „Alle Ofen brennen“. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es Gebiete, wo man sagen kann: „Alle Felder brennen im Herbst“.

Wo sich nun die versprochene Einkommensverbesserung abzeichnet, ist bisher nicht zu erkennen. Geradezu das Gegenteil ist eingetreten; besonders in der Gestaltung des Milchpreises, der ja für manchen Bauern fast die einzige Einnahmequelle darstellt, bei der schon lange eine Anhebung des Preises fällig wäre.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs hat im Zuge der Sanierung der Milchsituation ein Zwölfpunkteprogramm aufgestellt, das leider nur zum Teil vom Herrn Landwirtschaftsminister akzeptiert wurde. Unter anderem war auch das Weiterlaufen der Kälbermastaktion bei gleichzeitigem Milchlieferverzicht vorgesehen. Aus der schriftlichen Antwort des Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft ist zu entnehmen, daß von dieser Möglichkeit zu wenig Gebrauch gemacht wurde und der Verwaltungsaufwand nicht im Verhältnis zum Erfolg stehe.

Herr Bundesminister! Darf ich Sie doch bitten, dies noch einmal zu überdenken. Jede Aktion braucht eine bestimmte Zeit — ich möchte die Gründe nicht einzeln anführen —, bis sie richtig läuft. Wir sehen doch aus den vorliegenden Zahlen, daß sich die Beteiligung von 1968 auf 1969 in bezug auf Gesamtösterreich mehr als verdoppelt, bei uns in Vorarlberg fast vervierfacht hat. Das hatte zur Folge,

daß vor allem die extremst gelegenen Bergbauernbetriebe ihre Milch über den Kälbermägen — Kalbfleisch ist doch in ganz Europa Mangelware! — verwerten konnten. Dem Bauern ist dadurch vor allem im Winter der oft überaus strapaziöse Milchtransport erspart geblieben, und auf der anderen Seite war der Milchmarkt nicht belastet.

Sollte man nicht mehr gewillt sein, diese nun einmal ausgelaufene Aktion wieder aufzugreifen, müßte man unbedingt eine neue Form finden, um vor allem den am härtesten im Existenzkampf stehenden Bergbauern unter die Arme zu greifen. Denken wir dabei nicht nur an die Produktion, sondern auch an den volkspolitischen Wert, dessen Bedeutung nicht verkannt werden darf.

Hat die Regierung Kreisky ein wirkliches Interesse, daß ihren Versprechungen Glauben geschenkt werden soll, dann muß sie zur Kenntnis nehmen, daß sie auf dem Gebiete der Milchwirtschaft viel Porzellan zerschlagen hat. Die Widersprüchlichkeit der Aussagen kann von jedem Blinden abgetastet werden, wenn vom Regierungschef feierlich vor dem Fernsehschirm verkündet wird, er werde dafür sorgen, daß das Einkommen der Bauern verbessert werde, und im gleichen Atemzug der Milchpreis verstümmelt wird, der ja für so viele Bauern die Existenz ist.

Leider haben Sie, Herr Minister, in diesem Zusammenhang eine Reihe von Fragen, welche wir im Budgetausschuß an Sie gerichtet haben, noch nicht beantwortet. Ich darf sie deshalb hier noch einmal stellen:

Wie wurde der Mehrabsatz durch die Butterverbilligungsaktion genau errechnet, und wie hoch war daher das Stützungserfordernis je Kilogramm mehr abgesetzter Butter?

Weiters: Wie weit konnten unsere Exportvereinbarungen nicht erfüllt werden?

Ich hoffe, Herr Minister, daß Sie nun hier im Hohen Hause über diesen Aufgabenbereich Ihres Bundesministeriums berichten werden.

Zuletzt möchte ich mich noch einem Problem für das Jahr 1971 zuwenden. Bekanntlich muß für jeden Liter Milch, für Schlagobers, Kaffeeobers und für jedes Kilogramm Butter ein gewisser Betrag an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft abgeliefert werden. Ebenso werden bei Käseimporten Ausgleichsbeiträge an das Bundesministerium abgeliefert. Alle diese Beträge sind entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen des Marktordnungsgesetzes für absatzfördernde Maßnahmen in der Milchwirtschaft zu verwenden. Im Budgetvoranschlag für das Jahr 1971 sind 288 Millionen an diesen Einnahmen veran-

Hagspiel

schlägt. Bei einer Milchanlieferung von 2,127.000 Tonnen im Jahre 1971 wird der Stützungsbedarf auf rund 330 Millionen Schilling geschätzt. Die 288 Millionen und der Überschuß aus der Krisengroschengebarung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft müßten demnach ausreichen, die Absatzförderung für 1971 sicherzustellen.

Wir haben deshalb im Budgetausschuß beantragt, die gesetzlich für die Absatzförderung vorgesehenen Mittel auch tatsächlich für die Absatzförderung zu verwenden, um damit auf den Einbehalt eines Absatzförderungsbeitrages im Jahre 1971 zu verzichten.

Die nicht dem Gesetz entsprechende Verwendung von Absatzförderungsmitteln für die Qualitätsbezahlung muß abgelehnt werden. Die dafür erforderlichen Beträge müßten seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft woanders aufgebracht werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hietl. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Hietl** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich nicht vor, mich heute noch zu Wort zu melden und die Debatte zu verlängern. *(Ruf bei der SPÖ: Warum tun Sie es dann?)* Da aber mein Kollege von der Linken Kriz aus meinem Wahlkreis mich zitiert hat *(Zwischenruf bei der SPÖ)*, glaube ich, daß es notwendig ist, auch dazu Stellung zu nehmen. Kollege Kriz! Wir haben nach der Angelobung ausgemacht, gegenseitig ein sehr faires Verhältnis in allen politischen Situationen aufrechtzuerhalten. Ich werde auch versuchen, mich daran zu halten.

Darf ich aber, meine Damen und Herren, auf einige Erklärungen eingehen, nachdem ich vor einer Woche die Situation des Weinbaues in der derzeitigen Wirtschaftslage dargelegt habe und dazu dann der Herr Abgeordnete Pfeifer erklärt hat, ich hätte bei meinen Ausführungen einen Schwanengesang aufgeführt, weil ich nicht in der Lage gewesen wäre, eine klare Aussage zu dem Problem der Weinsteuer zu machen. Herr Kollege Pfeifer! Ich nehme an, es ist Ihnen inzwischen klargeworden, welche Stellung die gesamte Fraktion der ÖVP dazu eingenommen hat.

Wenn im FPÖ-Pressedienst zitiert wurde, ich hätte Angst, daß meine Weinbauer nicht ehrlich genug wären — gegenüber anderen Bauern — dem Finanzamt gegenüber, so muß ich feststellen, daß hier ein Mißverständnis vorliegt und daß ich sehr wohl weiß, wie sich meine Berufskollegen dem Staate gegenüber zu benehmen haben, daß es mir aber

sehr ernst damit ist, die Qualität des Weines auch in Zukunft kontrollieren zu können.

Ich glaube, Kollege Kriz hat hier in dasselbe Horn geblasen. Wir sind hier einer Meinung. Wir wollen, daß die Qualität des Weines, jedes Gläschen, das wir dem Konsumenten auf den Tisch stellen, in Ordnung ist. Ich darf auch namens der 73.000 österreichischen Weinbaubetriebe feststellen, daß sie in Ordnung sind. Wenn einzelne Übergriffe angeführt wurden, dann, bitte, hier nicht die gesamte Weinwirtschaft mit einzubeziehen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Ich verwahre mich dagegen!

Herr Kollege Kriz! Wenn im Transitverkehr Unzulänglichkeiten vorgekommen sein sollten, dann sind wir es, die wir uns selbst dagegen zur Wehr setzen. Und wir tun dies mit allem Nachdruck. *(Abg. Weikhart: Kaufen Sie sich irgendwo Wein und kosten Sie ihn! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Meine Herren! Ich habe Zeit, wenn Sie Zwischenrufe machen wollen. *(Rufe bei der SPÖ: Wir auch!)*

Wenn darüber Beschwerde geführt wird, daß die Weingartenflächen ausgeweitet wurden, so ist zu sagen, daß dies im Zuge der Wirtschaftlichkeit, der Umstrukturierung eben auch notwendig war.

Gerade wir beide, Kollege Kriz, die wir aus einem Gebiet kommen, von dem wir wahrlich sagen können, daß die Genossenschaften — und nicht nur in unserem Gebiet, auch im gesamten Österreich — etwas geleistet haben, dürfen doch heute nicht sagen, daß die Genossenschaften dieser Situation nicht Herr geworden sind!

Ich glaube, die Funktionäre des Weinbaues haben dieser Lage wohl Rechnung getragen und auch die nötigen Konsequenzen daraus gezogen. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich komme darauf noch zu sprechen. Es ist falsch zu sagen, die Verantwortlichen hätten nur zögernd gehandelt. Das sind Ausreden, die wir nicht auf uns nehmen.

Die wunderbare Weinvermehrung und die „Kurier“-Mitteilungen, Herr Kollege Kriz: Ich habe Gelegenheit gehabt, im Vorjahr und auch am vergangenen Sonntag die Weinbaubeilage des „Kuriere“ zu lesen. Diese Mitteilungen dort waren doch wohl in Ordnung. Oder gibt es daran etwas auszusetzen?

Die Vertreter des Bundesverbandes waren es, die sowohl beim Herrn Landwirtschaftsminister als auch beim Herrn Bundeskanzler waren und beiden Herren die Situation geschildert haben. Beide Herren haben uns erklärt, sie stünden der Sache nicht unaufgeschlossen gegenüber, sie würden etwas dafür

1714

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Hietl

tun. — Wir hoffen es. Wir werden uns zur rechten Zeit selbstverständlich dazu wieder zu Wort melden.

Ich darf sagen, daß die Vertreter der Produktion es in der Hand haben und wissen, sich gegen alles, was uns, den Weinbauern, nicht guttut, durchzusetzen.

Wir haben auch ein gutes Verhältnis dem Handel gegenüber. Wir werfen ja nicht alle in einen Korb. Wir wissen, daß es einen anständigen und ehrlichen Handel gibt. Mit diesem wollen wir im Sinne der gesamten Weinwirtschaft zusammenarbeiten. Das ist auch im Sinne des Weinbaues notwendig. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Kollege Kriz war ja während der Weinlese, wie ich aus der Presse lesen konnte, in der Winzergenossenschaft Krems, der ich — zur allgemeinen Information — als Funktionär angehöre. Er hat dort an einem Abend — so die Presse — mit dem Obmann und dem Geschäftsführer, die ohnedies gerade zu dieser Zeit sehr angestrengt waren, ein Gespräch geführt. Er hat darüber Sorge gehabt, ob auch der Auszahlungsmodus an die Mitglieder der Winzergenossenschaften in Ordnung sei.

Herr Kollege Kriz! Gehe hinaus und frage unsere Mitglieder, ob sie mit dem Auszahlungspreis der Winzergenossenschaft zufrieden sind oder nicht! Ich bitte Sie, hinauszugehen.

Ich darf nur erklären, daß ich zur selben Stunde, Tage und auch Nächte hindurch, nicht Vorsprachen geführt habe, sondern bei den Übernahmstellen gestanden bin und dafür gesorgt habe, daß die Weinbauer ihre Ernten abladen können, damit sie auf schnellstem Wege wieder in ihre Weingärten kommen können. Das ist echter Einsatz für den Weinbau. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Wenn da von Wichtigtuerei gesprochen wird — meine Herren Kollegen, ich lade Sie ein, eine ganze Woche meinetwegen zur Weinlese zu kommen. Sie können ohne weiteres mit mir die Sache durchführen. Der Herr Kollege weiß genau, wie er das gemeint hat und warum er das gesagt hat. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Wenn von einer Einkommensverminderung gesprochen wurde, der Weinpreis sei um 22 Prozent ...

Präsident **Probst**: Bitte, bei einer Weindebatte geht es immer lebhaft zu, noch dazu zu so einer späten Stunde. Aber halten Sie doch noch eine Dreiviertelstunde durch.

Abgeordneter **Hietl** *(fortsetzend)*: Wenn davon gesprochen wurde, der Weinpreis sei

in den letzten beiden Jahren um 22 Prozent gesenkt worden oder gefallen, dann darf ich dazu sagen, daß das nicht unsere Schuld ist. Wir machen alle Anstrengungen, um unseren Weinbauern den gerechten Preis geben zu können. Tragen Sie dazu bei und helfen Sie mit.

Der Herr Bundeskanzler hat hier erklärt, für die Landwirtschaft *(Abg. Pay: Der ist nicht schuld daran!)* — das habe ich nicht gesagt, Herr Kollege — wären in den Budgetverhandlungen 300 bis 400 Millionen drinnen gewesen. Dazu muß ich sagen: Das ist gerade der Betrag, den ich sehr gerne hätte für die Herausnahme des Weines aus der Akoholabgabe. Dieser Betrag würde genügen. Also bitte, Herr Bundeskanzler, jetzt haben Sie die Möglichkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß gerade wir die größten Sorgen haben und uns auch unserer Sorgen bewußt sind und daß wir alles, was in unserer Macht steht, tun werden. Wir haben heute schon die Sorge, woher und wie in Zukunft die Mittel für den Weinwirtschaftsfonds zur Verfügung gestellt werden. Auf Grund der eingetretenen Situation wissen wir das ja nicht. Ich habe das schon am Freitag genauer dargelegt. Ich habe diese Fragen gestellt, sie sind mir bis heute nicht beantwortet worden. Wir wollen nur wissen, wie man sich diese Zukunft vorstellt und wie das gehandhabt wird und ob man bereit ist, uns die nötigen Summen dazu zu geben, um diese Sorge, die Sie, meine Damen und Herren von der Linken, haben, hier aus der Welt schaffen zu können.

Darf ich vielleicht auch gleich einen Gedanken dazu einflechten, damit Sie in Zukunft wissen, wie Sie dran sind. Es ist ja davon gesprochen worden, daß uns im Herbst 1971 die Vorlagen zur Mehrwertsteuer gegeben werden. Da können Sie dann beweisen, ob Sie den Weinbau anerkennen wollen, ob Sie bereit sind, den Wein als landwirtschaftliches Produkt wie alle anderen zu behandeln, und ob Sie bereit sind, sich so einzusetzen, wie Sie es jetzt groß vorgeben. Wir werden Sie zur rechten Zeit daran erinnern.

Wir fordern nichts anderes als die Gleichstellung in der künftigen Besteuerung für alle Produkte, die aus der Landwirtschaft kommen.

Und wenn jetzt unter Ihnen der eine oder andere ist, der den Wein aus irgendeinem Grund verschmäht — für ihn gibt es eine Abhilfe: Wir haben uns bemüht, eine große Menge Traubenmost als Süßmost einzufüllen, um Ihnen Gelegenheit zu geben, im Laufe des ganzen Jahres nicht nur alkoholische Getränke, sondern auch alkoholfreie Getränke,

Hietl

auch Fruchtsaft zu trinken. Hier haben Sie die Möglichkeit, Abhilfe zu schaffen. *(Allgemeiner Beifall.)*

Ich glaube, daraus allein ersehen Sie, daß wir bestrebt sind, alles mögliche zu tun, um Absatz für unser Produkt zu schaffen und unseren Kollegen zu Hilfe zu kommen.

Nachdem bisher Brennwein eingeführt wurde, darf ich an den Herrn Minister die Bitte richten: Da wir die nötige Menge — 60.000 Hektoliter sind hier notwendig — bereitstellen, bitte ich, daß auf die Einfuhr von Brennwein in Zukunft vollkommen verzichtet wird.

Nun, meine Damen und Herren, ganz kurz zur Einkommenssituation der Weinbaubetriebe. Kollege Kriz hat es angeführt. Ich komme aus einem Wahlkreis, wo der Klein- und Kleinstbetrieb vorherrscht. Damit Sie sich eine Vorstellung machen können: Der Durchschnittsbesitz ist rund 2 Hektar pro Betrieb. Sie können sich vorstellen, daß man, noch dazu da die Einheitswerte sehr hoch angesetzt sind, hier mit den Abgaben wohl sehr viel behaftet ist und daß man auch bei größten Anstrengungen nicht immer in der Lage ist, jene Einkommen zu erzielen, die wir oft zum Leben für unsere Familien brauchen.

Wenn mehr als die Hälfte dieser Betriebe heute bereits zum Nebenerwerb gezwungen ist und dadurch mehr Arbeitsstunden leistet, weil sie neben ihren acht Stunden im Tag im Betrieb auch nebenbei ihre kleine Wirtschaft betreiben müssen und daher zusätzliche Arbeit tätigen müssen, damit sie das nötige Einkommen haben, so kann man wohl sagen, daß es solche Betriebe und solche Österreicher verdienen, von allen anerkannt und unterstützt zu werden.

Es ist sehr einfach, auf einen Berufszweig einfach loszuziehen, weil man dem Produkt persönlich nicht nahesteht. Aber ich glaube, wir haben auch die Verpflichtung, uns für alle unsere Leute einzusetzen, damit sie dasselbe Recht bekommen, wie es alle übrigen haben, denn wir sind wie alle Österreicher!

Unterstützen Sie die Bildung von Maschinenringen! Der einzelne kann unmöglich das nötige Geld dafür aufbringen, sich eine solche Maschine zu kaufen. Wenn hier geholfen wird, dann zeigt das, daß wir in wahrer Nachbarschaftshilfe bereit sind, einer für den anderen einzustehen. Meine Damen und Herren! Ich habe die Einladungen schon ausgesprochen, Sie können jederzeit kommen. Ich lade Sie ein, sich persönlich davon zu überzeugen.

Und wenn Sie zu den Lasten, die wir zu tragen haben, Argumente vorbringen, wenn jeder Betriebsführer im kommenden Jahr für das Dieselöl um 30 Prozent mehr abgeben muß als in den vergangenen Jahren, dann wollen Sie doch nicht sagen, daß Sie für eine Einkommenserhöhung der Landwirtschaft sind? *(Beifall bei der ÖVP.)* Es ist sehr einfach und billig, 62 Millionen herzugeben und 240 Millionen zu nehmen. Aber es ist heute oft angezogen worden; ich glaube, ich kann mir weitere Ausführungen dazu ersparen. Sie haben bewiesen, daß Sie für Mehreinkommen der Landwirtschaft nichts übrig haben. Dasselbe ist beim Düngerpreis der Fall.

Anscheinend sind nicht alle Landwirte dieser Meinung. Der Arbeitsbauernbundtag vom vergangenen Samstag ist ja anderer Meinung. Er ist mit dem Agrarbudget der Regierung Dr. Kreisky äußerst zufrieden. Herr Kollege Pfeifer! Gehen Sie hinaus und sagen Sie das Ihren Arbeitsbauernbündlern! Auch ich werde es tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Pfeifer! Ich glaube, daß die Landwirtschaft und der Weinbau im speziellen gewaltige Investitionen getätigt hat. Und wenn der Preisindex von 1959 gegenüber heute von 100 auf 85 Prozent gesenkt worden ist, dann darf ich Sie fragen: In welcher Schicht der österreichischen Bevölkerung war dies der Fall? Hier können Sie Zwischenrufe machen, wenn Sie wollen. Wir sind durch ständige Mehrleistungen und durch ständige Bemühungen, größere Erträge aus unserem Boden herauszuholen, bis heute dieser Situation Herr geworden. Aber einmal ist Schluß damit. Einmal sind die Kräfte am Ende, und einmal gibt unser Boden nichts mehr her. Und diese Situation, meine Damen und Herren, ist eingetreten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Und Sie, die Regierung Kreisky, wollen uns helfen. Beweisen Sie es, reden Sie nicht nur davon! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben Gelegenheit, meine Damen und Herren, uns durch mehr zinsverbilligte Kredite zu helfen. Als Kammervertreter mußte ich draußen feststellen, daß es in den vergangenen Jahren ohne weiteres möglich war, innerhalb weniger Monate die AIK-Kredite unseren Bauern zur Verfügung zu stellen. Im Sommer, im Herbst dieses Jahres hat sich bereits gezeigt, daß eine wesentlich größere Zeitspanne nötig ist. Auch das wäre eine Hilfe für die Landwirtschaft. Sie tun ja alles. Sie geben uns ja alles. In Wirklichkeit schaut das anders aus. Ich bitte, sorgen Sie dafür, daß hier der alte Zustand wieder herbeigeführt wird und eine raschere Erledigung dieser Ansuchen möglich ist.

1716

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Hietl

Vorher wurde von der Weinqualität gesprochen. Ihr Bundesminister hat erklärt, eine diesbezügliche Vorlage sei bereits in Ausarbeitung. Wir danken dafür, wir erwarten vom Herrn Minister — Herr Kollege, das Weingesetz ist aus 1961, nicht aus 1962; ich bitte Sie, sich genauer zu informieren, wenn man nicht vom Beruf her etwas davon versteht —, daß diese Vorlage bald eingebracht wird.

Wir sind für Ordnung und Sauberkeit in unseren Reihen, wir werden dafür immer eintreten. Wir werden auch die nötigen Stellungnahmen dazu abgeben. Sie können versichert sein, daß wir bereit sind, für all das, was uns dient, etwas zu tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Abgeordneten im Niederösterreichischen Landtag haben nicht irgendwie herumgeredet, sondern sie haben am 5. November einen diesbezüglichen Antrag gestellt. Herr Kollege Kriz, vielleicht ist es dir entgangen, das ist ohneweiters möglich. Wir werden jedenfalls dafür eintreten, daß hier eine eindeutige Regelung erfolgt und jeder Mißbrauch in Zukunft abgelehnt wird.

Herr Kollege Kriz, ich habe die Genossenschaften bereits angeführt. Wenn eine Volumsvergrößerung von 50.000 Hektoliter im Jahre 1952 auf 800.000 Hektoliter im Jahre 1970 erfolgte und große Summen verschlang, die die einzelnen Weinbauer bezahlten, dann wollen Sie doch nicht sagen, daß der Berufsstand nicht bereit ist, für sich selbst etwas zu tun, und nur Almosen in Anspruch nimmt! Das tun wir nicht. Wir sind uns unserer Sorgen bewußt.

Herr Kollege Pichler hat im Finanzausschuß betont, daß die Genossenschaften politische Parteigremien seien. Meine Damen und Herren! Das beweist, daß Sie diese Einrichtungen eben nicht kennen. Ich lade Sie ein — ich bin Funktionär der größten österreichischen Winzergenossenschaft —: Fragen Sie die Funktionäre, fragen Sie sie, welcher Parteirichtung sie angehören! Alle drei Parteien sind dort vertreten, ohne daß die Betreffenden vor ihrer Wahl gefragt worden wären, welcher Partei sie angehören. Entscheidend ist die Fähigkeit, für ihren Berufsstand etwas tun zu können. Und wenn auf unserer Seite mehr Leute sind, dafür können wir doch nichts. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Darf ich Ihnen noch sagen, daß unsere Funktionäre keine Sitzungsgelder und keine Diäten erhalten. Sollten Sie der Meinung sein, man könnte sich dort vielleicht bereichern: Sie arbeiten im Dienste ihres Berufsstandes und versäumen die Stunden. Ich würde Ihnen an-

raten, einmal gleiches zu tun, vielleicht denkt man dann über so manches etwas anders, als es jetzt der Fall ist.

Der Weinbauer wird sich auch in Zukunft in bezug darauf wehren, daß seine hohe Einheitsbewertung etwas reduziert wird. Auch hier werden Sie beweisen können, ob es Ihnen mit den Interessen des Weinbaues wirklich ernst ist. Sie wissen genau, daß im Einheitswert alle sozialen Abgaben drinnen sind und wir dadurch gezwungen sind, höhere Lasten zu tragen. Helfen Sie uns, wenn Sie an uns interessiert sind, unsere Lasten abtragen zu können.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie sich einmal ernstlich Gedanken darüber machen und vielleicht daran denken, daß der Weinbau auch Kulturträger des Landes ist, gehen Sie einmal hinaus auf die Weinhänge. Sie sind sicherlich alle im Laufe der Jahre durch das Weinland gefahren. Stellen Sie sich eine Wachau ohne Weinbau, mit kahlen Hängen vor! Würde Ihnen dann die Wachau so gefallen, wie es heute, so hoffe ich, der Fall ist?

Denken Sie daran, daß wir nicht nur dazu leben, um zu arbeiten, sondern daß wir auch dazu leben, denselben Anteil an allen Produkten Österreichs zu haben wie Sie alle. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie einladen: Ein Gläschen regelmäßig hat noch nie geschadet. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Zum Wort ist noch gemeldet der Herr Abgeordnete Brunner.

Abgeordneter **Brunner** (ÖVP): Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß zu so später Stunde in diesem Haus die Präsenz noch sehr gut ist. Ich wäre aber Ihnen sehr verbunden, wenn ich nun Ihre Aufmerksamkeit auf einige sehr ernste Probleme hinlenken dürfte, und darf Sie bitten, mit der nötigen Aufmerksamkeit zu folgen.

In der Regierungserklärung des Herrn Bundeskanzlers Dr. Kreisky vom 27. April 1970 heißt es:

„Die Bundesregierung sieht die Aufgabe einer modernen Agrarpolitik in der Verbesserung der Einkommenslage der in der Land- und Forstwirtschaft Berufstätigen durch alle mit dem wirtschaftlichen Gesamtkonzept in Einklang stehenden Maßnahmen.“

Weiter wird es als Anliegen der Gesamtheit bezeichnet, den Menschen im ländlichen Raum die Teilnahme an der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung zu sichern.

Brunner

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs hat in ihrem Forderungsprogramm die Notwendigkeit einer Einkommensverbesserung unterstrichen. Eine Reihe von bisher durch die Bundesregierung getroffenen Maßnahmen hat sich auf die Einkommensentwicklung innerhalb der Land- und Forstwirtschaft negativ ausgewirkt. Auf der anderen Seite hat die Bundesregierung bis heute keine Vorschläge vorgelegt, auf welche Weise die in der Regierungserklärung ausgesprochene Forderung nach einer Einkommensverbesserung in der Land- und Forstwirtschaft realisiert werden soll.

Die Präsidentenkonferenz hat bereits am 8. Juni notwendige Maßnahmen auf dem Rindersektor und im Bereich der Milchwirtschaft dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft mitgeteilt. Sie ist dabei davon ausgegangen, daß eine isolierte Betrachtung der Entwicklung auf dem Milchmarkt auf Grund des engen Zusammenhanges vor allem mit der Schlachtrinderproduktion nicht zielführend sein kann.

Die zentrale Rolle in der Viehwirtschaft kommt dem richtigen Preisverhältnis Milch: Schlachtrinder ab Hof zu. Um die milchwirtschaftlichen Probleme einer Dauerlösung zuzuführen — und nur um eine solche kann es gehen —, ist es notwendig, die Umlenkung von der Milchproduktion auf die Rindermast voranzutreiben und auch in jenen Gebieten zu intensivieren, die heute vorwiegend noch Milchwirtschaft betreiben.

Im Bereich der gesamten Vieh- und Milchwirtschaft ist eine langfristige und elastische Exportpolitik erforderlich. Eine dort bestehende Unsicherheit ist den Bestrebungen auf eine Umlenkung von Milch auf Fleisch entgegengesetzt.

Um die nicht zuletzt auf Grund der guten Qualität unserer Mastrinder errungenen ausländischen Marktpositionen nicht preiszugeben, ist unbedingt sicherzustellen, daß Exporte ungehindert und kontinuierlich durchgeführt werden können.

In diesem Zusammenhang ist es notwendig, daß die österreichische Regierung alle Anstrengungen gegenüber der EWG unternimmt, um zu einer Befreiung von der Abschöpfung zu kommen.

Bei Rindfleisch bestehen im In- und Ausland gute Absatzchancen. Der jährliche Zuschußbedarf der EWG liegt in der Größenordnung von einer halben Million Tonnen. Die EWG hebt auf Grund ihrer Rindermarktordnung bei Schlachtrinderimporten zeitweise hohe Abschöpfungen ein. Österreich als Drittland ist in seinen Schlachtrinderexporten von diesen

Abschöpfungen zeitweise schwerst betroffen. In Österreich werden zum Ausgleich für diese Wettbewerbsverzerrungen Exportstützungen gewährt. Die Mittel hierfür stammen aus dem Preisausgleich bei Schlachttieren. Hier ist es erforderlich, daß das Landwirtschaftsministerium bei der Festsetzung der Stützungshöhe rasch reagiert und flexibel vorgeht.

Das gegenwärtige Preisverhältnis von Milch zu Rindfleisch kann nicht als befriedigend angesehen werden, wenn von ihm ein entscheidender Impuls zur Produktionsumstellung ausgehen soll. Hiefür erscheint ein Preisverhältnis notwendig, wonach der Preis für Qualitätsjungtiere ab Hof über dem Sieben-einhalbfachen des Preises von Milch erster Qualität mit durchschnittlich 3,8 Prozent Fettgehalt liegt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer Verbesserung der gegenwärtigen Ab-Hof-Preise für Schlachtrinder.

Bei einer Studienkonferenz des Europa-hauses in Wien im November dieses Jahres berichtete ein deutscher Experte darüber, daß nach deutscher Auffassung die Preisrelation Milch: Rindfleisch mindestens 1:9 betragen sollte, um einen Umstellungseffekt zu gewährleisten. In Schweden ist das Verhältnis 1:11.

Osterreich hat eine in der ganzen Welt anerkannt hochstehende Tierzucht. Durch die Forcierung der Zuchtviehproduktion werden Futtermengen aufgebraucht, die ansonsten der Verfütterung an Milchvieh zugeführt werden müßten. Der Export von Zuchtvieh erfolgt durchwegs ohne Stützungen. Entsprechende Zuchtviehexporte tragen sehr wesentlich zur Einkommensverbesserung vor allem der Bergbauern bei.

Hohes Haus! Die Landwirtschaft ist heute zu einem umfassenden Wissensgebiet geworden. Moderne Erkenntnisse der Wissenschaft und Technik sind heute notwendige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Betriebsführung. Die Verteuerung der erforderlichen Betriebsmittel ist eine schwere Belastung für die österreichische Landwirtschaft. Durch die Erhöhung des Milchkrisengroschens in einer Zeit, in der die Produktion bereits im Absinken war, wurden der Landwirtschaft monatlich weitere 20 Millionen weggenommen. Ich frage daher: Ist das die Einkommensverbesserung für die Land- und Forstwirtschaft, von der der Herr Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung gesprochen hat? Auch die bäuerliche Familie hat ein Anrecht auf einen gerechten Lohn für ihre Arbeit!

Wir haben in Österreich 253.000 rinderhaltende Betriebe. Davon befassen sich 243.000 mit der Milchwirtschaft; vorwiegend Familienbetriebe. In diesen Betrieben ist es

Brunner

meistens die Bäuerin, welche die Tierhaltung beziehungsweise die Melkarbeit besorgt, jeden Tag — jeden Samstag, jeden Sonntag und Feiertag. Dazu kommen noch die Arbeiten im Haushalt, die Versorgung kleiner Kinder und die Mitarbeit auf den Feldern.

Ich sage das nicht, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, um Sie hier anzujammern, sondern weil ich der Auffassung bin, daß wir allen Grund haben, unseren Bäuerinnen zu danken (*Beifall bei der ÖVP*), denn sie tragen wesentlich dazu bei, daß der Tisch des Volkes so hervorragend gedeckt wird.

Der sicherste Garant für die Versorgung unserer Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln ist eine leistungsfähige Landwirtschaft. Es müßte daher Aufgabe einer verantwortungsbewußten Regierung sein, eine Agrarpolitik zu betreiben, die der Landwirtschaft ein gerechtes Einkommen sichert, ein Einkommen, das es dem Bauern unter annähernd gleichen sozialen Voraussetzungen ermöglicht, die Produktion an den in- und ausländischen Markt anzupassen.

Die ständig steigenden Produktionskosten können nicht mehr alleine durch Produktivitätssteigerungen auf dem Buckel der Bauern abgeladen werden. (*Beifall bei der ÖVP.*) Gelegentliche Almosen wie etwa die 300 S Bergbauernhilfe sind kein geeignetes Instrument einer modernen Agrarpolitik. (*Abg. Mondl: Das hat aber den Bergbauern sehr geholfen! — Gelächter bei der ÖVP.*)

Wir österreichischen Bauern nehmen unsere Aufgabe, Nährstand des Volkes zu sein, sehr ernst. Nehmen Sie, meine Damen und Herren von der Regierungspartei, Ihr Versprechen, die Einkommenssituation in der Land- und Forstwirtschaft zu verbessern, ebenso ernst. Daran werden Sie die Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei ständig erinnern. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, mache ich ihn darauf aufmerksam, daß ich ihm kurze Zeit vor neun Uhr ein Lichtzeichen zur Beendigung seiner Rede geben werde. Wenn er die Rede beendet, ist es gut, wenn nicht, wird sie unterbrochen und während der nächsten Sitzung fortgesetzt. Damit kein Zweifel besteht.

Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Tschida** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da die von mir vermuteten Redner der SPÖ nicht gekommen sind, muß ich doch noch in der späten Abendstunde das Wort ergreifen. (*Abg. Pay: Abendstund hat Gold im Mund!*)

Der Herr Präsident des Österreichischen Bauernbundes hat in seiner Budgeteinleitungsrede ebenso wie der Herr Minister und noch einige Redner darauf hingewiesen, daß Agrarpolitik eine Angelegenheit für alle ist. Er hat gleichzeitig auch um Verständnis für die Schwierigkeiten in der Land- und Forstwirtschaft bei allen Schichten unserer österreichischen Bevölkerung gebeten.

Daraufhin hat der Herr Abgeordnete Pfeifer Stellung genommen und gemeint, er sei einverstanden: Agrarpolitik geht alle an, aber das Verständnis, das hiezu in der österreichischen Bevölkerung gefordert wird, hätte der Bauernbund vernachlässigt.

Ich frage hier mit Recht, Herr Abgeordneter Pfeifer, wie Sie sich verhalten haben und ob Sie dieses Verständnis gefördert haben, das für diese österreichische Bauernschaft notwendig ist. (*Abg. Wodica: Wir sind für den Grünen Plan, Sie nicht!*) Wie oft waren Sie gegen den Grünen Plan, möchten Sie mir das sagen, Herr Abgeordneter Wodica! (*Abg. Wodica: Jetzt sind Sie auf einmal dagegen!*) Das Recht, das Sie haben, steht uns jederzeit zu. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Ströer: Auf Kosten der Bauern! — Abg. Konir: Sollen wir auch dagegenstimmen?*) Sie haben viermal dagegen gestimmt. Wir sind mit der Dotierung des Grünen Planes nicht zufrieden, das haben unsere Redner gesagt, und deswegen dürfen wir auch dagegen stimmen. Das werden wir uns von Ihnen nicht vorschreiben lassen. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir stehen Ihren Äußerungen hinsichtlich der Agrarpolitik oft sehr skeptisch gegenüber. Ich glaube, auch das mit Recht behaupten zu können; denn erst gestern hat uns der Herr Bundeskanzler und Parteivorsitzende der SPÖ hier von der Regierungsbank aus folgendes gesagt: Wir wollten ja mit Ihnen verhandeln und in diesem Budget wären diese 300 bis 400 Millionen für die Land- und Forstwirtschaft noch drinnen gesteckt, aber Sie wollten doch nicht.

Was heißt denn das, meine Damen und Herren? Die Regierung ist doch für das gesamte österreichische Volk verantwortlich und hat die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, für alle Bevölkerungsschichten gerecht zu verteilen und gerecht zuzuteilen. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Fachleutner: Das haben Sie schon vergessen! — Zwischenruf des Abg. Wodica.*)

Herr Abgeordneter Wodica! Ich werde noch auf die Methoden zurückkommen, die Sie uns vier Jahre lang vorgespielt haben; verteuftelt haben Sie nämlich die Agrarpolitik bis ins

Dipl.-Ing. Tschida

letzte, und wir warten jetzt darauf, wie Sie es besser machen. Ich werde Ihnen über die ersten Anzeichen Ihrer guten Agrarpolitik noch etwas erzählen.

Meine Damen und Herren! So geht es natürlich nicht, daß man uns die Knackwurst vor die Nase hält (*Abg. Weikhart: Und Sie nehmen es nicht einmal! — Heiterkeit*) und mit erhobenem Finger sagt: „Wenn ihr nicht brav seid, dann dürft ihr nicht abbeißen!“ (*Abg. Weikhart: Aber Sie wollen ja gar nicht abbeißen!*) Aber wir werden auch dieser Knackwurst nicht nachlaufen, denn zum Narren halten lassen wir uns nicht! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

In diesem Zusammenhang darf ich fragen: Wer waren denn die Verhandlungspartner bei diesem Budget? Hat der Herr Minister vielleicht so wenig Vorsorge getroffen oder so schlecht verhandelt oder unsere FPÖ, daß sie die Chance nicht nutzen konnten, um mehr herauszubekommen? Das ist meine Frage. (*Abg. Dr. Tull: Minkowitsch hat die Schuld!*) Der Minkowitsch hat nicht die Schuld! (*Abg. Dr. Tull: Doch, doch, nur der Minkowitsch!*) — *Abg. Machunze: Schuld ist der Minister!*) Der Minkowitsch hat nicht die Schuld, sondern die Wurst wurde der FPÖ verkauft. (*Weitere Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, mich doch weitersprechen zu lassen. (*Abg. Dr. Tull: Mit dem größten Vergnügen! Geben Sie zu, daß der Minkowitsch die Schuld hat, dann können Sie weiterreden!*)

Daß wir Ihrer Agrarpolitik etwas skeptisch gegenüberstehen, beweisen auch Ihre Ausführungen während der letzten vier Jahre.

Ich habe in der letzten Zeit sehr fleißig und sehr aufmerksam die Protokolle der vorjährigen Budgetverhandlungen zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft studiert (*Abg. Doktor Tull: Hoffentlich haben Sie etwas gelernt!*), und es wäre heute äußerst verlockend, diese Protokolle hier ganz einfach zur Verlesung zu bringen. Der Grundtenor all Ihrer Ausführungen war nämlich der, daß die Agrarpolitik total versagt hätte (*Ruf bei der SPÖ: Stimmt auch!*) — Was stimmt? (*Ruf bei der SPÖ: Daß die Agrarpolitik versagt hat!*) —, daß die Agrarpolitik versagt hätte und daß die ÖVP-Agrarpolitik unaufrichtig sei. (*Abg. Dr. Tull: Jawohl, sehr richtig!*) Nicht nur von dieser Seite, sondern auch von der anderen Seite wurde dies immer wieder behauptet. Die Förderungsmittel seien im Gießkannensystem verteilt worden; heute werden sie im Sprühregensystem verteilt, wie wir ja feststellen konnten. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Ich darf vielleicht heute hiezu nur je einen Redner der vorjährigen Oppositionsparteien zitieren. Der Herr Abgeordnete Meißl sagte im Vorjahr: „Wir Freiheitlichen nehmen heute“ zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft „Stellung, das man als ... Stiefkind dieser Regierung bezeichnen muß.“ (*Abg. Meißl: Stimmt auch! — Abg. Robak: Alle haben von uns etwas bekommen! — Weitere Zwischenrufe.*)

Herr Kollege Robak! Sie haben ja genauso eine Schule besucht wie ich, und rechnen können wir beide. Rechnen Sie einmal nach, was in diesem Budget steht.

„Wir Freiheitlichen glauben, daß es vor allem an Ehrlichkeit fehlt“ (*Abg. Dr. Tull: Jawohl, sehr richtig, stimmt genau!*), „an der Ehrlichkeit, dieses schwierige Problem wirklich mit dem nötigen Ernst und mit der nötigen Aufklärung anzupacken.“

Und nun frage ich Sie, Herr Kollege Meißl (*Abg. Meißl: Außer Streit!*): Sind Sie heute mit diesem Budgetrahmen so zufrieden? (*Abg. Meißl: Jawohl!*) Wurde er nicht viel stiefmütterlicher behandelt als im Vorjahr? Ich bitte Sie, doch diese Zahlen genau zu studieren. Und was die Ehrlichkeit betrifft: Wo doch immer wieder hier in diesem Haus appelliert wird, man soll doch ehrlich und aufrichtig verhandeln. (*Abg. Meißl: Kollege Tschida, mit der Ehrlichkeit sollten Sie lieber nicht anfangen, das wird gefährlich für die ÖVP!*) Wieso wird das gefährlich? Bitte, kommen Sie heraus und beweisen Sie mir das! Ich werde jetzt versuchen, es Ihnen zu beweisen.

Herr Kollege Meißl! Ich sage Ihnen folgendes: Ich will dieses Wort „unehrlich“ gar nicht in den Mund nehmen. (*Unruhe und Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Meißl: Ich kann nicht zuhören, Ihre Kollegen stören mich!*) Ich werde nicht behaupten, daß Sie unehrlich waren, aber wir zweifeln an Ihren Aussagen, und deswegen bringe ich sie. (*Zwischenruf des Abg. Melter.*) Nachher, Herr Kollege Melter, wird gemacht.

Sie haben im heurigen Finanz- und Budgetausschuß ganz anders gesprochen als hier im Haus. Sie kennen die bäuerlichen Verhältnisse in Ihrem Wahlkreis sehr, sehr genau und haben, Herr Abgeordneter Meißl, aus vollster Überzeugung und mit Recht — und mit Recht! — einen Initiativantrag eingebracht betreffend das gefärbte Dieselöl. Sie haben mit Recht mehr Hilfe für die Bergbauern gefordert. Sie haben mit Recht die Abschaffung der Alkoholsteuer gefordert. (*Abg. Melter: Sie haben es nicht zugelassen!*) Sie bezeich-

1720

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 3. Dezember 1970

Dipl.-Ing. Tschida

neten diese immer noch als die große Unge-
rechtigkeit. Heuer hätten Sie die Möglichkeit
gehabt, hier einzugreifen. Sie hätten nur
anders verhandeln müssen. *(Zustimmung bei
der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Fach-
leutner.)*

Sie haben sich mit Recht gegen die derzeit
praktizierten Maßnahmen des Ministeriums
hinsichtlich der Bergbauernförderung gewen-
det. Das möchte ich Ihnen auch noch sagen.
*(Abg. Meißl: Was vier Jahre die ÖVP
nicht gemacht hat, kann nicht in einem Jahr
geschehen!)* Das ist eine sehr, sehr billige
Ausrede. *(Rufe bei der SPÖ: Aber wahr!)*
Ich würde Sie nur bitten, meine Damen und
Herren: Seien Sie mit solchen Prophezeiungen
vorsichtig. *(Rufe bei der SPÖ: Warum?)* Das
ist genau dasselbe, wie die Tatsache, daß Sie
uns vier Jahre verteufelt haben, wir seien
die größten Schuldenmacher. Sie haben das
Budget mit dem größten Defizit aller Zeiten
zusammengebastelt! *(Zustimmung bei der
ÖVP. — Abg. Ing. Häuser: Das sind doch
Ihre Schulden!)* Ach so, das sind unsere
Schulden, die Sie jetzt zuletzt dazugehandelt
haben?!

Herr Kollege Meißl! Ich frage Sie weiter
(Abg. Meißl: Bitte!): Was ist nun aus all
diesen Forderungen geworden, die Sie im
Finanz- und Budgetausschuß eingebracht
haben? Was haben Sie dafür bekommen?
(Abg. Meißl: Viel!) Sie haben zunächst
das erreicht, was Sie nicht wollten, nämlich
einen SPÖ-Bundeskanzler, eine SPÖ-Regie-
rung, ein SPÖ-Budget. Die Einbringung der
Wahlrechtsreform war der Preis für Ihr Ver-
halten, ob Sie es glauben wollen oder nicht.
(Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Lenc: Wenn Sie so schwach sind!)

Sie haben im Gegenteil noch mit der SPÖ
nach Rückziehung des Antrages dafür ge-
stimmt, daß der Dieseltreibstoff noch um
70 Groschen erhöht werden soll.

Herr Kollege Meißl! Ich habe Ihnen schon
gesagt: Ich will Sie absolut nicht so attackie-
ren, wie wir es von Ihnen und vor allem von
Ihren Kollegen gewohnt sind. *(Abg. Meißl: Ich halte es aus!)*

Sie bezichtigten im Vorjahr die ÖVP-Allein-
regierung und damit indirekt auch unseren
Landwirtschaftsminister der Unehrllichkeit bei
der Lösung der schwierigen Agrarprobleme.
Ich habe schon betont: Ich will dieses Wort
auf niemanden anwenden, sondern es unserer
Bauernschaft überlassen, was sie zum Ver-
halten der FPÖ in diesen lebenswichtigen
Fragen der Landwirtschaft zu sagen hat. *(Zu-
stimmung der ÖVP. — Abg. Melter: Wenn Sie sie wahrheitsgemäß informieren!)*

Zu der so nötigen Aufklärung, die Sie im
Vorjahr auch so vehement verlangt haben,
wünsche ich Ihnen sehr viel Glück, wenn Sie
hinausgehen. *(Abg. Meißl: Sind wir schon
fertig?)*

Nun zum Vertreter der derzeitigen Regie-
rungspartei *(Zwischenrufe)* — ich mache dann
fertig und Schluß, wann ich will; ich lasse
mir das von Ihnen nicht vorschreiben —,
zum Herrn Abgeordneten Pfeifer.

Kollege Pfeifer hat im Vorjahr als Opposi-
tionsredner unter anderem folgendes ausge-
führt — ich darf wörtlich zitieren —:

„Wir Sozialisten haben wieder einmal recht
behalten.“ *(Rufe bei der SPÖ: Wie immer!)* —
Werden wir sehen. — „Durch Ihre Politik
haben die Landwirte wieder weniger bekom-
men, wenn wir nicht die Chance bekommen,
unser SPÖ-Wirtschaftsprogramm durchzu-
setzen“ *(Rufe bei der SPÖ: Richtig!)*,
„so bedeutet dies neuerlich sinkende Preise
in der Landwirtschaft durch Ihre schlechte
Agrarpolitik.“ *(Rufe bei der SPÖ: Stimmt!)*
Aber bitte, meine Herren, haben Sie doch
ein wenig Geduld, es kommt schon noch, es
kommt schon noch, ich zitiere nur:

Die Preiserhöhungen für die Landwirtschaft
„werden durch dieses Wirtschaftsprogramm
möglich sein“ — ich betone: die Preiserhö-
hungen werden durch dieses Wirtschaftsprogramm
möglich sein —, „weil wir da eine ganz neue,
gezielte Agrarpolitik haben.“ *(Zwischenrufe.)*

Meine Damen und Herren! Die Chance ist
da. Mit der Verabschiedung des heurigen
Budgets werden Sie den ersten Schritt dazu
setzen. Davon sind wir auch überzeugt. Die
SPÖ-Redner im Finanz- und Budgetausschuß
und auch hier im Hohen Haus haben mit
einem Brustton der Überzeugung hinaus-
posaunt: Wir haben das beste Budget aller
Zeiten! Das sozialistische Landwirtschafts-
budget ist ein Budget der Sicherheit! Die
Bundesregierung hat im Verein mit den
Ressortministern Ihre Visitenkarte im besten
Sinne des Wortes abgegeben: Beihilfen für
das Förderungswesen sind in diesem Budget
im weitesten Maße sichergestellt. Die Mittel
für den Grünen Plan wurden bedeutend er-
höht! Eine Umstrukturierung des Gesamt-
budgets wurde in die Wege geleitet! *(Abg. Fachleutner: Und eine Milliarde Schilling weggenommen!)*

Lassen Sie mich dazu einige Sätze ausführen.
Abgesehen davon, daß man von einer Um-
strukturierung im Budget aber schon ver-
dammt wenig feststellen kann *(Abg. Benya: Aber ein wenig doch!)*, sind die Budgetansätze
und die Textierung des Grünen Planes fast

Dipl.-Ing. Tschida

gleichlautend mit jenen des Vorjahres. Der prozentuelle Anteil des Kapitels 60 gegenüber den Gesamtausgaben ist niedriger als in den vier Jahren der ÖVP-Alleinregierung. Ich bitte einmal nachzusehen. (*Abg. Gertrude Wondrack: Rechnen Sie die Sozialpolitik auch dazu?*) Frau Staatssekretär! Die Sozialleistungen des Staates sind für alle Bevölkerungsschichten da. Ich verwahre mich dagegen, daß man in Ihrem Wirtschaftsprogramm die Sozialleistungen unter die Agrarsubventionen schreibt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich wäre neugierig, wo dies noch der Fall ist. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Doppelte Buchhaltung! — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Der Herr Finanzminister hat es daher auch wohlweislich vermieden, hier Vergleiche in Prozenten anzustellen. Die Grüne-Plan-Mittel erfahren gegenüber dem Vorjahr eine Anhebung um 3,8 Prozent, das Gesamtbudget dagegen eine solche von 9 Prozent. Durch die Kürzung der Sonderförderungsmittel um 3 Prozent weist der Grüne Plan effektiv nur mehr um 5,7 Millionen Schilling mehr auf als im Vorjahr. (*Abg. Ing. Häuser: Koren hat 12 Prozent Kürzung verlangt! — Abg. Pfeifer: Um 5 Prozent hätten Sie gekürzt, gar keine Frage!*) Herr Kollege Pfeifer: Gekürzt wurden die Grüne-Plan-Mittel. Effektiv scheinen derzeit nur um 5,7 Millionen Schilling mehr auf. Mehr kann ich Ihnen nicht sagen. (*Ruf bei der SPÖ: Nach Ihnen wäre es weniger gewesen.*)

Was nun die Preiserhöhungen in der Landwirtschaft betrifft, so stellte der Herr Abgeordnete Pfeifer im Vorjahr — wie schon

zitiert — fest, daß diese nur durch die Verwirklichung des sozialistischen Wirtschaftsprogramms möglich sein werden. Es wäre allerdings vermessen, zu behaupten — bitte, das gebe ich zu —, daß dieser Wandel von heute auf morgen stattfinden kann. Nachdem wir aber das Budget mit seinen belastenden Nebengesetzen kennen, hören wir wohl noch die Botschaft, der wir schon von vornherein recht skeptisch gegenüberstanden, allein es fehlt an Taten, und zwar restlos!

Trotzdem sind die Prophezeiungen der SPÖ schon zum größten Teil in Erfüllung gegangen, aber leider Gottes mit verkehrten Vorzeichen. Sie gelten nämlich im überwiegenden Ausmaß der Erhöhung der Betriebsmittelpreise. Sie stiegen in der kurzen Zeit der sozialistischen Ära mehr denn je und werden nach der Verabschiedung dieses „besten Budgets aller Zeiten“ auf die Landwirtschaft geradezu herunterprasseln.

Präsident **Probst**: Ich möchte den Redner unterbrechen. Ich habe ihm Lichtzeichen gegeben. Er bleibt am Wort.

Ich unterbreche die Sitzung bis Mittwoch, den 9. Dezember, 9 Uhr. Wenn wir die Verhandlungen wieder aufnehmen, setzen wir die ausgegebene Tagesordnung fort und werden versuchen, sie zu erledigen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

Die Sitzung wird am 3. Dezember 1970 um 21 Uhr unterbrochen und am Mittwoch, den 9. Dezember 1970, um 9 Uhr wiederaufgenommen.

Fortsetzung der Sitzung am 9. Dezember 1970

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Zur Verhandlung steht der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft betreffend den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1971) (216 der Beilagen) und der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 (240 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VIII: Kapitel 60, 62, 77.

Am Wort ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Tschida. Ich bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Tschida** (*fortsetzend*): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe

in der vorigen Woche in meinem Debattenbeitrag zum Kapitel Land- und Forstwirtschaft darauf hingewiesen, wie widersprechend die Aussagen der Redner der SPÖ und der FPÖ im Vorjahr mit ihren heurigen sind. Um mich aber nicht zu wiederholen, möchte ich nur ganz kurz zusammenfassen:

Im Vorjahr wurden die Agrarpolitik und die Agrarbudgetpolitik ganz kurz abgetan, daß sie vollkommen versagt haben, daß sie unglaublich und unehrlich seien. Heute dagegen behaupten dieselben Sprecher, daß das beste, höchstdotierte und das fortschrittlichste Budget aller Zeiten vorliege.

Der Herr Kollege Pfeifer orakelte sogar im Vorjahr: „Wenn wir nicht die Chance bekommen, unser SPÖ-Wirtschaftsprogramm durchzusetzen, so bedeutet dies neuerlich sinkende

Dipl.-Ing. Tschida

Preise in der Landwirtschaft. Umgekehrt wird es durch unser Programm möglich sein, die Preise — gemeint sind wohl die Agrarproduktenpreise — „in der Landwirtschaft anzuheben“, weil wir eben ein ganz neues, fortschrittliches Agrarkonzept haben.

Meine Damen und Herren von der Linken — die FPÖ ist noch nicht erschienen —, Sie haben jetzt die Chance, Sie können es jetzt beweisen. Den ersten Schritt dazu haben Sie ja mit der Einbringung dieses Budgets bereits getan, das in Kürze verabschiedet werden wird. Da wir aber dieses Budget mit seinen belastenden Nebengesetzen kennen, wissen wir auch, daß ein Teil Ihrer Prophezeiungen bereits eingetreten ist, aber mit umgekehrten Vorzeichen; denn die Preise für alle Betriebsmittel sind tatsächlich gestiegen, und diese Preiserhöhungen werden nach der Verabschiedung dieses Budgets geradezu auf uns herunterprasseln.

Ich habe schon betont, daß wir sowohl der sozialistischen wie auch der FPÖ-Agrarpolitik recht, recht skeptisch gegenüberstehen. Das Budget 1971 bringt nämlich neben einer planmäßigen Schlechterstellung noch riesige Belastungen für unsere ländliche Bevölkerung: den unterdotierten Grünen Plan — effektiv nur mehr um 5,7 Millionen Schilling mehr als Vorjahr —, die Dieselpreiserhöhung, die Verminderung des Düngemittelausgleiches, Kürzung des Brotgetreideausgleiches, Verlängerung der Alkoholsondersteuer um mindestens ein Jahr und die geplante Überführung in die Mehrwertsteuer, eine Schlechterstellung des Eigenheimbaues, der im ländlichen Raum besonders akut ist. Dazu kommt noch der rapid steigende Kostenindex, vor allem auf dem Bau- und auf dem landwirtschaftlichen Maschinensektor.

Meine Damen und Herren! Wir können uns ganz einfach des Eindruckes nicht erwehren, daß bei der Erstellung dieses Budgets und bei dem Abkommen zwischen FPÖ und SPÖ nicht nach wirtschaftlichen, sondern nach politischen Gesichtspunkten vorgegangen wurde. *(Zustimmung der ÖVP.)*

In dieser Ansicht wurden wir noch bestärkt durch die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers von der Regierungsbank aus. Er meinte: Hättet ihr — er hat auf die ÖVP gezeigt — mit uns verhandelt, dann wären wahrscheinlich in diesem Budget immerhin noch 300 bis 400 Millionen Schilling für die Landwirtschaft drinnen gewesen. — Dazu ist nur zu sagen: Herr Bundeskanzler, die Bauernschaft ist keine Almosenempfängerin, sie fordert nur die gleiche Behandlung wie alle übrigen Berufsgruppen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Umso erstaun-

licher Ihre Erklärung, die Sie als Chef der Regierung und nicht als Parteivorsitzender abgegeben haben.

Der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky hat es ja selbst immer wieder ausgesprochen: Die Bauern haben es am schwersten! — Herr Dr. Kreisky hat hier im Parlament immer wieder betont: Die Hauptaufgabe der neuen Regierung wird vor allem darin bestehen, den wirtschaftlich Schwächsten zu unterstützen und ihm zu helfen. — Bis jetzt hat die österreichische Bauernschaft allerdings vergebens darauf gewartet. Sie wurde enttäuscht und wird durch die Verabschiedung dieses Budgets in ihrer Auffassung nur noch bestärkt.

Und nun, meine Damen und Herren — wie könnte es anders sein —, als Burgenländer einige Worte zum Weinbau. Die Weinfrage ist derzeit äußerst aktuell und brisant, ein sicheres Zeichen dafür, daß es im österreichischen Weinbau schwierige Probleme zu lösen gibt, die absolut nicht bagatellisiert werden können. Sind es doch rund 80.000 Betriebe — und davon wieder 90 Prozent Kleinst- und Kleinbetriebe —, die hauptberuflich mit dem Weinbau beschäftigt sind. Es sind durchwegs landwirtschaftliche Betriebe, die auf Grund ihrer geringen landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Spezialkulturen umgestellt haben und umstellen mußten, um eben ein entsprechendes Einkommen aus ihrem Grund und Boden ziehen zu können.

Wenn man allerdings in diesem Hohen Hause über die Sorgen unserer Weinbauerschaft spricht, habe ich oft den Eindruck — heute in den Morgenstunden kann ich das allerdings noch nicht feststellen —, als ob man diesen Fragen viel zuwenig Ernst entgegenbringen würde. *(Abg. Robak: Dort schauen Sie hin! Dort sitzen die Bauern!)* Das Wort „Wein“ löst anscheinend sofort die Gedankenassoziation Wein — gute Laune, aus, die absolut nicht am Platz ist, wenn man über so ernste Probleme hier verhandelt.

Das landwirtschaftliche Produkt Wein ist nach Ansicht so mancher Leute — abgesehen von den Antialkoholikern und Abstinenzlern — mit zwei Mängeln behaftet: Wein ist kein Nahrungs-, sondern Genußmittel; wer ihn produziert und kauft, soll zahlen und soll mit Recht mehr zahlen, meint diese Gruppe. Diesem Grundsatz huldigt aber auch besonders unser Vater Staat. Wein sei gesundheitsschädlich, wird angeführt. Das gilt aber selbstverständlich nur dann, wenn zuviel des Guten getan wird. Das trifft, glaube ich, für alle Nahrungs- und Genußmittel zu.

Dipl.-Ing. Tschida

Eine höhere Besteuerung könnte hier vielleicht auch Abhilfe schaffen, meint man. Wir haben das ja hier im Hohen Haus oft zu hören bekommen. Wer das glaubt, der irrt aber, meine Damen und Herren. Denn nachgewiesenermaßen spielt der Preis des Weines bei ausgesprochenen Alkoholikern — sei es nun in begüterten oder weniger begüterten Kreisen — absolut keine Rolle.

Wein ist landwirtschaftliches Urprodukt und bildet die Existenzgrundlage für etwa 39.000 Familien. Die Weinbauerschaft fordert daher mit Recht, daß ihr Produkt hinsichtlich der steuerlichen Belastungen genauso behandelt wird wie alle anderen landwirtschaftlichen Produkte.

Bekanntlich ist aber der Wein derzeit das höchstbesteuerte Produkt in ganz Europa, eine Belastung, die durch die letzten zwei guten Ernten und den daraus resultierenden Preisverfall immer drückender wird. Der Bundesverband der Weinbautreibenden Österreichs führte daher schon seit seiner Gründung einen intensiven Kampf um die Entsteuerung des Weines.

Die Weinbauerschaft Österreichs begrüßt daher selbstverständlich den Wegfall der Weinsteuer, ist aber der Meinung, daß sie nach Aussagen des Herrn Bundeskanzlers in seinem Regierungsprogramm, wonach den wirtschaftlich Schwächsten in erster Linie geholfen werden müßte, zuwenig Berücksichtigung fand. In dieser Auffassung wird sie noch bestärkt durch die Liquidierung von Sondersteuern in einem Gesamtausmaß von über 600 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren! Ich will absolut keinen Neidkomplex fördern, behaupte aber und bin überzeugt, daß die größere Masse der wirtschaftlich Schwächsten sicherlich bei unseren klein- und kleinstbäuerlichen Betrieben zu finden ist und nicht bei denen, die nun tatsächlich in den Genuß des Wegfalls der Sondersteuern gekommen sind.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht nach wie vor die Alkoholsondersteuer, deren Liquidierung beziehungsweise Auslaufen von allen Interessentengruppen, ob schwarz, rot oder blau, gefordert wird. Diese Meinung vertrat auch noch der Herr Abgeordnete Meißl im Landwirtschaftsausschuß.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben auch gezeigt, daß diese sogenannte Konsumentensteuer tatsächlich der Produzent hundertprozentig zu tragen hat. Der Forderung nach Abschaffung beziehungsweise Auslaufen der Sondersteuer kommt umsomehr Bedeutung zu, weil es in diesem Abkommen zwischen SPÖ und FPÖ heißt, daß die Weinsteuer so lange

abgeschafft werden soll, als die Sondersteuer eingehoben wird. Da anzunehmen ist, daß die gegenwärtige Regierung die Weinsteuer nicht wieder aufleben lassen wird, besteht der begründete Verdacht, daß an eine Verlängerung der Alkoholsondersteuer über den gesetzlichen Ablauftermin hinaus gedacht ist.

Die Weinbauerschaft fordert daher nach wie vor die Herausnahme des Weines aus der Sondersteuer, wird sich aber ganz entschieden gegen eine Verlängerung der gesetzlichen Frist wehren. Sie wird sich aber ebenso entschieden gegen eine Überführung in die Mehrwertsteuer wehren, weil die gesamte Bauernschaft nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß Wein ein landwirtschaftliches Urprodukt ist und als solches auch steuerlich behandelt werden muß.

Und nun vielleicht noch einige Worte zum Weinexport. Daß der Weinexport gerade in der jetzigen Zeit für unsere Weinbauerschaft von existenzieller Bedeutung ist, daran dürfte wohl heute niemand zweifeln. Da jedoch bei künftigen Weinexporten in die EWG, aber auch in andere Staaten österreichischer Wein nur aus ausschließlich in Österreich gewachsenen Trauben geliefert werden kann, fordern wir die Regierung auf, die hiezu notwendigen Maßnahmen ehebaldigst in die Wege zu leiten. Das gleiche gilt auch für die Novellierung unseres Weingesetzes, um den Exportansprüchen in die EWG gerecht werden zu können.

Nicht zuletzt wird es notwendig sein, eine gesetzlich verankerte Basis für die Dotierung des Weinbaufonds zu suchen. Die Weinbauern brauchen diese Fondsmittel notwendiger denn je und wollen nicht auf die Gnade oder Ungnade des jeweiligen Finanzministers angewiesen sein.

Die vielen Klein- und Kleinstbetriebe zählen eindeutig nicht zu den begütertesten in unserem Vaterland. Die Regierung hat versprochen, sich dieser Leute besonders anzunehmen. Die Regierung Kreisky hat derzeit die Chancen. Wir warten nur gespannt auf ihre Taten. *(Beifall bei der ÖVP. — Abg. Fachleitner: Da kannst lang warten!)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Robak das Wort.

Abgeordneter **Robak** (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Tschida, aber auch alle übrigen Redner der Österreichischen Volkspartei, die am Donnerstag schon zum Kapitel Landwirtschaft gesprochen haben, haben ein Klagelied gesungen, wie schlecht es den österreichischen Bauern und wie schlecht es der österreichischen Bauernschaft geht, besonders

1724

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 9. Dezember 1970

Robak

seit wir eine sozialistische Bundesregierung haben.

Der Herr Abgeordnete Tschida hat darauf hingewiesen, daß die Bauern fordern, daß sie so wie alle anderen Gruppen ihr Recht verlangen. Er hat davon gesprochen, daß sie vergeblich darauf warten, daß ihre Forderungen erfüllt werden.

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Auch ich habe mit Bauern zu tun. Wäre der Bauer in seinem Denken nicht so konservativ, dann hätte die Österreichische Volkspartei schon lange die Bauern abschreiben können; denn auf Grund der Politik, die Sie in den letzten 25 Jahren gemacht haben, werden Sie nicht von den Bauern gewählt. (*Abg. Fachleutner: Wo Sie dauernd auf der Bremse gestanden sind!*)

Der Herr Abgeordnete Tschida hat, so wie seine Vorredner am Donnerstag, von der Alkoholsteuer gesprochen. Ich erinnere die Österreichische Volkspartei und einige ihrer Herren daran, was sie damals, als dieses Gesetz beschlossen wurde, alles gesagt haben. Sie haben dieses Gesetz verteidigt, Sie haben das Gesetz im Parlament eingebracht, und Sie waren es, die dieses Gesetz eigentlich wollten. Wenn Sie jetzt von uns erwarten, daß dieses Gesetz plötzlich auslaufen soll, so hätten wir das sehr gerne getan und den Bauern gezeigt, daß wir ihre Interessen genauso verteidigen und vertreten, wie wir 50 Jahre lang die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten haben. Aber da hätten Sie uns nicht diesen großen Schuldenberg hinterlassen dürfen, dann hätten wir es sehr leicht gehabt, dieses Gesetz auslaufen zu lassen. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Ich möchte vor allem den Oberbauern, den Herrn Abgeordneten Fachleutner, daran erinnern, daß er in der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses am 7. November 1968 zu diesem Weingesetz folgendes gesagt hat: Der Weinbau bringt dem Staat bedeutende Mittel, aber ich gebe zu, daß es notwendig war, den Wein noch mehr zu besteuern. — Wörtlich haben Sie das damals gesagt. Damals haben Sie nicht gewußt, daß das eine Belastung für die Bauern bedeutet. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch kurz auf einige Redner hinweisen. Der Herr Abgeordnete Landmann hat von den Güterwegen gesprochen und war der Meinung, daß die Landwirtschaft sehr viele Mittel für die Instandsetzung der Güterwege aufbringen muß.

Sicherlich, das stimmt. Aber bei allen Finanzausgleichsverhandlungen haben die Gemein-

den verlangt, daß der Finanzminister, der immer ein ÖVP-Minister war, den Gemeinden höhere Mittel für die Instandhaltung und für den Bau von Güterwegen bereitstellen soll. Der Herr Finanzminister war aber nicht bereit, diese Mittel bereitzustellen. Jetzt, da wir seit sechs oder sieben Monaten eine sozialistische Regierung haben, soll diese Regierung Wunder wirken. Der Finanzausgleich gilt leider noch immer, er ist nicht von uns, sondern von der ÖVP ausgehandelt worden.

Der Herr Abgeordnete Kern hat davon gesprochen, daß es über 500.000 Bauern weniger gibt. — Herr Abgeordneter, wir wissen es. Wir wissen auch, daß in den nächsten Jahren weitere Zehntausende, vielleicht Hunderttausende Bauern aus der Landwirtschaft flüchten werden und daß die Armee, die die Landwirtschaft verlassen wird, größer werden wird. Ich werde später in meinem Referat etwas dazu sagen.

Der Herr Abgeordnete Schrotter und der Herr Abgeordnete Koller haben immer wieder davon gesprochen, daß die Landwirtschaft zur Kassa gebeten wird.

Bisher können die Bauern überhaupt nicht davon sprechen, daß sie mehr zur Kassa gebeten worden sind als während der ÖVP-Regierung, die sich immer auf ihre Stimmen gestützt hat (*Abg. Kern: Sind Ihnen die Preissteigerungen entgangen, ist Ihnen entgangen, daß die Preise für unsere Produktionsmittel um 10 Prozent gestiegen sind?*) und die es ihnen zu verdanken hat, daß sie 25 Jahre den Bundeskanzler und den Finanzminister stellen konnte.

Ich möchte das nun abschließen und möchte Sie nur daran erinnern, daß es leider so ist wie bei einer Hausfrau: Wir haben nicht mehr Geld zu verteilen, als uns zur Verfügung steht. Man kann nicht Klagelieder singen, daß der eine oder andere Steuer bezahlen muß, aber auf der anderen Seite immer fordern, es müsse noch mehr für diese oder jene Gruppe zur Verfügung gestellt werden. (*Abg. Fachleutner: Gleichberechtigung!*) Man kann nur so viel verteilen, als man hat. Hier ist es wichtig, daß wir entscheiden, was für die Gesamtwirtschaft wichtiger ist und wie die Mittel besser und wirkungsvoller eingesetzt werden können.

Meine Damen und Herren! Davon wollte ich aber nicht sprechen. (*Abg. Kern: Meinen Sie die 36 Millionen Schilling, die zielführend eingesetzt worden sind?*) Reden Sie nicht von 36 Millionen Schilling, wenn es um 100 Milliarden Schilling geht; reden Sie nicht von Fliegen. Ich werde in meinem Referat auf einige Dinge ernster eingehen, als das Ihre

Robak

Redner getan haben, die scheinbar der Meinung waren, daß das Hohe Haus eine Bauernversammlung ist, wo man dem Bauer etwas erzählen kann, weil man weiß, daß er sowieso die Zusammenhänge nicht kennt. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte nun auf das eingehen, was zu besprechen ich mir vorgenommen habe. Ich möchte auf folgendes hinweisen:

Aus dem Bericht über die Lage der Landwirtschaft geht hervor, daß die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen im Vorjahr noch rascher abgenommen hat als in den vergangenen Jahren. Im Vergleich zum Jahre 1968 ging die Zahl der landwirtschaftlichen Vollarbeitskräfte wieder um 3,8 Prozent zurück. Diese Entwicklung ist aber nicht nur auf Österreich beschränkt, sondern alle westlichen Länder sind schon seit Jahren davon betroffen. Aber während dort der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten nur mehr zwischen 9 Prozent und 12 Prozent liegt, ist er in Österreich noch wesentlich höher und beträgt zirka 18 Prozent.

In dem Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft wird interessanterweise auch darauf hingewiesen, daß die Arbeitsproduktivität mit 3,4 Prozent eine ähnliche Steigerungsrate wie im Vorjahr erreicht hat und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität auf den Rückstand an Arbeitskräften zurückzuführen ist. Es heißt darin:

„Damit wurde auch die bereits aufgezeigte vermutliche zukünftige Entwicklung bestätigt, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die eine wesentliche Voraussetzung zur Verbesserung des Pro-Kopf-Einkommens darstellt, in der Hauptsache von den weiteren Umschichtungen der Produktionsfaktoren abhängig ist.“

Meine Damen und Herren! Diese Feststellung zeigt uns den Weg. Die notwendige Steigerung des landwirtschaftlichen Pro-Kopf-Einkommens macht, ob wir es wollen oder nicht, in der Zukunft ein noch stärkeres und rascheres Ausscheiden der Erwerbstätigen aus der Landwirtschaft erforderlich.

Das ist es, was ich einleitend den Herren der ÖVP schon sagen wollte, weil sie immer das Klagelied singen, daß soundso viele Bauern aus der Landwirtschaft ausgeschieden sind. (*Abg. A. Schläger: Das stimmt doch gar nicht! Das Klagelied singt der Kollege Zeillinger, aber nicht die ÖVP!*) Nein, ich habe das stenographische Protokoll. (*Abg. A. Schläger: Aber selbstverständlich!*)

Meine Damen und Herren! Wer mit offenen Augen in unseren Dörfern die Situation der Landwirtschaft aufmerksam beobachtet, dem

wurde schon vor Jahren klar, daß dem so ist. Jeder aufmerksame Beobachter mußte auch die Feststellung machen, daß, während vor 15 Jahren oder 20 Jahren vorwiegend Lohnarbeitskräfte und Knechte aus der Landwirtschaft ausgeschieden sind, es später Familienangehörige und Kinder von Landwirten waren. Seit 10 Jahren sind es aber in immer größerer Zahl Besitzer von landwirtschaftlichen Betrieben.

Noch eine Feststellung: Obwohl die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft seit mehreren Jahren zunahm, besteht noch immer ein ganz erhebliches Produktionsgefälle zwischen der übrigen Wirtschaft und der Landwirtschaft. Das haben wir Sozialisten immer wieder anerkannt und zur Kenntnis genommen. Daraus resultiert auch ein entsprechendes Einkommensgefälle. Dieses Gefälle wollen wir Sozialisten aus sozialen, aber auch aus gesamtwirtschaftspolitischen Gründen beseitigen.

Durch eine Steigerung der Nachfrage für Agrarprodukte ist dieses Problem, meine Herren, nicht zu lösen. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Dieselpreiserhöhung!*) In der heutigen Wohlstandsgesellschaft können die Menschen nicht mehr essen. Im Gegenteil, unsere Jugend will schlank bleiben, und die Alten essen aus begreiflichen Gründen weniger. Aber auch der Export ist, wie wir das seit Jahren schon sehen, nicht sehr sinnvoll, denn er bedeutet ungeheure Subventionen aus Steuergeldern.

Meine Damen und Herren! Die nach dem zweiten Weltkrieg, als in Europa nicht nur die Industriebetriebe zerstört waren, sondern auch die Landwirtschaft durch die Kriegswirtschaft darniederlag, eingeleiteten Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarwirtschaft haben nach 25 Jahren dazu geführt, daß die landwirtschaftliche Produktion eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß die bisher stimulierend wirkenden Instrumente der Agrarpolitik nun beginnen, die weitere Entwicklung unserer Landwirtschaft zu hemmen.

Die Grundlagen der heutigen Landwirtschaftspolitik, das dürfen wir nicht vergessen, wurden zu einer Zeit erarbeitet, als Westeuropa in der Erzeugung aller landwirtschaftlichen Artikel sehr defizitär war. Heute haben wir aber in Europa und auch bei uns in Österreich bereits einen Getreideüberschuß, eine Überproduktion bei der Milch und einen Butterberg, der alljährlich nur kleiner wird, wenn wir den Export aus Steuergeldern subventionieren. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das Manuskript ist leicht veraltet!*) Ich habe Ihnen gesagt: zeitweise. Sie müssen nur aufpassen und bei dem, was wir sagen etwas ernster zuhören, als Sie das in der

Robak

Vergangenheit getan haben. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Wenn es richtig ist, hören wir gerne zu!*)

Meine Damen und Herren! Aus einem Bericht, den ich erst vor einigen Tagen irgendwo gelesen habe, wissen wir auch, daß es wieder einen Schweineberg gibt. Seit dem Vorjahr — auch der Herr Abgeordnete Tschida hat bereits darauf hingewiesen — gibt es auch einen Weinberg. Die heurige Rekordweinernte hat für die Weinproduzenten ... (*Abg. Ing. K. Hofstetter: Weinberge! — Rufe bei der ÖVP: Mehrere!*) Ja, es gibt auch einen Weinberg. Sie hätten nur ins Burgenland kommen müssen, als die Bauern zu Hunderten mit ihren Traktoren in den Dörfern bis in der Frühe gestanden sind und ihre Weintrauben nicht anbringen konnten. (*Zwischenrufe!*) Ja, bitte, das wissen Sie. Wenn ich einen anderen Begriff gewählt habe, so aus dem Grunde, weil es einen Butterberg und so weiter gibt. Also es gibt einen Weinüberschuß. (*Abg. Weiskhart: Weinberge gibt es auf alle Fälle! — Abg. Deutschmann: Mehrere!*)

Meine Damen und Herren! Die heurige Rekordweinernte hat für die Produzenten nicht nur einen Preisverfall gebracht, sondern führte auch zur Unanbringlichkeit der Ware. Die heuer produzierte Menge von annähernd 3,5 Millionen Hektoliter und ein Bestand von 700.000 Hektoliter aus dem Vorjahr wurden zu einer Plage. Und jeder Österreicher mit gesundem Verstand muß sich fragen, wohin das führen wird. In der Zeit von 1961 bis 1969 ist die Weinbaufläche Österreichs von 35.000 auf 47.000 Hektar gestiegen. Aber nicht nur das. Auch die Hektarerträge steigen von Jahr zu Jahr.

Das Fazit: Mehr Weizen, Milch und Butter bedeuten Überschußsorgen und strapazieren nicht nur die Lagerhäuser, sondern auch den Finanzminister und die Steuerzahler. Die Klagen der ÖVP-Redner in diesem Hohen Hause, die Weinsteuer, aber auch der Krisengroschen allein seien schuld am Elend der Bauern, sind eine Augenauswischerei und führen zu keiner Lösung des Agrarproblems.

Ich traue mir aber auch zu sagen, daß selbst höhere Agrarpreise nicht zu einer Lösung führen. Ich möchte Sie daran erinnern, damit Sie nicht Zwischenrufe machen können: Es waren ohne Zweifel höhere Agrarpreise in den Jahren 1938, 1939 und 1940 in der ganzen Welt, als man die Produktion irgendwie rasch heben wollte, weil man damals Kriegswirtschaft hatte. (*Abg. Deutschmann: 1938, 1939!*) Ja, 1938, 1939! Denn damals haben die, die das getan haben, einen Krieg gewollt, und dafür haben sie Lebensmittel gebraucht!

Meine Damen und Herren! Als im Jahre 1960 dem Beispiel anderer westlicher Länder folgend auch in Österreich das Landwirtschaftsgesetz vom Nationalrat beschlossen wurde, haben die Funktionäre des Österreichischen Bauernbundes den Bauern versprochen: Jetzt wird Österreich ein Agrarparadies! Sie sagten ihnen bei jeder Gelegenheit, der Staat solle zahlen. Und von Jahr zu Jahr hörte man — solange ich im Parlament bin — bei den Budgetberatungen im Hohen Hause, daß für die Landwirtschaft zuwenig Mittel bereitgestellt wurden.

Diese Klagen wurden noch lauter, seit die Sozialisten die Regierung gebildet haben und ein Budget von den Sozialisten dem Hohen Hause vorgelegt wurde.

Sie, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, haben es bisher immer bewußt unterlassen, der bauerlichen Bevölkerung klar die Wahrheit zu sagen, daß nämlich viele von ihnen wenig Aussicht haben, in Zukunft unter allen Umständen bestehen zu können.

Wer sich alles vom Staat erwartet und auf der anderen Seite dem Staat nichts geben will und nicht bereit ist, sich dem Markt und der jeweiligen Situation anzupassen, muß dafür Lehrgeld bezahlen; leider sind aber das nicht diejenigen, die schuld daran sind, daß es so ist, sondern leider sind Sie es, die Abgeordneten und die Funktionäre der Österreichischen Volkspartei, die an dieser Situation schuld sind, da sie den Bauern nicht die Wahrheit gesagt haben. (*Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.*)

Herr Abgeordneter! Ich erinnere Sie in diesem Zusammenhang an eine Rede des Herrn Abgeordneten Mitterer, der damals noch Handelsminister war, als es um die Krise im Kohlenbergbau ging. Damals hat er darauf hingewiesen, daß in Schweden das letzte Kohlenbergwerk gesperrt wurde, weil dieses Kohlenbergwerk unrentabel geworden war. Er hat damals der Meinung Ausdruck gegeben, daß auch bei uns unrentable Betriebe gesperrt werden sollten. Seine Begründung war, daß uns die Weltkonkurrenz dazu zwingen werde. Denn man kann, sagte er, auf die Dauer nicht hunderte Millionen für unrentable Betriebe aus Steuermitteln bereitstellen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zu diesem Problem nicht verbreitern, aber doch nur kurz noch einiges sagen. Ich möchte nämlich nicht den Eindruck erwecken, daß wir Sozialisten gegen jede Unterstützung der Landwirtschaft sind oder nicht nach brauchbaren Lösungen suchen. Wir sind aber der Meinung, daß hier in eine relativ unwirtschaftliche Landwirtschaft zuviel Geld hinein-

Robak

gesteckt wird, sei es auf Grund von staatlichen Subventionen oder sei es, daß unsere Landwirte viel zu viel Geld investieren. Das bekommt unserer Meinung nach dem Staat und der ganzen Volkswirtschaft, aber auch den Landwirtschaften irgendwie nicht sehr gut.

Investitionskredite und Subventionen sollten nur solchen Betrieben gegeben und zugeführt werden, bei denen ein sorgfältiger Wirtschafts- und Entwicklungsplan zeigt, daß nach den neuerlichen Investitionen eine langfristige Existenz zu erwarten ist. Die dadurch eingesparten Subventionsbeträge und Exportförderungsmittel sollen für die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen verwendet werden.

Meine Damen und Herren! Wir sind der Meinung, daß die Landwirte, die aus der Landwirtschaft flüchten, die flüchten müssen, weil sie zur Kenntnis genommen haben, daß sie nicht existieren können, auch gute und gutbezahlte Arbeitsplätze bekommen sollten. Und besonders wichtig ist es, daß jene Bauern, die noch einen Bauernhof haben, und gewisse Grundstückeigentümer, die ihren Bauernhof nicht ganz verlassen wollen, nicht in die Stadt ziehen wollen, in der nahen Umgebung ihres Bauernhofes einen guten Arbeitsplatz bekommen. Das möchte ich auch dazu gesagt haben.

Ich möchte nun, weil das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft auch für andere Probleme zuständig ist, zu zwei Problemen Stellung nehmen, zu denen in diesem Haus am Donnerstag und auch heute noch nicht Stellung genommen worden ist.

Zunächst zum Problem der biologischen Schädlingsbekämpfung. Welch verheerende Wirkung die verschiedenen in der Landwirtschaft verwendeten Schädlingsbekämpfungsmittel bewirken, brauche ich nicht näher zu beleuchten, sondern ich möchte nur zu bedenken geben, ob nicht auch bei uns in Österreich der biologischen Schädlingsbekämpfung mehr Interesse entgegengebracht werden sollte. Ich glaube, daß dieses lebenswichtige Gebiet der Forschung bisher vom Landwirtschaftsministerium und von den anderen zuständigen Stellen stark vernachlässigt wurde.

In vielen Ländern wird heute auf diesem Gebiet Beachtliches unternommen, und es werden aus Rücksicht auf die Volksgesundheit immer mehr auch natürliche und für die Menschen und Tiere ungefährliche Methoden der Schädlingsbekämpfung praktiziert.

Hohes Haus! Auch gegen die rasch zunehmende Verschmutzung unserer Gewässer, Flüsse und Grundwässer, glaube ich, muß dringend etwas unternommen werden. Das Wasser ist auch in Österreich leider zu einer Lebensfrage ersten Ranges geworden. Der Wasser-

reichtum und die noch gute Qualität des Wassers dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß es auch bei uns früher oder später zu großen Schwierigkeiten in der Bereitstellung von genügend und qualitativ gutem Wasser kommen wird.

Die rasante Verbrauchssteigerung und die überall zu beobachtende Verschmutzung unserer Flüsse und Gewässer mahnen uns, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um vorzubeugen, daß nicht auch in Österreich gutes Wasser eine Mangelware wird.

Es geht um den Schutz des Wassers vor dem Menschen, der Industrie, der Landwirtschaft, der Wirtschaft und des Gewerbes. Es geht um die Reinhaltung unserer Gewässer zur Sicherung der Gesundheit, der Wasserversorgung von Mensch, Tier und Pflanzen, aber auch um die Versorgung der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft, von denen viele bedenkenlos unsere Flüsse, aber auch unser Grundwasser im großen Ausmaß verschmutzen und unbrauchbar machen.

Ich möchte nicht auf die Folgen, auch nicht auf die Art der Verschmutzung des Wassers eingehen, sie sind den Abgeordneten des Hohen Hauses bekannt, sondern zu Maßnahmen für die Sicherung der Wasserversorgung Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren! Eine wesentliche Maßnahme für die Entwicklung des Gewässerschutzes in Österreich ist die Novelle 1959 zum Wasserrechtsgesetz 1934 und für die Wasserversorgung das Wasserbautenförderungsgesetz. In der Novelle wurde in einem eigenen Abschnitt von der Reinhaltung und dem Schutz der Gewässer gesprochen. Im Motivenbericht zu der Gesetzesnovelle heißt es zum Beispiel unter anderem: „Die Bestimmungen des Wasserrechtes müssen die Möglichkeit geben, eine weitere Verschmutzung wirksam zu unterbinden und dort, wo sie schon jetzt als untragbar bezeichnet werden, mit Erfolg einzugreifen.“

Weiter heißt es dort: Freilich werden die rechtlichen Bestimmungen allein nicht ausreichen; Hand in Hand mit ihnen muß eine entsprechende Aufklärung und Erziehung gehen, die Ausgestaltung der wissenschaftlichen Grundlagen und technischen Möglichkeiten, die Heranziehung von Fachleuten und die Förderung durch die öffentliche Hand.

Es sind dort in den verschiedenen Paragraphen die Maßnahmen angeführt, die notwendig sind, um diesem großen Problem Rechnung zu tragen.

Im § 35 zum Beispiel wird die Sicherung der künftigen Wasserversorgung geregelt. Es

Robak

heißt dort unter anderem: „Zur Sicherung des künftigen Trink- und Nutzwasserbedarfes können, wenn das zu schützende Wasservorkommen geeignet und dafür erforderlich ist, nach Prüfung der Verhältnisse und Abwägung der Interessen gleichfalls Anordnungen im Sinne des § 34 erlassen werden.“

Meine Damen und Herren! In den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg wurden so wie auf vielen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens auch auf dem Gebiete der zentralen Wasserversorgung große Leistungen vollbracht, es wurden aber auch viele Sünden begangen, und man hat sich vieler Unterlassungen schuldig gemacht. Was die Wasserversorgung betrifft, ist dem vor kurzem veröffentlichten Bericht, der in der Strukturanalyse des österreichischen Bundesgebietes aufscheint, folgendes zu entnehmen.

Aus diesem Bericht geht zum Beispiel hervor, daß in Kärnten die kleinen und mittleren Gemeinden ihr Wasser aus nahegelegenen Quellen beziehen, während die Städte hauptsächlich aus dem Grundwasser schöpfen und erst 48 Prozent der Bevölkerung voll versorgt und 68 Prozent an eine zentrale Wasserversorgung angeschlossen sind. Ein großer Teil der kleinen Wasserwerke soll nicht einmal Schutzgebiete besitzen.

In Niederösterreich muß bereits Trinkwasser verwendet werden, das zu 11 Prozent aufbereitet und zu 23 Prozent entkeimt werden muß, was schon auf eine verhältnismäßig starke Verschmutzung des Grundwassers hindeutet.

In Oberösterreich sind 55 Prozent an eine zentrale Wasserversorgung angeschlossen, jedoch nur 28 Prozent ausreichend versorgt. Selbst Gemeinden wie Wels und Eferding besitzen keine zentrale Wasserversorgung. Die Tatsache, daß 44 Prozent der Wässer entkeimt werden müssen, zeigt bereits auch in Oberösterreich die Bedenklichkeit des vorhandenen Grundwassers auf. Ein verstärkter Grundwasserschutz erscheint jedenfalls zweckmäßig.

Salzburg zählt zu den wasserreichsten Gebieten Österreichs. Schon die 84prozentige Quellwasserversorgung deutet darauf hin. Daraus folgt aber auch die größere Notwendigkeit, das Wasser zu entkeimen, da Quellen, die bis an die Oberfläche reichen, leichter durch Infiltration gefährdet sind als lange Grundwasserströme mit ausreichender Überdeckung. 50 Prozent des gesamten Wasserverbrauchs im Land Salzburg müssen entkeimt werden.

Auch in der Steiermark besitzen zirka die Hälfte der 916 Wasserversorgungsanlagen

kein Schutzgebiet. Das Schwergewicht liegt wieder auf der Grundwasserversorgung, nämlich 55 Prozent. Die Verunreinigung dürfte mehr die offenen Gewässer in der Steiermark als das Grundwasser betreffen.

Tirol besitzt durch seine hohen Berge das am wenigsten verunreinigte Wasser. Zu 94 Prozent wird es aus Quellen bezogen. Von den 734 zentralen Wasserversorgungen besitzen aber nur 166 ein Schutzgebiet.

Das einwandfreie Quell- und Grundwasser muß zum Beispiel in Vorarlberg bereits gesucht werden. 28 Prozent muß aufbereitet und 24 Prozent muß entkeimt werden. Trotzdem besitzen von den 187 bestehenden Anlagen nur 54 ein Schutzgebiet.

Im Burgenland wurden nach 1945 einige Wasserversorgungsanlagen gebaut, weil es wenig Wasservorkommen gibt. Das Burgenland ist eigentlich das einzige Bundesland, wo das Wasser zu zirka 70 Prozent in Ordnung ist und wo auch ziemlich derselbe Prozentsatz der Bevölkerung an Gruppenwasserleitungen, an große Wasserversorgungsanlagen angeschlossen ist.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es bedenklich erscheint, daß 72 Prozent aller aus zentralen Wasserversorgungen belieferten Einwohner — Wien ausgenommen — Wasser aus Wasserspendern beziehen, die kein geeignetes Schutzgebiet besitzen.

Die gesamte Wasserwirtschaft tendiert seit Jahren eindeutig zur Großraumgestaltung; sind doch in den letzten Jahren fast alle kleinräumigen Anlagen durch die Entwicklung überrollt worden, da die kleinen Räume ganz einfach die Mittel nicht aufbringen können, um der derzeitigen enormen Expansion entsprechen zu können. Die großräumige Wirtschaft kann leichter Schwerpunkte bilden, was in diesem Falle notwendig ist.

Nur ein großer Wasserverband wird zum Beispiel einen vorkommenden Grundwasserstrom erfassen, widmen, schützen und erschließen können, was dem kleinen Wasserwerk schon aus Mangel an finanziellen Mitteln und Fachkräften nicht möglich ist. Außerdem wird das notwendige unmittelbare Interesse nicht vorhanden sein, da das kleine Wasserwerk die großen Wassermengen gar nicht benötigt. Daraufhin das Unangenehmste, was passieren kann: die Industrie macht sich auf dem Grundwasserstrom breit, ohne daß irgend jemand das rechtlich verhindern könnte. Versickerungen von ölhaltigen Stoffen, giftigen Stoffen oder Farbstoffen machen dann das Grundwasser für Trinkwasserzwecke oft für immer unbrauchbar.

Robak

Die regionale Planung wird dagegen den Verlauf des Grundwasserstromes durch hydrologische Untersuchungen feststellen, durch eine Rahmenverfügung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft der Wasserversorgung widmen lassen und durch Schongebietsverordnungen des Landes das Grundwasser schützen, auch wenn das gesamte Grundwasservorkommen noch nicht voll benötigt wird; es bleibt aber für die Zukunft gesichert und vor Verunreinigung bewahrt. Bei den wasserrechtlichen Bewilligungen — das wissen wir aus der Praxis — werden dann die genauen Schutzgebietsgrenzen, das engere und das erweiterte Schutzgebiet, festgelegt.

Da die Wasserversorgung aber Landessache ist, wird die Errichtung von Schutz- und Schongebieten ungleich streng gehandhabt. Es gibt Länder, die noch keine Schutzgebietsverordnungen erlassen haben und den Schutz des Grundwassers der Wasserrechtsbehörde überlassen, die aber nur nach dem jeweiligen Bedarf oder gar erst auf Grund von Wasserrechtsbeschwerden einschreiten kann. Dann kann es, meine Damen und Herren, aber oft schon zu spät sein.

Ein wichtiges Ergebnis der Strukturanalyse, von der ich eingangs schon gesprochen habe, ist die Feststellung, daß viele zentrale Wasserversorgungsanlagen über kein Schutzgebiet verfügen und daß es notwendig ist, alles in Österreich vorhandene Grund- und Quellwasser zu erforschen und rechtzeitig zu schützen und für spätere Zeiten sicherzustellen.

Ohne Zweifel ist auf diesem Gebiete — ich habe es schon erwähnt — manches getan worden. Aber ich glaube, das genügt nicht. So führt zum Beispiel das Fehlen von Planungsunterlagen dazu, daß reiche Grundwasservorkommen verbaut werden oder Siedlungsbauten, Straßenbauten, die Führung einer Ölleitung oder viele andere Baumaßnahmen später, wenn es notwendig ist, eine optimale Trassierung des Wasserleitungsnetzes erschweren oder überhaupt verhindern.

Um für die Zukunft vorzubeugen, müßte rasch gehandelt werden, und es müßte eine Bestandaufnahme aller Wasservorkommen vorgenommen werden. Weiters sind Planungsunterlagen notwendig. Zweckmäßig wäre es, meine Damen und Herren, daß die notwendigen Erhebungen vom Wasserwirtschaftskataster vorgenommen würden. Diese dann im Wasserwirtschaftskataster gesammelten Unterlagen könnten auch die Grundlage zur Erstellung von Rahmenplänen sein. Der Wasserwirtschaftskataster müßte aber ständig evident gehalten werden. Auf keinen Fall soll die Erhebung der Planungsfragen den Ge-

meinden überlassen werden, denn ihnen fehlt, wie wir wissen, das notwendige Fachpersonal. Dem Wasserwirtschaftskataster müßte aber für diese Aufgabe spezialisiertes Personal zur Verfügung gestellt werden.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß und möchte sagen: Was den Schutz der Wasservorkommen betrifft, müssen bereits genützte Wasservorkommen geschützt werden, und ich stelle mir vor, daß dabei sehr, sehr rasch gehandelt werden müßte.

Als erster Schritt wäre es erforderlich, daß die hydrographischen Dienste der Länder angewiesen werden, vorzugsweise hydrologische Untersuchungen durchzuführen und nicht wie bisher das Schwergewicht auf Regen- und Abflußmessungen zu legen. Ich glaube, das bringt uns zuwenig.

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben trotz mancher Erfolge gezeigt, daß noch viel gesetzgeberische Arbeit notwendig sein wird, um allen Notwendigkeiten auf dem Gebiete eines Wasserschutzes und der Wasserversorgung Rechnung zu tragen. Über die Änderung und Anpassung der formellen Rechtslage hinaus ist aber auch eine Änderung des Bewußtseins der Bevölkerung notwendig.

Um dies zu erreichen, wäre es angezeigt, die Öffentlichkeit über die Notwendigkeiten aufzuklären und bei ihr Verständnis für alle notwendigen Maßnahmen zu finden. Aber auch das allein genügt noch nicht, und alle Gesetze müßten wirkungslos bleiben, wenn nicht auch ein für diese Aufgaben spezialisierter Apparat aufgebaut wird. Neue Schreibtische sind sicher unpopulär, aber will man das Lebenselement Wasser für die kommenden Generationen sichern, muß die Bevölkerung auch dieses Opfer auf sich nehmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Deutschmann das Wort.

Abgeordneter Deutschmann (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Mein Vorredner hat sich mit den Problemen der Landwirtschaft beschäftigt. Ich möchte dazu nur sagen, daß es nicht genügt, mit dem Brustton der Überzeugung hier kundzutun, mit der Landwirtschaft oder mit den Bauern etwas zu tun zu haben, um dann letzten Endes die Behauptung aufzustellen, die Bauern seien sehr konservativ im Denken. Ich möchte dies, werter Herr Kollege, mit Entschiedenheit zurückweisen *(Zwischenruf des Abg. Robak)*, weil ja gerade auch aus Ihren Reihen anerkennende Worte gegenüber der Bauernschaft ausgesprochen worden sind, daß sie sich in der Vergangenheit bemüht habe, in ihren Betrieben wirklich neue, neuzeitliche Maschinen und

1730

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 9. Dezember 1970

Deutschmann

Geräte einzustellen, und daß sie letzten Endes eine Produktion entwickelt habe, über die wir uns alle freuen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte aber noch etwas dazu sagen, Herr Kollege Robak. Wir haben uns in den letzten Jahren immer wieder mit den Problemen der Landwirtschaft hier im Hohen Hause beschäftigt. Sie sind hier immer wieder als einer aufgetreten, der uns den Beweis erbringen wollte, daß Sie jene wären, die die Landwirtschaft schützen und die immer wieder für die Landwirtschaft eintreten. Sie vertraten speziell die Meinung, Sie seien die Schützer und Wahrer des Kleinbauern.

Donnerstag hat Ihr Hauptsprecher, der Abgeordnete Pfeifer, uns hier gegeißelt und hat gemeint, wir wollten die Strukturen versteinern, wir seien eigentlich jene, die den Fortschritt blockieren und so weiter. Er hat selbstverständlich die Ausführungen des jetzigen Herrn Landwirtschaftsministers Weihs nicht gelesen, abgedruckt Mitte Jänner 1966 in der „Zukunft“, worin er sich gerade mit diesem Problem beschäftigt und darauf hinweist, daß er der Meinung sei, daß man den Klein- und den Mittelbauern schützen sollte. Am Donnerstag erklärten Sie das Gegenteil.

Ich möchte aber auch, wenn Sie es gestatten, auf die Debatte in der vergangenen Woche zurückkommen. Die Aussage des Herrn Bundeskanzlers Kreisky hat mich wirklich verwundert. Es ist schade, daß der Herr Bundeskanzler nicht hier im Hohen Haus ist. *(Abg. Weikhart: Er ist im Ministerrat!)* Bitte, ich nehme es zur Kenntnis, aber ich werde trotzdem das aufzeigen, was ich mir bei dieser Äußerung gedacht habe.

Ich vertrete die Meinung, daß der Herr Bundeskanzler Kreisky wieder einen Fluchtversuch nach vorne gemacht hat, um letzten Endes den Beweis zu erbringen, daß er der Landwirtschaft wohlwollend gegenübersteht. Ich bin der Meinung, daß dies eigentlich nichts anderes war als das schlechte Gewissen, das ihn gegenüber der Bauernschaft bedrückt. *(Beifall bei der ÖVP.)* Herr Kollege Sekanina, Sie sagen oje. *(Abg. Sekanina: Ich habe nichts gesagt! Herr Kollege, das dürfte ein Irrtum von Ihnen gewesen sein!)* Entschuldigen, dann war es einer der anderen Herren.

Ich möchte hier eine Broschüre aus dem Wahlkampf vor dem 1. März zitieren, als der jetzige Bundeskanzler, damals Kanzlerkandidat, durch alle Lande gezogen ist, als er mitgeteilt und auch kräftigst mit Worten untermauert hat: Die Landwirtschaft hat es am schwersten, wir müssen die Einkommensverhältnisse der Landwirtschaft den Verhältnis-

sen der anderen Berufsgruppen angleichen! *(Abg. Sekanina: Nach wie vor eine zutreffende Auffassung der Sozialistischen Partei!)* Wir haben das zur Kenntnis genommen, meine sehr Geehrten! Der jetzige Herr Bundeskanzler hat aber nicht damit gerechnet, daß man solche Wahlbroschüren dann doch nicht anderen Zwecken zuführt, sondern versucht, letzten Endes auf diese Wahlbroschüren zurückzukommen.

Hiezu möchte ich etwas zur Diskussion stellen, meine sehr Geehrten! Der Herr Bundeskanzler Kreisky hat ganz klar erklärt: Wenn man mit ihm verhandelt hätte, gäbe es für die Landwirtschaft noch 300 oder mehr Millionen. Er schreibt in dieser Wahlzeitung: „Kein Ränkespiel mit den Bauern.“ Ich möchte jetzt wirklich fragen: Wie sieht eigentlich das Budget 1971, Kapitel Landwirtschaft, aus? *(Abg. Weikhart: Verhandeln ist ja kein Ränkespiel, denn verhandeln ist eine parlamentarische Selbstverständlichkeit!)* Herr Kollege Weikhart, ist es nicht ein politisches Ränkespiel, wenn man sagt: Die Landwirtschaft könnte 300 Millionen Schilling mehr bekommen, wenn ... Ich bin der Meinung: Wenn man zur Überzeugung kommt, daß die Landwirtschaft die 300 Millionen nötig hat, hat man, abgesehen von verschiedenen Verhandlungen, das der Landwirtschaft zu geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte in diesem Zusammenhang den Herrn Landwirtschaftsminister — ich bitte, Herr Landwirtschaftsminister, um einige Aufmerksamkeit — fragen, ob der Herr Landwirtschaftsminister nicht in diesem Zusammenhang feststellen konnte, daß der Herr Bundeskanzler Kreisky dem Herrn Landwirtschaftsminister ein schlechtes Zeugnis ausgestellt hat. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)* Der Herr Landwirtschaftsminister war nicht befähigt oder nicht gewillt, das Agrarbudget so zu dotieren, wie es die Landwirtschaft benötigt. Ich möchte ihn aber noch weiter fragen: Herr Landwirtschaftsminister, wieso haben Sie nicht mit vollem Einsatz für das Landwirtschaftsbudget bei den verschiedenen Verhandlungen in Ihrer Funktion gekämpft? *(Abg. Haas: Haben Sie das nicht auch schon Schleinzner im vorigen Jahr gefragt?)* Sicher, Herr Kollege Haas, ich habe als Agrarsprecher auch in den Jahren der Alleinregierung immer wieder darauf hingewiesen, daß wir in der Landwirtschaft große Schwierigkeiten haben, daß die Einkommensverhältnisse im Verhältnis zu der Leistung, die die Landwirtschaft erbringt, nicht gerecht sind. *(Abg. Pfeifer: Schauen Sie sich das Budget an! Davon reden Sie nicht!)* Das, werter Herr Kollege Pfeifer, ist schon Grund genug, daß

Deutschmann

wir dieses Budget ablehnen, weil wir der Meinung sind, man darf mit den Bauern kein politisches Ränkespiel betreiben. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Bundesminister! Sie haben ja auch aus den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Meißl entnehmen können, daß er im großen und ganzen wohl dem Budget die Zustimmung gibt, Ihnen gegenüber aber trotzdem Mißwillen ausdrückt. Er hat nämlich hier laut stenographischem Protokoll gesagt, der Herr Landwirtschaftsminister sei in vielen Fällen für die Landwirtschaft nicht glaubwürdig.

Jetzt frage ich Sie, meine sehr Geehrten: Welche Zustände sind jetzt bei uns in Österreich eingetreten? Man lobt das Budget, man verteufelt den Vertreter dieses Budgets. Da möchte ich wirklich fragen: Ist das der neue Stil der Bundesregierung, ist das der neue Stil, der in Österreich Platz greifen soll? Wenn das der Fall sein sollte, dann möchte ich nur sagen: Armes Österreich! *(Abg. Weikhart: Da kann man nur sagen: Arme ÖVP!)*

Nun zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Pfeifer. Seine Ausführungen waren so verworren, daß man sich eigentlich nicht richtig zurechtgefunden hat. Ich habe auch hier einen Auszug des stenographischen Protokolls vor mir liegen und möchte auch das aufzeigen, was Sie hier gesagt haben. Sie sagten, die Landwirtschaft fordere unentwegt eine Sonderstellung, rufe dann die Steuerzahler auf und präsentiere den Steuerzahlern die Wechsel.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir alle wissen, daß gerade die Landwirtschaft in den letzten Jahren und gerade auch im jetzigen Zeitpunkt sehr belastet wurde beziehungsweise belastet wird. Meine Vorredner haben schon darauf verwiesen, welche große Probleme an uns, an die Landwirtschaft herankommen.

Herr Kollege Pfeifer! Ich möchte Ihnen nur den Rat geben, sich vielleicht doch einmal zu bemühen, einen Artikel des Herrn Präsidenten Benya zu lesen, den Artikel „Preis und Lohn“. Ich bin der Meinung: Es ist unser gutes Recht, das, was Präsident Benya für die Unselbständigen fordert, auch für die Selbständigen zu fordern. *(Beifall bei der ÖVP.)* Es heißt ja hier, daß sich Herr Präsident Benya selbstverständlich mit voller Kraft hierfür einsetzen wird, daß ein Kaufkraftverlust über die Löhne zur Regulierung kommt.

Wir haben Kaufkraftverluste: Die Betriebskosten in der Landwirtschaft sind durch Ihre Maßnahmen in der letzten Zeit gestiegen.

Wir fordern, daß die derzeitige Regierung dieser Situation wirklich ihre Aufmerksamkeit schenkt, und hoffen, daß diese Bundesregierung bereit sein wird, sich mit diesen Problemen der Landwirtschaft auseinanderzusetzen.

Ich habe jetzt an den Herrn Landwirtschaftsminister eine konkrete Frage. Unser Präsident Minkowitsch hat kritisiert, daß durch die vorzeitige Einführung des Krisengroschens eine Belastung für die Landwirtschaft aufgetreten ist, die nicht gerechtfertigt war.

Sie, Herr Minister, haben in einer sehr geschickten Weise darauf geantwortet. Ich kenne Sie wirklich schon sehr lange — Sie waren, als wir die Regierung stellten, Hauptsprecher beim Kapitel Landwirtschaft —, ich habe Ihre offene Art immer geschätzt, aber ich kann mich mit dieser Antwort trotzdem nicht zufriedengeben.

Damals, als diese Erhöhung des Krisengroschens vorgenommen wurde, lautete eine der Hauptbegründungen, der Minister Schleinzer hätte im Budget 1970 für eine Produktionssteigerung keine Vorsorge getroffen, aus diesem Grunde müßte man den Krisengroschen erhöhen, damit die Produktion exportiert beziehungsweise verwertet werden könne.

Sie selbst haben in dieser Antwort mitgeteilt, daß sich die Mehrproduktion in diesem Jahr auf zirka 2,7 Prozent belaufen werde. Ich habe mich wirklich vergewissert: Im Budget 1970 war für eine Mehrproduktion von 1,7 Prozent in finanzieller Hinsicht Vorsorge getroffen. Über die 2,7 Prozent Mehrproduktion im Jahre 1970 kann man sowieso streiten; aber ich bin großzügig. Ich kann somit feststellen, daß 1 Prozent Mehrproduktion auf dem Milchsektor im Jahre 1970 nach Ihren Äußerungen nicht bedeckt sei. Das würde heißen, daß dies 10,8 Millionen Schilling kostet. Sie haben bis einschließlich Oktober 1970 191 Millionen Schilling abgeschöpft.

Jetzt frage ich Sie, Herr Bundesminister, ob das zu Recht besteht. Wir möchten das gerne wissen. Sie wissen ja, daß das eine unberechtigte Verminderung des Einkommens der Landwirtschaft bedeutet.

Ich möchte im Zusammenhang mit dem Milchproblem noch eine Frage aufwerfen. Herr Minister! Ich habe da etwas lediglich gehört, möchte aber in diesem Zusammenhang eine Antwort haben: Stimmt es, daß wir den derzeitigen Exportverpflichtungen auf dem Buttersektor nicht nachkommen können und daß aus dem Ausland Rahm importiert werden muß? Ich glaube, wir und alle anderen österreichischen Bürger haben das Recht, zu er-

Deutschmann

fahren, wie in Österreich Agrarpolitik gemacht wird. Ich weiß, daß der Herr Minister sicher wieder versuchen wird, sich herauszureden. (*Abg. Ströer: Abwarten! Warum verdächtigen?*) Ich werde, Herr Bundesminister, in den nächsten Tagen sicher noch Gelegenheit haben, auf diese Frage in einer der Diskussionen zurückzukommen.

Ich möchte grundsätzlich jetzt auf ein Thema zu sprechen kommen, das uns alle sehr berührt. Dieses Thema wurde ja vom Herrn Abgeordneten Robak heute schon angeschnitten: die Überproduktion, die Überschußverwertung in der Landwirtschaft. Wir alle wissen, daß in diesem Hause sehr viel über diese Problematik diskutiert wurde. Ich selbst habe ja als „Jungferredner“ vor fünf Jahren die Möglichkeit gehabt, hier in diesem Hause ein Rededuell mit dem jetzigen Landeshauptmannstellvertreter Czettel zu führen, der damals gesagt hat, man müsse sich eben den Gegebenheiten anpassen, man müsse halt das produzieren, was im Inland abzusetzen sei.

Auf der anderen Seite hat der derzeitige Herr Handelsminister Dr. Staribacher erklärt, die Landwirtschaft sei schuld daran, daß es in der Versorgung Engpässe gebe, und man müsse hier endlich einmal den richtigen Weg beschreiten, damit die Versorgung in Österreich ohne Überschüsse kontinuierlich vonstatten gehe.

Ich meine: Alles recht und schön. Man kann selbstverständlich seine Meinung in verschiedenen Artikeln zum Ausdruck bringen. Ich habe, Herr Minister, auch hier einige mitgebracht, die Sie selbst geschrieben haben. Dann lese ich hier den Namen eines gewissen Herrn Karl Heiden, den Sie sicher kennen. Ich möchte diese Artikel nicht zur Verlesung bringen. Sie kennen sie ja sicher, zum Beispiel „Agrarpolitische Ungereimtheiten“ und so weiter.

Herr Landwirtschaftsminister! Sie haben ja jetzt die Möglichkeit, allen Ihren Intentionen nachzukommen und zu versuchen, diesen neuen Weg einzuschlagen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch etwas bemerken: Sie haben mehrmals in der Vergangenheit erklärt, die Agrarpolitik der ÖVP, des Bauernbundes, des Herrn Ministers Schleinzer wäre falsch. Ich habe nach der Vorlage des Grünen Planes, des Agrarbudgets feststellen können, daß sich gegenüber der Vorgangsweise in den vergangenen Jahren eigentlich nur Unwesentliches geändert hat. (*Abg. Pfeifer: Trotzdem lehnen Sie ab!*) Wir haben nur festgestellt, werter Herr Kollege Pfeifer, daß es weniger geworden ist!

Aber wir können heute mit Befriedigung feststellen, daß das, was Sie vor Jahren immer wieder gesagt haben, nicht stimmt, nämlich daß die Agrarpolitik der ÖVP verfehlt gewesen wäre. Das nehmen wir dankbar zur Kenntnis!

Herr Minister! Nun zur Frage der Überproduktion und der Überschüsse in der Landwirtschaft. Ich habe hier einen Auszug aus der „Neuen Agrarzeitung“ vom 19. September 1970. Diese Agrarzeitung ist bekanntlich das Sprachrohr des Arbeitsbauernbundes. Hier versucht man auf die Überproduktion von Weizen, Milch und so weiter einzugehen und fordert dann eine Flächenkontingentierung. In diesem Artikel zeigt man auch auf, daß der Herr Minister Weihs wohl in der Lage sein wird und es ihm auch gelingen wird, diese Überproduktion in geeignete Bahnen zu lenken.

Ich glaube, daß wir dazu folgendes sagen können: Wir haben in den letzten Jahren immer wieder beobachten können, daß, wenn es auf den einzelnen Agrarmärkten zu einer Überproduktion kommt, dann sofort die Diskussion da und dort und letzten Endes in Publikationen beginnt: Man müßte etwas unternehmen, man müßte eine Kontingentierung einführen, damit man endlich von dieser Überproduktion loskommt.

Dann kommt noch etwas dazu. Man behauptet, daß der Staatssäckel eben durch diese Überproduktion sehr stark belastet wird. Man versucht immer wieder, den Beweis zu erbringen: Die Landwirtschaft ist jene Gruppe, die den Staatshaushalt so stark belastet, daß er nicht mehr zurechtkommt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dazu möchte ich Ihnen einige Zahlen bringen. Ich habe mich wirklich bemüht, hier nicht mit Phrasen zu operieren, weil ich der Meinung bin — und ich gehe hier mit Herrn Kollegen Peter in eine Richtung —, daß die Landwirtschaft alle angeht und daß wir es uns nicht so leicht machen können, durch Artikel oder verschiedene Phrasen zu behaupten, das oder jenes wäre schlecht und das oder jenes müßte anders gemacht werden. Wir müssen uns mit diesem Problem konkret beschäftigen und Wege suchen, die letzten Endes für die Landwirtschaft und auch letzten Endes für den Staat annehmbar sind.

Hier habe ich einen internationalen Vergleich der strittigen Preisstützungen für die Grundnahrungsmittel je Kopf der Bevölkerung: In Österreich wird eine Staatsstützung von 226,10 S pro Kopf gegeben; in den Vereinigten Staaten von umgerechnet 706 S, in

Deutschmann

Holland 547 S, in Großbritannien 407 S, in der Bundesrepublik Deutschland 362 S, in Frankreich 316 S, in der Schweiz 316 S und in Norwegen 407 S.

Das sind Fakten, die wir als Bauernvertreter aufzeigen müssen. Wir wollen die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, aber so aufmerksam machen, daß sie auch versteht, daß es nicht so ist, wie einige behaupten, wir wären jene, die immer wieder nur nach Subventionen rufen.

Ich habe in einer meiner letzten Reden schon den Beweis erbracht, daß wir wirklich versuchen, alle Möglichkeiten im Eigenbereich auszuschöpfen, um in der Lage zu sein, wettbewerbsfähig auftreten zu können und in der kommenden Zeit die Situation so zu meistern, wie wir sie selbst gerne meistern möchten.

Ich möchte Sie, Herr Landwirtschaftsminister, daher bitten — und ich komme schon zum Schluß —, Sie mögen sich doch die Mühe nehmen, das derzeitige Budget mit der derzeitigen Absatzsituation in Zusammenhang zu bringen. Sie werden feststellen, daß es im nächsten Jahr zu einer größeren Einnahmeverminderung in der Landwirtschaft kommen wird.

Ich bitte Sie inständigst, versuchen Sie die Einkommensverhältnisse im Bereich der Landwirtschaft so zu regeln, daß auch die Landwirtschaft in ihrem Bestand gesichert ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi das Wort.

Abgeordneter Dr. **Scrinzi** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist keineswegs so, daß die Freiheitliche Partei dieses Budget und im besonderen das Kapitel Landwirtschaft und den Grünen Plan besonders gelobt oder — wie der Bauernbundobmann von Kärnten, Herr Kollege Deutschmann, behauptet hat — den Landwirtschaftsminister verteufelt hätte. *(Abg. Deutschmann: Das Protokoll vom Meißl!)*

Wir haben — wie auch bei anderen Kapiteln — trotz unserer Zustimmung eine ganze Reihe von Ansätzen dieses Budgets kritisch unter die Lupe genommen. Ich bin jetzt — wie seit sechs Jahren — als Konsument an das Pult getreten, nicht um das Haushaltskapitel Landwirtschaft zu glorifizieren, sondern kritisch anzusehen und an den Herrn Landwirtschaftsminister in diesem Zusammenhang eine Reihe von Fragen zu stellen, weil — und das darf ich gleich anfangs anmerken —, wie schon meine Parteifreunde in ihren Beiträgen ausgeführt haben, wir der Meinung sind, daß die Landwirtschaft alle angeht.

Ich persönlich bekenne mich als Nichtbauer zur Auffassung, daß wir eine zielführende Landwirtschaftspolitik nur dann werden betreiben können, wenn wir von der tatsächlichen Sonderstellung, die die Landwirtschaft im Rahmen der Volkswirtschaft einzunehmen hat, ausgehen. Diese Sonderstellung hat weniger der Landwirt, wenn ich ihn als Produzenten betrachte, sondern diese Sonderstellung hat der Bauer, um dieses leider langsam aus dem Gebrauch kommende, aber viel tiefergehende Wort hier zu verwenden. Ich werde am Abschluß meiner Ausführungen noch begründen, warum ich meine, daß wir es hier mit besonderen Verhältnissen zu tun haben.

Meine Damen und Herren! Wir haben wiederholt begründet, welche wirtschaftlichen und politischen Erwägungen für uns maßgebend waren, diesem Budget zuzustimmen. Es wäre sicherlich sehr viel leichter gewesen, nein zu sagen und dann von hier aus mit einer generellen Kritik zu starten und auf der Basis einer solchen Kritik sehr populäre Mehrforderungen zu jedem Kapitel geltend zu machen. Das konnten wir nicht.

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Wenn wir die Probe aufs Exempel gemacht hätten und etwa durch Absenz es darauf hätten ankommen lassen, daß Sie durch eine Ablehnung des Grünen Planes den Einsatz dieser gewiß nicht ausreichenden 841 Millionen Schilling in der gebotenen Frist verunmöglicht hätten, weiß ich nicht, ob die österreichische Bauernschaft das Ihnen und uns gedankt hätte. Aber unsere Überzeugung, daß man dies eben — nicht vor dem Bauernbund, sondern vor den österreichischen Bauern — nicht verantworten könnte, hat uns veranlaßt, diesem Kapitel und dem Grünen Plan mit zahlreichen Vorbehalten und Kritiken, die schon unser Hauptsprecher, der Herr Abgeordnete Meißl, angebracht hat und die ich noch in einigen Punkten ergänzen werde, doch zuzustimmen.

Das Kapitel Landwirtschaft bringt in seinen Ansätzen — wie der gesamte Vorschlag — nicht jene große Wende, von der soviel die Rede war. Wir sind aber nüchtern genug, zu sagen, daß, wer immer auf der Regierungsbank säße, eine solche Wende nicht herbeiführen könnte, jedenfalls nicht von heute auf morgen. Wir haben uns hier mit gewachsenen Strukturen auseinanderzusetzen. Hier sehen wir uns dem Berg einer Fülle von gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber, die wir auf viele Jahre im voraus eingegangen sind, so daß ein wirklicher Umbruch unseres Haushaltes, unseres Haushaltsrechtes und unserer Haushaltsansätze eine Frage eines längeren Überganges ist.

1734

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 9. Dezember 1970

Dr. Scrinzi

Wir haben dem Kapitel Landwirtschaft zugestimmt, weil wir doch eine Reihe von Verbesserungen — sie sind nicht ausreichend, das geben wir zu — erreichen konnten. Es sind immerhin etwa 155 Millionen Schilling, die wir für die österreichische Landwirtschaft in den Verhandlungen herausschlagen konnten. Wir müssen aber mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, daß es bislang nicht gelungen ist, etwa die Mehrbelastung aus der Dieselpreis-erhöhung zur Gänze abzudecken, so wie es gegenüber dieser Gruppe von Dieselölbezie-hern notwendig wäre, die von vornherein keine Möglichkeit hat, die Mehrbelastung in irgendeiner Form abzuwälzen.

Meine Damen und Herren! Die österreichi-sche Landwirtschaft pendelt nach wie vor zwischen den kriegswirtschaftlichen Hypothe-ken, die im Marktordnungsgesetz ihren Nie-derschlag gefunden haben, und einem Land-wirtschaftsgesetz, das in seinen entschei-den den Teilen, auch als Sie von der ÖVP auf der Regierungsbank saßen, weil Sie es zum Teil mit verfassungsmäßigem Rang ausge-stattet haben, aus dem Kann-Status nicht in den Ist-Status übergeführt werden konnte, das heißt also, daß die dort in Aussicht genommene echte Preisbildung nach wie vor nicht zu ver-wirklichen war.

Ich sage gleich dazu, daß es uns völlig klar ist, daß auch hier ein Übergang von dem Zustand, wie wir ihn jetzt haben, mit den Tarifen in der Landwirtschaft — sie hat auf wesentlichen Gebieten Tarife und nicht Preise — zur freien Preisbildung — wobei diese Preise kostendeckend und selbstverständlich für den Produzenten gewinnbringend sein müßten — wirtschaftlich nicht zu verkraften wäre. Das besonders in einer Zeit, in der wir an sich unter dem Druck eines gefährlichen Preisauftriebes leben und dieser Preisauftrieb die Kaufkraft des Schillings erheblich bedroht.

Auch der Grüne Plan ist, auf die Dauer gesehen, nicht die Methode, die großen un-gelösten Probleme der Landwirtschaft zu lösen. Nach wie vor müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß sich die Schere zwischen Be-triebskosten und Produzentenpreisen zu Lasten des Bauern vergrößert.

Was besonders in der letzten Zeit, glaube ich, verstärkte Aufmerksamkeit erfordern würde, ist, daß sich die Relation der Anteile der Vermarktungskosten zu den Produktions-kosten gefährlich zu Lasten der Vermark-tungskosten verschiebt, was aber auf der anderen Seite die Konsequenz nach sich zieht, daß der Preisspielraum für den Produzenten nunmehr auch von der Vermark-tungsseite her zunehmend eingeengt wird.

Wenn wir aber auf der anderen Seite für manche landwirtschaftlichen Produkte echte Absatzprobleme haben, so ist uns klar, daß uns nur besonders wirksame Vermarktungs-maßnahmen dieses Problem lösen helfen wer-den.

Aber bei manchen Produkten ist diese Differenz und dieses Mißverhältnis in der Relation wirklich provozierend. Darf ich stell-vertretend für zahlreiche Beispiele, die man anführen könnte, nur etwa den Spinat zitie-ren. Bei der Iglu-Spinatpackung, die die Haus-frau am Markt um 8,30 S einkauft, erhält der Produzent ganze 40 Groschen. Ähnlich, wenn auch nicht so kraß, ist es bei vielen anderen Produkten.

Hier muß in Zukunft versucht werden, mit verbesserten, modernen Werbe- und Absatz-methoden bei wirksamerer Vermarktung die Relation nicht so sehr zu Lasten des Produ-zenten zu verschlechtern.

Aber seit Jahren erwarte ich als agrar-politischer Laie, wenn Sie wollen, daß die berufenen Sprecher — ganz gleich, welche Partei auf der Regierungs- und welche auf der Oppositionsbank sitzt — einmal auftreten und Wege zur grundlegenden Lösung der Fragen, die uns hier beschäftigen, aufzeigen. Eigentlich ist bis heute keiner dieser beru-fenen Sprecher in der Lage gewesen, uns ein brauchbares Rezept in die Hand zu geben.

Ich bin mir darüber im klaren, daß die gleichen Sorgen, die wir mit der österrei-chischen Landwirtschaft haben, weltweite sind. Aber das allein ist kein Alibi und keine Rech-tfertigung dafür, daß wir in den alten Geleisen fortfahren, in denen wir uns praktisch seit dem Ende des zweiten Weltkrieges bewegen.

Wir haben auf einem anderen Gebiet, näm-lich auf dem Gebiete des Mietenrechtes und der Mietengesetzgebung, eine kriegswirt-schaftliche Hypothek weitergeschleppt. Trotz dieses abschreckenden Beispiels haben wir uns auch in der Landwirtschaft nicht davon ab-halten lassen, praktisch auf fast allen Ge-bieten unserer Agrarpolitik jene Methoden und Maßnahmen fortzusetzen, die notwendig und zum Teil auch sinnvoll in einer Zeit waren, in der das große Problem war, den Bedarfsdeckungsmangel zu bewältigen.

Heute sind die Probleme ja umgekehrt. Heute stehen wir vor der Frage der Bewälti-gung einer Überproduktion, wobei ich ein-schränkend anfügen möchte, daß diese so oft zitierte Überproduktion auf vielen Gebieten nur scheinbar besteht und daß sie auf vielen Gebieten nur durch gewisse Konsumgewohn-heiten und Verzerrungen im Marktwirtschaft-lichen herbeigeführt wird.

Dr. Scrinzi

Wir haben uns in diesem Hause und vor allem in der Zeit, als OVP-Landwirtschaftsminister für die Agrarpolitik verantwortlich zeichneten, auf dem sehr bequemen Weg der Subventionspolitik fortbewegt. Das ist eine Politik, die natürlich wählerwirksam ist, die unpopuläre Maßnahmen überflüssig macht oder sie zumindest hinausschiebt und die es ermöglicht, die notwendige Therapie bestenfalls in homöopathischen Dosen, über Jahrzehnte verteilt, anzuwenden. Ich glaube, daß in einer Situation, in der Österreich nach einem von der Koalition der Vergangenheit zu verantwortenden zehnjährigen Warten in Brüssel wieder im Verhandlungsraum der EWG sitzt, diese Methode nicht länger verantwortet werden kann.

Dabei mag man zu den Fragen der Mansholt-Pläne — auch der von ihm selber revidierten und für die Verhältnisse der Alpinlandwirtschaft angepaßten Pläne — stehen, wie man will. Ich glaube, vorerst kommen sie für uns schon deshalb nicht in Frage, weil der hierfür erforderliche Kapitalbedarf von Österreich auf gar keinen Fall aufgebracht werden kann.

Aber immerhin stehen wir der Tatsache gegenüber, daß sich ohne, wie ich immer wieder behaupte, genügend konsequente und und mit Schwerpunktbildung vollzogene Strukturpolitik in den letzten Jahren in der österreichischen Landwirtschaft große Strukturveränderungen vollzogen haben. Hier hat ein Selbsthilfe- und Selbstheilungsprozeß stattgefunden, von dem man anerkennen muß, daß er nur möglich war dank der Anpassungsfähigkeit.

Hier möchte ich zum Wort „konservativ“ eine Bemerkung machen. Konservativ hat anscheinend der Kollege Robak nur im ideologischen Sinn gemeint. Im wirtschaftlichen Denken muß man doch einem Großteil unserer Landwirtschaft bescheinigen, daß sie durchaus fortschrittlich eingestellt ist; denn ohne diese Einstellung wären die bloßen Subventionsmaßnahmen von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen.

Wir werden also auf längere Zeit hinaus keine globalen Lösungen für unsere Landwirtschaft finden; wir werden Teillösungen suchen müssen. Ich glaube aber, daß auf diesem Gebiet mehr und Besseres geschehen könnte, als in der Vergangenheit geschehen ist.

Ich bin überzeugt, daß in der gesamten Förderungspolitik eine Umstrukturierung von der Spitze her erfolgen muß, daß viele Einzelförderungsmaßnahmen bloß sozialen Charakter tragen, was grundsätzlich nicht abzulehnen

ist, was aber nicht die Aufgabe einer landwirtschaftlichen Förderungspolitik sein kann. Das ist die Aufgabe der Sozialpolitik, auf die auch der Bauer so wie jeder andere Bürger dieses Landes Anspruch hat. Es muß also zu einer Umorientierung der Förderungsmaßnahmen mit viel stärkerer Betonung von allgemeinen Maßnahmen, die der Strukturänderung dienen, kommen.

Wir werden in dieser Übergangszeit — ich will nicht wieder auf das Thema des Nebenerwerbsbetriebes zu sprechen kommen; ich glaube, das ist heuer noch relativ wenig, aber sonst eigentlich in jeder agrarischen Debatte geschehen — diesem Gebiete des Nebenerwerbsbetriebes als einer Übergangsform, allerdings einer, die man mindestens mittelfristig sehen muß, verstärkt unsere Aufmerksamkeit widmen müssen.

Darüber hinaus sollten wir aber mehr den überbetrieblichen Selbsthilfeeinrichtungen, die sich die Bauernschaft verdienstvollerweise selber geschaffen hat, unsere Beachtung zuwenden. Hier ist es neben einer planmäßigen Förderung durch das Landwirtschaftsministerium vor allem der Finanzminister, der angesprochen ist, der durch steuerliche Begünstigung überbetrieblicher Selbsthilfeeinrichtungen solche zweckmäßige Versuche der österreichischen Landwirtschaft fördern sollte.

Ich verweise hier wieder nur stellvertretend auf das erfolgreiche Beispiel der Kärntner Maschinenringe. Es wäre notwendig, daß für die Anschaffung der Maschinensätze viel wirksamere Steuerbegünstigungen gegeben werden als bisher.

Unsere alte freiheitliche Forderung der Umsatzsteuerbefreiung für die Grundnahrungsmittel darf ich vor allem im Hinblick auf die Debatten um den Margarinepreis und um die Umsatzsteuerreduzierung der Margarine in Erinnerung rufen. Gewiß ist das eine Maßnahme, der man vom konjunkturpolitischen, allgemeinen Gesichtspunkt her zustimmen konnte, die aber in ihrer Auswirkung auf die Landwirtschaft zweifellos geeignet war, die Situation auf dem Gebiet des Butterabsatzes zu verschärfen. Aber es mußte im Abwägen des Interessenausgleiches schließlich eine Lösung gefunden werden, die den übergeordneten Gesichtspunkt wirksamer konjunkturpolitischer Maßnahmen zu berücksichtigen hatte.

Ein großes Anliegen vor allem der Klein- und Mittelbetriebe im alpinen Bereich, die über bescheidene Holzbestände verfügen, ist die Steuerbefreiung der Holzerlöse, soweit sie für Investitionen oder Umstellungsmaßnahmen im bäuerlichen Betrieb verwendet

Dr. Scrinzi

werden. Das, was wir der industriellen, der gewerblichen Wirtschaft eingeräumt haben, müßte auch der Landwirtschaft gegeben werden, weil diese Rückgriffe auf die Substanz des Waldes — und es sind für meisten Bauern die einzig möglichen Rückgriffe — eine Voraussetzung sind, damit die Anpassung der Landwirtschaft an die neuen Produktions- und Absatzbedingungen vollzogen werden kann.

Die Situation der österreichischen Landwirtschaft gegenüber dem Gemeinsamen Markt hat ja mit Ausnahme des Schlachtviehs seit 1. 7. 1970 eine wesentliche Besserung insofern erfahren, als wir dort keine Einfuhrkontingente mehr haben. Wie die Interventionspreise des Gemeinsamen Marktes derzeit sind, scheint mir trotz der hohen Importabgaben die Möglichkeit eines verstärkten Absatzes in diesem Markt möglich, und er müßte von seiten des Landwirtschaftsministeriums besser und stärker als bisher gefördert werden. Auch hier haben wir natürlich dieses Budget zu kritisieren.

Ein Thema, dem wir im Hohen Haus fast gänzlich ausweichen, ist die Vorratswirtschaft. Ich glaube, daß die Vorratswirtschaft — wobei wir uns darüber im klaren sind, daß das keine billigen Maßnahmen sind — doch aus zweifachen Überlegungen zu vertreten ist: einmal vom Standpunkt der umfassenden Landesverteidigung — und wir sollten hier nicht weiter eine Politik des Kopf-in-den-Sand-Steckens treiben; zum anderen, weil uns eine solche Vorratswirtschaft in die Lage versetzt, der Landwirtschaft wahrscheinlich auf den für sie entscheidenden Gebieten Mindestpreise zu garantieren, zumindest aber jene für den Landwirt oft existenzbedrohenden Preisschwankungen auf manchen Produktionsgebieten in etwa abzufangen. Denn wir wissen, daß Preisverfall und Preissturz auf bestimmten Produktionsgebieten oft den Ertrag einer ganzen Jahresarbeit, die Mühe und den Fleiß eines ganzen Jahres einer bäuerlichen Familie zunichte machen. Aber natürlich würde das auch erfordern, daß zuerst die notwendigen Mittel für diese, wie ich noch einmal betone, gewiß teure Vorratswirtschaft aus anderen Titeln freigemacht werden.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, gegen eines muß man sich ganz energisch wehren, und das ist mehrfach sowohl außerhalb des Hauses wie auch hier im Hause gesagt oder angedeutet worden. Man kann, wenn man das, was man für die österreichische Landwirtschaft getan oder nicht getan hat, entweder kritisch beleuchtet oder lobend hervorhebt, keineswegs der österreichischen Landwirtschaft gewissermaßen als Subventions-

leistung das anrechnen, was reine sozialpolitische Maßnahme ist. Dagegen muß man sich namens der österreichischen Bauern ganz energisch zur Wehr setzen. Sosehr anzuerkennen ist, daß die sozialpolitischen Hilfen verstärkt wurden, müssen wir streng zwischen diesen Maßnahmen und den eigentlichen agrarpolitischen Förderungsmaßnahmen unterscheiden.

Meine Damen und Herren! Was soll sich der kleine, hart ringende Bauer denken, wenn man ihm das heute aufrechnen will, während zur gleichen Zeit selbstverständlich — und wir heißen das auch grundsätzlich gut — jeder Fremdarbeiter, kaum daß er die Schwelle der Republik überschritten hat, in vollem Umfang Anspruch auf alle sozialen Leistungen erwirbt, die diese Zweite Republik zu bieten hat. Daß hier ein echtes Nachziehen und Angleichen des Bauern und der bäuerlichen Familie aus rein sozialpolitischen Überlegungen und Gründen notwendig ist und daß das gar nichts mit der Subventions- und Förderungspolitik zu tun hat, möchte ich noch einmal ausdrücklich unterstreichen.

Hier sind eine ganze Reihe von Fragen ungelöst, sie wurden zum Teil schon angeschnitten. Ich erinnere noch einmal — es hat mein Freund Abgeordneter Meißl das schon getan — an die Notwendigkeit der Nachziehung der bäuerlichen Zuschußrente und ihrer Angleichung an die Bauernrente. Denn was hier zum Teil gegeben wird, sind wirklich nur mehr Almosen in Anbetracht dessen, was wir uns auf anderen Gebieten der Sozialpolitik leisten oder leisten zu können glauben.

Ich bedauere gerade als Arzt, daß es nach wie vor nicht möglich war, das Problem der Bauernkrankenkasse zu bereinigen. Ich betone noch einmal, daß es daran liegt, daß ein bestimmter Prestigestandpunkt seitens der bäuerlichen Verhandler bislang nicht aufgegeben wurde und daß umgekehrt die österreichische Ärzteschaft sich nunmehr an dieser Frage festgebissen hat. Ich würde hoffen, daß im Zuge der Reform, von der wir glauben, daß wir sie in diesem oder im nächsten Jahr verwirklichen werden, wenigstens in ihren Ansätzen, auch dieses leidige Problem gelöst werden kann, das zum Teil auf Kosten der kleinen Bauern, zum Teil auf Kosten der Ärzte, am allerwenigsten zu Lasten der Funktionäre dieser Bauernkrankenkasse, bislang ausgetragen wird.

Meine Damen und Herren! Jetzt komme ich auf das, was ich einleitend gesagt habe, warum ich meine, man müsse davon ausgehen, daß der österreichische Bauer wirklich eine Sonderstellung in diesem Land beanspruchen kann.

Dr. Scrinzi

Sowenig wir bisher in der Lage waren, das Problem der Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor im Rahmen einer weitgehend liberalisierten, international verflochtenen, sozialen Marktwirtschaft zu lösen, so wenig darf auf der anderen Seite übersehen werden, daß es eine ganze Reihe von anderen Aspekten gibt, aus denen heraus die Agrarpolitik zu betrachten und zu werten ist.

Der Bauer ist eben nicht nur Produzent, dem man heute gewissermaßen vorwirft, er produziere zuviel, er produziere ohne Rücksicht auf die Marktbedürfnisse, nur weil die meisten Subventionsmaßnahmen rein quantitativ an die Produktion gebunden sind. Wir Älteren in diesem Hause erinnern uns sehr gut an die Zeit der großen Weltwirtschaftskrise, wo nicht zuletzt das Ausfallen des Bauern als Konsumenten als ein echter Eskalationsfaktor die große wirtschaftliche Krise beschleunigt hat. Der Bauer ist, gemessen am Anteil seines Einkommens, ein erheblicher inländischer Konsument.

Der Bauer ist aber darüber hinaus auch Kulturträger in mehrfacher Richtung. Ich nenne nur einen Schwerpunkt: der Bauer ist ja heute der Bewahrer und Schützer unserer Landschaft. Und wenn wir heute mit Recht mit großer Sorge uns den Problemen der Umweltverschmutzung zuwenden — im weitesten Sinn des Wortes —, so ist zu sagen, daß der Bauer sich durch Jahrzehnte, ohne daß das auch nur einmal gegengerechnet wurde, große Verdienste um die Erhaltung einer gesunden und natürlichen Landschaft erworben hat. Daß es auch die Landschaft ist, die zum Beispiel der Gast heute aus ganz Europa — wie wir mit Stolz sagen dürfen — aufsucht, und nicht nur aufsucht, sondern uns dort jene Devisen zurückläßt, die es uns ermöglichen, die Handelsbilanz einigermaßen auszugleichen, soll dabei nicht übersehen werden. In eine nach den ursprünglichen Mansholtschen Vorstellungen in eine Farmerlandschaft verwandelte Gegend würden keine Gäste mehr kommen, ebenso wenig in eine Gegend, wo wir nur verrottetes Weideland und verwilderten Wald hätten. Also auch das ist eine der großen Sonderaufgaben, die der Bauer nicht seit Jahrzehnten, sondern seit Jahrhunderten meist unerkannt und unbekannt erfüllt hat.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mit einer Überlegung abschließen, die ich oft anstelle und die ich über alles Feilschen um Subventionen, über Fragen des Absatzes der Überproduktion hinaus in Erinnerung rufen möchte. Wir werden hier mit dem Problem sogenannter Überschüsse konfrontiert, die bei genauerem Zusehen eigentlich gar nicht vor-

handen sind, denn auch in diesem Budget war der jetzige Landwirtschaftsminister, um nur ein Beispiel zu nennen, nicht in der Lage, die bedrohliche Fettlücke zu schließen oder zu verringern.

Aber was ich mir dabei überlege, ist folgendes: Wie gut wäre es, wenn bei einer solchen Gelegenheit vielleicht einmal ein Vertreter jener 600 Millionen Kinder in der Welt zu Wort käme — das sind zwei Drittel der 900 Millionen Kinder, die wir zählen —, die heute noch, während wir von Überproduktionsorgen geplagt werden, unterernährt sind oder hungern! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Fachleutner das Wort.

Abgeordneter Fachleutner (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sehe mich am Ende der Debatte zum Kapitel Landwirtschaft veranlaßt, doch zu einigen Fragen Stellung zu nehmen, damit nicht eine Geschichtsfälschung eintreten kann.

Die Sozialistische Partei behauptet in ihrer Aussage zum Kapitel Landwirtschaft, es sei das beste. Die Freiheitliche Partei sagt, man kann es vertreten.

Wir sagen, es ist eine indirekte oder eine direkte Einnahmensenkung von zirka 1 Milliarde Schilling feststellbar.

Und die vierte Frage, die man nicht unbeantwortet lassen kann, ist die Aussage der SPÖ, wir hätten einige Jahrzehnte Zeit gehabt, um der Landwirtschaft bessere Einnahmen zu verschaffen.

Ich glaube, wenn wir uns gerade an die Koalitionsjahre zurückerinnern, als sehr oft dieses Kapitel Land- und Forstwirtschaft eingehend beraten wurde, so haben dabei die Sprecher der ÖVP, auch schon bei Regierungsverhandlungen zum jeweiligen Budget, versucht, Verbesserungen zugunsten der Landwirtschaft herbeizuführen. Sie sind aber oft am Widerstand des damaligen Koalitionspartners — sprich SPÖ — gescheitert.

Einige Beispiele: Erinnern Sie sich doch, als in der Vergangenheit, auch in den Koalitionsjahren, unsere Vertreter auf vielen Sparten in der Landwirtschaft in Anbetracht der Entwicklung auf dem Lohn- und Preissektor Preisverbesserungen verlangt haben. Ich denke zum Beispiel an eine Regulierung des Milchpreises. Ich glaube, 1952/53 war es, als von Ihrer Seite auch bei der damaligen Wahlentscheidung, die zu treffen war, die Aussage gemacht wurde, die Landwirtschaft möchte noch den letzten Rentnern und Pensionisten das Kaffeehäferl wegnehmen. Sie

Fachleutner

wollten zum Ausdruck bringen, daß die berechnete Forderung damals, nämlich eine Verbesserung zugunsten der Landwirtschaft, der Milchbauern, keine gerechte Forderung sei, daß die Bauern eine indirekte Ausbeutung der Ärmsten des Volkes betreiben würden.

Erinnern Sie sich weiters: Als manchmal die Märkte in Österreich überbesetzt waren und wir versucht haben, über den Innenminister, damals über einen sozialistischen Innenminister, das Verlangen zu stellen, Maßnahmen einzuleiten, um die Märkte zu entlasten und in der weiteren Folge auch — das geben wir offen zu — zugunsten der österreichischen Bauern annehmbare Preise zu erzielen, waren es Ihre Innenminister, die uns die größten Schwierigkeiten bereitet haben.

Haben Sie denn auch schon ganz vergessen, daß wir auf dem Gebiete der Kartoffelproduktion in der Vergangenheit Exporte nach Italien verlangten, diese Exporte aber nicht rechtzeitig getätigt werden konnten, weil Ihr Innenminister sein Veto eingelegt hat und somit zwangsläufig oft auch Preiszusammenbrüche eingetreten sind?

Oder einige legislative Maßnahmen: Das Verhalten der damaligen Regierungspartei SPÖ in der Regierung — wie war es denn bei Einführung der Marktordnungsgesetze? Haben Sie damals in der Einleitungsphase mit Begeisterung diesen Marktordnungsgesetzen oder einer modernen Marktordnung Ihre Zustimmung gegeben, oder haben Sie bei diesem Gesetz immer wieder ein Junktim geschaffen und es sich in schweren Auseinandersetzungen abringen lassen? Ich frage Sie weiter: War Ihr Verhalten bei der Einführung des Grünen Planes, als es darum ging, hier auch jene Strukturmaßnahmen durch Mittel des Bundes in Bewegung zu setzen, so positiv?

Ist daher Ihre Aussage in der Gegenwart richtig, wir hätten in der Vergangenheit nicht jene Initiativen ergriffen, die eine Besserstellung der österreichischen Landwirtschaft herbeigeführt hätten? Wir hatten Initiativen ergriffen, aber Sie waren dauernd in der Bremsstellung und haben uns bei diesen Maßnahmen und bei unserem Bemühen, noch Entscheidenderes zu setzen, gehindert. *(Beifall bei der ÖVP.)* Das muß doch auch festgestellt werden, damit nicht eine Geschichtsfälschung damit betrieben wird, wir hätten in der Vergangenheit auf die österreichischen Bauern vergessen.

Wie oft haben wir in diesem Hause — und meine Vorredner haben es auch in der Gegenwart getan — darauf Bezug genommen, daß die Maschinenpreise stetig steigen und ob man nicht mit einer Zollpolitik zugunsten

jener Maschinen, die die heimische Industrie nicht in der Lage ist den österreichischen Bauern zur Verfügung zu stellen, Erleichterungen für den österreichischen Bauern in Form von Zollsenkungen gewähren solle. Das wurde durch Ihre Einsprüche, durch Ihr Njet immer verhindert.

Ich darf weiters auf die Strukturpolitik Bezug nehmen. Sie müssen doch zugeben, daß in der Vergangenheit auch die Landwirtschaftsminister, die die ÖVP gestellt hat, versucht haben, das menschliche Leid, wie dies auch heute einige Kollegen bereits betont haben, durch Maßnahmen des Gesetzgebers auf ein Minimum herabzusetzen. Wir haben uns bemüht, diese Materie halbwegs über die Hürde zu bringen und Maßnahmen zu setzen, daß jene Menschen — 20.000 bis 25.000 im Jahr — in den Wirtschaftsprozess eingegliedert werden können.

Ich denke an das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Strukturfondsgesetz, Gesetze, die auch in der Alleinregierung, auch von der von Ihnen immer wieder als schlecht erklärten Bauernbündelführung in der ÖVP als selbstverständlich anerkannt wurden und auch durch Beschlußfassung in der Alleinregierung in die Tat umgesetzt werden konnten.

Ich gebe offen zu, daß wir in den Anfangsphase der Alleinregierung mit großen Schwierigkeiten — vielleicht teilweise auch gemeinsam, aber Sie wollten es ja aus politischen Gründen damals nicht zugeben — zu kämpfen hatten, und zwar mit der damaligen Rezession, die nicht nur Österreich betroffen hat, sondern die in ganz Europa feststellbar war und die natürlich auch für Österreich große Schwierigkeiten mit sich brachte.

In dieser Phase der Schwierigkeiten der Rezession war es sicherlich nicht leicht, noch mehr entscheidenden Maßnahmen, auch wenn sie berechtigt waren, im Interesse der Landwirtschaft zum Durchbruch zu verhelfen. Aber eines müssen wir zur Ehre der damaligen Regierung doch zugeben: daß sie sich redlich bemüht hatte — ich habe schon die zwei Gesetze angeführt, ich denke auch an die Wohnbauförderung —, Maßnahmen zu setzen und auch auf dem kreditpolitischen Gebiet Initiativen zu entwickeln.

Wir haben in der Alleinregierung auch versucht, der Exportpolitik erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Und das war die Zauberformel, daß es einigermaßen gelungen ist, bei vielen agrarischen Produkten durch gezielte Exportmaßnahmen eine Stabilität der Preise oder Verbesserungen zugunsten der Landwirtschaft zu erreichen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Fachleutner

Damit ist der Beweis erbracht, daß auch die Alleinregierung entscheidende Maßnahmen, wenn auch unter großen Schwierigkeiten der damaligen Situation, gesetzt hat.

Ich darf weiters auch auf die dritte Frage Bezug nehmen, warum wir sagen, dieses Budget könne die Bauern nicht befriedigen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich neige es nicht anderen Berufsgruppen, wenn der Finanzminister durch die Konjunkturentwicklung in der Lage ist, auf rund 2 Milliarden oder darüber in Form von Steuersenkungen oder Gewährung von Abschreibungsbeträgen zu verzichten. Aber wenn er gleichzeitig die Landwirtschaft direkt und indirekt mit einer Milliarde Schilling belastet, kann man von uns nicht verlangen, daß wir die Zustimmung zu diesem Budget geben können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich frage ganz ernstlich die Sozialistische Partei oder die Regierung: Wenn 150 Millionen Schilling im Getreideausgleichsfonds weniger aufscheinen, wenn 90 Millionen Schilling weniger beim Futtermittelpreisausgleich vorgesehen sind, wenn diese Regierung es als eine Heldentat betrachtet, der Landwirtschaft 83 Millionen Mehrbelastung durch Düngerpreiserhöhung zu übertragen, weiters wenn das Auslaufen der Sondersteuern nicht durchgeführt wird, sondern dies eine zusätzliche Belastung von über 300 Millionen ergibt, wenn diese Regierung beispielsweise eine Umsatzsteuerverminderung bei Margarine zugunsten der Industrie durchführt, was immerhin zirka 90 Millionen Einnahmenverluste bringt, wenn die Regierung es zustandegebracht hat, beim Krisengroschen, der ja des öfteren schon einer Kritik unterzogen wurde, den Milchbauern immerhin monatlich 21 Millionen Schilling aus der Tasche zu nehmen, wenn für Exportstützungen fast 10 Millionen Schilling weniger vorhanden sind, die wir vielleicht gerade im Frühjahr dieses Jahres dringendst benötigen würden, um angesichts der Überbeschickung, die bereits auf dem Schweinesektor eingetreten ist, marktentlastende Maßnahmen zu setzen, dann frage ich Sie: Ihrem Landwirtschaftsminister werden Sie jetzt noch den Mut haben zu sagen, es sei alles in bester Ordnung? *(Präsident Doktor M a l e t a übernimmt den Vorsitz.)*

Und wenn die Freiheitliche Partei mit gewissen Einschränkungen sagt, das kann man machen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann glaube ich, dieses Urteil werden wir der österreichischen Bauernschaft überlassen. Hoffen wir, daß dieses Urteil nicht in jene Richtungen führt, daß man dann, wenn wir trotz größter Anstrengungen bei manchen Maßnahmen, die eben notwendig sind, manch-

mal auch aufklärend wirken müssen, von uns, von der Bauernbundspitze verlangt, daß, wenn eine direkte oder indirekte Ausbeutung in der Höhe von 1 Milliarde Schilling stattfindet, wir oder vielleicht auch Sie, sehr geehrter Herr Landwirtschaftsminister, diese verteidigen sollen.

Meine sehr Verehrten! In diesem Zusammenhang war ja die Aussage des Herrn Bundeskanzlers Kreisky sehr interessant; es wurde das von mehreren Kollegen hier deponiert: Wenn man mit uns gesprochen hätte, dann hätten Sie 300 oder 400 Millionen Schilling mehr haben können!

Da ergibt sich eine Frage zu klären. Entweder, Herr Landwirtschaftsminister, haben Sie nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um diese 300 oder 400 Millionen Schilling zugunsten der Landwirtschaft zu erreichen, oder die Freiheitlichen haben bei den Budgetverhandlungen über das Kapitel Landwirtschaft dem Bundeskanzler, dem Finanzminister, dem Landwirtschaftsminister nicht jene Vorstellungen gemacht, daß man ein solches Budget auf Grund der Belastungen nicht anerkennen könne.

Wir glauben, wer den Bundeskanzler jetzt in den sieben Monaten kennengelernt hat, weiß, daß er immer wieder versucht, irgendwelche Aussagen zu machen, selbst dann, wenn er davon nicht ganz überzeugt ist oder — auch das muß ausgesprochen werden — seine Minister in die größten Schwierigkeiten bringt.

Ich darf in diesem Zusammenhang nur ein Beispiel anführen, daß der Herr Landwirtschaftsminister im Budgetausschuß bei der Beratung des Kapitels Landwirtschaft zu den beiden Initiativanträgen „Dieselölfärbung“, die beide dann von der Freiheitlichen Partei zurückgezogen wurden, erklärt hat, darüber könne man reden, man müsse versuchen, für die Landwirtschaft eine Erleichterung zu erreichen, während im gleichen Atemzug der Herr Bundeskanzler bei den Fuhrwerkern erklärt hat: Das kommt für die Landwirtschaft nicht in Frage.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist das Bild, das sich derzeit für die österreichische Landwirtschaft ergibt, und ich glaube auch sagen zu können, daß dies unter keinen Umständen durch diese Budgetzahlen untermauert hingenommen werden kann. Ich glaube, daß wir uns hier gemeinsam bemühen müssen, und ich frage Sie, Herr Landwirtschaftsminister: Sind Sie bereit, mit uns beim Herrn Finanzminister, beim Herrn Bundeskanzler initiativ zu werden, um diese gewaltigen Anschläge auf ein Minimum zu redu-

Fachleutner

zieren? Die Antwort würde die österreichische Landwirtschaft und die Bauern sehr interessieren.

Ich würde noch weitergehen und auch an den Gewerkschaftspräsidenten die Frage richten, ob er bereit wäre, mit uns berechnete Wünsche bei der jetzigen Regierung anzukündigen, so wie wir uns in den Jahren der Rezession auch mit der Gewerkschaft solidarisch erklärt haben, wo wir Belastungen übernehmen sollten und diese, nicht aus Liebe, sondern aus volkswirtschaftlichen Überlegungen und auch, um den sozialen Frieden zu erhalten, übernommen haben. Ich möchte ihn fragen, ob er auch bereit wäre, mit uns bei der derzeitigen Regierung vorstellig zu werden, daß diese getroffenen Maßnahmen reduziert werden müssen.

Meine sehr Verehrten! Ich glaube daher, daß auf Grund dieser Entwicklung, die wir heute hier feststellen müssen, es recht und billig ist, der gesamten Öffentlichkeit und auch den Konsumenten gegenüber unsere Forderungen und Wünsche in der Breitenwirkung zu vertreten, und wir sind überzeugt, daß wir bei den gutgesinnten Österreichern Anklang finden werden.

Wenn wir in den letzten Wochen draußen in den Versammlungen selbst auch mit — von uns aus gesehen — politischen Gegnern ins Gespräch gekommen sind, dann ist teilweise etwas Erfreuliches feststellbar: daß selbst Ihren Parteimitgliedern die Belastungen, die der Landwirtschaft übertragen werden, zu hoch erscheinen und daß sie selbst der Meinung Ausdruck geben, im Interesse einer kontinuierlichen Entwicklung müßte man Maßnahmen setzen, um eine entsprechende Entwicklung herbeizuführen; dies auch angesichts der Tatsache, daß Ihr Klubobmann Doktor Pittermann vor ein oder zwei Jahren, wie ich glaube, im Finanzausschuß erklärt hat, es sei richtig, daß auch die Demokratie gefährdet erscheint, wenn einer unzufriedenen Bauernschaft in der Gegenwart nur ein Vegetieren möglich ist und wenn sich für die Zukunft durch das Fehlen von Lenkungs- oder gesetzgeberischen Maßnahmen ein aussichtsloses Bild bietet.

Daher möchte ich abschließend sagen: Es wäre hoch an der Zeit, daß alle politischen Parteien in diesem Hause in Anbetracht dieser Lage und der Strukturentwicklung, die ich eingangs kurz angeführt habe, ohne politische Überlegungen nicht nur Maßnahmen setzen, sondern aus sozialen und volkswirtschaftlichen Überlegungen einem Berufsstand, in diesem Fall der Bauernschaft, entscheidend unter die Arme greifen.

Da dieses Budget keine entscheidenden Ansätze dafür bietet, lehnen wir das Kapitel Landwirtschaft ab. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Ing. Karl Hofstetter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. Karl Hofstetter (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Debatte über die Beratungsgruppe VIII: Land- und Forstwirtschaft, des Bundesfinanzgesetzes für 1971 legten sich die sozialistischen Abgeordneten recht ins Zeug, um die Agrarpolitik der jetzigen Minderheitsregierung an den Mann zu bringen. Ich muß feststellen: Was hier von den Sprechern der Sozialistischen Partei geboten wurde, war zum Teil sehr dürftig, es waren wenig sachliche Ausführungen, keine überzeugenden Argumente, und es zeigte sich sogar erschreckende Unkenntnis in manchen Dingen und, daraus folgend, förmlich eine Diffamierung des Bauernstandes. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Getreu dem Chef dieser Regierung, des „Transparenzfachmannes“ und allerhöchsten Herrn Bundeskanzlers mit seinen autoritären Anwandlungen, wird geredet und geredet, und was transparent sein sollte, wird dem Volk völlig unklar serviert und undurchsichtig gemacht. Man hat den Eindruck, daß hier ein großes Zauberkunststück der Propaganda vor sich geht. Und die Freiheitliche Partei, die ihr weltanschauliches Credo preisgegeben und den Vorteil vor ihre Grundsätze gestellt hat, spielt in dieser Arena der Verwirrung in diesem Gaukelspiel mit. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Sie, meine Herren von der Freiheitlichen Partei, sind Mitakteure bei diesem schändlichen Spiel. Die Bauern müssen dafür die Zeche bezahlen, und die Bauern werden das verspüren. *(Zwischenruf des Abg. Meibl.)*

Mit der Regierungserklärung Dr. Kreiskys wurde für die Landwirtschaft ein Wechsel ausgestellt, der nun mit dem Budget nicht eingelöst wird, weil eine Verschlechterung der Lage der Landwirtschaft eintritt. Sowohl in der Regierungserklärung als auch im sozialistischen „Programm für Österreich“ spricht die Sozialistische Partei davon, daß sie eine Politik der Verbesserung des landwirtschaftlichen Einkommens betreiben wird. Und was sehen wir nun? — Die Tatsachen beweisen das Gegenteil! Darüber wurde von meinen Freunden von der ÖVP schon im einzelnen gesprochen; mehr als Ihnen recht ist.

Was ist nun geschehen in diesem kurzen Leben der sozialistischen Minderheitsregierung und in dem noch kürzeren Leben des

Ing. Karl Hofstetter

Herrn Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft? Der Griff in die Tasche der Bauern ist vollzogen! Kosmetische Operationen können hierüber nicht hinwegtäuschen. Es ist ein wahrer Zaubertrick: Man gibt ein wenig dazu und nimmt ein Vielfaches weg. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und nun kommt das Interessante: Man versucht all das glänzend zu verkaufen. Vorerst benützt diese Regierung die Landwirtschaft förmlich als Faustpfand. Dr. Kreisky zeigt erst seine Krallen, und nun tritt dieser selbe Dr. Kreisky mit einer Unverfrorenheit vor die Öffentlichkeit, rühmt sich ob der großen Hilfeleistung für die Landwirtschaft und kommt mit seinen Samtpfötchen. Sehen Sie, das nennt man „Transparenz“ im Sinne des Urhebers: Große Versprechungen, und so werden die Wähler bedenkenlos hinters Licht geführt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Die bisherige Agrarpolitik wird als völlig verfehlt hingestellt, und selbstverständlich wird erklärt, die Bauernbundführer hätten dies verschuldet.

Dann fragt man sich aber: Warum haben 85 Prozent der Bauern — es wurde hier schon gesagt — in geheimer Wahl den Bauernbund gewählt? Weil die Politik des Bauernbundes vielleicht so schlecht war?

Natürlich, so meinte der Herr Abgeordnete Egg in seiner Agrarbudget-Verteidigungsrede, könne die gute SPÖ die gestellten Aufgaben nicht schon im ersten Budget lösen; der Beginn sei jedoch gemacht. Mein Wunsch dazu: Möge diese Fieberkurve nicht noch höher steigen!

Meine Damen und Herren! Die ihrer Meinung nach in der Gesamtheit „so hoch repräsentative“ Bundesregierung und der Herr Bundesminister Dr. Weihs, als Angehöriger des Kreisky-Teams und somit Mitschuldiger an seinen Taten, lösen die Probleme, deren es in der Landwirtschaft so viele gibt, wunderbar und einfach.

Eines der größten Probleme in Österreich ist doch das Bergbauernproblem. Eine „großzügige“ einmalige Spende von 300 S, vor den Tiroler Landtagswahlen versprochen, aufgeteilt nach dem Gießkannenprinzip, fegte dieses wirklich große Problem vom Tisch. Damit sei dieses Problem gelöst — meint die Regierung.

Über das Milchproblem wurde schon wiederholt gesprochen. Ich darf es mir nun ersparen.

Aber was mir besonders am Herzen liegt, ist die Lösung eines weiteren Problems, das gleichfalls, Herr Minister, eine Gewaltlösung darstellt, es ist die Lösung des Problems der 3. Wiener Wasserleitung. Ich wohne in diesem

Gebiet, und ich möchte darüber einige Worte verlieren. Der Herr Abgeordnete Weikhart hat voriges Jahr als Gegenredner zu meinen Ausführungen gesprochen. Ich gehe heute nicht auf die Einzelheiten ein, sondern spreche nur im Prinzip davon.

Herr Minister! Das betrifft Sie als Chef der Obersten Wasserrechtsbehörde. Es ist ein regionales Problem. In der Sache der 3. Wiener Wasserleitung haben Sie, Herr Minister, kraft Ihrer momentanen Macht mit einem Federstrich wieder ein Problem „gelöst“, ohne Rücksicht auf die Existenz von vielen Menschen. Ich sage mit Nachdruck: nur vorläufig gelöst. Sie haben das Vorhaben der Gemeinde Wien, aus der Mitterndorfer Senke Wasser zu entnehmen, also eine Wasserleitung zu bauen, mit Bescheid vom 30. Oktober dieses Jahres zum bevorzugten Wasserbau erklärt. Durch diese Bevorzugungserklärung würden sämtliche Einwendungen der Beteiligten verhindert und deren rechtliche Nachteile endgültig verfügt.

Voriges Jahr wurde, wie schon gesagt worden ist, von mir im Hause die Problematik dieses Vorhabens genau und gründlich aufgezeigt. Ich habe also heute nicht die Absicht, nochmals im einzelnen auf die weitreichenden Auswirkungen der Wasserentnahme aus dieser ausgesprochenen Trockengegend Österreichs einzugehen. Die Gemeinde Wien plant eine tägliche Wasserentnahme von 70 Millionen Liter. Welche Auswirkungen das haben wird, kann man sich vorstellen.

Ich frage Sie nun, Herr Minister: Wie kann man eine Entscheidung treffen, wenn ein Projekt noch völlig „unreif“ und im allgemeinen „unvollständig“ ist? Sie ignorieren einfach echte Tatsachen und treffen eine Entscheidung, wodurch viele Existenzen vernichtet werden. Ist das nach Ihrer Auffassung eine demokratische Vorgangsweise? Es fehlen hiezu sachliche, aber auch fachliche Argumente, die gegen die Bewilligung sprechen. Sie mißachten alles, und daher wäre praktisch das ganze Verfahren überflüssig gemacht.

Zwischen den sozialistischen Politikern im Bund und der Gemeinde Wien scheint das wohl eine beschlossene Sache gewesen zu sein, zu schließen aus der Fernsehdiskussion vom 27. September 1970, in der die Frau Bundesminister Dr. Firnberg erklärte — sie gibt ja öfters sonderbare Erklärungen ab —: „Über die 3. Wiener Wasserleitung bestehen bindende Absprachen zwischen den maßgeblichen Stellen.“ — Herr Minister! Das war eine Provokation der gesamten Bevölkerung dieses Gebietes; es erfolgte daraufhin auch die große Protestaktion. (*Abg. Ströer: Organisiert!*)

Ing. Karl Hofstetter

Eine spontane Aktion. (*Abg. Weikhart: Spontan organisiert!!*)

Ich darf nun die Frage stellen, Herr Minister: Bestimmen einzig und allein sozialistische Mandatare über das Wohl und Wehe eines gesamten Gebietes in Niederösterreich?

Die „Arbeiter-Zeitung“, die sich ja bekanntlich „etwas traut“, nimmt hiezu in ihrer Ausgabe vom 19. November 1970 in einem Artikel Stellung: „Wieder Wasserkrieg NÖ—Wien“, „Der Wasserkrieg geht weiter“. Sie triumphiert, „daß nun der Weg zum Bau der 3. Wiener Wasserleitung freigemacht sei“, entrüstet sich aber gleichzeitig, daß das Land Niederösterreich gegen die Entscheidung des Ministers beim Verfassungsgerichtshof Beschwerde einlegen wolle.

Herr Minister! In der Zwischenzeit hat auch die Niederösterreichische Landesregierung am 24. November 1970 beschlossen, beim Verfassungsgerichtshof den Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit zu stellen.

Daß in dem genannten Artikel der „Arbeiter-Zeitung“ unser Herr Landeshauptmann Maurer und Herr Landwirtschaftskammerpräsident Bierbaum sowie die gesamte niederösterreichische ÖVP und, wie nicht anders zu erwarten, der Niederösterreichische Bauernbund nicht gut wegkommen, ist klar, weil sie wieder, wie die „AZ“ polemisch meint, „Hindernisse“ auftürmen, „Querschüsse“ gegen das Projekt abgeben und so versuchen, „aus allen Kräften das Projekt zu Fall zu bringen“. Soviel über die 3. Wiener Wasserleitung. (*Abg. Weikhart: Herr Kollege! Sieben Jahre ist verhandelt worden!*) Zwölf Jahre, wenn Sie es genau wissen wollen, seit dem Jahre 1958! (*Abg. Weikhart: Da meinen Sie, es ist so mir nichts dir nichts erledigt worden!*)

Es wurden aber bis heute die fünf Punkte, die das Ministerium in dem Bescheid aufgelegt hat, noch nicht erfüllt, Herr Minister. Um das geht es. Sogar der sozialistische Bürgermeister von Mitterndorf ist gegen die Errichtung dieses Projekts.

Nun allgemein zur Agrarbudget-Debatte. Wie ist die allgemeine Einstellung der Sozialistischen Partei und dieser Regierung überhaupt zur Bauernschaft? Die materielle als auch die ideelle Hilfe der Sozialistischen Partei gegenüber der Bauernschaft zeugt nicht von einer übertriebenen Bauernfreundlichkeit. Der Herr Bundeskanzler hat zu wiederholten Malen bewiesen, daß er es mit den Bauern nicht so gut meint, wie er es oft sagt. Ich erinnere nur an den Parteitag in Eisenstadt und an den Parteitag in Wr. Neustadt. Arg wird es — das wurde heute hier schon wieder-

holt betont —, wenn von Subventionen gesprochen wird. Subvention ist ein abstrakter Begriff.

Die geschätzte Frau Abgeordnete Metzker hat hier, oder in einem Ausschuß, auf die „gigantische Höhe“ dieser Subventionen für die Landwirtschaft hingewiesen.

Frau Abgeordnete Metzker! Darf ich Ihnen folgendes sagen: Aus dem Steuersack des Bundes und der Gemeinden werden Subventionen in den mannigfaltigsten Formen in alle Sektoren unserer Gemeinwirtschaft gelenkt: vom Wohnbau über die verstaatlichte Industrie, die Verkehrswirtschaft, die Exportförderung, die Kapitalverbilligung bis zu den Lebensmitteln und den Theatern. Jeder Österreicher, der einmal monatlich ein Bundestheater besucht, erhält dabei mehr an staatlichen Subventionen, als die Milchpreisstützung für die durchschnittliche Jahresleistung eines landwirtschaftlichen Betriebes an Milch beträgt. Daher soll man nicht immer von Subventionen für die Landwirtschaft sprechen. (*Abg. Libal: Die Arbeiter zahlen 12 Milliarden Schilling Steuer! — Abg. Ströer: Allein Lohnsteuer!*)

Frau Abgeordnete Metzker! Sie waren früher nicht hier im Hause, Sie sind erstmalig hier. Darf ich Ihnen einmal die Entstehungsgeschichte dieses Märchens kurz erzählen, jenes Märchens, das da heißt: „Der Staat schenkt den Bauern Milliarden jährlich“. Man muß das im Hohen Haus immer wieder sagen. Es lastet eine politische Hypothek auf den Bauern. Der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi hat auch darauf hingewiesen.

Wann sind diese Subventionen entstanden? Das war damals beim 5. Lohn- und Preisabkommen. Man suchte damals einen Ausweg. Man konnte einerseits den Bauern die gerechten Preise nicht versagen, andererseits wollte man nicht die Verbraucher und die Wirtschaft belasten. Man hat damals die berechnete Nachziehung des Produzentenpreises nicht auf den Konsumentenpreis umgelegt, sondern im Wege der Stützungen abgefangen. Damals, es war Ende 1952, wurde von den beiden Koalitionsparteien ein gordischer Knoten geknüpft, der bis heute noch nicht gelöst werden konnte. Niemand sprach damals von einer Subvention der Landwirtschaft. Erst im Laufe der Zeit entstand das Märchen von der Produzentenstützung. Die Frage ist daher: Ist es eine Produzentenstützung oder eine Konsumentenstützung?

Um von der Höhe der Stützungen überhaupt zu sprechen: Die Stützungen kosten den Staat nicht mehr als Lohnforderungen.

Ing. Karl Hofstetter

Wir sind der Meinung, das sind Konsumentenstützungen, denn die verwendeten Stützungsgelder kommen jedem Ausländer, der in Österreich etwas konsumiert, durch niedrigere Lebensmittelpreise zugute. Denken Sie an die vielen Millionen Ausländerübernachtungen in Österreich. Rechnen Sie den täglichen Verbrauch an Brot, Milch und Molkeerzeugnissen. Das sind viele Millionen Schilling jährlich. Frau Abgeordnete Metzker, Sie sehen das sicherlich ein, und ich bin Ihnen für Ihr Verständnis dankbar.

Frau Abgeordnete Metzker! Ich nehme Ihnen das nicht übel, denn Sie kommen nicht vom Bauernstand. Anders wird allerdings die Sache, wenn man die Äußerungen eines sozialistischen Bauern hört, die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Pfeifer, des einzigen Bauern aus Ihren Reihen, der letzthin hier am Rednerpult sagte: „Die Bauern werden zu einem fordernden Berufsstand abgewertet.“ — Wörtlich sagten Sie: „In der Öffentlichkeit wird die Bauernschaft durch diese Vertreter“ (gemeint waren die Vertreter des Bauernbundes) „zu einem fordernden Berufsstand abgewertet, der nicht bereit ist, wirtschaftliche Gesetzmäßigkeiten für sich gelten zu lassen, der unentwegt nach Sonderbehandlung ruft und den Steuerzahlern den Wechsel dafür zu präsentieren trachtet.“

Herr Abgeordneter Pfeifer! Man findet fast keine Worte dazu. In allen Industriestaaten gibt es Staatsmittel für die Lebensmittelversorgung. Was doch der Landwirtschaft alles präsentiert wird — sogar von einem Bauern, allerdings von einem sozialistischen Bauern! (Abg. Pfeifer: Andere Stellen meiner Rede haben Sie nicht gelesen! Oder dürfen Sie die nicht wiedergeben?)

Ihr Debattenbeitrag zur Beratungsgruppe VIII — Herr Abgeordneter Pfeifer, das muß ich hier sagen — war von Vorwürfen gegen die Bauernschaft durchdrungen, von einem förmlichen Haß gegen den eigenen Berufsstand. (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Wodica: Sie sagen die Unrichtigkeit!) Das Konzept Ihrer Rede, Herr Abgeordneter, kann doch unmöglich von Ihnen als Bauer stammen. (Abg. Libal: Er hat ja nichts gegen die Bauern gesagt, sondern gegen den Bauernbund!)

Ich komme nun nochmals zu den Ausführungen des sozialistischen Hauptsprechers Herrn Abgeordneten Pfeifer zurück. Er leistete sich etwas, was nicht unerwähnt und unwidersprochen bleiben soll. Der Herr Abgeordnete Pfeifer sagte unter anderem in seiner Attacke zur bisherigen Agrarpolitik des Bauernbundes wörtlich, es wäre das eine „antiquierte Blut-

und Bodenpolitik“ gewesen. (Zwischenruf des Abg. Pfeifer.)

Herr Abgeordneter Pfeifer! Ich möchte Sie schon fragen: Was meinten Sie damit? Meinten Sie damit den Mythos aus dem Tausendjährigen Reich oder etwas anderes? (Zwischenruf des Abg. Pfeifer.) Die Sache ist viel zu ernst. Wenn Sie von Blut und Boden reden, möchte ich Ihnen eines ins Gedächtnis rufen: Blut spielt in der Geschichte des Bauernstandes wahrlich eine große Rolle.

Die Geschichte des Bauernstandes ist mit Blut geschrieben. Bei allen Kriegen der vergangenen Zeiten haben die Bauern stets den höchsten Blutzoll für ihre Heimat geleistet. Man sollte darüber im Parlament keinen Spott machen! (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Ströer: Kollege Hofstetter! So hat er das doch nicht gemeint! — Abg. Weikhart: Völlig verdreht!) Das wurde aber restlos so verstanden.

Der Herr Abgeordnete Pfeifer meinte dann weiter, die Landwirtschaft solle nur so viel produzieren, was der Markt aufnehmen könne. (Anhaltende Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Aber, meine Damen und Herren, vielleicht tritt wieder eine leichte Beruhigung ein!

Abgeordneter Ing. Karl Hofstetter (fortsetzend): Und meinte eine marktkonforme Produktion.

Meine Damen und Herren! Nun zur Frage der Mehrproduktion und der marktkonformen Produktion.

Herr Abgeordneter Pfeifer und meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Ist in den letzten Jahren unter der Ministerschaft von Dr. Schleinzer nicht eine Marktkonformität angestrebt und erreicht worden? (Abg. Pfeifer: Bei den Überschüssen, die Sie gehabt haben?) Ist nicht eine erfolgreiche Umlenkung der Produktion von Brotgetreide auf Futtergetreide durch eine Verengung der Preisrelation geschehen? Durch eine Senkung des Weizenpreises und durch eine Anhebung des Futtermittelpreises ist doch eine Umlenkung erfolgt. Negieren Sie nicht Tatsachen!

Wenn man von der Überproduktion spricht — der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi hat auch gesprochen —: Wie fangen denn die Bauern die Einkommensdisparität auf? Wie lenken Sie Erträge? Hat der Bauer die Wachstumsfaktoren stets in der Hand? Ist ein Weizenüberschuß, Herr Minister, eine Tragödie in einem Lande? Ist das so katastrophal? Wir haben es heuer gesehen: Wir hatten Weizenüberschüsse aus dem Jahre 1967. Nun ist die

1744

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 9. Dezember 1970

Ing. Karl Hofstetter

Lage durch die mißliche Ernte so, daß wir froh sind, den Anschluß an die neue Ernte zu finden. Es ist interessant: In Österreich wird eine Überschußproduktion von einigen Prozenten als katastrophal hingestellt! Wollen wir uns denn, wenn es einmal zu einer Mißernte kommt, auf das Ausland verlassen, das höhere Preise hat als wir?

Eine weitere Aussage des Herrn Abgeordneten Pfeifer: „Wir müssen mit unseren Produkten näher an den Konsumenten herantreten.“

Ich darf Sie, Herr Abgeordneter Pfeifer fragen: Machen das nicht in so segensreicher Weise unsere landwirtschaftlichen Genossenschaften, an denen Sie ständig herumrörgeln? Die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind die Brücke zum Markt und besitzen auf diesem Sektor eine überragende Bedeutung.

Mit den landwirtschaftlichen Produkten näher an den Konsumenten herankommen kann der einzelne Bauer gar nicht beziehungsweise nur in einem sehr, sehr bescheidenen Maße. Der einzelne Bauer ist gar nicht in der Lage, in das Marktgeschehen entscheidend einzugreifen. Allein ist er gar nicht in der Lage, sich auf dem Markt eine entsprechende Geltung zu verschaffen, denn die Stellung des einzelnen Landwirtes auf dem Markt ist zu schwach. Der einzelne kann die Vermarktungschancen gar nicht nützen. Das kann nur die Gemeinschaft, die Genossenschaft, vollbringen, um damit den wirtschaftlichen Kreislauf von der Produktion bis zur Vermarktung zu schließen.

Die Genossenschaften sind daher, stellvertretend für uns Produzenten, der ideale Partner zu der sich immer mehr konzentrierenden Abnehmerseite. Der Bauer von heute — das wissen wir — und besonders unsere bäuerliche Jugend beherrscht die Produktionstechnik, er ist dank der Aufgeschlossenheit und der wirtschaftlichen Kenntnisse in der Lage, dem Boden die größtmöglichen Erträge abzurufen. Aber er allein ist nicht in der Lage, im gleichen Maße eine Vermarktung seiner Produkte durchzuführen. Die Erkenntnis, daß der Zusammenschluß wirtschaftlich schwacher zu einer Gemeinschaft ungleiche Markt- und Machtverhältnisse ausgleichen kann, war ja die Geburtsstunde der Genossenschaften: das Zusammenstehen zu einer gemeinsamen Kraft.

Herr Abgeordneter Pfeifer! Sie kennen sicherlich den Wert der Genossenschaften, aber dennoch greifen Sie diese stets an. (*Abg. Pfeifer: Wo habe ich sie angegriffen?*) Jahr für Jahr! Erinnern wir uns zurück.

Vor zwei Jahren hatten wir hier gleichfalls eine Debatte. Die Ursache war damals der Angriff in der „Arbeiter-Zeitung“, wobei gleichzeitig auch unsere Kammerinstitution einbezogen wurde. Voriges Jahr war wiederum eine Genossenschaftsdebatte. Heuer ziehen Sie gegen die Dachorganisation der Genossenschaften, gegen die WÖV, los. Ihr Pauschalurteil lautete: „Es muß bezweifelt werden, daß die Genossenschaften heute diesen ihren eigentlichen Hauptzweck überhaupt noch erfüllen“. — Gemeint war die billige Bereitstellung von Betriebsmitteln für die Bauern.

Weiter sagten Sie in bezug auf die Düngemittelpreise: „Österreich hat den höchsten Düngemittelpreis Europas“. Das haben Sie wörtlich gesagt. Hiezu nun eine Feststellung:

Herr Abgeordneter Pfeifer! Die Vorwürfe, die landwirtschaftlichen Genossenschaften erfüllten ihren Hauptzweck, den Mitgliedern preiswerte Betriebserfordernisse zur Verfügung zu stellen, nicht mehr und die Genossenschaften seien nicht billiger als die Händler sowie Österreich habe den höchsten Düngemittelpreis, stimmen nicht. (*Abg. Pfeifer: Preisunterschiede!*) — Hiezu darf ich Ihnen folgendes sagen:

Die Handelsdüngerpreise sind einschließlich der Spannen preisgeregelt und seit 20 Jahren gleichgeblieben. Seit 20 Jahren gleichgeblieben! — Die Spanne deckt kaum die Personalkosten, geschweige die mit der Lagerung im Zusammenhang stehenden Kosten. Die Genossenschaften haben in Österreich einen über 70prozentigen Marktanteil und haben daher die ganze Last der Einlagerung zu tragen. Bekanntlich kommen die Phosphorsäure — ich komme noch darauf zurück — und das Kalisalz aus dem Ausland. Kurzfristig kann in der Bedarfszeit die Ware weder transportiert werden, noch kann zu diesem Zeitpunkt das Erzeugerland liefern. Die Lasten dieser Einlagerung werden praktisch umsonst geleistet.

Die Behauptung, daß Österreich die höchsten Düngemittelpreise hätte, stimmt nicht. Das kann einer Studie der FAO aus dem Jahre 1969 jederzeit entnommen werden. Ich glaube kaum, daß Sie an diesen Zahlen zweifeln werden. Von den europäischen Ländern — das können Sie jetzt überprüfen — zeigen nur Großbritannien, Dänemark, Italien und Griechenland niedrigere Preise. Alle übrigen Länder haben ein höheres Preisniveau als Österreich. — Das haben Sie allgemein gesagt.

Dann haben Sie Ziffern betreffend Thomas-mehl angeführt. Woher Sie die Ziffern haben, weiß ich nicht. Thomasmehl wird bei uns

Ing. Karl Hofstetter

hauptsächlich eingeführt — ich erwähne das nur für Sie; andere Damen und Herren wird das weniger interessieren —, und zwar aus Frankreich zu rund 50 Prozent, zu etwa 30 Prozent aus Luxemburg und ungefähr zu je 10 Prozent aus Belgien und der deutschen Bundesrepublik. Die österreichischen Importe erfolgen zum größten Teil aus frachtgünstigen Gründen aus Frankreich, und zwar über Buchs. Die Inlandsfracht ist in diesem Fall natürlich billiger. Andererseits ist die Inlandsfracht bei Einfuhren aus Belgien und Luxemburg über Passau geringer. Das gleicht sich aber immer wieder aus, und zwar auch durch die verschiedenen Stützungen des Bundesministeriums, sodaß wir in Österreich einen einheitlichen Großhandelsabgabepreis haben. Auf Grund der gleichen Voraussetzungen für Genossenschaften und Landhandel sind also grundsätzlich keine Preisdifferenzen gegeben. Das möchte ich Ihnen heute dazu sagen.

Nun komme ich zum Schluß, meine Damen und Herren: Für die Landwirtschaft ergibt sich für die Zukunft ein großes Fragezeichen. Die Frage lautet: Wo wird der Platz des Bauern in der Zukunft sein, sein Platz in der Wirtschaft und sein Platz in der Gesellschaft? Man kann auf die Dauer nicht einem Berufsstand etwas nehmen und immer dem anderen geben.

Herr Bundesminister! Treten Sie für die Belange der Bauernschaft ein! Lassen Sie sich nicht von einem Dr. Kreisky, der seine derzeitige Macht rücksichtslos ausnützt, leiten! Folgen Sie nicht seinem Sirenenengesang! Haben Sie Rückgrat und etwas Zivilcourage! Die landwirtschaftlichen Gebiete dürfen nicht zu „Armenvierteln“ unseres Landes werden! (*Beifall der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Pansi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Pansi** (SPO): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn man den zahlreichen Rednern des Bauernbundes am vergangenen Donnerstag und heute zugehört hat, so mußte man zwangsläufig den Eindruck gewinnen (*Abg. Fachleitner: Tritt man von der SPO aus und in die ÖVP ein! — Abg. Weikhart: So närrisch ist keiner!*), daß unsere Landwirtschaft das Stiefkind unserer Gesellschaft sei und nur sie allein dauernd erhebliche Belastung hinnehmen müßte. (*Abg. Steiner: Stimmt es vielleicht nicht, Herr Pansi?*)

Die Verhältnisse wurden so dargestellt, als sei die Landwirtschaft schlechthin der Prügelknabe der österreichischen Bevölkerung und

natürlich insbesondere der Prügelknabe der Sozialistischen Partei.

Ist das nun wirklich so? (*Abg. Steiner: Jawohl!*) Ich glaube, daß eher das Gegenteil zutrifft.

Es erscheint mir daher angebracht, daß die Verhältnisse einigermaßen ins rechte Licht gerückt werden. Um eventuellen Unterstellungen vorzubeugen, möchte ich ausdrücklich feststellen, daß ich die von unserer Landwirtschaft erbrachten Leistungen anerkenne und alle Maßnahmen auf sozialpolitischem Gebiet, die in der Vergangenheit getroffen worden sind, voll und ganz gutheiße. Das heißt aber nicht, daß die Agrarpolitik in der Vergangenheit ebenfalls richtig gewesen wäre. (*Abg. Steiner: Was Sie im Landwirtschaftsausschuß gesagt haben, daß die Bauern zuwenig arbeiten, das trauen Sie sich heute nicht mehr zu sagen!*)

Es wurde von einer Reihe von Rednern auf das niedrige Einkommen der Landwirtschaft hingewiesen. Es ist richtig, daß das Einkommen unserer Bauern teilweise unbefriedigend ist. Aber das trifft keineswegs allgemein zu. Die Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft sind äußerst unterschiedlich. Sie sind aber in der Landwirtschaft selber viel unterschiedlicher als zu anderen Berufsgruppen.

Dabei ist noch hinzuzufügen, daß die Darstellung der Einkommensverhältnisse problematisch ist. Wir stützen uns ja ausschließlich auf die Untersuchungen, die im Grünen Bericht wiedergegeben sind. Warum sind sie problematisch?

Die Einkommensverhältnisse werden in 1896 Testbetrieben, das sind 0,5 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Betriebe, festgestellt und dann auf die gesamte Landwirtschaft umgerechnet. Bei der Berechnung des Einkommens der Landwirtschaft wird zum Beispiel der Wohnungswert überhaupt nicht berücksichtigt. Ich möchte feststellen, daß die übrigen Bevölkerungsschichten sehr erhebliche Beträge für die Wohnung aufwenden müssen: 10, 15, 20 und mehr Prozent des Einkommens. Also dieser Wohnungswert müßte selbstverständlich auch dem errechneten Einkommen der in der Landwirtschaft Tätigen zugeschlagen werden.

Es werden die im Betrieb erzeugten und verbrauchten Lebensmittel nur zum Erzeugerpreis bewertet. Natürlich bekommt kein anderer Staatsbürger seine Lebensmittel zum Erzeugerpreis, sondern grundsätzlich nur zum Kleinhandelspreis. Darüber hinaus wird — und ich möchte von Haus aus, damit mir nicht wieder etwas unterschoben wird, feststellen,

1746

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 9. Dezember 1970

Pansi

daß ich die Arbeitsleistung der Bäuerin voll und ganz anerkenne (*Abg. Steiner: Aber die der Bauern nicht, haben Sie im Landwirtschaftsausschuß gesagt!*) — die Arbeitsleistung der Frau bei der Berechnung des Einkommens verhältnismäßig hoch angesetzt. Ich glaube, daß doch vielfach die Arbeitsleistung im Betrieb dann, wenn eine größere Familie vorhanden ist, nicht so groß ist, wie sie im Grünen Bericht angenommen wird, weil die Frau doch zu einem großen Teil ihre Arbeitskraft der Familie zur Verfügung stellen muß, wie das in anderen Familien auch der Fall ist und deswegen die Frauen nicht ein besonderes Einkommen erhalten. (*Abg. Steiner: Sie haben überhaupt keine Ahnung von der Arbeitsweise einer Bäuerin!*)

Wie sehen nun die Einkommensverhältnisse laut dem Grünen Bericht in den einzelnen Betriebskategorien aus? Hier sehen wir nun, wie unterschiedlich die Verhältnisse sind. (*Zwischenruf des Abg. Steiner.*) Der Kollege Steiner kann mir nicht zuhören, er kann nur schreien und demagogische Äußerungen von sich geben.

Im südöstlichen Flach- und Hügelland — ich habe zwei Produktionsgebiete herausgenommen — beträgt das Betriebseinkommen je Arbeitskraft und Jahr in Betrieben von 5 bis 10 ha 27.965 S, in Betrieben mit einer Größe von 10 bis 20 ha 30.017 S, in Betrieben mit 20 bis 50 ha 55.076 S, also genau das Doppelte von dem in den Betrieben von 5 bis 10 ha.

Im nordöstlichen Flach- und Hügelland gibt es verhältnismäßig wenig Betriebe von 5 bis 10 ha. Sie sind daher nicht erfaßt. In Betrieben von 10 bis 20 ha wird pro Arbeitskraft ein Einkommen von 31.661 S, von 20 bis 50 ha von 57.138 S und 50 bis 100 ha ein solches von 86.729 S erreicht. Ich darf ohne Übertreibung feststellen, daß die Einkommen in diesen größeren Betrieben weit über dem Durchschnittseinkommen der Masse der Arbeiter und Angestellten in Österreich liegen. (*Abg. Kern: Wieviel haben die investiert? Welches Kapital ist da investiert?*) Ähnliche Unterschiede bestehen auch in den übrigen Produktionsgebieten, wie sie hier aufscheinen.

Aber, meine Damen und Herren! Was sind nun die Gründe für diese gewaltigen Einkommensunterschiede? Das ist das entscheidende.

In kleinen Betrieben kann die Kapazität der Maschinen viel zuwenig ausgenützt werden, daher gibt es eine gewaltige Belastung der Betriebe durch das Maschinenkapital.

In kleinen Betrieben können wir einen ungleich höheren Arbeitskräftebesatz feststellen als in größeren Betrieben, weil anschei-

nend — ich habe keine andere Erklärung — unrationeller gearbeitet wird. (*Abg. Steiner: Von Veredelungsproduktion hat der Herr Pansi nie etwas gehört!*)

Ich darf wieder den Arbeitskräftebesatz in diesen beiden Produktionsgebieten nennen. Er beträgt per 10 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche: im südöstlichen Flach- und Hügelland bei Betrieben von 5 bis 10 ha 3,4, bei 10 bis 20 ha 2,3 und bei 20 bis 50 ha 1,45; im nordöstlichen Flach- und Hügelland bei Betrieben von 10 bis 20 ha 1,74, bei solchen von 20 bis 50 ha 0,94 und bei Betrieben von 50 bis 100 ha 0,48. (*Abg. Steiner: Das sind Getreidebaubetriebe! Nicht alles durcheinanderwerfen!*)

Sie müssen den Grünen Bericht kritisieren, wenn Ihnen die Zahlen nicht passen. Das ist nicht meine Erfindung. Ich stütze mich grundsätzlich auf authentische Zahlen und nicht auf Behauptungen, wie das von Ihnen immer wieder geschieht.

Außerdem spielt natürlich beim Einkommen auch noch die Fähigkeit des Betriebsführers eine entscheidende Rolle.

Aus diesen Beispielen, meine sehr geehrten Damen und Herren, können wir ersehen, welch großen Einfluß die Betriebsgröße auf das Einkommen der Bauern hat.

Mit dieser entscheidenden Frage beschäftigt sich ebenfalls wieder der Grüne Bericht. Ich möchte das ausdrücklich feststellen. Der Grüne Bericht sagt, daß nur Betriebe mit einer Fläche von 10 bis 20 ha, eher aber solche mit einer Fläche von 20 bis 50 ha ein angemessenes Einkommen erzielen können.

Wie schaut es nun mit unseren Betrieben aus? Über 80 Prozent unserer landwirtschaftlichen Betriebe haben eine Nutzfläche von weniger als 20 ha.

Zu berücksichtigen ist darüber hinaus noch, daß sich die Größe des Betriebes, der ein angemessenes Einkommen abwirft, ständig nach oben verschiebt, weil sich die Verhältnisse dauernd ändern.

Bei den Milchwirtschaftsbetrieben wird laut Grünem Bericht eine Kuhzahl von 25 bis 30 Milchkühen für die Erzielung eines angemessenen Einkommens für notwendig erachtet. (*Abg. Steiner: Ja, bei diesem Milchpreis!*) Meine Damen und Herren! Von den 253.000 Kuhhaltern haben nur 754 oder 0,3 Prozent eine Stückzahl von mehr als 20 Kühen.

Ich bin mir dessen bewußt, daß natürlich auch andere Produktionszweige, die daneben noch im Betrieb vorhanden sind, eine be-

Pansi

stimmte Rolle spielen. Aber wir kommen nun einfach nicht darum herum, daß die Betriebsstruktur eben unbefriedigend ist und so, wie sie ist, einem Großteil unserer Bauern einfach kein angemessenes Einkommen sichern kann.

Nun zur Frage: Wie kann die Situation verbessert werden? Ich hätte erwartet, daß von den 14 Rednern des Bauernbundes wenigstens einer sagt, wie man es in Zukunft besser machen kann. (*Abg. Kern: Das erwarten wir von euch, Herr Präsident!*) Aber das haben sie alle unterlassen. Das interessiert sie nicht. Sie haben nur geschimpft, geschimpft und noch einmal geschimpft, daß zuwenig getan wird, aber sie haben niemals aufgezeigt, welcher Weg in Zukunft gegangen werden soll.

Ich darf Ihnen sagen: Es wäre etwas mehr Ehrlichkeit Ihrer Landwirtschaft gegenüber notwendig, als sie von Ihnen immer wieder an den Tag gelegt wird. Auf Grund dieser Strukturverhältnisse müssen wir uns doch im klaren sein, daß nur mit der Preispolitik eine entscheidende Verbesserung des Einkommens in diesen kleinen Betrieben nicht erzielt werden kann. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: 50 Prozent sind doch Defizitbetriebe!*) Daher ist es unbedingt notwendig, daß in Zukunft der Verbesserung der Betriebsstruktur ein größeres Augenmerk gewidmet wird. (*Abg. Steiner: Ein billiges Rezept!*)

Ich bin mir völlig im klaren darüber, daß das nur zu einem bescheidenen Teil möglich ist, weil die Bodenmobilität bei uns viel zu gering ist. Selbstverständlich darf an den bestehenden Besitzverhältnissen beziehungsweise am Grundeigentum nicht gerüttelt werden. Es kann nur aufgestockt werden, wenn jemand freiwillig bereit ist, einen Grund abzugeben. Aber gerade auf diesem Gebiet ist meiner Meinung nach in der Vergangenheit manches versäumt worden.

Ich darf eine Äußerung wiedergeben, die vor kurzem in einem Gespräch ein niederösterreichischer Agrarier mir gegenüber gemacht hat. Er hat erklärt: In der Vergangenheit ist auf dem Gebiet der Strukturpolitik ungeheuer viel Unheil angerichtet worden; hoffentlich wird es in Zukunft besser! — Nämlich in der Form, ist damit gemeint, daß günstige Betriebseinheiten zerschlagen worden sind, statt das Gegenteil zu machen, nämlich günstige Betriebseinheiten zu schaffen.

Es wird in Zukunft des weiteren notwendig sein, vor allem der überbetrieblichen Maschinenverwendung wesentlich mehr Augenmerk zu schenken, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Vor allem aber glaube ich, daß langfristig die Einkommensverhältnisse unserer kleinen Bauern nur dann ent-

scheidend verbessert werden können, wenn mehr Zuerwerbsmöglichkeiten geschaffen und die vorhandenen Zuerwerbsmöglichkeiten auch heute schon entsprechend genützt werden. Es erscheint mir aber auch notwendig, daß jene Leute, die einen Zuerwerb aufnehmen, dazu angehalten werden, daß sie extensiv wirtschaften, und das aus zwei Gründen:

Erstens einmal, um dem Überschuß entgegenzuwirken, und der ist viel größer als 1 Prozent. Herr Abgeordneter Hofstetter! Hier haben Sie eine völlige Unwahrheit gesagt. Ich werde später noch auf die Zahlen zu sprechen kommen. Sie stehen im krassen Widerspruch zu Ihrem Bauernbundpräsidenten. Der hat uns mitgeteilt, daß die Ausfuhr mehr als 3 Milliarden Schilling beträgt. Der gesamte Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttonationalprodukt liegt, glaube ich, bei 21 Milliarden Schilling. Also das ist ein Siebentel, und ein Siebentel von 100 ist etwas mehr als 1 Prozent. (*Abg. Minkowitsch: Keine falschen Zahlen unterstellen! Ich habe gesagt: 7,2 Milliarden Schilling land- und forstwirtschaftlicher Export pro Jahr! Nichts von 3 Milliarden!*) Nein, ich nenne keine falschen Zahlen. Aber jedenfalls ist es — das werden Sie zugeben — weit mehr als 1 Prozent. Das ist wohl keine Frage.

Also erstens soll in Zuerwerbsbetrieben durch die extensive Wirtschaft der Überproduktion entgegengewirkt werden, und zweitens, meine Damen und Herren, soll dafür gesorgt werden, daß die Arbeitsbelastung dieser Betriebe geringer wird; denn die Arbeitsbelastung gerade in diesen Nebenerwerbsbetrieben ist in der Regel die größte, weil der Betreffende neben seinem Beruf auch noch die Arbeiten im landwirtschaftlichen Betrieb verrichten muß. Man soll dem Menschen doch nicht anraten oder eventuell ihn durch Förderungen sogar noch dazu anreizen, noch mehr im landwirtschaftlichen Betrieb zu arbeiten, sodaß er vom Leben überhaupt nichts hat. — Wenn man solche Ansichten vertritt, dann wird man leider Gottes von Ihnen immer wieder in der unanständigsten Art und Weise angegriffen.

Ich komme nun zu den Überschüssen selbst. Unsere Landwirtschaft — diesen Vorwurf kann man Ihnen nicht ersparen — steht leider auf dem Standpunkt, daß es ihr gutes Recht sei, so viel zu erzeugen, wie sie will, und es sei Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, wie dann die Überschüsse verwertet werden. Diese Überschüsse kosten doch verhältnismäßig viel Geld. Wir müssen ja auch die Überschüsse stützen und nicht nur die Produktion, die im Inland abgesetzt wird. (*Ruf bei der ÖVP: Und von uns selbst auch!*)

Pansi

Ich darf nun Sie, Herr Abgeordneter Präsident Minkowitsch, fragen, ob denn die Stützungen, die wir leisten müssen, damit wir unsere Produkte dann billig ins Ausland verkaufen können, nicht eventuell auch eine Schmutzkonkurrenz bedeuten; denn diese Überschüsse gehen durchaus nicht in jene Länder, die einen niedrigen Lebensstandard haben, sondern durchwegs in solche Länder, die einen verhältnismäßig hohen und meistens einen höheren Lebensstandard haben als Österreich. Ist hier von keiner Schmutzkonkurrenz die Rede? Aber Sie sind der Meinung: Für uns ist es richtig, nur für die anderen wäre das falsch. *(Zwischenruf des Abg. Minkowitsch.)* Wir haben sehr hohe Lagerkosten für die Überschüsse zu bezahlen. Es muß laufend der Milchkrisengroschen erhöht und dann wieder einmal gesenkt werden. *(Abg. Brandstätter: Erhöht müßte er nicht werden! — Abg. Ing. K. Hofstetter: Erhöht haben Sie, nicht wir!)*

Hier möchte ich auf Ihre Unaufrichtigkeit hinweisen. Ich habe mir eine Tabelle mit der Entwicklung des Krisengroschens angelegt. Eigenartigerweise steht die Senkung des Krisengroschens — ich will es Ihnen nicht vorlesen, ich könnte das aber tun — in engstem Zusammenhang mit den Nationalrats- und Landtagswahlen. Vor den Wahlen wurde entgegen jeder wirtschaftlichen Vernunft der Krisengroschen gesenkt, nach den Wahlen erhöht, und dieses Spiel können wir ununterbrochen verfolgen. Sie haben den Krisengroschen für eine Wahlpropaganda sondergleichen benützt und haben ihn nicht nach der Notwendigkeit der Milchlieferung gestaffelt, wie das richtig gewesen wäre. *(Ruf bei der ÖVP: Wie war das in Tirol vor den Wahlen?)*

Ich darf Ihnen auch etwas vorlesen, was vor gar nicht allzu langer Zeit der Präsident der Niederösterreichischen Landwirtschaftskammer, der Abgeordnete Scheibenreif, gesagt hat: „Die Einführung eines variablen Absatzförderungsbeitrages für die Milch schlug vergangenes Wochenende Präsident Ökonometrat Alois Scheibenreif bei der Obmännerkonferenz der Niederösterreichischen Landeslandwirtschaftskammer vor. Der für absatzfördernde Maßnahmen benötigte finanzielle Betrag soll veränderlich sein und laufend der Marktsituation angepaßt werden.“ *(Ruf bei der ÖVP: Wann war das?)* Das war vor einem Jahr richtig. Das ist natürlich heute nicht mehr richtig, weil es heute eine sozialistische Regierung gibt. Daher kann das heute nicht mehr richtig sein. Aber so aufrichtig ist Ihre Politik, die Sie mit Ihren Bauern treiben. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Nach Ihren Ausführungen,*

Kollege Pansi, müßte der Milchkrisengroschen abgeschafft werden!) Das sollen Sie sich gesagt sein lassen.

Sie fordern nun auch ständig Hilfen dafür, daß der Weinabsatz gefördert wird. Wie schaut es beim Wein aus? Die Weinproduktion ist innerhalb von zehn Jahren auf das Dreifache gestiegen. Hier gilt wieder genau dasselbe: Wir erzeugen, soviel wir wollen, und lieber Vater Staat oder besser gesagt liebe Allgemeinheit, Sorge dafür, wie wir das wegbringen, was wir euch erzeugen! Genau um das Dreifache ist die Weinproduktion gestiegen, Herr Präsident Minkowitsch.

Gestatten Sie mir, daß ich ein offenes Wort sage. Sie werden es mir wieder im Munde umdrehen, dessen bin ich mir völlig sicher. *(Abg. Minkowitsch: Das ist doch ein Witz!)* Ist es nicht etwas eigenartig, daß wir viel zu wenig Trinkerheilstätten haben, daß wir in Österreich einen Alkoholismus haben, der uns Millionen und Millionen, ja Milliarden kostet, und gleichzeitig fordern wir: Wir müssen den Alkoholkonsum fördern! *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Das ist Ihre Angelegenheit, wenn Sie das verantworten können! Aber so ist es! *(Beifall bei der SPÖ.)* So schaut Ihre Moral mit dem doppelten Boden aus! *(Abg. Minkowitsch: Ich würde Ihnen empfehlen, diese starken Worte zurückzunehmen! — Anhaltende Zwischenrufe.)*

Nun noch zu den Überschüssen einige Kommentare, die in allerletzter Zeit erschienen sind. So ist zum Beispiel in der „Kleinen Zeitung“ ein Artikel erschienen — Sie werden mir nicht unterstellen, daß die „Kleine Zeitung“ eine sozialistische Zeitung ist —, in dem es heißt — ich darf die Überschrift vorlesen —: „Kampf den Überschüssen — aber wie?“ Und dann heißt es abschließend:

„Eine langfristige Entspannung der Märkte kann allerdings nicht in einer weitgehenden Kontingentierung der Agrarproduktion, sondern nur in dem Bemühen liegen, die landwirtschaftliche Produktionskapazität schrittweise an die Aufnahmefähigkeit in- und ausländischer Märkte anzupassen.“

Dazu ist es notwendig, nicht nur Flächen aus der Produktion zu nehmen, sondern es ist gerade den Besitzern kleiner Betriebe immer wieder zu empfehlen, daß sie außerlandwirtschaftliche Berufschancen ergreifen sollen, wo immer sie sich anbieten. Geht man hinsichtlich der Umschichtung von Arbeitskräften und der Einschränkung der landwirtschaftlichen Nutzflächen zu zaghaft vor, so riskiert man ständig größere Überschüsse.“ *(Abg. A. Schlager: Herr Kollege Pansi! Eine*

Pansi

Zwischenfrage: Sind Sie auch der Meinung, daß das stimmt?) Ich darf Ihnen die Antwort darauf geben.

Ich habe Ihnen das vorgelesen, was in der „Kleinen Zeitung“ steht. Sollten Sie den Herrn, der das geschrieben hat, nicht kennen, dann fragen Sie Ihren Kollegen, den Obmann des Kärntner Bauernbundes. Dieser Artikel stammt von einem angesehenen Fachmann (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Ihre Meinung wollte er wissen!*) der Kärntner Landwirtschaftskammer, dem Herrn Dipl.-Ing. Doktor Heinz Kopetz. Jetzt wissen Sie, wer ihn geschrieben hat. Allerdings ist er ein Fachmann und kein Politiker! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf Ihnen aber auch noch andere Äußerungen von Fachleuten zur Kenntnis bringen. Bei einer Tagung, an der auch Ihr Bauernbundpräsident, der Abgeordnete Minkowitsch, und Ihr Bauernbunddirektor Doktor Lanner teilgenommen haben, sind ähnliche Worte gefallen.

„Abschließend stellte Dr. Schneider noch einmal fest, daß man auch in der Landwirtschaft dazu kommen müsse, sich den Gesetzen der Marktwirtschaft zu beugen. Wenn es auch nicht möglich sei, die Landwirtschaft den marktwirtschaftlichen Gesetzen voll und von heute auf morgen zu überlassen, müsse die Anpassung doch schrittweise versucht werden. Man habe den Preis bisher nur vom Gesichtspunkt des ‚Lohnes‘ des Landwirtes gesehen, nicht aber in seiner Funktion als Lenker der Produktion.“

Das ist — ich brauche es Ihnen ja nicht zu sagen, Herr Präsident — in einer Veranstaltung gesagt worden, bei der Sie anwesend waren.

Und auch der heutige Bauernbundpräsident Dr. Sixtus Lanner (*Abg. Ing. K. Hofstetter: Er ist Direktor, bitte!*) hat damals erklärt: Die österreichische Agrarmarktordnung, die in ihren Grundzügen auf das Jahr 1950 zurückgeht, bedarf einer Reform. Dabei sollten folgende Ziele richtungsweisend sein: Mehr Bedachtnahme auf die Aufnahmefähigkeit des Marktes im In- und Ausland. — Das war aber zu einer Zeit, als Sie Regierungspartei waren. Heute in der Opposition sagen Sie natürlich genau das Gegenteil von dem, was Sie damals für richtig gehalten haben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf Ihnen noch einen kurzen Satz zitieren: „Die Beseitigung der Überschüsse gehört zu den dringendsten Aufgaben der EWG-Agrarpolitik. Überschüsse sind teuer, nicht nur für die Allgemeinheit, sondern auch für die Landwirte selbst. Sie binden Gelder,

die an anderer Stelle dringend gebraucht werden.“

Gesprochen am 8. Juni 1970 von dem früheren bundesdeutschen Landwirtschaftsminister Höcherl, der in der Opposition solche Worte gesprochen hat, die man leider von Ihnen nicht hört. (*Abg. Steiner: Sie reden, ohne selbst etwas gesagt zu haben!*)

Nun noch einmal zurück zu den Einkommensverhältnissen. Sie versuchen, die Verhältnisse doch so darzustellen, als ob die Landwirtschaft ununterbrochen Einkommenseinbußen hinnehmen müßte. (*Ruf bei der ÖVP: Sicherlich! — Abg. Steiner: Streiten Sie das ab? — Abg. Landmann: Dieselpreiserhöhung!*)

Schauen wir uns die Entwicklung einmal etwas näher an. Die Produktion in der Landwirtschaft ist — und auch diese Zahlen möchte ich dem Hohen Hause nicht vorenthalten — ganz gewaltig gestiegen. Bei Roggen am wenigsten, um 11 Prozent. (*Abg. Steiner: Fragen Sie einmal die Bauern draußen!*) Das hat seinen Grund. Bei Weizen ist die Produktion von 1950 auf 1969 von 384.000 auf 950.000 t, also auf das 2,5fache gestiegen. Die Produktion der Gerste ist auf das 4fache gestiegen. (*Abg. Ing. K. Hofstetter: 20 Jahre gleiche Preise!*) Die Produktion des Maises ist auf das 5,8fache gestiegen, die Milchlieferung ist genau um 60 Prozent gestiegen, von rund 2 Millionen Tonnen auf 3,3 Millionen Tonnen; die Rinderproduktion ist um 36 Prozent gestiegen, die Schweineproduktion um 64 Prozent.

Dazu kommt, meine Damen und Herren, daß die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 1951 bis 1969 fast genau um die Hälfte zurückgegangen ist. (*Abg. Steiner: Dann bedanken Sie sich bei der Landwirtschaft und anerkennen Sie endlich ihre Leistung!*)

Das gesteigerte Einkommen ist genau auf die Hälfte der Personen aufzuteilen! Das, meine Herren, bedeutet doch eine wesentliche Steigerung des landwirtschaftlichen Einkommens. Denn für diese hohe Produktion sind Ihnen die Preise garantiert, die Aufwendungen des Staates sind für die Preisstützungen erheblich gestiegen. Und außerdem, meine Damen und Herren, versuchen Sie nicht eines ins Gegenteil zu verkehren. Sie sagen immer, Sie haben den anderen Wirtschaftszweigen Arbeitskräfte abgegeben. Ich sage Ihnen, die anderen Wirtschaftszweige haben die Arbeitsplätze geschaffen, damit die dort unterkommen können, denn sonst wären ja die Einkommensverhältnisse in der Landwirtschaft katastrophal! (*Beifall bei der SPÖ.*)

1750

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 9. Dezember 1970

Pansi

Ich anerkenne die große Leistung unserer Landwirtschaft ohne Einschränkung. Aber machen Sie bitte etwas nicht: Versuchen Sie jetzt nicht, den Stand unserer Landwirtschaft als den besten hinzustellen, den wir haben. (Abg. Steiner: Also jetzt wieder nicht!) Wenn eine so gewaltige Produktionssteigerung zu verzeichnen war, dann deswegen, weil der Stand der österreichischen Landwirtschaft in der Ersten Republik sehr schlecht war. Wir haben sicherlich viel aufgeholt. Aber wir stehen noch lange nicht an der Spitze der Agrarproduktion. Wir sind nämlich mit den Hektarerträgen noch erheblich hinter anderen Ländern. Wir liegen vor allem mit der Milchleistung pro Kuh noch weit, weit unter den EWG-Ländern, abgesehen von Italien. Italien liegt etwas hinter uns. Aber die anderen liegen zum Teil sehr, sehr weit über uns.

Welche Maßnahmen sind auf wirtschaftlichem Gebiet neben den Preisstützungen noch getroffen worden, die doch der Landwirtschaft Milliarden und nicht Millionen bringen? Im Jahre 1960 ist die Treibstoffverbilligung eingeführt worden. (Abg. Ing. K. Hofstetter: Das haben doch viele Staaten! — Abg. Kern: Reden Sie einmal von der Heizölpreiserhöhung!) Nächstes Jahr stehen Ihnen dafür 280 Millionen Schilling zur Verfügung. Dieser Betrag fließt Ihnen zu.

Der Grüne Plan war im Jahre 1961 mit 180 Millionen Schilling dotiert; außerdem wurden AIK-Darlehen im Betrage von 706 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. 1971 ist der Grüne Plan mit 810 Millionen Schilling dotiert, mit einem Betrag, wie er noch nie im Grünen Plan gestanden ist! (Abg. Steiner: 810 Millionen stimmen nicht, es sind 786 Millionen!) Ich kann mich nur wundern, wenn Sie heute so gegen den Grünen Plan wettern. Ich darf Ihnen die Entwicklung des Grünen Planes vorlesen.

Im Jahre 1965, im letzten Jahr der Koalitionsregierung, waren im Grünen Plan vorgesehen 667,6 Millionen Schilling und 1 Milliarde Kredite. Im nächsten Jahr — im ersten Jahr der OVP-Alleinregierung — waren es 540 Millionen Schilling, also wesentlich weniger als ein Jahr zuvor. Da haben Sie nicht protestiert! (Beifall bei der SPÖ.) Da haben wir nichts davon gehört, daß das schlecht ist und daß für die Landwirtschaft zuwenig gemacht wird. (Beifall bei der SPÖ.) Aber nun, da die Mittel so gewaltig erhöht werden, da die Kredite um 200 Millionen Schilling erhöht werden, jetzt ist Ihnen alles zuwenig. Nun ist alles schlecht. Es muß ja schlecht sein, weil es die Sozialisten machen. Denn richtig kann es grundsätzlich nur dann sein, wenn Sie es

tun. (Abg. Steiner: Auf Grund der Kostensteigerungen!) 1966 war es nicht so. Herr Kollege Steiner! Ich darf Ihnen noch etwas vorlesen, und zwar etwas von der „Katholischen Sozialakademie“, damit Sie etwas ruhiger sind. (Abg. Steiner: Zeitungen können wir selber lesen!) Es handelt sich hier um eine Ausgabe vom 5. Dezember, also um etwas ganz Neues. Hier wird festgestellt:

„Die Teuerungsrate betrug in Österreich 1967 4 Prozent, was unser Land unter 14 OECD-Staaten auf den elften Platz verwies.“ Hören Sie gut zu! Elfter Platz, also weit, weit hinten. Nur drei Länder haben eine noch stärkere Steigerungsrate als Österreich gehabt, zehn Länder haben eine geringere gehabt.

Es heißt hier weiter:

„Im heurigen Jahr erreichte die Teuerung zwar 4,6 Prozent, doch liegen nur Kanada, die Schweiz, Belgien und Westdeutschland besser.“

Also wie schaut der internationale Vergleich aus? Besser oder schlechter als zur Zeit der OVP-Alleinregierung? (Abg. Minkowitsch: Es gibt schon längst eine andere Statistik, die Sie nicht kennen!) Sie dürfen doch nicht immer die Dinge einseitig darstellen, sondern Sie müssen doch versuchen, einigermaßen objektiv zu sein.

Meine Damen und Herren! Was ist denn in letzter Zeit für die Landwirtschaft auf sozialpolitischem Gebiet geschehen? Da möchte ich feststellen, daß das, was hier geschah, zu einem großen Teil gegen den heftigen Widerstand von Ihnen selbst geschehen ist. Aber Gott sei Dank haben wir das erreicht, und heute beurteilen auch Sie die Situation etwas anders.

Wir haben seit 1. Jänner 1957 die Zuschußrente, im nächsten Jahr die Bauernpension, dafür werden der Landwirtschaft 972,5 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt.

Wir haben seit 1. Jänner 1966 die Bauernkrankenkasse. Im ersten Jahr sind dafür 20 Millionen zur Verfügung gestellt worden. 1971 sind es 314 Millionen. (Abg. Kern: Da müssen Sie die 190 Millionen Schilling an Abgabe — von landwirtschaftlichen Betrieben abziehen! — Abg. Ing. Häuser: Das zahlt ja nicht ihr!)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Diese Zwischenrufe von einer Seite zur anderen stören doch wirklich!

Abgeordneter Pansi (fortsetzend): Ich komme nun zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung. Hier sind es 1971 64 Millionen Schilling.

Pansi

Sie erhalten für die Sozialversicherungseinrichtungen der Land- und Forstwirtschaft im nächsten Jahr einen Betrag — dieser Betrag war noch nie so hoch! — von 1350,5 Millionen Schilling, dies neben den eigenen Leistungen; da sind Ihre eigenen Leistungen nicht inbegriffen. Also diese Summe fließt aus Mitteln der Allgemeinheit in die Landwirtschaft. (*Abg. Kern: Haben Sie gehört, was Herr Abgeordneter Scrinzi gesagt hat?*)

Wie schauen die Verhältnisse bei den Familienbeihilfen aus? Laut unserem Budget können wir feststellen, daß der Beitrag der Landwirtschaft zu den Familienbeihilfen 67,5 Millionen Schilling oder 0,8 Prozent des gesamten Aufkommens des Familienbeihilfensfonds beträgt. 0,8 Prozent! (*Abg. Steiner: Warum wohl, Herr Pansi, wissen Sie das? Wegen der Arbeitskräfte!*)

Es liegen nun leider keine genauen Unterlagen darüber vor, wieviel der Landwirtschaft zufließt, aber ich werde nicht fehlgehen, wenn ich sage, daß die Landwirtschaft ungefähr den 20fachen Betrag dessen bekommt, was sie in den gemeinsamen Topf leistet. Das dürfte zweifellos stimmen. (*Ruf bei der ÖVP: Haben ja mehr Kinder! — Abg. Ing. Häuser: Aber zahlen müssen wir es!*)

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, daß es Ihnen im Gegensatz zu den Dienstnehmern ungeheuer leicht gemacht wird, sozialpolitische Verbesserungen zu erreichen. Während Sie uns die größten Schwierigkeiten bereiten, finden Sie bei uns nie einen Widerstand (*Abg. Kern: Keinen Widerstand?*), weil wir eben für die Landwirtschaft mehr Verständnis haben, als Sie für die übrigen Berufsgruppen aufbringen. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*)

Nun aber auch zum Steueraufkommen, nun dazu, wieviel denn von der Landwirtschaft in den gemeinsamen Topf eingezahlt wird. Auch hier geht es mir leider ähnlich wie bei den Familienbeihilfen: Es liegen keine genauen Unterlagen vor; das Steueraufkommen der Landwirtschaft ist einfach nicht exakt zu erfassen. Ich muß mich daher auf eine Äußerung der Frau Abgeordneten Bayer beziehen, die leider momentan nicht hier ist. Ich muß annehmen, daß diese Äußerung richtig ist.

Frau Abgeordnete Bayer hat laut einer Zeitungsmeldung in Oberösterreich eine Erklärung abgegeben. Es heißt hier:

„Wie Dr. Bayer darlegte, werden für den Grünen Plan und die bäuerliche Familienbeihilfe insgesamt 2 Milliarden Schilling pro

Jahr“ — inzwischen haben sich die Beträge natürlich verändert — „aus der Staatskasse gezahlt.“

„Die Bauern, die selbst etwa 700 Millionen Steuern zahlen“ — an diese 700 Millionen halte ich mich; denn hier hat es in der letzten Zeit keine Veränderung gegeben — „profitieren mithin 1,3 Milliarden Schilling.“ Von diesen 1,3 Milliarden Schilling leite ich wieder das Zwanzigfache von dem ab, was sie bezahlen, und dann komme ich ungefähr auf den Betrag. Ich stütze mich auf Ihre eigenen Angaben. Hören Sie weiter zu! Es heißt hier:

„Die Neufestsetzung des Einheitswertes habe verhindert werden können; die Grundsteuer für die österreichische Landwirtschaft sei damit eine der niedrigsten Europas.“

Die Frau Abgeordnete Bayer hat sich allerdings auch über etwas beschwert. Ich darf auch das dem Hohen Hause zur Kenntnis bringen. Es heißt hier:

„Die Rednerin ließ ihr Bedauern erkennen, daß die Kinderbeihilfe nicht den Bäuerinnen selbst ausgezahlt und offenbar nicht immer zweckbestimmt verwendet werde.“ (*Abg. Minkowitsch: Das soll aber in anderen Familien auch vorkommen!*) Ich habe das ja nicht erklärt, das hat ja die Frau Abgeordnete Bayer gesagt. Sie müssen sich bei ihr beklagen. (*Abg. Steiner: Er sagt ja nicht seine Meinung, er liest ja nur vor!*)

Also gehen wir davon aus, daß die Landwirtschaft 700 Millionen Schilling an Steuern in den gemeinsamen Topf leistet. Ich sage ausdrücklich: Steuern!

Wie schauen nun die Verhältnisse zum Beispiel bei den Dienstnehmern aus? Das Lohnsteueraufkommen betrug im Jahre 1955 1458 Millionen Schilling und wird 1971 11.600 Millionen Schilling betragen. Der Anteil an den gesamten Abgaben betrug 1955 7,7 Prozent und wird 1971 fast das Doppelte, nämlich 12,5 Prozent, ausmachen.

So haben sich also die Verhältnisse geändert. Ich darf daher, wie ich glaube, ohne Übertreibung feststellen, daß keine Benachteiligung der Landwirtschaft vorliegt, sondern daß der Landwirtschaft von der Allgemeinheit zusehends wesentlich mehr gegeben wird, als die Landwirtschaft selber in den gemeinsamen Topf miteinbezahlt. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Das wird die Bauern ungeheuer freuen, wenn wir ihnen das sagen!*)

Ich möchte aber auch noch auf etwas anderes hinweisen: Der Landwirtschaft stehen eine Reihe sehr umfangreicher Einrichtungen zur Verfügung, die zum größten Teil mit öffentlichen Mitteln erhalten werden. Ich denke da

1752

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 9. Dezember 1970

Pansi

an den sehr, sehr großen Apparat des Landwirtschaftsministeriums, an die Agrarabteilungen der Landesregierungen, an die Agrarbezirksbehörden, an die Forstinspektionen und schließlich an die Landwirtschaftskammern, deren Aufwand zum größten Teil mit öffentlichen Mitteln abgedeckt wird.

Es erhebt sich die Frage, ob nicht bei einigen dieser Einrichtungen infolge der enormen Verminderungen des Anteils der in der Landwirtschaft Tätigen gewisse Reformen notwendig wären. Sie könnten auf diese Art und Weise die Kammerumlage senken und damit den Bauern auch ein etwas höheres Einkommen verschaffen. *(Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Tausende Menschen gehen aus der Landwirtschaft fort, weil es ihnen laut Pansi so gut geht!)*

Nun noch einige Worte dazu, wie sich angesichts dieser Verhältnisse die Landwirtschaft gegenüber der Allgemeinheit verhält. Ich war äußerst unangenehm berührt, als Herr Präsident Minkowitsch über die Senkung der Margarinsteuern oder — sagen wir es anders — die Senkung der Steuer für pflanzliche Fette hergezogen ist. Herr Abgeordneter Steiner! Ist Ihnen vielleicht bekannt — wenn nicht, werde ich es Ihnen sagen —, daß wir in Österreich rund 500.000, also eine halbe Million Menschen haben, die von einem Einkommen von sage und schreibe rund 1300 S leben müssen! *(Abg. Steiner: Dieses Einkommen gehört verbessert! Das habe ich Ihnen schon gesagt!)* Ja glauben Sie, daß diese Menschen überhaupt in der Lage sind, sich Butter zu kaufen? Diese Menschen sind ja auf die Margarine angewiesen. *(Abg. Fachleutner: Verbessern Sie diese Einkommen!)* Aber Sie wollen diesen Menschen das Leben weiter verteuern. *(Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.)* Sie kennen keine Rücksicht, auch keine Rücksicht auf die ärmsten Bevölkerungsschichten. *(Abg. Fachleutner: Verbessern Sie diese Einkommen!)* Das geschieht jetzt auch. Denn Sie haben ja in der Vergangenheit fast nichts gemacht. Im nächsten Jahr werden unter der sozialistischen Regierung die Richtsätze für die Ausgleichszulagenempfänger wesentlich erhöht. Während Ihrer Zeit ist das leider Gottes nur in ganz geringem Maße geschehen. Sie haben dafür nicht allzuviel übrig gehabt!

Nun einige Worte dazu, wie Sie Ihre sogenannten Mitarbeiter, die Landarbeiter, behandeln. Die Differenz der Löhne der Landarbeiter zu den Löhnen der übrigen Berufsgruppen wird immer größer und hat im Jahre 1969 pro Monat 704 S oder 26 Prozent betragen. Es kann ein immer weiteres Auseinanderklaffen festgestellt werden. Die Löhne der

Landarbeiter in den bäuerlichen Betrieben werden ab 1. Juli 1971 fast durchwegs niedriger sein als der Richtsatz für ein Ehepaar. So schaut es dann aus! Die Mindestpensionen werden höher sein als die Löhne der Landarbeiter. Es wäre angebracht, wenn Sie für die Löhne der Landarbeiter einmal etwas mehr Verständnis an den Tag legen würden.

Dazu kommen dann natürlich die schlechten Pensionen. Wir haben in der Land- und forstwirtschaftlichen Sozialversicherungsanstalt auf Grund dieser ungünstigen Lohnverhältnisse 60 Prozent an Ausgleichszulagenempfängern.

Sie benachteiligen aber auch die Land- und Forstarbeiter andauernd in der Gesetzgebung. Das Parlament hat in letzter Zeit eine Reihe von Novellen zum Landarbeitsgesetz beschlossen und durchwegs eine Frist von drei bis sechs Monaten für die Erlassung der Ausführungsgesetze festgelegt. Wissen Sie, wie lange es in der Vergangenheit gedauert hat *(Abg. Steiner: Aber die Freibeträge haben Sie abgelehnt, Herr Pansi!)*, bis die einzelnen Landtage die Ausführungsgesetze beschlossen haben? Bis zu sechs Jahre! Niemand hat sich darum gekümmert, was im Grundsatzgesetz steht und was der Nationalrat beschlossen hat.

Den Herren aus der Steiermark darf ich sagen, daß wir seit drei Jahren darauf warten, daß eine Landarbeitsordnungs-Novelle beschlossen wird und endlich auch für die Dienstnehmer in der Steiermark der 26. Oktober zum Staatsfeiertag gemacht wird, der bei ihnen bis heute noch nicht gilt. So ist Ihr Verhalten, Ihre soziale Einstellung gegenüber Ihren Mitarbeitern.

Aber es gibt einige Beispiele, die noch ungünstiger sind. So sehen die Landarbeitsordnungen vor, daß die Landesregierungen Dienstnehmerschutzverordnungen zu erlassen haben. Seit 20 Jahren finden es fünf Landesregierungen, und zwar die Landesregierungen von Niederösterreich, Steiermark, Oberösterreich, Burgenland und Vorarlberg, nicht für notwendig, die Dienstnehmerschutzverordnungen zu erlassen. *(Abg. Kern: Burgenland hat eine sozialistische Mehrheit!)* Herr Abgeordneter Kern! Auf das habe ich gewartet. Es konnte ja nichts anders kommen. Ich darf Ihnen nur sagen *(Abg. Kern: Seit einigen Jahren!)*, daß bei allen Landesregierungen die Agrarreferenten dafür zuständig sind. Und im Burgenland ist es der Landeshauptmannstellvertreter Polster, der dafür zuständig ist. Niemand anderer! *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Kern: Das können Sie doch nicht sagen!)* Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie endlich bei Ihren Agrarreferenten vor-

Pansi

sprechen würden, um zu erreichen, daß die Dienstnehmerschutzverordnungen endlich erlassen werden und die Unfälle in der Land- und Forstwirtschaft zurückgehen. (*Abg. Kern: Das ist doch ein Armutszeugnis! Das sind doch Kollegialregierungen! Das wissen Sie ganz genau!*)

Nun komme ich zu einigen Äußerungen des Herrn Präsidenten Minkowitsch. Der Präsident Minkowitsch hat gesagt: Die Landwirtschaft muß ein Anliegen der gesamten Bevölkerung sein. Ich pflichte dieser Auffassung bei, muß aber hinzufügen: Die Anliegen der übrigen Bevölkerung müssen auch die Anliegen der Land- und Forstwirtschaft sein. (*Abg. Steiner: Sind es auch!*) Das gilt nicht nur beim Nehmen, sondern auch beim Geben. In der Agrarpolitik ist etwas mehr Ehrlichkeit notwendig. (*Abg. Brandstätter: Von Ihrer Seite aus auf jeden Fall!*) Vor allem müssen die kostspieligen Überschüsse abgebaut und die Umschichtung der Arbeitskräfte in produktivere Wirtschaftszweige gefördert und nicht verhindert werden.

Es ist eine völlig falsche Auffassung von Freiheit, wenn man glaubt, sie sei dann größer, wenn man auf einem zu kleinen Hof bei gewaltiger Arbeitsbelastung ein ungenügendes Einkommen erzielt, als wenn man als Dienstnehmer in einem Betrieb das Doppelte oder Dreifache verdienen kann und der Arbeitsplatz gesichert ist. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Kollege Pansi, eine Frage!*)

Der Bauernbund befindet sich heute zweifellos in einer äußerst unangenehmen Lage. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Nur eine Frage!*) Wir haben den besten Grünen Plan mit entscheidenden Schwerpunkten (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Nur einer! — weitere Zwischenrufe — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen*): Strukturverbesserung, Absatzförderung und Verbesserung der Marktstruktur. Das sind Forderungen, die Ihr Herr Bauernbunddirektor Dr. Lanner vor kurzer Zeit erhoben hat. Ihnen wird im Grünen Plan Rechnung getragen. — Sie lehnen den Grünen Plan trotzdem ab. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr: Weil er ungenügend ist!*)

Wir haben für die Landwirtschaft das beste Sozialbudget, das es jemals gegeben hat. Es bringt für die Landbevölkerung eine soziale Sicherheit wie nie zuvor. (*Abg. Kern: Auf Grund der gesetzlichen Verpflichtungen, die wir beschlossen haben!*) Neben der eigenen Beitragsleistung fließen der Landwirtschaft aus Mitteln der Allgemeinheit 1350 Millionen Schilling zu. — Sie werden ebenfalls ablehnen.

Die Zuschüsse des Staates für die gesamte Produktion sind auch in Zukunft gesichert. — Sie werden trotzdem ablehnen. (*Abg. Steiner: Jawohl!*)

Für Zwecke der Umschulung, die gerade für die Landwirtschaft von großer Bedeutung ist, stehen mehr Mittel zur Verfügung als je zuvor. — Sie werden trotzdem ablehnen.

Ich weiß nicht, wie Sie Ihre Haltung gegenüber der Landwirtschaft begründen werden. (*Abg. Kern: Das lassen Sie unsere Sorge sein!*) Wir sind jedenfalls sicher, daß unsere Politik Verständnis finden wird (*Abg. Kern: Nur beim Kreisky!*) und daß diese Politik auf lange Sicht im Interesse der Landwirtschaft und im Interesse der gesamten österreichischen Volkswirtschaft gelegen ist. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dipl.-Ing. Dr. Oskar Weihs: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Kern und verschiedene andere Abgeordnete haben ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, daß auf dem viehwirtschaftlichen Sektor vielleicht nicht genügend geschehe und daß man wesentlich mehr dazu tun müsse.

Ich darf dazu bemerken, daß wir zur Entlastung der Märkte und gleichzeitig zur Erhaltung der Preise rechtzeitig Einlagerungen an Rindern vorgenommen haben. Wir haben von den eingelagerten Rindern vom Frühjahr und Sommer heute noch einen Bestand von 2943 Stück und bei Schweinen von 12.166 Stück. Nichtsdestotrotz haben wir aber bereits am 30. November wiederum auf dem Markt interveniert, und zwar 22 Stück Rinder und 213 Stück Schweine, sodaß wohl alles unternommen wird, um einen von Ihnen befürchteten Zusammenbruch auf dem Viehpreissektor zu verhindern.

Es ist Ihnen vielleicht auch bekannt, daß wir bereits heute Exporte von Zuchtrindern nach Italien stützen müssen, um einen Preisverfall auf diesem Sektor ebenfalls zu vermeiden.

Zu diesem ganzen Fragenkomplex, vor allem zum Export möchte ich noch bemerken, daß wir wegen der Abschöpfungen in die EWG bei Lebendrindern derzeit das Kilogramm mit 2,50 S und Hälften und Hinterviertel, also Fleisch, mit 5 S stützen. Ich glaube, daß hier alles getan wurde, um dieser Ihrer Sorge begegnen zu können.

Herr Abgeordneter Kern! In Ihren weiteren Ausführungen sprachen Sie auch davon, daß

1754

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 9. Dezember 1970

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

es eigentlich keinen Zusammenhang zwischen der Strukturverbesserung und der Bauernpension gäbe. Ich glaube doch hiezu eine Bemerkung machen zu müssen, weil nämlich alle Agarpolitiker der Meinung sind, daß sowohl die Bauernpension als auch die arbeitsmarktfördernden Maßnahmen als flankierende Maßnahmen zur Strukturverbesserung zu bezeichnen sind. Eine bessere Dotierung dieser führt zweifellos zu einer Beschleunigung des Strukturwandels. Dafür, daß der Strukturwandel in der Landwirtschaft nicht beschleunigt werden konnte, lag ja bisher immer an dem Hindernis, daß immerhin ein Großteil der Älteren den Hof noch nicht übergeben wollte.

Ich glaube daher schon, in diesen Dingen einen Zusammenhang zu sehen, denn vor meiner Zeit ... (*Abg. Kern: Das habe ich nicht gesagt, Herr Minister!*) Dann war es ein anderer, dann habe ich vielleicht nur den Namen verwechselt.

Es wurde auch schon ein anderer Zusammenhang hergestellt. Wie Sie sich erinnern, meine Damen und Herren, war es doch nicht von ungefähr, daß 1968 der Abbau der Düngemittelpreisstützung mit einer wesentlichen Erhöhung der Mittel für die bäuerliche Sozialversicherung zusammenfiel.

Ich darf in Erinnerung rufen, daß die Düngemittelpreisstützung 1967 327,5 Millionen betrug, die bäuerliche Sozialversicherung 473 Millionen; daß 1968 die Düngemittelpreisstützung 163,7 Millionen, also genau die Hälfte betrug, die bäuerliche Sozialversicherung dagegen 714,5 Millionen, und daß für 1971, wie heute schon einmal erwähnt wurde, bereits 1350,3 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden. Ich glaube, daß das doch einigermaßen ein Beweis dafür zu sein scheint, daß diese beiden Aspekte doch als flankierende Maßnahmen in einem Konnex zur Strukturverbesserung stehen.

Die Herren Abgeordneten Schmitzer und Brandstätter haben sich im wesentlichen mit bildungspolitischen Fragen befaßt und gefragt, wie weit nun das Paket der landwirtschaftlichen Schulgesetze sei. Ich glaube mich erinnern zu können — ich bitte um Entschuldigung, sollte das falsch gewesen sein —, daß man mich auch gefragt hat, warum man eigentlich diese Gesetze, die bereits zum großen Teil akkordiert waren, neuerlich versendet hat.

Zweck dieser neuerlichen Versendung der landwirtschaftlichen Schulgesetze war es, zu prüfen, ob sich seit 1966 auf diesem Gebiet neue Gesichtspunkte ergeben haben. Das stellte sich als richtig heraus, denn im Begut-

achtungsverfahren haben einige Stellen darauf hingewiesen, daß es sachlich notwendig sei, die Kompetenzen auf dem Gebiete des mittleren landwirtschaftlichen Schulwesens gleich zu gestalten wie die Kompetenzen auf dem Gebiete des Berufsschulwesens und der Berufsausbildung. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Die Arbeiterkammer hat das gemacht!*) Sie irren sich, Herr Abgeordneter Leitner! Das war die überwiegende Meinung aller Landwirtschaftskammern mit Ausnahme der von Tirol. (*Abg. Dipl.-Ing. Dr. Leitner: Die Stellungnahmen, die mir zur Verfügung stehen, ergeben das nicht, Herr Minister!*) Ich bitte um Entschuldigung, aber ich habe gerade erklärt, daß diese Auffassung so wie mein Ressort alle Landwirtschaftskammern vertreten mit Ausnahme der Landwirtschaftskammer von Tirol.

Das Bundesministerium wird nun in Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt — Verfassungsdienst einen Entwurf des Verfassungsgesetzes ausarbeiten, und das gesamte Schulpaket wird dann dem Hohen Hause vorgelegt werden.

Der Herr Abgeordnete Brandstätter hat nebenbei erwähnt, daß ich von Butterknappheit gesprochen hätte. Ich wüßte nicht, wann ich jemals von Butterknappheit gesprochen hätte, denn ich weiß sehr genau, welche Mengen zur Verfügung stehen. Sie irren sich daher, Herr Kollege. Wir haben zuerst einen Butterberg gehabt, wie man so schön sagt, der abgebaut wurde. Wir haben derzeit eine Menge lagernd, die genügt, um den Weihnachtsbedarf zu decken. Aber von einer Butterknappheit war nie die Rede, weder im In- noch im Ausland.

Der Herr Abgeordnete Brunner sprach unter anderem davon, daß er befürchte, daß die Viehpreise absinken, und daß alles getan werden müsse, um diese Preise zu halten. Ich habe schon vorhin ganz kurz darauf verwiesen, welche Maßnahmen getroffen worden sind, um einen starken Niedergang der Viehpreise jeglicher Art, sei es Zucht-, Nutz- oder Schlachtvieh, zu vermeiden.

Ich möchte die Inlandsviehpreise in Sankt Marx ganz kurz in Erinnerung rufen. Sie betrugen in der ersten Jännerwoche dieses Jahres bei Stieren 17,58 S, in der letzten Woche 18,15 S; bei Ochsen seinerzeit 16,95 S, derzeit 17,79 S; Kalbinnen 16,27, jetzt 16,88 S.

Ich glaube daher nicht, daß die Befürchtungen des Herrn Abgeordneten Brunner zutreffen, sondern daß wir, wie ich meine, durch die Entlastungsmaßnahmen jeglicher Art einen annähernd stabilen Inlandspreis erreicht

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

haben. Auf den Auslandspreis haben wir keine Ingerenz, das ist bekannt. Wir können nur für den Produzenten die Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreis annähernd ausgleichen.

Der Herr Abgeordnete Tschida hat sowohl am vorigen Donnerstag als auch heute gemeint, daß mein Ressort dafür zuständig wäre, die agrarischen Probleme zu lösen und dafür Sorge zu tragen, daß der österreichischen Landwirtschaft das Ihre zukomme. Ich pflichte ihm hierin voll und ganz bei.

Eines möchte ich aber dazu noch sagen. Wenn man meint, daß im Budget 1971 zu wenig getan wurde, und wenn man meint, daß die Belange der Land- und Forstwirtschaft nicht entsprechend vertreten wurden, dann darf ich Ihnen doch, meine Damen und Herren, in Erinnerung rufen, daß wir für die Landwirtschaft für das Budget 1970 zusätzlich um über 200 Millionen Schilling im Laufe des Jahres dazubekommen haben.

Sie glauben, daß man das Budget 1971 und das von 1970 einschließlich der beiden Budgetüberschreitungsgesetze miteinander vergleichen müsse. Ich glaube aber doch, daß es richtiger wäre, die gleiche Basis zu wählen. Sie wissen ja noch gar nicht, was im Laufe des Jahres 1971 an Budgetüberschreitungsgesetzen ins Haus kommt, und Sie wissen heute noch gar nicht, für welche Positionen solche Überschreitungen beantragt werden müssen. *(Abg. Brandstätter: Sehr schwacher Trost!)*

Der Herr Abgeordnete Tschida fragte weiterhin, da er aus einer Weingegend kommt, wie es nun mit dem Weingesetz aussehe. Ich darf bemerken, daß sich eine Novelle in Ausarbeitung befindet, die wesentliche Punkte der modernen Situation anpaßt, und zwar ist es in erster Linie die Neuregelung der Verschnittbestimmungen, die letztlich für unseren Export in die EWG entscheidend sind, ebenso der verstärkte Schutz von Herkunftsbezeichnungen, Qualitätsbestimmungen und ähnliche Dinge.

Wenn der Herr Abgeordnete Tschida meinte, daß wir noch immer säumig wären, den Export in die EWG vorzubereiten, so muß ich ihm da ein bißchen widersprechen. Es lag nicht an uns, sondern der Verwaltungsausschuß der EWG hat erst gestern den entsprechenden Beschluß gefaßt, daß Österreich naturbelassene Weine ohne Abschöpfung vor allem in die Bundesrepublik exportieren kann. Es wird lediglich noch von diesem Ausschuß abhängen, in welcher Art und Weise er die Herkunftsbezeichnungen unserer Weine regeln wird.

Zum Export selbst, glaube ich, brauche ich nichts zu erwähnen, weil wir ja den allergrößten Teil bisher nur im Inland konsumiert haben, der Export sehr gering war und vielleicht auch die Qualitäten der exportierten Produkte nicht immer ganz den im Lande käuflichen Weinen entsprachen, sodaß man vielleicht doch erst die Konsumgewohnheiten der Länder, in die wir in Zukunft Wein exportieren wollen, unseren naturbelassenen Produkten anpassen müssen. Und das wird bedauerlicherweise eine sehr lange Zeit in Anspruch nehmen.

Der Herr Abgeordnete Robak hat unter anderem auch über Gesundheitsschutz, Pflanzenschutz und ähnliche Probleme gesprochen. Ich darf sagen, daß das ein Hauptanliegen meines Ressorts in diesem Bereich ist. Das wird, wie ich glaube, mit Hilfe des integrierten Pflanzenschutzes, in dem biologische, kulturmäßige und chemische Maßnahmen sinnvoll abgestimmt werden, weitestgehend erreicht.

Die Pflanzenschutzrichtlinien sehen darüber hinaus eine Einengung der Anwendungsbereiche bestimmter chemischer Mittel vor. Außerdem sind für alle Mittel Wartefristen vorgeschrieben, bevor sie effektiv zur Anwendung gelangen, sodaß man, wie ich glaube, doch diese Bedingungen erfüllen kann.

Herr Abgeordneter Deutschmann hat unter anderem erwähnt, daß er daran zweifle, daß ich mich voll für das Landwirtschaftsbudget eingesetzt habe, und daß im Zusammenhang damit der Herr Abgeordnete Meißl erklärt habe, daß ich in vielen Fällen nicht glaubwürdig erscheine, und er hat dies als neuen Stil bezeichnet. Er hat gemeint, daß das ein neuer Stil der Bundesregierung wäre.

Herr Abgeordneter Deutschmann! Ich würde empfehlen, sich wegen des „neuen Stils“ mit dem anderen Abgeordneten, dem Sie diese Dinge vorgehalten haben, ins Einvernehmen zu setzen und nicht mich damit in Zusammenhang zu bringen.

Trotz alledem möchte ich Ihnen sagen: Wenn Sie sich das Kapitel 60 ansehen, werden Sie feststellen, daß gegenüber 1970 doch immerhin um 151 Millionen mehr enthalten sind; wenn Sie beim Kapitel 62 nachblättern, dann werden Sie auch feststellen, daß hier bereits Rücksicht auf die Ernte genommen wurde, daß aber genau alle jene Positionen, auf die es bei den Preisausgleichen ankommt, entsprechend dotiert wurden.

Es dürfte Ihrer Aufmerksamkeit entgangen sein, daß der Futtermittelpreisausgleich um 45,6 Millionen Schilling höher angesetzt ist

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

als im vergangenen Jahr und daß auch der Milchpreisausgleich um 25 Millionen Schilling höher dotiert worden ist.

Bezüglich des Preisausgleiches bei Schlachtieren und tierischen Produkten kann ich Ihnen versichern, daß Sie sich keinen Kummer zu machen brauchen, denn dafür sind genügend Mittel vorhanden. (Abg. *Deutschmann*: Wo bitte?) Herr Abgeordneter Deutschmann! Wenn Sie sich das Budget 1970 ansehen und wenn Sie damit den Rechnungsabschluß 1970 vergleichen, werden Sie genau wissen, wo diese Mittel zu finden sein werden. (Abg. Dr. *Gruber*: Das ist eine sonderbare Antwort!) Das ist keine sonderbare Antwort, denn ich kann die Antwort nur in diesem Sinne geben, weil ich vorläufig keine genauen Ziffern sagen kann. (Abg. *Deutschmann*: Wenn das unser Minister getan hätte, was hätten Ihre Kollegen gesagt!) Es sind Überschüsse aus dem Jahre 1970 vorhanden; in welchem Ausmaß, kann man erst auf Grund des Rechnungsabschlusses sagen. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. *Gruber*: So eine schnoddrige Antwort! So behandelt man die Abgeordneten! — Abg. *Deutschmann*: Das, Herr Minister, ist der neue Stil, auf den ich in meiner Rede hingewiesen habe! — Abg. Dr. *Gruber*: Ein typischer Kreisky-Schüler! — Zwischenruf bei der ÖVP: Das Parlament an der Nase führen!)

Präsident Dr. **Maleta** (das Glockenzeichen gebend): Also, am Wort ist der Herr Minister!

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. **Weihs** (fortsetzend): Herr Abgeordneter Deutschmann! Sie haben weiters wegen des Krisengroschens gefragt und haben hier, wie ich mir zu bemerken erlaube, einige Verwechslungen vorgenommen. Sie haben erklärt, im Budget 1970 wäre ein höherer Betrag vorgesehen, der einer Mehranlieferung von, wie Sie sagten, einem Prozent Rechnung getragen hätte. (Abg. *Deutschmann*: 1,7 Prozent!) 1,7. Wenn Sie die beiden Beträge vergleichen, werden Sie feststellen, daß die Beträge 1969 und 1970 gleich sind und daß wir erst durch das 2. Budgetüberschreitungsgesetz die Differenz von 17 Millionen Schilling, die uns noch fehlen, dazubekommen haben.

Sie haben weiter gesagt, daß bis Dezember an Milchkrisengroschen 191 Millionen Schilling abgeschöpft worden seien. Ich glaube, daß Ihnen bei dieser Ziffer um rund 110 Millionen Schilling mehr von irgendwoher dazugeraten sind. Es wurde auch von Ihrer Seite immer wieder behauptet, es werden im Monat 20 Millionen Schilling genommen. Wenn Sie das mit 4 multiplizieren, sind es 80 Millionen,

nicht 191. (Abg. *Deutschmann*: In der Gesamtheit, Herr Minister!) Ja, verzeihen Sie bitte, wir sprechen immer nur von dem Status, von dem wir ausgegangen sind, und dieser Status ergibt 80 Millionen.

Sie fragten mich weiter, ob man den Exportverpflichtungen nachkommen konnte oder nicht. Ich darf Sie beruhigen, wir konnten den Exportverpflichtungen für Butter nachkommen. Wir haben bisher 3000 Tonnen Rahm eingeführt, wir werden wahrscheinlich bis Jahresende noch 800 Tonnen einführen, und wir haben die Butterexportverpflichtungen nach England eingehalten.

Das hat einen Vorteil, Herr Abgeordneter Deutschmann, nämlich den, daß man nicht einen Schilling für diese Exporte stützen mußte. Das hat den zweiten Vorteil, daß wir keine Beiträge dafür aus dem Krisenfonds verwenden mußten. Ich habe bereits bei der ersten Beantwortung — ich weiß nicht, vielleicht waren Sie nicht im Saal — Ihnen genau vor Augen geführt, was uns die Exportverpflichtungen in der Höhe von Stützungssätzen kosten und was zusätzlicherwise noch bis April 1971 auf uns zukommt.

Vielleicht werden Sie sich erinnern, daß ich von Schwellenpreisen gesprochen habe, die England einführt, die uns dann zusätzlich, Herr Abgeordneter Deutschmann, zu dem derzeitigen Stützungssatz für Vollmilchpulver netto 6,50 S eine weitere Stützung von 6 S kosten werden. Sie können sich lebhaft ausrechnen, wenn wir rund 15.000 — nach England vielleicht 12.000 bis 14.000 — Tonnen Vollmilchpulver exportieren, was uns das zusätzlich — ich betone „zusätzlich“ — kostet. (Abg. *Deutschmann*: Das kommt aber erst!)

Ja, aber, Herr Abgeordneter, wir sprechen ja über das Jahr 1971. Und deshalb muß man das ja schon von vornherein berücksichtigen. Und wir wußten auch ganz genau, daß es sehr, sehr vorteilhaft ist, wenn auf diesem Sektor in dem Augenblick Ruhe eintritt, wo die finanziellen Probleme gelöst wurden. Und ich glaube, sie sind auch bis zum Jahre 1971 gelöst worden. Obwohl ich nicht recht-haberisch bin, aber durch die Tatsachen der jetzigen Höhe der Exportstützungen sind leider die Vorschläge, die damals die Präsidentenkonferenz unterbreitet hat, um wesentliches erhöht worden, sodaß wir, wie ich meine, mit den vollen Sätzen, die uns bei der Berechnung vorgelegt worden sind, zumindest rechnen werden müssen.

Der Herr Abgeordnete Dr. **Scrinzi** war der Meinung, daß es ein wesentlicher Punkt der

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

Agrarpolitik sein muß, von seiten der Produktion mehr und besser in die Vermarktung einzutreten. Ich glaube, daß wir diesbezüglich alle einer Meinung sind, denn es liegt in erster Linie doch, wie wir bei den Milchprodukten sehen, an einer vernünftigen Werbemethode, es liegt vielleicht an einer vernünftigen Art der Verpackung und ähnlichen Dingen mehr.

Aber wenn wir uns die übrigen Produktionen der Landwirtschaft ansehen, so wird allgemein doch festgehalten, daß der Anteil am Fertigprodukt maximal bei 40 bis 45 Prozent liegt und daß alles übrige Vermarktungskosten sind. Es wäre dementsprechend sicherlich sehr vorteilhaft, wenn sich die Landwirtschaft in Zukunft doch mehr auch um diese Vermarktung kümmern würde, weil sie ja damit dann voraussichtlich einen höheren Anteil an den gesamten Verbraucherkosten haben könnte.

Ich habe bereits, Herr Abgeordneter Scrinzi, wegen des Exportes in die EWG bei anderen Gelegenheiten das Nötige gesagt. Ich möchte nur hinzufügen, daß derzeit verhältnismäßig sehr große Schwierigkeiten auf dem Viehexportsektor — vor allem nach Italien und in die Bundesrepublik — bestehen, weil dort durch sogenannte Eigenaufbringung oder Abschachtung eigener Tiere die österreichischen Preise sehr stark gefallen sind.

Herr Abgeordneter Fachleutner! Ich erlaube mir auch hier einige Korrekturen anzubringen. Sie sprachen davon, daß beim Getreidepreisausgleich um 150 Millionen Schilling weniger vorhanden ist. In Wirklichkeit sind es nur 100 Millionen. Aber dieser geringere Betrag wurde bereits an die heurige Ernte angepaßt. Sollte dieser Betrag nicht ausreichen, wird selbstverständlich die Abdeckung durch ein Überschreitungsgesetz erfolgen, sodaß diesbezüglich auf dem Sektor Brotgetreide — und, wie ich glaube auch auf dem Sektor Futtergetreide — keine Gefahren bestehen werden. Da dürften Sie auch den Betrag verwechselt haben; denn Sie sagten, es wären um 95 Millionen Schilling bei Futtermitteln weniger. Ich darf feststellen: 95 Millionen Schilling ist der Budgetbetrag für 1971, und der ist genau um 45 Millionen Schilling höher, als der im Jahre 1970 im Budget eingesetzte Betrag gewesen ist.

Und nun zu den allgemeinen Bemerkungen. Es wurde nur immer von all dem gesprochen, was die Landwirtschaft belastet hat. Es wurde aber kein Wort davon geredet, daß bereits der Vieherlös von Rind, Kalb, Schweinen im

ersten Quartal 1970 gegenüber dem ersten Quartal 1969 250 Millionen Schilling mehr erbrachte, daß im zweiten Quartal ebenfalls um 250 Millionen Schilling mehr eingenommen wurden. Ich bitte dies im Konjunkturforschungsheft vom August 1970 nachzulesen. Wenn Sie wünschen, kann ich Ihnen auch gleich die Seite dazu sagen. Es muß auch damit gerechnet werden, und es wird auch damit gerechnet, daß für das dritte Quartal ähnliche Mehreinnahmen zu erwarten sind.

Nun sprach der Herr Abgeordnete Hofstetter, wie ich erwartet habe, von der dritten Wiener Wasserleitung. (*Abg. Fachleutner: Eine Frage haben Sie mir nicht beantwortet!*) Welche? (*Abg. Fachleutner: Ob Sie bei eventuellen Maßnahmen gegen die Regierung uns als Landwirtschaftsminister unterstützen werden! — Heiterkeit bei der SPÖ.*) Aber entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter Fachleutner, die Regierung wird niemals Maßnahmen gegen Sie vorschlagen. Infolgedessen ist es gar nicht notwendig, so etwas zu machen. (*Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Fachleutner: Sind Sie bereit?*) Ich habe gesagt, es wird gar kein Grund vorhanden sein, Herr Abgeordneter Fachleutner.

Und nun zum Problem des Grundwasserwerkes Mitterndorfer Senke. Herr Abgeordneter Hofstetter! Mein Ressort hat dieses Problem sehr, sehr eingehend studiert. Sie selbst wissen — Sie haben es ja bereits gesagt —, daß darüber seit zwölf Jahren Verhandlungen geführt werden. Wir haben nie dieses Problem bagatellisiert. Aber ich glaube, daß wir auch nicht Übertreibungen gefolgt sind, sondern wir haben uns bemüht, kühl und sachlich dieses Problem zu studieren und dann eine Lösung zu finden. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Das war eigentlich der Grundsatz, als mit Zustimmung der Stadt Wien und des Landes Niederösterreich vor Jahren unter Leitung des Professors Kresser das zuständige Institut der Technischen Hochschule mit der Auswertung des Großpumpversuches in Moosbrunn und Ebereichsdorf, mit der erstmaligen Erstellung der Wasserbilanz und mit der gutachtlichen Zusammenfassung der wasserwirtschaftlichen Schlußfolgerungen im Hinblick auf eine zusätzliche Versorgung mit Trinkwasser für die Stadt Wien betraut wurde.

Ich glaube, daß das auch der maßgebende Gesichtspunkt war, der bei der vorläufigen Überprüfung dieses Projektes zur Unzulässigkeit der Entnahme aus Ebereichsdorf und zur Beschränkung der beiden Brunnen geführt hat, die bekanntlich je 400 Liter pro Sekunde liefern sollen.

1758

Nationalrat XII. GP. — 22. Sitzung — 9. Dezember 1970

Bundesminister Dipl.-Ing. Dr. Weihs

Der gleiche Gesichtspunkt, möchte ich sagen, wurde auch bei der Berücksichtigung des Versorgungs- und Entnahmegebietes meinem Bescheid zugrunde gelegt, der vor einem Monat das Vorhaben der Stadt Wien zum bevorzugten Wasserbau erklärte.

Die beschleunigte Durchführung dieses nun schon lange schwebenden Vorhabens scheint nämlich deshalb unerlässlich, um den wie überall steigenden Trinkwasserbedarf der Bundeshauptstadt Wien zu decken und eine schwere Krise im Wiener Wasserhaushalt und in der Wiener Wasserversorgung im nächsten Jahrzehnt zu vermeiden.

Im gleichen Bescheid wurde aber ebenso ausdrücklich auf die im weiteren Verfahren erklärungsbedürftigen Auswirkungen im Entnahmegebiet hingewiesen. Im übrigen ist die Bevorzugungserklärung ein verfahrensrechtlicher Bescheid, der das Verwaltungsverfahren bei Großvorhaben öffentlichen Interesses — und das liegt in diesem Fall vor — erleichtert, insbesondere aber das Entschädigungsverfahren vom Bewilligungsverfahren trennt.

Ich glaube, daß es im übrigen eine unbestreitbare Tatsache ist, daß Wien eine zusätzliche Wasserversorgung dringend benötigt (*Abg. Ing. Hofstetter: Das bezweifelt niemand!*) und derzeit hochwertiges Grundwasser in Moosbrunn unter entsprechenden Sicherungs- und Ausgleichsmaßnahmen entnommen werden kann. (*Abg. Ing. Hofstetter: Um das geht's!*)

Dieser Tatsache ist, Herr Abgeordneter Hofstetter, bei vernünftiger Wasserwirtschaft und Raumordnung ebenso Rechnung zu tragen wie dem Umstand, daß später die Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung des Einzugsgebietes und ihre Auswirkung auf den Wasserhaushalt nicht beeinträchtigt wird. (*Abg. Ing. Hofstetter: Aber aus dem trockensten Gebiet Österreichs!*)

Ich will, Herr Abgeordneter Hofstetter, wie Sie wissen, dem Ergebnis der Verhandlungen, die derzeit ja noch laufen, nicht vorgreifen, meine aber, daß trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände es möglich sein muß, die berechtigten Interessen von Wien und von Niederösterreich zu berücksichtigen, das heißt, Wien die dringend benötigte Wasserversorgung zu ermöglichen, ohne die Interessen des Entnahmegebietes zu schädigen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Herr Abgeordneter Kern! Ganz zum Schluß noch ein Wort. Sie haben sich während Ihrer Ausführungen eingehend mit dem Subventionsbericht befaßt und haben unter anderem

festgestellt, daß der Subventionsbericht manipuliert sei. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß dieser Subventionsbericht von den Beamten meines Hauses erstellt wurde, und ich weise schärfstens Ihre Verdächtigung zurück, daß Beamte meines Hauses Berichte manipulieren, die dem Hohen Hause vorgelegt werden. (*Abg. Kern: Das ist alles? — Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident **Probst**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht die Frau Berichterstatter das Schlußwort? — Nein.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung, die ich über beide Vorlagen getrennt vornehme.

Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über den Bericht der Bundesregierung gemäß § 9 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Plan 1971).

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatter beitreten, den gegenständlichen Bericht samt Beilage zur Kenntnis zu nehmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. **Angenommen.**

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe VIII. Diese umfaßt Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, Kapitel 62: Preisausgleiche, Kapitel 77: Österreichische Bundesforste.

Es liegen Abänderungsanträge zu den folgenden Ansätzen vor: ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Zittmayr und Genossen zum Ansatz 1/62606/34 und ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Steiner und Genossen zum Ansatz 1/60146 und zum Ansatz 5/60356.

Ich lasse zunächst über diese drei Abänderungsanträge zu den vorgenannten Ansätzen abstimmen und, falls diese keine Mehrheit finden, über diese Ansätze in der Fassung des Ausschußberichtes. Sodann lasse ich über alle übrigen Teile der Beratungsgruppe VIII abstimmen.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem Antrag der Abgeordneten Dr. Zittmayr und Genossen auf Abänderung des Ansatzes 1/62606/34 ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit. **Abgelehnt.**

Ich bitte nunmehr jene Damen und Herren, die dem Ansatz 1/62606/34 in der Fassung des Ausschußberichtes zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. **Angenommen.**

Präsident Probst

Ich bitte nun jene Damen und Herren, die dem Antrag der Abgeordneten Steiner und Genossen auf Abänderung der Ansätze 1/60146 und 5/60356 ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Ich bitte nun jene Damen und Herren, die die den Ansätzen 1/60146 und 5/60356 in der Fassung des Ausschlußberichtes zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Ich lasse nunmehr über die Kapitel 60: Land- und Forstwirtschaft, mit dem dazugehörenden Konjunkturausgleich-Voranschlag, über Kapitel 62: Preisausgleiche, und über Kapitel 77: Österreichische Bundesforste, mit dem dazugehörigen Konjunkturausgleich-Voranschlag mit Ausnahme jener Ansätze, über die bereits die Abstimmung durchgeführt worden ist, in der Fassung des Ausschlußberichtes abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Der eingebrachte Entschließungsantrag des Abgeordneten Kern gelangt nach der dritten Lesung des Bundesfinanzgesetzes 1971 zur Abstimmung.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für heute, Mittwoch, den 9. Dezember, 13 Uhr 15 Minuten ein, und zwar mit folgender Tagesordnung:

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (125 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1971 (240 der Beilagen).

Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XIV: Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung, und

Spezialdebatte über die Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 71: Bundestheater.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 13 Uhr 5 Minuten